

Soziologie

## **Das solidarische Lernen**

Ausgewählte Schulungsinhalte für Akteure der nachhaltigen,  
entwicklungsbezogenen und gemeinwesenorientierten  
Bildungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung Simbabwes

Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der  
Philosophischen Fakultät  
der  
Westfälischen Wilhelms-Universität  
zu  
Münster (Westf.)

vorgelegt von  
Reinhold Hemker  
aus Burgsteinfurt  
2007

Datum der mündlichen Prüfung: 6. Juni. 2007

Dekan: Hansjörg Scheerer, Prof., Ph.D., M.A.

Referent: Robert Tschiedel, Prof. Dr.

Korreferent: Karl-Wilhelm Dahm, Prof. em. Dr. phil.

<b>Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>1. Zur Konzeption nachhaltiger Entwicklung</b>	<b>10</b>
<b>1.1 Nachhaltige Entwicklung – Definition und begriffliche Abgrenzung</b>	<b>10</b>
<b>1.2 Von den ‚Grenzen des Wachstums‘ zur nachhaltigen Entwicklung</b>	<b>11</b>
<b>1.3 Entwicklungstheorien im zeitlichen Wandel – von der Wachstums- zur Nachhaltigkeitsorientierung</b>	<b>14</b>
1.3.1 1950er Jahre: Entwicklung durch Wachstum	14
1.3.2 1960er Jahre: Wachstum und Wandel	15
1.3.3 1970er Jahre: Abkopplung und Grundbedürfnisorientierung	16
1.3.4 1980er Jahre: Verlorenes Jahrzehnt/Wachstumsförderung	17
1.3.5 1990er Jahre: Nachhaltige Entwicklung und Globalisierungskritik	18
1.3.6 ab 2000: Armutsorientierung	19
<b>1.4 Handlungsebenen</b>	<b>21</b>
1.4.1 Internationale Handlungsebene	21
1.4.1.1 Die Europäische Union (EU)	22
1.4.2 Nationale Handlungsebene (BRD)	23
1.4.3 Lokale Handlungsebene	24
<b>1.5 Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>25</b>
<b>2 Entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>28</b>
<b>2.1 Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit</b>	<b>30</b>
2.1.1 Wissensdefizite in der Bevölkerung	30
2.1.2 Die Oberziele der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit des BMZ	31
2.1.3 Politisches Interesse, Partizipation und Freiwilligkeit	31
<b>2.2 Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Schule</b>	<b>33</b>
2.2.1 ‚Chat der Welten‘	34
<b>2.3 Die Darstellung entwicklungspolitischer Themen in den Medien</b>	<b>37</b>
<b>2.4 Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>40</b>
2.4.1 Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen	40
<b>3 Interkulturelles Lernen</b>	<b>44</b>
<b>3.1 Das Konzept des interkulturellen Lernens</b>	<b>44</b>
3.1.1 Begriffsbestimmung und Ziele	44
3.1.2 Interkulturelles Lernen als Lernen der Voraussetzung fruchtbaren Kulturkontaktes	45
3.1.3 Die fremde Kultur als Lernfeld für Persönlichkeitsentwicklung	46
3.1.4 Interkulturelles Lernen als gesellschaftskritischer Anstoß	47
3.1.5 Interkulturelles Lernen als Übernahme fremdkultureller Verhaltensweisen	48
<b>3.2 Soziokulturelle Bedingungen interkulturellen Lernens</b>	<b>49</b>
3.2.1 Herausforderungen und Chancen interkulturellen Lernens	50
3.2.1.1 Bestehende Vorurteile	50
3.2.1.2 Reaktionen auf einen Kulturschock	52
3.2.1.3 Interkulturelle Kommunikationsprobleme	54
<b>3.3 Formen interkultureller Begegnung</b>	<b>56</b>
3.3.1 (Fern-)Tourismus	56
3.3.2 Internationale Jugendarbeit	60
3.3.2.1 Entstehung und Zielsetzung	60
3.3.2.2 Arbeitsformen	62
3.3.2.3 Finanzierung	65
3.3.2.4 Der Konkrete Friedensdienst – ein Beispiel internationaler Jugendarbeit	66

3.3.2.4.1	Entstehung und Zielsetzung	66
3.3.2.4.2	Abwicklung durch InWEnt Nordrhein-Westfalen	68
3.3.2.4.3	Zur Teilnehmerstruktur	69
3.3.3	Kritische Anmerkungen	70
<b>4</b>	<b><i>Gemeinwesenarbeit – Begriffe und Positionen</i></b>	<b>72</b>
<b>4.1</b>	<b>Historischer Hintergrund von Gemeinwesenarbeit</b>	<b>74</b>
<b>4.2</b>	<b>Unterschiedliche Konzepte von Gemeinwesenarbeit</b>	<b>76</b>
4.2.1	Die integrative, harmonische Position (nach Ross)	77
4.2.2	Die sozialreformerische Position (nach Specht)	78
4.2.3	Die basisdemokratische Position (nach Alinsky)	79
4.2.4	Stadtteilbezogene Soziale Arbeit (nach Hinte)	81
4.2.5	Kritik und Anwendung verschiedener GWA-Konzepte	82
<b>4.3</b>	<b>Gemeinwesenarbeit/Community Development in Entwicklungsländern</b>	<b>88</b>
4.3.1	Zur Basisorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit	88
4.3.2	Definition und Zielsetzungen von Community Development in Entwicklungsländern	90
<b>5</b>	<b><i>Community Development in Simbabwe</i></b>	<b>93</b>
<b>5.1</b>	<b>Landeskunde Simbabwe</b>	<b>93</b>
5.1.1	Geografie und Klima	93
5.1.2	Bevölkerung	94
5.1.3	Historische Entwicklungen und aktuelle Themen in Simbabwe	95
5.1.3.1	Historischer Hintergrund	95
5.1.3.2	Die Religion als Instrument der Kolonialisierung	96
5.1.3.3	Koloniale Landnahme und Ausbeutung	96
5.1.3.4	Der Befreiungskampf von der Kolonialherrschaft (2. Chimurenga)	98
5.1.3.4.1	Die Rolle der Zivilgesellschaft im Befreiungskrieg	98
5.1.3.4.2	Die Ergebnisse des Krieges und der Verhandlungen	99
5.1.3.5	Die Wirtschaft nach der Unabhängigkeit	100
5.1.3.6	Zur Landfrage	102
5.1.3.6.1	Resettlement-Projekte	102
5.1.3.6.2	Das Fast-Track-Landreformprogramm	105
5.1.3.6.3	Gesellschaftliche Rahmenbedingungen sozialer Organisation in Simbabwe	108
<b>5.2</b>	<b>Soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft</b>	<b>110</b>
5.2.1	Zur Zivilgesellschaft	110
5.2.1.1	Der Begriff der Zivilgesellschaft	110
5.2.1.2	Theorien der Zivilgesellschaft	112
5.2.1.2.1	Das radikale Modell	113
5.2.1.2.2	Das soziologische Modell	115
5.2.1.2.3	Das ökonomische Modell	116
5.2.1.2.4	Die kommunitaristische Sichtweise	117
5.2.1.3	Betrachtung zum ‚ehrenamtlichen Sektor‘	117
5.2.2	Motive gesellschaftlicher Bewegungen und Organisationen in Afrika	119
5.2.2.1	Charakteristika der Bewegungen	120
5.2.2.2	Charakteristika gesellschaftlicher Bewegungen	121
5.2.2.3	Gesellschaftliche Bewegungen und Organisationen – Unterschiede	123
5.2.2.4	Bestimmung des Begriffs ‚Gesellschaftliche Bewegungen‘	124
5.2.2.5	Fazit	126
5.2.3	Betrachtung von sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Afrika mit Bezügen zum Beispiel Simbawes	127
5.2.4	Aktuelle Probleme zivilgesellschaftlicher Organisationen in Afrika	130
5.2.5	Fazit	130
5.2.6	Vergleichende Betrachtung zweier zivilgesellschaftlicher Organisationen in Simbabwe: YMCA und ZWA	131
5.2.6.1	Der YMCA – Ursprünge	131
5.2.6.2	Aktivitäten des YMCA in Simbabwe	132
5.2.6.3	Die Zimbabwe Workcamps Association (ZWA) – Ursprünge	133
5.2.6.4	Aktivitäten der ZWA	134
5.2.6.5	Fazit	136

<b>5.3</b>	<b>Anwendungsbeispiele von Community Development in Simbabwe</b>	<b>138</b>
5.3.1	Rahmenbedingungen für Community Development in Simbabwe	138
5.3.2	Projektarbeit in Simbabwe	139
5.3.2.1	Das ‚Schoolleaver-Projekt‘ in Bulawayo	140
5.3.2.2	Das Bulilimamangwe-Community-Training-Centre in Plumtree	145
5.3.2.3	Die Embakwe-Mission mit dem Avoca Youth Training Project	149
5.3.2.4	Das Avoca Youth Training Project	151
5.3.3	Bewertung und Kritik der vorgestellten Projekte vor dem Hintergrund der GWA-Konzepte	153
5.3.4	Diskussion der Eignung verschiedener GWA-Konzepte für Community Development in Entwicklungsländern	155
<b>6</b>	<b>Schlussbetrachtung und Ausblick</b>	<b>158</b>
	<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>163</i>
	<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	<i>179</i>

## **Einleitung**

Der wissenschaftliche Diskurs zum Thema ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ ist komplex und vielschichtig. Gemein ist den verschiedenen Ansätzen und Strategien die Schlussfolgerung, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd in den letzten Jahrzehnten nicht verringert werden konnte. Zahlreiche Indikatoren sprechen vielmehr dafür, dass sich die globalen Disparitäten weiter verschärfen. Darüber können auch Partialerfolge nicht hinwegtäuschen.

Ein multifaktorielles Geflecht aus endogenen und exogenen Faktoren, weltwirtschaftlichen Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten, historischen und naturräumlichen Voraussetzungen in der jeweilig landestypischen und spezifischen Ausprägung ist für diese Entwicklung verantwortlich. Die Lösungsansätze sollten sich an diesen mannigfaltigen Erklärungsansätzen orientieren.

Eine enorme Bedeutung auf dem Weg zu einer global nachhaltigen Entwicklung kommt der Bewusstseinsbildung in den Industrieländern zu. Dieser Gedanke ist nicht neu, erfährt jedoch durch die UN-Dekade ‚Bildung für eine nachhaltige Entwicklung‘ von 2005 bis 2014 eine Renaissance und Aufwertung.

Die vorliegende Arbeit zeigt Schritte auf, wie durch interkulturellen Austausch, durch Begegnung und Gemeinwesenarbeit in Entwicklungsländern ein beiderseitiges Bewusstsein geschaffen werden kann, das zu konkretem Handeln, zu mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Partizipation führt.

An der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster wird seit Mitte der 1990er Jahre das Seminar ‚Praxis der Entwicklungszusammenarbeit‘ am Institut für Soziologie durchgeführt. Die vorliegende Arbeit ist das Resultat langjähriger, in diesem Seminar erworbener Kenntnisse und Erfahrungen. Teilnehmer bereisen im Rahmen des ‚Konkreten Friedensdienstes‘ ein Entwicklungsland und werden dort in Workcamps und entwicklungspolitischen Projekten eingesetzt. Im Zuge gemeinsamer Arbeitsprozesse mit der Bevölkerung kommt es zu einem intensiven interkulturellen Austausch in einem ‚realen‘, nicht touristisch geprägten Umfeld. Verschiedene Arbeits- und Denkweisen, Bräuche und moralische Vorstellungen werden in diesen dialogischen Arbeits- und Kommunikationsprozessen erörtert und reflektiert.

Die vorliegende Arbeit gilt der Frage, wie die Teilnehmer an diesem interkulturellen Austausch intensiv theoretisch vorbereitet werden können. Eine solche Vorbereitung ist erforderlich, damit der Austausch auch über den eigentlichen Zeitraum des Aufenthalts in

einem Entwicklungsland hinaus nachhaltig wirken kann. Aus diesem Grunde werden auf der Basis des genannten Seminars Schulungsinhalte für Akteure nachhaltiger, entwicklungsbezogener und gemeinwesenorientierter Bildungsarbeit vorgestellt. Die Kapitel 1 bis 5 skizzieren dabei die zu vermittelnden Inhalte und erörtern diese in ihrer Komplexität und der Relevanz für das solidarische Lernen.

Im ersten Kapitel wird das Konzept der nachhaltigen Entwicklung thematisiert. Eingebettet sind dort neben begrifflichen Zugängen die Entwicklungsstrategien im zeitlichen Wandel sowie der immanente theoretische Diskurs. Ziel ist es, im Rahmen der Schulung die Erkenntnisprozesse zu veranschaulichen, die zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und zur Etablierung der Millenniumsziele geführt haben. Da der entwicklungstheoretische Diskurs auch in Zukunft weitergeführt wird, ist eine Auseinandersetzung mit den in den letzten Dekaden dominierenden Entwicklungstheorien für die Teilhabe am künftigen entwicklungstheoretischen Suchprozess erforderlich. Zudem ermöglicht diese theoretische Auseinandersetzung ein erweitertes Reflexionsvermögen im konkreten Einsatz in einem Entwicklungsland.

Nachfolgend wird im zweiten Kapitel die entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit skizziert. Intendiert wird, die Lernenden exemplarisch mit den Grundlagen vertraut zu machen. Ausgangspunkt dafür sind die festgestellten Wissensdefizite bezüglich der Thematik ‚Eine Welt‘ in der Bevölkerung. Im Zuge der Bemühungen der entwicklungsbezogenen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gilt es, das öffentliche Bewusstsein für die Themen *Entwicklungs- und Transformationsländer*, *Eine Welt* und *Entwicklungspolitik* zu schärfen, den Wissensstand analog zu diesen Themen anzuheben, die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Kooperation Deutschlands mit den Entwicklungs- und Transformationsländern aufzuzeigen, den in Deutschland lebenden Angehörigen der Entwicklungs- und Transformationsländer offen und vorurteilsfrei zu begegnen, die entwicklungspolitisch notwendigen Reformen in Deutschland mitzutragen sowie die deutsche staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen. Darüber hinaus ist es das Ziel, dass sich mehr Menschen als bisher in der Entwicklungspolitik praktisch engagieren, etwa durch eine Mitgliedschaft in einer entwicklungspolitisch tätigen Nichtregierungsorganisation, als Multiplikator im schulischen und außerschulischen Bereich, als Spender oder als Käufer von Produkten mit entwicklungspolitisch bzw. ökologisch ausgerichteten Siegeln.

Ferner wird in diesem Kapitel die ‚Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Schule‘ am Beispiel des ‚Chat der Welten‘ verdeutlicht. Aufgrund der Nähe zur entwicklungsbezogenen Bildung wird dieses nordrhein-westfälische Transfer-21-Pilotprojekt vorgestellt. Neben inhaltlichen Aspekten stehen organisatorische Fragen wie die Implementierung entwicklungs- und nachhaltigkeitsbezogener Inhalte in die Curricula und in den Schulalltag im Vordergrund.

Des Weiteren wird die Darstellung entwicklungspolitischer Themen in den Medien fokussiert und auf das Afrika-Bild in den Medien rekurriert, das immer noch zum Großteil von Katastrophenszenarien und einer Negativberichterstattung dominiert wird. Abschließend werden die Grundlagen der entwicklungsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit dargelegt. Dort findet zunächst eine inhaltliche Abgrenzung der Begriffe Öffentlichkeitsarbeit, Public Relations und Werbung statt, um nachfolgend auf die Bedeutung und die Funktionen der Öffentlichkeitsarbeit einzugehen.

Im dritten Kapitel wird das Konzept des interkulturellen Lernens als Schulungsinhalt skizziert. Dort werden vier verschiedene Ausprägungen des interkulturellen Lernens dargestellt. Interkulturelles Lernen wird als *Voraussetzung für fruchtbaren Kulturkontakt*, als *Lernfeld für Persönlichkeitsentwicklung*, als *gesellschaftskritischer Anstoß* und als *Übernahme fremdkultureller Verhaltensweisen* gedeutet. Zudem werden die Formen der interkulturellen Begegnung vorgestellt und der ‚Konkrete Friedensdienst‘, der die Basis bildet für die angesprochenen Einsätze der Studierenden.

Daran schließen sich in Kapitel 4 und 5 die Schilderung der verschiedenen Ansätze der Gemeinwesenarbeit und die Darstellung konkreter Community-Development-Projekte in Simbabwe an. Da gemeinwesenorientierte Projekte in Deutschland keine hinreichende Tradition haben, ist im Rahmen der Schulung eine theoretische Abhandlung der verschiedenen Ansätze der Gemeinwesenarbeit vorgesehen. Diese Ansätze werden auf die konkreten Einsatzmöglichkeiten und den Nutzen für die Entwicklungszusammenarbeit bezogen. Die Vorstellung konkreter gemeinwesenorientierter Projekte zeigt exemplarisch die Einsatz- und Projektmöglichkeiten in Simbabwe für die Studierenden der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Zudem wird die *Zimbabwe Workcamp Association* vorgestellt, die als zivilgesellschaftliche, ehrenamtliche Jugendorganisation jährlich zahlreiche Workcamps durchführt und ein zentraler Projektpartner für die Studenten und weitere Gruppen aus Nordrhein-Westfalen ist. Diese Erläuterungen sind eingebettet in den

Kontext von sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft, um zivilgesellschaftliche Prozesse verstehen und wissenschaftlich einordnen zu können.

Die aufgelisteten Inhalte werden im ersten Semester dieses anfangs angesprochenen zweisemestrigen Seminars vermittelt. Im darauf folgenden Semester findet das Lernen selbstgesteuert und konstruktivistisch statt. Die Studenten organisieren in den jeweiligen Reisegruppen inhaltliche und organisatorische Details weitestgehend selbstständig. Somit dient dieses zweite Semester der Gruppenfindung und der intensiven Gruppenarbeit. Der Dozent sollte in dieser Phase nur als Moderator fungieren, sich zurücknehmen und lediglich Impulse für die organisatorischen Prozesse der Teilnehmer geben, was wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung der Teilnehmer beitragen kann. Dies wiederum korrespondiert mit der *Kompetenz zu planen und umzusetzen*, wie sie im Zuge der *Bildung für eine nachhaltige Entwicklung* angestrebt wird.

Die inhaltliche Vorbereitung, die Planungs- und Organisationsphase und letztlich der konkrete Einsatz im Projekt in Simbabwe ermöglichen den Teilnehmern einen komplexen Einblick in die Theorie und Praxis der Entwicklungszusammenarbeit und bilden die Grundlage für eine langfristige Partizipation zur Herstellung globaler sozialer Gerechtigkeit.

# 1. Zur Konzeption nachhaltiger Entwicklung

## 1.1 Nachhaltige Entwicklung – Definition und begriffliche Abgrenzung

Die Begriffe Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung sind aus dem alltäglichen Sprachgebrauch nicht mehr wegzudenken und werden in den unterschiedlichsten Kontexten verwendet. „Nachhaltigkeit ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“<sup>1</sup>, so die Definition von Eisermann, der sich damit an die ursprüngliche Definition des Brundtland-Berichtes hält. Der Brundtland-Bericht ist der Abschlussbericht der 1983 von der UN-Vollversammlung eingesetzten ‚World Commission on Environment and Development‘ und trägt den offiziellen Titel ‚Our common Future‘.<sup>2</sup> Zentrales Element des Nachhaltigkeitsgedankens im Sinne des Brundtland-Berichtes ist das gleichwertige Nebeneinander von Interessen und Handlungen in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales, der so genannten Nachhaltigkeitstrias.

Zwei Schlüsselbegriffe sind für die Umsetzung und das Verständnis von Nachhaltigkeit von Bedeutung: das Konzept der Grundbedürfnisse (aller Menschen) und die Idee der Grenzen, insbesondere der Tragfähigkeit des globalen Ökosystems. Diese Schlüsselbegriffe, die ebenfalls direkt mit der Brundtland-Definition verbunden sind, machen die allgemein gängige Definition von Nachhaltigkeit verständlich und vollständig: „1. The concept of needs, in particular the essential needs of the world should be given; and 2. the idea of limitations imposed by the state of technology and social organization on environment ability to meet present and future needs.“<sup>3</sup>

Die Idee der Grenzen der Brundtland-Definition verweist auch auf den wissenschaftlichen Terminus der Nachhaltigkeit im Sinne von aufrechterhaltbar und Aufrechterhaltbarkeit. Diese beschreibt den „[...] Zustand eines Systems, das sich so verhält, dass es über unbeschränkte Zeiträume ohne grundsätzliche oder unsteuerbare Veränderungen (Zusammenbruch) [...] existenzfähig bleibt und vor allem nicht in den Zustand der Grenzüberziehung gerät.“<sup>4</sup> Die dauerhafte Existenzfähigkeit der Erde und der Ökosysteme ohne Grenzüberziehung im o.g. Sinne ist zusammen mit der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen – auch der

---

<sup>1</sup> Eisermann, D. (2003): Die Politik der nachhaltigen Entwicklung. Der Rio-Johannesburg-Prozess, InWEnt Themendienst Entwicklungspolitik Nr. 13. Bonn, S. 35.

<sup>2</sup> United Nations/General Assembly (1987): Report of the World Commission on Environment and Development. Our Common Future. Drucksache A/42/427.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Meadows, D., Meadows, D., Randers, J. (1992): Die neuen Grenzen des Wachstums: die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen. Stuttgart, S. 298.

zukünftigen Generationen – das eigentliche Ziel von Nachhaltigkeit. Der dies zum Ziel habende Prozess ist die ‚nachhaltige Entwicklung‘.

Seit dem Weltgipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg 2002 wird Nachhaltigkeit auch als strategische Aufgabe verstanden. Im Rahmen des Gipfels wurde beschlossen, Bildungsanstrengungen zur Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten zu verstärken. Vor diesem Hintergrund wurde zu Beginn des Jahres 2005 die ‚UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ ins Leben gerufen. Umweltbildung und globales Lernen sollen dazu beitragen, den Nachhaltigkeitsgedanken und mögliche Handlungsfelder stärker in den jeweiligen Gesellschaften zu verankern.

Vor dem Hintergrund dieses in Johannesburg eingeleiteten Paradigmenwechsels wurde die Nachhaltigkeitstrias um ein viertes Element erweitert. Dieses Element wird als Umsetzungsebene beschrieben und kann damit als die politische Säule der Nachhaltigkeit bewertet werden. Diese vierte Säule wird oftmals unter dem Begriff ‚Good Governance‘ (zu deutsch ‚Gute Regierungsführung‘) zusammengefasst, wobei dem Begriff keine einheitliche Definition zugrunde liegt<sup>5</sup> und er oftmals in unterschiedlichen Kontexten verwendet wird, die nicht als ‚nachhaltig‘ im originären Sinne zu definieren sind.

## **1.2 Von den ‚Grenzen des Wachstums‘ zur nachhaltigen Entwicklung**

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren fand ein internationaler Bewusstseinswandel statt, der mit dem Terminus ‚Die Grenzen des Wachstums‘ beschrieben werden kann.

Bereits 1972 hatten die Vereinten Nationen mit der in Stockholm stattfindenden ‚United Nations Conference on Human Environment‘ (UNCHE) versucht, den Aspekt der globalen Verantwortung auf die politische Agenda zu setzen. Das wichtigste Ergebnis dieser Konferenz war die Schaffung des UN-Umweltprogramms UNEP (United Nations Environment Programm (UNEP) mit Sitz in Nairobi.

Erst der Bericht des Club of Rome<sup>6</sup> über ‚Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit‘ aus dem Jahr 1972 erregte starkes Aufsehen, da er mögliche Folgen verdeutlichte, die durch das von Konsum und Wachstum geprägte Verhalten der Menschheit entstehen könnten. Der Bericht gilt als eine der ersten Studien zur nachhaltigen Entwicklung.<sup>7</sup> Mithilfe des Modells ‚Dynamik komplexer Systeme‘ errechneten Experten,

---

<sup>5</sup> Vgl. Eisermann (2003), S. 21.

<sup>6</sup> Der Club of Rome ist eine 1968 gegründete private Vereinigung von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus über 50 Staaten, die zum Thema der Lage der Menschheit und deren Zukunft arbeitet.

<sup>7</sup> Vgl. Lexikon der Nachhaltigkeit der Aachener Stiftung Kathy Beys (2005): Club of Rome. Online in Internet: <http://www.nachhaltigkeit.info> (Stand 01.08.2005).

welche Folgen für Mensch und Umwelt durch die Wechselwirkungen aus Bevölkerungsdichte, Umweltzerstörung, Rohstoffknappheit und Nahrungsmittelressourcen, Energie, Kapital etc. entstehen könnten. Die Experten des Club of Rome betonten die Notwendigkeit einer globalen Zusammenarbeit: „Wir stellen fest, dass das Problem der Entwicklung auf weltweiter Ebene so eng mit anderen globalen Aufgaben verknüpft ist, dass eine übergreifende Strategie zur Lösung aller bedeutenden Probleme erarbeitet werden muss, besonders auch der, die sich aus der Einwirkung des Menschen auf seine Umwelt ergeben.“<sup>8</sup>

In der Veröffentlichung der Global-2000-Studie des „Rates für Umweltqualität“ (Council on Environment Quality)<sup>9</sup> an den US-amerikanischen Präsidenten Carter 1980 wurden für das Jahr 2000 „[...] weltweite Probleme von alarmierenden Dimensionen“ prognostiziert.<sup>10</sup>

Der ebenfalls 1980 erschienene Bericht der ‚Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen‘ (Nord-Süd-Kommission) unter Vorsitz von Willy Brandt mit dem Titel ‚Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen von Industrie und Entwicklungsländern‘ sah die Hauptaufgaben der Zukunft darin, „[...] die ernstesten Probleme von globalen Ausmaßen zu untersuchen, wie sie sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten der Weltgemeinschaft ergeben, und Wege dafür aufzeigen, wie angemessene Lösungen für die Entwicklungsprobleme und Armut [...] vorangetrieben werden können.“<sup>11</sup>

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 rückte das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in den Fokus des Weltinteresses. Der Gipfel von Rio war der erste sogenannte ‚Erdgipfel‘. Erstmals wurde Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung als normatives, internationales Leitprinzip der Staatengemeinschaft, der Weltwirtschaft, der Weltzivilgesellschaft sowie der Politik zumindest formell anerkannt. In fünf zentralen Dokumenten wurde der Nachhaltigkeitsgedanke von Rio verankert:

1. Die ‚Rio-Deklaration‘ legt in 27 Artikeln die wesentlichen Grundsätze fest, die im Bereich Umwelt und Entwicklung das künftige Verhalten der Staaten bestimmen sollen.
2. Die ‚Klimarahmenkonvention‘ schafft völkerrechtlich verbindliche Grundlagen für die internationale Zusammenarbeit zur Verhinderung einer weltweiten Klimaerwärmung.

---

<sup>8</sup> Meadows, D., Meadows, D., Millinger, P., Zahn, E. (1973): Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Reinbek.

<sup>9</sup> Vgl. Eisermann (2003), S. 22.

<sup>10</sup> Kaiser, Reinhard (Hrsg.) (1981): Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. Frankfurt am Main.

<sup>11</sup> Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen: Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern. Zit. nach: Lexikon der Nachhaltigkeit der Aachener Stiftung Kathy Beys (2005): Online in Internet: <http://www.nachhaltigkeit.info> (Stand 01.08.2005).

3. Die ‚Konvention über die biologische Vielfalt‘ schützt weltweit Tier- und Pflanzenarten sowie ihre bedrohten Lebensräume.
4. Die ‚Walderklärung‘ legt Grundsätze zur Waldbewirtschaftung und zur Walderhaltung fest, die völkerrechtlich allerdings nicht verbindlich sind.
5. Die ‚Agenda 21‘ wurde als ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert unterzeichnet. Sie enthält für wesentliche Bereiche der Umwelt- und Entwicklungspolitik detaillierte Handlungsaufträge an alle Staaten. Kapitel 28 der Agenda richtet sich an die Kommunen als den Bürgern am nächsten stehende politische Ebene. Sie haben den Auftrag, in einem Diskussionsprozess mit ihren Bürgern, Unternehmen und Verbänden Umweltschutz, wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch die Aufstellung kommunaler Agenden 21 voranzubringen.

Der Rio-Konferenz 1992 folgten weitere Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. International wurden in den Folgejahren verschiedene Gremien und Arbeitsorgane gegründet, Konferenzen durchgeführt und Konventionen verabschiedet. Diese verfolgten das Ziel, eine nachhaltige Entwicklung zu initiieren und den Nachhaltigkeitsgedanken weltweit zu etablieren. Beispielhaft sind das Kyoto-Protokoll zur Emissionsreduzierung<sup>12</sup> oder auch der Aktionsplan von Johannesburg zu nennen.

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahr 2002, auch Rio + 10 genannt, war die Überprüfungskonferenz des Rio-Prozesses. Er hatte das Ziel – neben der Bilanzierung der Agenda 21, des Plans zur Umsetzung der Agenda 21 sowie der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien –, die Fortschreibung neuer Ziele und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung bis 2015/2017 zu initiieren.

Rio + 10 war als „[...] ergebnisorientierter Gipfel der konkreten Umsetzung der breit gefächerten Zeitpläne und Aktionsprogramme gedacht [...]. Geblieben sind von diesem Anspruch bekräftigte quantifizierte Ziele, die allerdings meist schon bei früheren Gelegenheiten (z.B. Millenniums-Gipfel) ausgesprochen worden waren [...]“<sup>13</sup> Es gab demzufolge, anders als in Rio, keine spezifischen Durchbrüche wie beispielsweise die

---

<sup>12</sup> Das Kyoto-Protokoll (benannt nach dem Ort der Konferenz, Kyoto in Japan) ist ein Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klima-Rahmenkonvention der UN. Es schreibt verbindliche Ziele für die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen fest, die als Auslöser der globalen Erwärmung gelten. Die Vertragsstaaten haben das Ziel, ihre Emissionen bis zum Jahre 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Die einzelnen Länder haben unterschiedliche Vorgaben, die von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Für die EU ist eine Senkung der Emissionen um 8 Prozent vorgesehen. Deutschland ratifizierte das Protokoll 2002 und hat sich damit verpflichtet, den Ausstoß an den betreffenden Gasen von 2008 bis 2012 um 21 % zu senken.

<sup>13</sup> Eisermann (2003), S. 151.

Verständigung auf neue Konventionen und Zielsetzungen. Als Erfolg ist jedoch die Tatsache zu bewerten, dass der Gipfel, der von Misstrauen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geprägt war, nicht gescheitert ist. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache von zentraler Bedeutung, „[...] dass sich erst langfristig die wahren Konsequenzen eines solchen Ereignisses erweisen.“<sup>14</sup>

### **1.3 Entwicklungstheorien im zeitlichen Wandel – von der Wachstums- zur Nachhaltigkeitsorientierung**

#### **1.3.1 1950er Jahre: Entwicklung durch Wachstum**

Die entwicklungspolitischen Bemühungen der westlichen Länder<sup>15</sup> basierten Anfang der 1950er Jahre auf einem volkswirtschaftlichen Ansatz, der unter dem Namen Keynesianismus, benannt nach dem britischen Volkswirtschaftler John Maynard Keynes (1883-1946), in die Lehrbücher einging. Dieser Ansatz, der von einer Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern (P. Rosenstein, P. N. Rodan, R. Nurske, A. W. Lewis u.a.) befürwortet wurde<sup>16</sup>, sollte das wirtschaftliche Wachstum in den Ländern des Südens fördern. Entwicklung wurde mit Wirtschaftswachstum und insbesondere Industrialisierung gleichgesetzt. Die notwendige Kapitalbildung für Auf- und Ausbau von Industrie sollte durch die Erhöhung der Sparquote gewährleistet werden. Da von der Prämisse ausgegangen wurde, dass in erster Linie die Bezieher höherer Einkommen in der Lage sein würden zu sparen bzw. bei wachsendem Einkommen auch der relative Anteil des Sparaufkommens steigen würde, wurde eine ungleiche Verteilung der Einkommen in einem Entwicklungsland durchaus positiv bewertet. Die Vertreter dieses Wachstumsmodells behaupteten, dass sich eine zu Beginn der Industrialisierung vorhandene, eher egalitäre Einkommensverteilung in eine stärker ungleiche verwandeln würde, die sich erst mit fortschreitender Industrialisierung wieder abbauen würde.

---

<sup>14</sup> Ebd., S. 150.

<sup>15</sup> Gegen Ende der 1940er Jahre gerieten viele Kolonien in das Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes. Beide Blöcke versuchten in der Zeit des Kalten Krieges, ihre globale Machtstellung zu behaupten, und suchten Bündnispartner, auch zur Stationierung strategischer Waffen und Stützpunkte. Beide Systemideologien expandierten: Die Sowjetunion empfahl ihr eigenes Ordnungs- und Industrialisierungsmodell als angemessenes Entwicklungsmodell. Die Kubanische Revolution ist ein Beispiel hierfür. Die Amerikaner entwarfen ein Modell wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, das sich durch Beratungstätigkeit und Finanzhilfe auszeichnete. Dieses wurde im Jahre 1947 erstmals vom amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman formuliert. Entwicklungspolitik etablierte sich vor diesem Hintergrund als ein neues Politikfeld. Schon bald schlossen sich andere Industrieländer den Amerikanern an. Ausschlaggebend für Zuwendungen war, dass sich diese Regierungen vom Kommunismus abwendeten.

<sup>16</sup> Vgl. Menzel, U. (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorien. Frankfurt, S. 134.

Diese Strategie lässt sich wie folgt ausdrücken: Erst Wachstum, dann Umverteilung bzw. erst Industrialisierung und dann Demokratisierung.<sup>17</sup>

### **1.3.2 1960er Jahre: Wachstum und Wandel**

Die Diskussion über Entwicklung und entsprechende Theorien war in den 1960er Jahren von zwei Aspekten gekennzeichnet: Erstens führte das Ausbleiben von Wachstumserfolgen und den davon erwarteten sozialen Entwicklungsfortschritten dazu, dass dem sozialen Wandel eine eigenständige Berechtigung zugestanden wurde. Zweitens war die einsetzende Welle der Entkolonialisierung für viele Regierungen der so entstandenen neuen Staaten der Beginn des Strebens nach politischer und auch wirtschaftlicher Souveränität. Diese politische ‚Emanzipation‘ steht in engem Zusammenhang mit dem in den Vordergrund rückenden Ziel des sozialen Wandels. Mit Wandel waren zu diesem Zeitpunkt „[...] Veränderungen in den Wertesystemen und Verhaltensweisen der Bevölkerung, politisch-institutionelle Modernisierung [...] aber auch Investitionen im sozialen Bereich [...]“<sup>18</sup> gemeint. An die Stelle der Kolonialökonomie mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Bedürfnisse der kolonialen Mutterländer sollte eine eigenständige Industrialisierung treten. Bei der Finanzierung und Organisation der Industrialisierung nahm der Staat eine entscheidende Rolle ein. Der Keynesianismus bot die erste theoretische Grundlage zur Neuorientierung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern. Im Zuge der Industrialisierung der Entwicklungsländer sollte es zur Urbanisierung, Alphabetisierung, sozialer Mobilisierung und damit auch zu politischer Partizipation kommen. Über Demokratisierung sollte eine Umverteilung einsetzen. Die anfängliche – aus Effektivitätsgründen für notwendig erachtete – Konzentration der Ressourcen auf einen modernen industriellen Kern sollte zu Ausbreitungs- und Durchsickerungseffekten im traditionellen und ländlichen Raum führen und somit dessen Bevölkerung langfristig an der Modernisierung teilhaben lassen.<sup>19</sup> Im Rahmen des Entwicklungskeynesianismus entwickelte sich Ende der 1960er Jahre eine Wachstumsstrategie, die die Landwirtschaft mit einbezog und die unter dem Namen „Grüne Revolution“ bekannt und später kritisch diskutiert wurde.

Ende der 1960er Jahre wurde diese Strategie von mehreren Seiten kritisiert: Die Dependenztheorien betonten, dass „[...] Unterentwicklung weniger ein Stadium, welches

---

<sup>17</sup> Vgl. Kuznets, Simon S. (1955): Economic Growth and Income Inequality. In: American Economic Review 45, S. 1-28.

<sup>18</sup> Nohlen (2002), S. 228.

<sup>19</sup> Vgl. Menzel, U. (1991): Konzeptionen der Entwicklungspolitik in Theorie und Praxis, In: Zeitschrift für Kulturaustausch, Entwicklung – Wohin? 41. Jahrgang, Nr. 4, S. 438.

Entwicklungsländer zu durchschreiten hätten, als vielmehr eine Struktur sei, und die [...] Entwicklungsländer-Ökonomien nicht ohne ein gewisses Maß an Unabhängigkeit, an nationalen Zuständigkeiten für Fragen der Produktion, Diversifikation, Verteilung und des Konsums aus der Sackgasse der ‚Entwicklung der Unterentwicklung‘ herausgeführt werden könnten.“<sup>20</sup> In diesem Zusammenhang waren die damaligen Geberländer der Kritik ausgesetzt, nicht aus dem Bewusstsein der Verpflichtung gegenüber den Menschen heraus zu handeln. Das Engagement der Geberländer, häufig Ex-Kolonialmächte, sei vielmehr von strategischen – auch militärischen – Überlegungen geprägt. Zudem waren die Entwicklungsländer als Absatzmärkte von Interesse. Der 1969 erschienene Pearson-Bericht<sup>21</sup> der ‚Kommission für internationale Entwicklung‘ sorgte für Aufsehen: „Ein Großteil der bilateralen Entwicklungshilfe diene tatsächlich dazu, kurzfristige politische oder strategische Vorteile zu erlangen oder Exporte der Geberländer zu fördern.“<sup>22</sup> Im Pearson-Bericht wurde erstmals Skepsis daran geäußert, dass Wachstum automatisch zu Entwicklung führt. Ursächlich sei die zu geringe Berücksichtigung der Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer.

Die Strategie des Entwicklungskeynesianismus wurde auch von Vertretern des Südens kritisiert, da die erhofften Durchsickerungs- und Ausbreitungseffekte sowie die erwartete Demokratisierung weitestgehend ausblieben. Die These Martin Lipsets in seinem 1960 erschienen Buch ‚Political Man‘, dass Demokratisierung eine logische Konsequenz des Industrialisierungsprozesses und des Wachstums sei, bestätigte sich damit nicht.<sup>23</sup>

### **1.3.3 1970er Jahre: Abkopplung und Grundbedürfnisorientierung**

Vertreter des Südens glaubten, das Problem der Unterentwicklung in weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Faktoren zu sehen. Mit dem Begriff der ‚Neuen Weltwirtschaftsordnung‘ wurde eine Modifikation der Modalitäten des Systems der Weltwirtschaft gefordert. Ab Mitte der 1970er Jahre kam es zu Überlegungen in Bezug auf Entwicklungsmöglichkeiten, die ebenfalls von der Annahme ausgingen, dass die Probleme der Entwicklungsländer extern verursacht seien. Diese Ursachen sollten komplett beseitigt werden.<sup>24</sup> Das Schlagwort lautete

---

<sup>20</sup> Nohlen (2002), S. 228.

<sup>21</sup> Dieser Bericht wurde vom damaligen Weltbank-Präsidenten McNamara in Auftrag gegeben. Der ehemalige kanadische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger Lester Pearson leitete die Kommission für internationale Entwicklung. Der von westlichen Wirtschaftsexperten erarbeitete Bericht bilanzierte die Resultate von 20 Jahren Entwicklungspolitik und entwickelte daraus Empfehlungen für die nächste Entwicklungsdekade.

<sup>22</sup> Kommission für Internationale Entwicklung (1996): Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Wien, S. 22.

<sup>23</sup> Lipset, S. M. (1960): Political Man. The Social Basis of Politics. Garden City, New York.

<sup>24</sup> Vgl. Menzel (1992), S. 155.

zunehmend ‚autozentrierte Entwicklung‘ und ging über die geforderte ‚Modifikation der Modalitäten‘ hinaus. Ein Vertreter dieser Theorie war Dieter Senghaas, der in seinem 1977 verfassten ‚Plädoyer für Dissoziation‘ drei entwicklungspolitische Imperative formulierte:

1. völlige Abkopplung der Entwicklungsländer,
2. interne Restrukturierung und
3. regionale Kooperation.<sup>25</sup>

Darüber hinaus wurden die Grundbedürfnisse der Menschen zunehmend thematisiert, wobei die Verbesserung der Lebensbedingungen im Vordergrund stand. Nohlen und Nuscheler definierten in diesem Zusammenhang das ‚magische Fünfeck der Entwicklung‘, das aus den komplementären Aspekten Arbeit/Beschäftigung, wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit/Strukturwandel, Partizipation und wirtschaftliche Unabhängigkeit besteht.

Parallel zu diesem Paradigmenwechsel konnten einige der in der OPEC organisierten Länder 1973 und 1978/79 substanzielle Ölpreissteigerungen durchsetzen und so eine erhebliche Umverteilung des Welteinkommens erreichen. Viele andere Entwicklungsländer hegten ähnliche Hoffnungen in Bezug auf andere Rohstoffe. Von Bedeutung war dabei, dass die Stimmenverteilung in den Vereinten Nationen (UNO) sich aufgrund der weitgehend abgeschlossenen Entkolonialisierung und des damit verbundenen Mitgliederzuwachses so sehr geändert hatte, dass vor allem UN-Unterorganisationen wie die UNCTAD (UN Conference on Trade and Development)<sup>26</sup> zur Interessenvertretung des Südens avancierten.<sup>27</sup>

### **1.3.4 1980er Jahre: Verlorenes Jahrzehnt/Wachstumsförderung**

Eine Eckmarke der 1980er Jahre ist das Erscheinen des Brandt-Berichtes im Jahr 1980. Auch er forderte eine neue Weltwirtschaftsordnung. Schwerpunkt der Empfehlung Brandts war, die Industrieländer im Hinblick auf eine Änderung in der Weltwirtschaft ‚in die Pflicht zu nehmen‘. Neben einer ethisch motivierten Solidarität trat nunmehr auch das Interesse des Nordens an einem verstärkten Transfer in den Vordergrund. Das Wohlergehen der reichen Länder wurde langfristig in Abhängigkeit von der Überwindung der Armut im Süden

---

<sup>25</sup> Vgl. Senghaas, D. (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt.

<sup>26</sup> In dieser 1964 gegründeten Welthandels- und Entwicklungskonferenz, einem Organ der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der 192 (Stand 2004) Mitglieder angehören und in der die Entwicklungsländer über die Stimmenmehrheit verfügen, wurde in der Folgezeit eine neue Weltwirtschaftsordnung diskutiert. Der bislang praktizierte Entwicklungskeynesianismus sollte um die internationale Dimension erweitert werden.

<sup>27</sup> Vgl. Menzel (1992), S. 144.

gesehen. Außerdem sollte Entwicklungspolitik die Funktion einer Konjunktursteuerung bekommen. Ressourcentransfer sollte eine gesteigerte Nachfrage des Südens anregen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Wachstumskrise der Industrieländer.<sup>28</sup> Durch den Bericht wurde das bis dahin die Entwicklungspolitik dominierende Modell der ‚nachholenden Entwicklung‘ infrage gestellt.

Doch die wirtschaftliche Rezession in vielen Entwicklungsländern führte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu einer erneut wachstumsorientierten Strategie mit einer Ausrichtung auf Großprojekte und der Förderung des modernen Sektors. Die wirtschaftliche Konzeption basierte nun auf Exportwachstum. Hintergrund war der neoliberale Washington Consensus mit den Strukturanpassungsprogrammen (SAP) der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt, Inflationsbekämpfung, Liberalisierung, Stärkung von (Privat-)Wirtschaft und Markt sowie die Integration in den Weltmarkt standen auf der Agenda.<sup>29</sup>

Grundsätzlich werden die 1980er Jahre als das ‚verlorene Jahrzehnt‘ der Entwicklung bewertet, wie es der Weltentwicklungsbericht 1990 zum Ausdruck brachte<sup>30</sup>, da auch die Ansätze der 1970er Jahre gescheitert waren und ein neuer, überzeugender Entwurf nicht in Sicht war. Verloren aber auch, weil sich die reale Situation in einer wachsenden Zahl von Ländern dramatisch verschlechtert hatte.<sup>31</sup>

### **1.3.5 1990er Jahre: Nachhaltige Entwicklung und Globalisierungskritik**

Der genannte Bericht des ‚Club of Rome‘ aus dem Jahr 1972 stellte insbesondere aus ökologischer Sicht die Wachstumsstrategien der vergangenen Jahrzehnte infrage. Dieses Thema wurde mit den Berichten der Nord-Süd-Kommission (1980) und der Brundtland-Kommission (1987) aufgegriffen. In den 1990er Jahren rückte der Nachhaltigkeitsansatz ins Zentrum der umwelt- und entwicklungspolitischen Debatte. Die Konferenz von Rio und der Folgeprozess verliehen diesem Ansatz Nachdruck. Maßnahmen für das 21. Jahrhundert wurden formuliert. Dabei handelte es sich jedoch nicht um verbindliche Absprachen, sondern vielmehr um Absichtserklärungen der Länder.

---

<sup>28</sup> Brandt W. (Hrsg.) (1980): Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln.

<sup>29</sup> Hauchler, I., Messner, D., Nuscheler, F. (2001): Entwicklungspolitik und Globalisierung. In: Hauchler, I., Messner, D., Nuscheler, F. (Hrsg.): Globale Trends 2002. Frankfurt a.M.

<sup>30</sup> World Bank (Hrsg.) (1990): Weltentwicklungsbericht 1990. Die Armut. Washington D.C.

<sup>31</sup> Vgl. ebd.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veröffentlichte im Jahre 1996 die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“<sup>32</sup>. Diese übertrug die Forderungen der Rio-Konferenz auf Deutschland und erstellte Szenarien, die den notwendigen Beitrag Deutschlands zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung aufzeigen sollten. Sie machte deutlich, dass sich strukturelle politische Veränderungen keineswegs nur auf die Entwicklungsländer beschränken sollten.

International hat die Nachhaltigkeitsstrategie Einzug in die entwicklungspolitischen Konzeptionen gefunden. So ordnet beispielsweise die Weltbank ihre Arbeit vermehrt den Zielen der Nachhaltigkeit unter.<sup>33</sup> Gleiches gilt auch für andere supranationale Organisationen wie die UN-Unterorganisationen oder zivilgesellschaftliche Gruppen wie die 1998 entstehende ATTAC (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens, zu Deutsch „Verein für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger“).

Ein weiteres Kennzeichen der 1990er Jahre ist das Aufkommen des Begriffs „Globalisierung“, der umgangssprachlich in erster Linie synonym für die „Liberalisierung des Welthandels“ verwendet wird. Aber auch die globale Dimension der Entwicklungsproblematik wurde immer deutlicher herausgestellt. Das Entstehen einer umfangreichen Globalisierungskritik mit der Forderung einer gerechten und zukunftsfähigen Gestaltung der Globalisierung verlieh dem Nachhaltigkeitsansatz zwar Nachdruck, ein „big push“ blieb jedoch aus. Für die wissenschaftliche kritische Auseinandersetzung mit der Globalisierung wurde 1996 mit den „Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft“ von Altvater und Mahnkopf ein zentrales Werk geschaffen.<sup>34</sup>

### **1.3.6 ab 2000: Armutsorientierung**

Mit der Millenniumserklärung haben sich die Mitgliedsstaaten der UN im September 2000 verpflichtet, die weltweite Armut zu bekämpfen, den Frieden zu sichern, die Umwelt zu schützen und die Globalisierung gerecht und nachhaltig zu gestalten. Eine „Roadmap“ für die Umsetzung der Millenniumserklärung definiert acht international vereinbarte Ziele: die Millennium Development Goals (MDG). Deren Verwirklichung soll bis zum Jahr 2015 erreicht werden:

---

<sup>32</sup> BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Birkhäuser Verlag. Berlin.

<sup>33</sup> World Bank (1997): Weltentwicklungsbericht 1997. Der Staat in einer sich ändernden Welt. UNO-Verlag. Bonn.

- Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers,
- Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung,
- Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter/Stärkung der Rolle der Frauen,
- Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit,
- Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern,
- Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten,
- Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit,
- Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.<sup>35</sup>

Die MDG sind dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit direkt zugeordnet. Mit dem Fokus auf Armutsbekämpfung rücken nun die Grundbedürfnisse der Menschen – ähnlich wie in den 1970er Jahren – wieder in den Vordergrund von Entwicklungsstrategien.

Weltbank und IWF verlagerten ihren Entwicklungsansatz von den Strukturanpassungsprogrammen der 1980/1990er Jahre zu länderspezifischen Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP), eine Abkehr vom Washington Consensus<sup>36</sup>. Darüber hinaus geht es unter dem Motto „Trade not Aid“ gerade auch vor dem Hintergrund des Scheiterns der Konferenzen der World Trade Organisation (WTO) von Doha (2001) und Cancun (2003) um den besseren Zugang von (Agrar-)Produkten der Entwicklungsländer zum Weltmarkt.

Der originären Nachhaltigkeitstrias (Ökologie, Ökonomie und Soziales) wird durch die hier skizzierten Prozesse teils mehr (z.B. MDG), teils weniger (z.B. WTO) Rechnung getragen. Inwieweit es zu einer aktiven bzw. aktiveren Gestaltung dieser Prozesse im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens kommt, hängt von dem entsprechenden Engagement der Staaten und Staatengruppen ab, auf denen die genannten Organisationen (UN, Weltbank und IWF, WTO) maßgeblich basieren.

---

<sup>34</sup> Altvater, E., Mahnkopf, B. (2002): Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 5. überarbeitete Auflage. Münster.

<sup>35</sup> Vgl. United Nations (2005): MDG. Online in Internet: <http://www.un.org.millenniumgoals.htm>. (Stand 01.08.2005).

<sup>36</sup> Vgl. Eisermann (2003), S. 27.

## 1.4 Handlungsebenen

Es existieren vielfältige Handlungsfelder für die Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien, die sich aus den Rio- und Johannesburgdokumenten ableiten. Grundsätzlich lassen sich dabei drei übergeordnete Ebenen unterscheiden:

1. international (supranationale Organisationen/regionale Bündnisse),
2. national (staatlich),
3. lokal (kommunal).

### 1.4.1 Internationale Handlungsebene

Basierend auf den Berichten und den dadurch ausgelösten Prozessen, die zu einer Annäherung an Nachhaltigkeit geführt haben, sowie vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierungstendenzen entwickelte sich auf internationaler Ebene das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Kooperationen. Als Antwort auf die Globalisierung soll eine „Weltordnungspolitik“ (Global Governance) geschaffen werden, die das Weltallgemeinwohl – definiert anhand des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung – über nationalstaatliche Interessen stellt. Dieses Bewusstsein und der Global-Governance-Ansatz setzten kollektives globales Handeln voraus. Grundlage dafür ist eine funktionierende und weltweit akzeptierte Struktur supranationaler Institutionen wie beispielsweise die UN. Global Governance setzt darüber hinaus die Existenz globaler Regelsysteme voraus, was im direkten Zusammenhang mit den Strukturen steht. Zentrales Instrument der Herausbildung solcher Regelsysteme sind die Weltkonferenzen.<sup>37</sup> Zahlreiche Weltkonferenzen der UN und ihrer Unterorganisationen sind Handlungs- und Gestaltungsversuche von Global Governance in verschiedensten Themengebieten, die sich alle an der Grundidee der Nachhaltigkeit orientieren.

Die dort vereinbarten übergeordneten Ziele, sei es im direkten oder im indirekten Nachhaltigkeitszusammenhang, müssen auf die Teilstrukturen der Regelsysteme wie auch auf die staatlichen Ebenen heruntergebrochen und umgesetzt werden, was – nicht zuletzt auch aufgrund verschiedenster Partikularinteressen – eines der größeren Probleme bei der praktischen Umsetzung des Nachhaltigkeitsleitbildes darstellt. Die international vereinbarten Kriterien müssen entsprechende Konsequenzen für das Handeln der Regierungen und Parlamente im Sinne von Good Governance und Good Government haben.

---

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S. 39.

### 1.4.1.1 Die Europäische Union (EU)

International kann die EU als regionales Staatenbündnis seit 2001 eine Nachhaltigkeitsstrategie vorweisen.<sup>38</sup> Ziel der „Sustainable Development Strategy“ (SDS) ist die Verbesserung der Lebensqualität für die heutige und für künftige Generationen. Sie soll sicherstellen, dass Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und soziale Integration Hand in Hand gehen. Die Strategie erweitert die „Lissabon-Strategie“ für Wachstum, Beschäftigung und größeren sozialen Zusammenhalt um die Umweltdimension und versteht sich als eine Ergänzung des Engagements der Europäischen Union für wirtschaftliche und soziale Erneuerung. Die Nachhaltigkeitsstrategie spricht in einem ersten Schritt vier Themenbereiche an, denen zentrale Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung zukommt: Klimaänderungen, Verkehr, Gesundheit und natürliche Ressourcen.

Die erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie nennt klare Ziele und prioritäre Maßnahmen für die sieben zentralen Herausforderungen im Bereich nachhaltige Entwicklung:

- Zentrale Ziele und geplante Maßnahmen im Bereich Klimawandel und saubere Energie werden bestätigt, darunter das 2°C-Ziel, die 2010er Ziele für erneuerbare Energien, die Verringerung des Energieverbrauchs um 9 Prozent bis 2017, das Einsetzen der EU für das 2020- und 2050-Klimaziel sowie die Strategie für Biomasse.
- Die Strategie bestätigt die Elemente einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung wie etwa die Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Verkehrsnachfrage, das Ziel einer Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger, die Steuerung der Verkehrsnachfrage über die Kosten des Verkehrs einschließlich einer Internalisierung externer Kosten, die Verminderung der Lärm- und Schadstoffemissionen des Verkehrs sowie Maßnahmen zur Verringerung der Umweltauswirkungen des wachsenden Flug- und vor allem des Schiffsverkehrs.
- Im Bereich nachhaltiger Konsum bzw. nachhaltige Produktion soll der EU-Durchschnitt der grünen öffentlichen Beschaffung bis zum Jahr 2010 dem Stand der zurzeit in dieser Hinsicht besten Mitgliedstaaten entsprechen. Dafür wird ein Benchmarking eingeführt.
- Zum Schutz und Management der natürlichen Ressourcen fordert die erneuerte Strategie Ziele und Maßnahmen im Kontext der thematischen Ressourcenstrategie.

---

<sup>38</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Drucksache 14/9200, S. 399.

- Im Bereich der öffentlichen Gesundheit ist die Europäische Kommission aufgefordert, eine Strategie zur Verbesserung der Luftqualität in geschlossenen Räumen vorzulegen.
- Im Hinblick auf die globalen Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung soll die Stärkung multilateraler Umweltabkommen zur Verbesserung der globalen Umweltpolitik beitragen.
- Im Bereich der gesellschaftlichen Einbeziehung, Demografie und Migration ist die Verbesserung der Lebensqualität zentrales Ziel.<sup>39</sup>

### 1.4.2 Nationale Handlungsebene (BRD)

Mit der Agenda 21 verpflichteten sich die Nationalstaaten 1992 zur Entwicklung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien. Nur ein Teil der Staaten konnte aber zehn Jahre später konkrete Politikentwürfe oder -programme vorlegen. In Deutschland war 1994 das Prinzip der Nachhaltigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen worden. Im April 2002 hat die Bundesregierung die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland beschlossen, die den Titel ‚Perspektiven für Deutschland‘ trägt.<sup>40</sup>

Die Tatsache, dass erst seit Ende 2000 intensiv an der Strategie gearbeitet wurde, die wichtiger Bestandteil der rot-grünen Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 1998 war, hatte zur Folge, dass zivilgesellschaftliche Gruppen weniger stark in den Strategieentwicklungsprozess eingebunden waren, als es die Agenda 21 von Rio vorsah. Darüber hinaus wurde der Prozess kaum von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen und begleitet. Aufgrund dieses nur am Rande pluralistischen Gestaltungsprozesses nahm die Nachhaltigkeitsstrategie „[...] letztlich den Charakter eines Regierungsprogramms an, das sich wesentlich an den aktuellen Regierungsprojekten [...] orientierte“.<sup>41</sup>

Die Strategie beschreibt ausführlich, wie gesellschaftliches und politisches Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit erfolgen kann. Sie definiert im Rahmen der vier Eckpfeiler ‚Generationengerechtigkeit‘, ‚Lebensqualität‘, ‚sozialer Zusammenhalt‘ und ‚internationale Verantwortung‘ acht Handlungsfelder, bei denen Weichenstellungen in Deutschland für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind:

---

<sup>39</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007): EU Nachhaltigkeitsstrategie. Online in Internet: [http://www.bmu.de/europa\\_und\\_umwelt/eu-nachhaltigkeitsstrategie/doc/6733.php](http://www.bmu.de/europa_und_umwelt/eu-nachhaltigkeitsstrategie/doc/6733.php) (Stand 15.02.2007).

<sup>40</sup> Bundesregierung (2001): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für nachhaltige Entwicklung. Berlin.

<sup>41</sup> Vgl. Eisermann (2003), S. 111.

1. Energie effizient nutzen – Klima wirksam schützen
2. Mobilität sichern – Umwelt schützen
3. gesund produzieren – gesund ernähren
4. demografischen Wandel gestalten
5. alte Strukturen verändern – neue Ideen entwickeln
6. innovative Unternehmen – erfolgreiche Wirtschaft
7. Flächeninanspruchnahme vermindern
8. globale Verantwortung übernehmen.<sup>42</sup>

Eigentliches Kernstück der Nachhaltigkeitsstrategie sind die 21 Indikatoren und Ziele, die Orientierungswerte für die Entwicklungen der kommenden Jahrzehnte sind und als Kontrollinstrument bezüglich der Umsetzung der Strategie dienen.

Im April 2001 wurde der ‚Rat für nachhaltige Entwicklung‘ einberufen, dem Persönlichkeiten angehören, die die umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitischen Belange repräsentieren. Ziel des Rates ist die Unterstützung der Regierung bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie. Zudem gilt es, dem Thema eine größere öffentliche wie auch politische Aufmerksamkeit zu verschaffen. 2004 beschloss der Deutsche Bundestag die Einsetzung des ‚Parlamentarischen Beirates für Nachhaltige Entwicklung‘, der die parlamentarische Begleitung der nationalen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie sicherstellen, den Dialog über die nachhaltige Entwicklung mit gesellschaftlichen Gruppen verbessern und die institutionelle Basis für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts verfestigen soll.<sup>43</sup>

### **1.4.3 Lokale Handlungsebene**

Die Agenda 21 beinhaltet einen gesonderten Auftrag für Kommunen. Sie bietet Anknüpfungspunkte für die dauerhafte Verankerung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene.<sup>44</sup> In enger Zusammenarbeit mit und unter Einbindung von Bürgern und zivilgesellschaftlichen Gruppen soll so eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt werden, die sogenannte Lokale Agenda 21. Auch konkrete Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten können vor Ort definiert werden. Diese Prozesse basieren auf der Beteiligung der Bevölkerung. „So

---

<sup>42</sup> Vgl. Bundesregierung (2002), S. 4.

<sup>43</sup> Deutscher Bundestag (2004): Einrichtung eines parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung. Bundestagsdrucksache 15/2441.

ermöglichen lokale Agenda-Prozesse Bürgerinnen und Bürgern z.B. politische Beteiligung“.<sup>45</sup> Die Vorgehensweisen in den lokalen Agenda-Prozessen können sowohl ‚top down‘ (auf Initiative der Verwaltung) als auch ‚bottom up‘ (von gesellschaftlichen Gruppen) angeschoben werden, idealerweise sind beide Ansätze miteinander verknüpft.

In Deutschland fassten bis zum Juli 2006 insgesamt 2.610 Kommunen einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21, das sind etwa 20,4 Prozent aller Gemeinden.<sup>46</sup> Eine Studie aus dem Jahr 2001 über lokale Agenda-21-Prozesse in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass der Fokus der lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen auf dem Umweltbereich liegt.<sup>47</sup> Um Ansätze der Nord-Süd-Kooperation zu vernetzen und damit zu fördern, wurde im Jahr 2001 von Bund und Ländern die ‚Servicestelle Kommunen in der Einen Welt‘ initiiert.<sup>48</sup>

Den deutschen Bundesländern kommt im Zuge der Entwicklung landesspezifischer Nachhaltigkeitsstrategien ebenfalls eine bedeutende Rolle zu. Dieser Prozess ist jedoch in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich weit fortgeschritten.

## 1.5 Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit existieren zwei übergeordnete Dimensionen von Nachhaltigkeit:

Erstens ist dabei die genannte Nachhaltigkeitstrias von zentraler Bedeutung. Spezifische entwicklungspolitische Zielsetzungen sollten sich diesen übergeordneten Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales zuordnen lassen und sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und an dessen Weiterentwicklung, beispielsweise durch Weltgipfel und Weltkonferenzen, orientieren. Das Leitbild und die sich daraus ergebenden Ziele werden als die *Makroebene* der Nachhaltigkeit im Entwicklungskontext definiert.<sup>49</sup>

Daneben existiert die *Mikroebene*, die über Programme und Projekte und deren Wirkung die Leitlinien und Ziele konkret gestaltet. Peter Baz definiert verschiedene Handlungsfelder, die der Nachhaltigkeitstrias auf der Mikroebene Rechnung tragen:

---

<sup>44</sup> Vgl. Bundesregierung (2001), S. 38.

<sup>45</sup> Ebd., S. 39.

<sup>46</sup> Vgl. Agentur für Nachhaltigkeit (2005): Kommunale Beschlüsse zur Aufstellung einer lokalen Agenda 21 in Deutschland im Juli 2005. Online in Internet: <http://www.agenda-transfer.de> (Stand 01.09.2006).

<sup>47</sup> Gansen, T., Anton, J., Hoffmann, A. (2001): Auswertung lokaler Agenda-21-Prozesse in NRW. Untersuchung von 141 nordrhein-westfälischen Kommunen. Bonn. Online in Internet: <http://www.agenda-transfer.de> (Stand 04.07.2005).

<sup>48</sup> Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2005): Online in Internet: <http://www.service-eine-welt.de> (Stand 20.08.2005).

<sup>49</sup> Caspari, A., Kevenhörster, P., Stockmann, R. (2003): Das Schweigen des Parlaments. Die vergessene Frage der Nachhaltigkeit deutscher Entwicklungszusammenarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 13-14, Beilage zur Zeitschrift ‚Das Parlament‘, S. 7.

- Befriedigung von (lokalen) (Grund-)Bedürfnissen,
- Schaffung und Sicherung von Beschäftigung und Einkommen,
- umweltverträgliche Ressourcennutzung,
- Reduzierung der Abhängigkeit von externen Ressourcen,
- Selbstbestimmung des Entwicklungsprozesses durch Zielgruppen.<sup>50</sup>

Hintergrund ist dabei das zentrale Stichwort der Zukunftsfähigkeit, wobei es auf der Mikroebene ganz spezifisch um die Zukunftschancen der Menschen in Entwicklungsländern geht.

Die zweite Dimension von Nachhaltigkeit im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit ist die Langfristigkeit der Wirkung von Initiativen. Damit ist der Anspruch verbunden, dass sich Projekte oder Programme nach einer gewissen Zeit eigenständig weiterentwickeln und ohne entwicklungspolitischen externen Input existieren können. Hintergrund hierfür ist – neben dem Gedanken der ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ – die Idee des Anschubes und einer sich daraus entwickelnden eigenständigen und langfristigen Dynamik.

Die Dimension der Langfristigkeit der Wirkung von Projekten und Programmen ist eng verknüpft mit deren Akzeptanz innerhalb der Zielgruppe und vor allem seitens der Projektpartner. Eine langfristige Akzeptanz von Projekten ist direkt mit dem sogenannten Ownership der Zielgruppe bzw. der Projektpartner verbunden, wobei Ownership Nohlen zufolge bedeutet „[...] dass die Verantwortung für die Entwicklungsvorhaben beim jeweiligen Partner im Entwicklungsland liegt. Denn die Verantwortung der Partnerseite ist unerlässliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.“<sup>51</sup> Die Übernahme von Verantwortung setzt jedoch ein Mindestmaß an Identifikation mit dem Projekt voraus. Dabei ist die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit der Partner in den Entwicklungsländern bei der ursprünglichen Planung und Zielsetzung des Projektes von Bedeutung. Die Partner sollten sich an den Interessen und Bedürfnissen der eigentlichen Zielgruppe orientieren, da ansonsten die Akzeptanz einer Maßnahme und damit die Langfristigkeit im Sinne der Nachhaltigkeit gefährdet wären.

Der Partizipation kommt demnach eine wichtige Rolle zu. In der Konsequenz bedeutet die Einbeziehung der Partner vor Ort und die Übergabe von Verantwortung aber auch eine inhaltliche Umverteilung zuungunsten der Partner der Industrienationen bei der Gestaltung

---

<sup>50</sup> Baz, P. (1996): Nachhaltige Technikgestaltung in den Entwicklungsländern. Unveröffentlichte Verschriftlichung des Vortrags bei dem Workshop des Zentrums für interdisziplinäre Technikforschung an der Technischen Universität Dresden. 29. Mai 1996.

<sup>51</sup> Nohlen (2002), S. 641.

der Planungen. Doch gerade darin können Vorteile liegen, die eine verstärkte Akzeptanz seitens der Zielgruppe und Partner in den Entwicklungsländern bewirken. Denn Vorgaben und Auflagen der Geber sind in anderen Regionen der Welt nicht zwangsläufig verständlich, sinnvoll oder gar kulturell angemessen. „Für die betroffenen Armen sind die Auflagen des BMZ unverständlicher Luxus“<sup>52</sup>, bewertet Peltzer diesen Sachverhalt in Bezug auf ein deutsches Projekt, wobei die Kritik auf die lokal unübliche Einrichtung getrennter Toiletten für Schülerinnen und Schüler einer Schule abzielte.

Bei der Bewertung von Projekten bezüglich der beschriebenen Zielgruppenorientierung differenziert die neuere Evaluationsforschung nach

1. *projektorientierter Nachhaltigkeit*: Führt die Zielgruppe die Neuerungen im eigenen Interesse durch?
2. *Output-Nachhaltigkeit*: Verfügt die Zielgruppe über Strukturen, die den Nutzen dauerhaft sichern?
3. *systemorientierter Nachhaltigkeit*: Führt die Innovation zu Diffusionsprozessen im gesamten Zielsystem?
4. *innovationsorientierter Nachhaltigkeit*: Besitzt die Zielgruppe Innovationspotential, mit dem sie auf veränderte Umweltbedingungen reagieren kann?<sup>53</sup>

Diese genannten Kriterien werden – unter Berücksichtigung der Millenniumsziele – zunehmend bei der Konzeption von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt, was sich auch in den ausgewählten Projektbeispielen im Kapitel 5.3 manifestiert.

---

<sup>52</sup> Peltzer, R. (2004): Ein alter Zopf muss ab. In: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Nr. 20. Frankfurt a.M., S. 26.

<sup>53</sup> Caspari, A., Kevenhörster, P., Stockmann, R. (2003), S. 8.

## 2 Entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Dieser hier ausgearbeitete Ansatz geht davon aus, dass es auch erheblicher gesellschaftlicher Veränderungen in Deutschland bedarf, um die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern zu überwinden und eine Entwicklung zugunsten der in diesen Ländern lebenden Bevölkerungsmehrheit einleiten zu können. Dafür gibt es zahlreiche moralische Gründe wie etwa die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

„Wenn Unterentwicklung nicht mehr allein mit endogenen Faktoren (Klima, Mentalität, Misswirtschaft) erklärt wird, sondern als Ergebnis nationaler wie internationaler Disparitäten, sind gesellschaftliche Veränderungen unabdingbar.“<sup>54</sup> Wenn aber eine notwendige gesellschaftliche Veränderung in den Industrieländern und ein dieser Veränderung vorgeschalteter Lernprozess bei der Bevölkerung bewirkt werden sollen, muss die Entwicklungspolitik auch als ein pädagogisches Aufgabenfeld betrachtet werden.

Hier kann entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung alters- und zielgruppenspezifischer pädagogischer Methoden und Konzeptionen ansetzen, um Einstellungs- und Verhaltensänderungen gegenüber der Entwicklungspolitik zu bewirken und ‚entwicklungspolitische Kompetenz‘ zu erzielen.

Zentrales Problem jeglicher Bildungsbemühungen ist das politische Desinteresse. Der politische Bereich im Allgemeinen stellt für viele Bürger etwas ‚Fremdes‘ und ‚Bedrohliches‘ dar. Demzufolge ist die Partizipation vieler Bevölkerungskreise an politischen Entscheidungen häufig gering. Dieses Desinteresse gegenüber politischen Fragen sollte im engen Zusammenhang mit den konkreten Erfahrungen, die Menschen tagtäglich in dieser Gesellschaft machen, gesehen werden.<sup>55</sup> Viele vergebliche Versuche, die eigenen Interessen wahrzunehmen und entsprechend Verhältnisse und Strukturen zu ändern, führen bei großen Teilen der Bevölkerung zu Resignation.

Diese ‚politische Apathie‘ kann als Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse gesehen werden. Das Zurückziehen in die scheinbar ‚heile Welt‘, in Familie und Freundeskreis, ist heute zentrales Kennzeichen für die Mehrheit der Bevölkerung. Diese politische Apathie stellt eine Barriere für die Bemühungen politischer Bildung allgemein und entwicklungsbezogener Bewusstseinsbildung im Speziellen dar, die es zu überwinden gilt. Soll die Öffentlichkeit für Fragen der Politik und insbesondere der Entwicklungspolitik interessiert und als

---

<sup>54</sup> Ebd., S. 6.

<sup>55</sup> Vgl. Begander, E. (1988): „Was kann ich denn dafür?“ Über den Umgang mit Abwehrmechanismen und Widerständen in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit. In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik, Nr. 1 (März). Frankfurt a.M., S. 2.

Ansprechpartner gewonnen werden, muss bedacht werden, in welchen konkreten Situationen sich die Menschen befinden.

Ein Ziel entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit sollte es vor dem oben genannten Hintergrund sein, die Menschen hierzulande in einen solidarischen Prozess einzubeziehen.

Oft stößt die entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf Abwehr und Widerstände aufgrund stark ausgeprägter Individualisierungstendenzen. Diese Abwehrmechanismen und Widerstände können Lernprozesse verhindern. Diese könnten den Menschen verdeutlichen, dass wir in ‚Einer Welt‘ leben. Vertreter der entwicklungsbezogenen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit stoßen vermehrt auf starke Ablehnung, Überheblichkeit oder Ignoranz. Doch meist lässt sich daraus auf Unwissenheit und Hilflosigkeit schließen. Immer wieder ist zu hören: „Die Menschen dort empfinden ihre Armut ja gar nicht so sehr, denn sie haben nie etwas anderes kennen gelernt. Sie sind vielleicht glücklicher als wir“, oder „Die Zahlen über die Hungertoten sind bestimmt übertrieben. Vielen ist doch schon geholfen worden, es wird in Zukunft bestimmt besser“.<sup>56</sup>

Diese Verleugnung und Verharmlosung spiegelt die Unwissenheit großer Teile unserer Gesellschaft wider. Es zeigt ein in die Irre geführtes Bewusstsein, ein Abbild tiefsitzender Vorurteile und andauernder Wirklichkeitsverzerrung.<sup>57</sup> Hier sollte pädagogische Informationsarbeit ansetzen. Die Wahrnehmung von Entwicklungsländern bzw. entwicklungspolitischen Fragestellungen sollte sich stärker am eigentlichen Ist-Zustand in Entwicklungsländern orientieren. Es sollte Aufgabe der entwicklungsbezogenen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sein, das Denken in den Kategorien der ‚Ersten Welt‘ und der ‚Dritten Welt‘ umzuwandeln in eine globale, holistische Sicht der Weltzusammenhänge. Diese neue Sicht ist eine Voraussetzung, um die menschen- und umweltgerechte Entwicklung zu unterstützen. Zur Veränderung des gesellschaftlichen Weltbildes sollten in Zukunft insbesondere auch die Schulen durch eine stärkere Fokussierung der Lehrpläne auf globale Gegebenheiten und Herausforderungen einen wesentlichen Beitrag zur Wahrnehmungsänderung liefern.

---

<sup>56</sup> Begander, E. (1988), S. 3f.

<sup>57</sup> Vgl. Micheler, W. (1991): Weißbuch Afrika. 2. Aufl. Bonn, S. 7.

## 2.1 Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit

### 2.1.1 Wissensdefizite in der Bevölkerung

Bezogen auf die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit bestehen in der deutschen Öffentlichkeit Wissensdefizite, die das BMZ in der Darstellung ihrer ‚Entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit‘ auflistet: Diese Wissensdefizite äußern sich in Annahmen wie:

- es ginge um eine Fernproblematik;
- die Entwicklung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verlaufe insgesamt oder zumindest überwiegend negativ;
- die einzelne Bürgerin, der einzelne Bürger sei ohnmächtig und könne keinen persönlichen, entwicklungspolitisch relevanten Beitrag leisten.<sup>58</sup>

Diese Meinungsmuster basieren auf der Auswertung BMZ-eigener und fremder Meinungsumfragen durch das BMZ. „Die Entwicklungspolitik leidet im Kern nicht unter Informationsmangel. Es geht vielmehr darum, Barrieren zu erschüttern, die Interesse und Offenheit verstellen.“<sup>59</sup>

Derartige Wissensdefizite führen zu einer verengten und unvollkommenen Informationsaufnahme. Einzeldaten werden unzulässig verallgemeinert.<sup>60</sup>

Die vorliegenden Fortbildungsinhalte sollen dazu beitragen, im Rahmen einer fundierten Multiplikatorenschulung diese Wissensdefizite zu beheben und eine ‚Erschütterung der (Denk-)Barrieren‘ zu initiieren. Ein derart verändertes Bewusstsein kann zu einer neuen Handlungsmaxime im Sinne einer solidarischen und nachhaltigen Weltgesellschaft führen.

---

<sup>58</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:  
<http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/konzept119.pdf> (Stand 06/2002).

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Ebd.

### **2.1.2 Die Oberziele der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit des BMZ**

Ziel der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs- und Besuchergruppenarbeit des BMZ ist es, die deutsche Öffentlichkeit für die Themen *Entwicklungs- und Transformationsländer*, *Eine Welt* und *Entwicklungspolitik* zu interessieren, den Wissensstand analog zu diesen Themen anzuheben, die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Kooperation Deutschlands mit den Entwicklungs- und Transformationsländern aufzuzeigen, den in Deutschland lebenden Angehörigen der Entwicklungs- und Transformationsländer offen und vorurteilsfrei zu begegnen, die entwicklungspolitisch notwendigen Reformen in Deutschland mitzutragen sowie die deutsche staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich zu unterstützen. Darüber hinaus ist es das Ziel, sich in der Entwicklungspolitik praktisch zu engagieren, etwa durch eine Mitgliedschaft in einer entwicklungspolitisch tätigen Nichtregierungsorganisation, als Multiplikator im schulischen und außerschulischen Bereich, als Spender oder als Käufer von Produkten mit entwicklungspolitisch bzw. ökologisch ausgerichteten Siegeln.<sup>61</sup>

### **2.1.3 Politisches Interesse, Partizipation und Freiwilligkeit**

Das Interesse von Jugendlichen an der Politik ist laut den Ergebnissen der Shell Jugendstudie 2006 niedrig ausgeprägt. So liegt der Anteil der politisch interessierten 15- bis 25-Jährigen bei 39 %.<sup>62</sup> Markant ist dabei der Effekt des Bildungsniveaus: Zwei Drittel der Oberstufenschüler und der Studierenden stufen sich als politikinteressiert ein. Demzufolge kann eine Abhängigkeit vom Bildungsniveau konstatiert werden.

Das Vertrauen der Heranwachsenden in die politischen Parteien und in die Bundesregierung ist weiterhin gering. Politik stellt für die Mehrheit der Jugendlichen keine Orientierungsgröße mehr dar.<sup>63</sup>

Kontrastiert wird dieses geringe politische Interesse durch ein gesellschaftliches Engagement vieler Jugendlicher in ihrem Lebensumfeld. Der Einsatz für die Gesellschaft und für andere Menschen gehört mittlerweile zum persönlichen Lebensstil dazu. 33 Prozent der Jugendlichen

---

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Shell (2006): Online in Internet: [http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/zzz\\_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006\\_politik\\_gesellschaft.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/zzz_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006_politik_gesellschaft.html) (Stand 07.02.2007).

<sup>63</sup> Ebd.

geben an, ‚oft‘, und weitere 42 Prozent, ‚gelegentlich‘ für soziale oder gesellschaftliche Zwecke in ihrer Freizeit aktiv zu sein. Das Niveau ist vergleichbar hoch wie im Jahr 2002.<sup>64</sup>

Im Vordergrund steht der Einsatz für die Interessen von Jugendlichen, etwa im Rahmen einer sinnvollen Freizeitgestaltung. Hinzu kommt das Engagement für sozial schwache oder benachteiligte Menschen, für ein besseres Zusammenleben oder auch die Sicherheit und Ordnung im Wohngebiet oder sonstige konkrete Fragen. Bürgerinitiativen, Parteien und Verbände oder auch Hilfsorganisationen spielen dabei allerdings eine untergeordnete Rolle. Auch hier kann festgehalten werden: Je höher das Bildungsniveau und die soziale Schicht, desto intensiver das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen. Die Haltung der Jugendlichen zu gesellschaftlichen Aktivitäten entspricht ihrem pragmatischen Ansatz. Es sind keine ideologischen Konzepte oder gesellschaftlichen Utopien, die sie verfolgen. Weitaus wichtiger ist die persönliche Befriedigung – jenseits großer Entwürfe oder einer neuen Bewegung.<sup>65</sup>

Maßnahmen der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit sollten daher anschlussfähig sein und die Präferenzen und den Lebensstil der Jugendlichen bedenken und aufgreifen. Wenn die persönliche Bedeutsamkeit, die Relevanz für das eigene Leben und die angesprochene ‚persönliche Befriedigung‘ erfahren wird, kann eine gesellschaftliche Durchdringung der Eine-Welt-Thematik gelingen und eine Partizipation auf der Basis ehrenamtlichen Engagements erreicht werden.

Den Prozess der Globalisierung betrachten die Jugendlichen zunehmend kritisch. 24 Prozent geben sogar an, von Globalisierung noch nichts gehört zu haben. Insbesondere bei den Jüngeren gibt es offenbar noch große Kenntnisdefizite. 48 Prozent der Jugendlichen gehen davon aus, dass die Globalisierung sowohl Vorteile als auch Nachteile mit sich bringt. Auf Vorteile wie etwa eine größere Freizügigkeit oder die kulturelle Vielfalt verweisen 18 Prozent. Nachteile wie Kriminalität oder Arbeitslosigkeit vermuten 27 Prozent der Jugendlichen. Einen Einfluss auf die Globalisierung trauen Jugendliche vorrangig der EU oder der UN zu. Auch den nationalen Regierungen wird diesbezüglich Bedeutung

---

<sup>64</sup> Shell (2006): Online in Internet: [http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/zzz\\_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006\\_engagement.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/zzz_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006_engagement.html) (Stand 07.02.2007).

<sup>65</sup> Ebd.

beigemessen. Globalisierungs-Kritiker wie Attac oder Verbraucherschutzorganisationen werden dagegen eher als Korrektiv denn als gestaltende Kraft betrachtet.<sup>66</sup>

## **2.2 Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Schule**

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat für das Programm ‚21‘ das Folgeprogramm ‚Transfer 21‘ entwickelt. Das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt sich mit dem neuen ‚Programmelement NRW – Agenda 21 in Schule und Jugendarbeit.‘ Dabei sollen Inhalte und Zielgruppen erweitert werden sowie Interessen und Kompetenzen von Schule und außerschulischer Jugendarbeit zusammengeführt werden. ‚Agenda 21 in Schule und Jugendarbeit‘ ist der grundlegende Beitrag Nordrhein-Westfalens zum BLK Transfer 21, der die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossene weltweite Dekade (2005 bis 2014) ‚Bildung für eine nachhaltige Entwicklung‘ durch innovative Maßnahmen und Projekte in der Bildungsarbeit begleitet. Außerdem stellt das Programm einen wichtigen und abgestimmten Beitrag zur Umsetzung der ‚Agenda 21 NRW‘ im Bildungsbereich dar. Die Unterstützungsleistungen und Erfahrungen verschiedener Initiativprogramme und BLK-Modellversuche werden gebündelt, um gemeinsam für eine strategische Verbesserung der schulischen und außerschulischen ‚Bildung für eine nachhaltige Entwicklung‘ zu arbeiten.<sup>67</sup>

Aus dem breit gefächerten Spektrum der Aufgabenstellung im Transfer 21 NRW wird hier beispielhaft das Pilotprojekt ‚Chat der Welten‘ vorgestellt, da es einen deutlichen Bezug zur entwicklungsbezogenen Bildung und zur Nachhaltigkeitsbildung aufweist. Der ‚Chat der Welten‘ zeigt, wie ein schulisches Bildungsprojekt einen dialogischen Lernprozess initiieren kann, ohne dass eine unmittelbare Begegnung mit den jeweiligen Akteuren stattfindet. Im Rahmen der Vorbereitung für Begegnungen in Workcamps wird dieses Konzept in Zukunft Anwendung finden.

---

<sup>66</sup> Shell (2006): Online in Internet: URL:[http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/zzz\\_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006\\_europa\\_globalisierung.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/zzz_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006_europa_globalisierung.html) (Stand 07.02.2007).

<sup>67</sup> Schulz, Rolf (2006): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Wege gehen – Transfer 21 in Nordrhein-Westfalen. In: Zeitschrift für Nachhaltigkeit. Heft 3. Münster, S. 7.

### 2.2.1 ‚Chat der Welten‘

Im Zuge der Erdölförderung im südamerikanischen Regenwald kommt es zu Konflikten zwischen den Erdölproduzenten und der heimischen Bevölkerung. Etwa 1.000 Schüler der Klassen 9 bis 13 konnten im Rahmen des Pilotprojekts ‚Chat der Welten‘ direkt mit den Konfliktbeteiligten „sprechen“ und mit ihnen über Gefahren und Chancen der Erdölförderung im Regenwald diskutieren.<sup>68</sup> Sie beteiligten sich aktiv an der Suche nach alternativen Möglichkeiten der Erdölproduktion in Lateinamerika. 20 Schulen in Nordrhein-Westfalen nahmen an diesem Projekt teil. Den Schülern standen Vertreter der indianischen Völker, der Bergbau- und Energieministerien, der Erdölindustrie und der Weltbank als Chat-Partner zur Verfügung. Diese Interessengruppen befinden sich schon seit 1998 in einem Diskussionsprozess mit dem Ziel, die Schäden durch die Erdölförderung im Regenwald zu reduzieren und einen Interessenausgleich zu erreichen.<sup>69</sup>

Die langjährige Auseinandersetzung um die Erdölförderung in Lateinamerika ist beispielhaft für die Diskussion umwelt- und entwicklungspolitischer Themen. Die Schüler erhalten die Gelegenheit, aus den in Südamerika gemachten Erfahrungen zu lernen und anhand dieses Beispiels verschiedene Fragen zu diskutieren:

- Kann ein Dialog, auch wenn es um viel Geld geht, zu einem Interessenausgleich führen?
- Können die Schäden der Erdölproduktion im Regenwald verringert werden?
- Wie sehen die indigenen Völker der Region ihre Zukunft?
- Wie kann ihr Überleben gesichert werden?
- Haben die europäische Politik und das Verhalten der Menschen in Europa Auswirkungen auf die Energiegewinnung?

Wochen vor dem Kontakt mit den Beteiligten in Südamerika beschäftigten sich die Schüler mit dem Thema ‚Erdöl aus dem Regenwald‘. Für die Vorbereitung standen ihnen Hintergrundinformationen zur Verfügung, die auf einer eigenen Seite im Internet abrufbar sind.<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2006): Online in Internet: [http://www.bmz.de/de/laender/regionen/lateinamerika/projekte/chat\\_welten.html](http://www.bmz.de/de/laender/regionen/lateinamerika/projekte/chat_welten.html) (Stand 19.12.2006).

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Ebd.

Im Mittelpunkt des Pilotprojektes ‚Chat der Welten‘ stehen der Dialog mit den Menschen in Südamerika und die Bildung in Europa. Kooperationspartner sind InWEnt, das Landesinstitut für Schule in Nordrhein-Westfalen und das Klima-Bündnis – ein Zusammenschluss europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen sind.<sup>71</sup>

### **‚Chat der Welten‘ und Nachhaltigkeit**

Die Idee der Nachhaltigkeit ist ausgerichtet auf Fragen globaler Gerechtigkeit und natur- und sozialverträglicher Entwicklung. Daher sind Themen- und Handlungsfelder zu erkennen, die diesen Grundgedanken in authentischen Begegnungen und Handlungsbezügen für Bildungsarbeit erfahrbar machen. Mit dem ‚Chat der Welten‘ wird diesem Gedanken in exemplarischer Weise Rechnung getragen, indem – ausgehend von einem konkreten Dialogprozess in Lateinamerika – Erfahrungen und Kontakte verschiedener Partner Eingang in schulische Projekt- und Unterrichtsarbeit finden. Die authentische Begegnung lässt Betroffene und ihre Lösungsansätze zu Wort kommen und ermöglicht einen Perspektivenwechsel, eröffnet neue Kooperationsmodelle, fundierte und umfassende inhaltliche Zugänge und vielfältige Serviceleistungen, ermöglicht eine professionelle Lernplattform und zielgerichtete Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten im Netz. Bezugspunkt für die Ausgestaltung curricularer Bausteine ist das ‚Dreieck der Nachhaltigkeit‘, was eine Ausweitung des Fächerspektrums in den Bereichen Sprachen, musisch-ästhetische und auch stärker politische Bildung zur Folge hat. Es stellte sich zudem die Frage, wie eine angemessene Verankerung in den Jahrgangsstufen erfolgen kann, eine Integration in den Regelunterricht möglich wird, die Rahmenbedingungen für schulische und außerschulische Kooperationspartner und -formen zu definieren sind und die schulische Anschlussfähigkeit der Thematik im organisatorischen und institutionellen Rahmen umgesetzt werden kann. Die in verschiedenen Studien ausgewiesenen Handlungsfelder für nachhaltige Entwicklung haben laut Rolf Schulz eine hohe Affinität zu didaktischen Fragestellungen. Ihr Bezug zur Agenda 21 wird unmittelbar deutlich, wenn berücksichtigt wird, dass die damit verbundenen Aufgabenfelder interdisziplinäre Ansätze umfassen, die trotz Zuordnung zu mehreren Fächern aber nicht vollständig darin verortet sind. Dies trifft insbesondere auf jene umfassenden Themenfelder zu, die im Kontext der ‚Einen Welt‘ angesiedelt sind und vielfältige Bezüge zum ‚Chat der Welten‘ aufweisen. Dazu zählt der *Wissens- und*

---

<sup>71</sup> Ebd.

*Technologietransfer* in seinen Ambivalenzen, wobei u.a. Aspekte der Bodendegradation, Verlust der Artenvielfalt und Fragen der angepassten Technologien berücksichtigt werden müssen. Weitere Themenfelder sind *Global Footprints oder ökologische Rucksäcke* sowie *Klima und Lebensbedingungen*. Insbesondere in den Sekundarstufen ist es von Bedeutung, die Phänomene des globalen Wandels in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit zu begreifen. Kaum ein anderes Thema bietet unter den Gesichtspunkten des Globalen Lernens vergleichbar viel Konflikt- und Diskussionsstoff durch das Erkennen der globalen Zusammenhänge zwischen Lebensstil im Norden und Armut bzw. Ausbeutung in den Ländern des Südens, durch das Kennenlernen von Macht- und Interessenkonflikten im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und Sozialem in den verschiedenen Aktionsfeldern sowie durch Einblicke in die Diskussion über Biodiversität und die Fragen von Nutzungsrechten der Ressourcen, Menschenrechtsfragen, Sozialstandards etc. Das Projekt ‚Chat der Welten‘ greift vom Ansatz her die gesamte Thematik am Beispiel der Produktlinie Erdöl über die Förderung im Regenwald bis hin zum Konsum auf. Dabei wird durch das Internet ein unmittelbarer Kontakt zu den verschiedenen Akteuren in der Amazonasregion hergestellt, den Schülern ein vertiefter Einblick in die Problematik ermöglicht und ihnen die Möglichkeit der direkten Auseinandersetzung mit Vertretern der indianischen Organisationen, der staatlichen Institutionen und der Erdölkonzerne in den Ländern Ecuador, Peru, Venezuela und Kolumbien geboten. Zudem erlaubt es ihnen, sich ein umfassendes Bild von der Problematik um Rohstoffförderung und Rohstoffnutzung und deren Begleiterscheinungen zu machen.<sup>72</sup>

Für Projektdurchführungen in Schulen ist – über das vorgestellte Projekt ‚Chat der Welten‘ hinausgehend – eine enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern notwendig. Beim Einsatz von handlungsorientierten, kreativen oder künstlerischen Elementen bieten sich außerschulische Partner aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen, der lokalen Eine-Welt-Gruppen, der Fair-Handelsorganisationen, der Gewerkschaften und der kirchlichen Einrichtungen an.<sup>73</sup>

---

<sup>72</sup> Schulz, R. (2006), S. 8 ff.

<sup>73</sup> Hemker, K. (2006): Globales Lernen in Projekten. In: Zeitschrift für Nachhaltigkeit. Heft 3. Münster, S. 34.

Diese Partner verfügen oftmals über ein besonderes Potenzial:

- Sie sind selbst in die Entwicklungszusammenarbeit und in Prozesse der ‚Lokalen Agenda‘ involviert und können daher praktische Erfahrungen und konkretes Anschauungsmaterial bereitstellen.
- Es besteht eine enge Vernetzung mit Partnerorganisationen im Süden, deren Positionen, Interessen, Perspektiven und Anfragen sie advokatorisch in ein Projekt einbringen können.
- Sie können bei der Erschließung zusätzlicher Finanzen von staatlicher und kirchlicher Seite helfen.
- Sie können oft geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, die zum handlungsorientierten Lernen einladen.
- Sie können bei der Vermittlung von Referenten und Gesprächspartnern helfen.<sup>74</sup>

Die Stärkung von Medienkompetenz und die Nutzung der angesprochenen virtuellen Informationen und Kontakte über Internet, E-Mails und Chatrooms sind wesentliche Elemente. Sie können aber nicht die persönliche Begegnung und direkte Kommunikation ersetzen, die grundlegend für den Aufbau nachhaltiger sozialer und personaler Kompetenzen sind. Gute Partner können in diesem Zusammenhang Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Missionswerke sein, die Kontakte zu Referenten und Gästen z.B. aus kirchlichen Partnerschaften vermitteln können.<sup>75</sup>

### **2.3 Die Darstellung entwicklungspolitischer Themen in den Medien**

Wichtige Informationsquellen für die Bundesbürger stellen Medien wie das Fernsehen, der Rundfunk, die Printmedien und das Internet dar. Durch diese Medien erhalten Menschen die Möglichkeit, sich über die Geschehnisse im eigenen Land und in der ganzen Welt zu informieren. Es stellt sich dabei aber die Frage, inwieweit sich interessierte Bürger über Problemstellungen von und in Entwicklungsländern und Fragen der Entwicklungszusammenarbeit unterrichten können bzw. inwieweit sie ausreichend unterrichtet werden.

Zum Großteil wird das Weltbild von den Medien geprägt. Fernsehen und Internet präsentieren Bilder von allen Schauplätzen der Welt. Wie sich das Leben in anderen Erdteilen und Kulturen gestaltet, erfährt ein Großteil der Bevölkerung fast ausschließlich über diese

---

<sup>74</sup> Ebd.

visuellen Medienangebote. Insbesondere das Fernsehen transportiert mehr oder weniger authentische Bilder in unsere Wohnzimmer. Die Auswahl dieser Bilder und Nachrichten bestimmt maßgeblich die Wahrnehmung der Geschehnisse im Rest der Welt durch die Bevölkerung. Fernsehberichte aus Entwicklungsländern werden täglich geliefert: AIDS-Waisen in Südafrika, Bürgerkrieg und Flüchtlingsströme im Sudan, korrupte Regimes in Lateinamerika, hungernde Menschen in diversen afrikanischen Ländern zeichnen dabei ein sehr einseitiges Bild der Entwicklungsländer. Kriege, Katastrophen, Korruption und Machtmissbrauch stehen im Vordergrund. Wichtige Hintergrundinformationen werden außen vor gelassen.

Der Darstellung entwicklungspolitischer Themen und der Gestaltung von Entwicklungspolitik und Globalisierung wird – von Krisenszenarien und Katastrophenmeldungen abgesehen – in den deutschen Massenmedien nur ein geringer Stellenwert eingeräumt. In den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, aus denen die Bürger 76 Prozent ihres gesamten Nachrichtenkonsums beziehen, sind Themen und Länder mit entwicklungspolitischer Relevanz ein Randthema der Berichterstattung.<sup>76</sup> Aber auch in den Printmedien ist das Thema Entwicklungspolitik nicht seiner Bedeutung entsprechend vertreten. Und Artikel mit entwicklungspolitischer Relevanz werden vom Leser teilweise nicht als solche wahrgenommen, da die Zusammenhänge nicht adäquat dargestellt werden.

Wahrnehmung ist immer selektiv und birgt daher auch die Gefahr eines verfälschten subjektiven Gesamtbildes. Das Fernsehen bzw. viele Fernsehsender und Zeitungen haben es in diesem Sinne mitzuverantworten, dass einseitige, überwiegend negativ geprägte Sichtweisen auf Entwicklungsländer vermittelt werden. Fundierte Analysen und Hintergrundberichte haben Seltenheitswert und sind nur auf bestimmten Sendern zu sehen, die teilweise einem hohen qualitativen Anspruch gerecht werden.

## **Afrika in den Medien**

Bezogen auf Afrika spricht Olaf Krems vom ‚Blackout-Kontinent‘. Positive Assoziationen beschränken sich auf „das ferntouristische Postkartenidyll palmengesäumter Traumstrände, die Flora und Fauna der afrikanischen Wildnis sowie ‚stolze Massai-Krieger‘ und ‚fröhliche Naturkinder‘, die in beschaulichen Rundhüttendörfern singen und tanzen“.<sup>77</sup> Die Vielfalt und

---

<sup>75</sup> Ebd.

<sup>76</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2004): Protokoll Nr. 15/51: Die Rolle der Medien in Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 1.12.2004.

<sup>77</sup> Krems, O. (2002): Der Blackout-Kontinent. Münster, S. 1ff.

Komplexität und die Potenziale Afrikas verschwinden hinter vagen Vorstellungen und Deutungen. Krems deutet dies als Folge und Symptom eines weit zurückreichenden und bis heute andauernden Prozesses der Projektion spezifischer Afrika- und Afrikanerbilder im Verlauf der euro-afrikanischen Begegnungsgeschichte. „Die hierbei hervorgebrachten, teils widersprüchlichen und vielfach in Politik und Bildungswesen, Literatur und Kunst, Werbung und Popkultur, Spielfilmen und Massenmedien sowie Alltagskultur und -sprache fortwirkenden Projektionen geben Aufschluss über die abendländische Selbst- und Fremdwahrnehmung und haben sich im Kontext diverser Interessen- und Konfliktkonstellationen als funktional erwiesen.“<sup>78</sup> In vielen dieser Projektionen und den dazu gehörigen Wortschöpfungen zeigen sich demnach rassistische Denkmuster, die subtil und teilweise sogar offen zum Ausdruck kommen und eine hierarchisierende Rollenzuweisung beinhalten. Die Schaffung einer Realität soziopolitischer Identitäten von ‚Schwarzen‘ und ‚Weißen‘ bestimmt noch heute maßgeblich die Perzeption schwarzer Menschen in von Weißen dominierten Gesellschaften. Auf verschiedenen Ebenen wirken diese Denkmuster fort und spiegeln sich in vermeintlich harmlosen Variationen und Verwendungszusammenhängen wider.<sup>79</sup> Die Beziehungen zwischen Europa und Afrika sind nach wie vor überschattet von rassistisch verwurzelten Denkmustern und darauf gründenden Projektionen, und diese erschweren somit die Annäherung und Verständigung zwischen den beiden Kontinenten. Die periodisch erscheinenden und regelmäßigen Botschaften von Presse, Hörfunk und Fernsehen wirken auf die Entwicklung von Vorstellungsbildern und Maßstäben zur Bewertung des nicht unmittelbar Erfahrbaren mit ein. Es sind jedoch auch die Massenmedien, welche in ihrer Berichterstattung häufig zu Verkürzung, Vereinfachung und Dramatisierung tendieren und damit ihren Teil an der Verbreitung, Tradierung und Reproduktion ebenso fragmentarischer wie verzerrter Projektionen von fremden Ländern, Völkern und Kulturen beitragen und so am Fortleben von Klischees, Stereotypen und Vorurteilen beteiligt sind. Eine Vielzahl von Untersuchungen belegt, dass Anspruch und Wirklichkeit einer vorgeblich ausführlichen, ausgewogenen und möglichst objektiven Berichterstattung weit auseinanderliegen. Dies manifestiert sich insbesondere in der Berichterstattung über die sogenannte Dritte Welt und hier insbesondere in der Berichterstattung über Afrika.<sup>80</sup>

---

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Vgl. Krems (2002).

## 2.4 Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil einer Schulung für künftige Eine-Welt-Multiplikatoren. Diese sollen Menschen für die Eine-Welt-Arbeit gewinnen und damit ‚Werbung‘ für das Thema bzw. das politische Handlungsfeld machen. Eine Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit kann dazu beitragen, die Nachhaltigkeit von Initiativen und Projekten zu gewährleisten. Die Teilnehmer sollten deshalb die folgenden Grundlagen zur Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen kennen.

### 2.4.1 Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen

Die wesentlichen Grundlagen zur Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen, die noch heute Gültigkeit besitzen, wurden Ende der 1980er Jahre von Heribert Meffert in zehn Funktionen zusammengefasst.<sup>81</sup> Diese Funktionen werden – insbesondere wegen ihrer Relevanz für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit – im Folgenden vorgestellt:

1. Informationsfunktion. Die Informationsfunktion ist eine Grundlagenfunktion der Öffentlichkeitsarbeit. Der Austausch, die Vermittlung von Informationen nach innen und nach außen ist grundsätzliches Ziel der Öffentlichkeitsarbeit. Auf die Informationsfunktion bauen andere Funktionen auf. Die Informationsfunktion gilt für soziale Einrichtungen gleichermaßen wie für wirtschaftliche und politische Einrichtungen. Die Informationsfunktion beinhaltet auch die Binnenkommunikation als den internen Informationsaustausch, die interne Kommunikation einer Einrichtung. Sie hat das Ziel, die eigenen Mitarbeiter für ein positives Erscheinungsbild zu gewinnen, ein Wir-Gefühl zu vermitteln und Motivation zu steigern.

2. Kontaktfunktion. Die Kontaktfunktion meint den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Verbindungen zu allen für das Unternehmen relevanten Lebensbereichen. Eine Organisation muss ständig Kontakt halten zu Förderern, zu Freunden, zu konkurrierenden und kooperierenden Einrichtungen. Sie muss sich austauschen mit der betroffenen Öffentlichkeit, der sozialpolitischen Öffentlichkeit (z.B. Schulen), den Betroffenen selbst und natürlich mit der allgemeinen Öffentlichkeit. Die Kontaktfunktion richtet sich auch auf

---

<sup>81</sup> Vgl. Meffert, H. (1987): Marketing-Kommunikation. Skript zur Vorlesung im WS 87/88 am Institut für Marketing, WWU Münster.

die Herstellung von Beziehungen in Handlungsfeldern (zum Beispiel die Anwerbung von ehrenamtlichen Mitgliedern). Jede Organisation, ob sie groß oder klein ist und auch ungeachtet ihrer Ziele, muss Kontakte zu ihrer Umwelt pflegen.

3. Führungsfunktion. Die Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet auch eine Repräsentation geistiger und realer Machtfaktoren. Ein Machtfaktor in der Wirtschaft oder Politik ist zum Beispiel die Vergabe von Arbeitsplätzen. Hier ist die Wirtschaft Entscheidungsträger und muss Verständnis für etwaige Veränderungen oder Entscheidungen diesbezüglich schaffen. Es geht also um die Beeinflussung der Öffentlichkeit zum Verständnis für bestimmte Entscheidungen. Andere Organisationen haben zum Beispiel einen Führungsanspruch, was die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit betrifft. Sie haben Definitionsmacht, das heißt sie haben die Entscheidungsmacht, wie sie etwas in der Öffentlichkeit darstellen.

4. Imagefunktion. Die Imagefunktion ist eine Leitfunktion der Öffentlichkeitsarbeit. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sollten das Image und die Realität aufeinander abgestimmt sein. Ein Meinungsgegenstand in der Öffentlichkeit stimmt häufig mit der Realität nicht überein (zum Beispiel Vorstellungen der Bevölkerung der Industrienationen über die Lage der Menschen in der ‚Dritten Welt‘). Die Aufgabe der Träger von Öffentlichkeitsarbeit ist es, ein realitätsnahes Vorstellungsbild in der Öffentlichkeit aufzubauen, es zu pflegen und gegebenenfalls zu ändern.

5. Harmonisierungsfunktion. Die Harmonisierungsfunktion ist gleichzusetzen mit dem verbreiteten Begriff ‚Human Relations‘. Es geht um die Pflege menschlicher Beziehungen innerhalb einer Unternehmung im Sinne eines guten Betriebsklimas. Die Harmonisierungsfunktion beinhaltet aber auch das Ziel eines reibungslosen Austausches zum Beispiel zwischen Politik/Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund möglicher gleicher Interessen. Die Gegenfunktion ist die Konfliktfunktion – eine Funktion, die Widersprüche und Auseinandersetzung zwischen Gesellschaft und Organisation nicht scheut.

6. Absatzförderungsfunktion. Diese Funktion betrifft beispielsweise Gruppierungen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, fair gehandelte Waren aus Dritte-Welt-Ländern zu verkaufen. Diese Gruppierungen sind darauf angewiesen, in der Öffentlichkeit Unterstützungsbereitschaft für ihre Einrichtungen und ihre Konzepte zu erzielen. Eine Gruppierung/Organisation muss sich in der Öffentlichkeit positiv darstellen, denn

Anerkennung in der Öffentlichkeit fördert den Verkauf. Die Absatzförderungsfunktion hat gleichzeitig eine Solidarisierungsfunktion. Die Öffentlichkeit soll sich ‚unterstützend-solidarisch‘ zeigen und damit helfen, Ziele einer Organisation zu verwirklichen.

7. Stabilisierungsfunktion. Die Stabilisierungsfunktion hängt mit der Harmonisierungsfunktion zusammen. Es geht bei dieser Funktion um die Fähigkeit einer Organisation, auch in kritischen Situationen Standfestigkeit zu bewahren. Diese Standfestigkeit kann nur durch stabile Beziehungen nach innen und nach außen erreicht werden.

8. Kontinuitätsfunktion. Die Kontinuitätsfunktion meint die Bewahrung eines einheitlichen Stils des Unternehmens bzw. einer Organisation nach innen und nach außen, auch im Blick auf eine längere, zeitliche Perspektive. Dabei sind allerdings Veränderungen im Umfeld der Organisation zu berücksichtigen. Den Stil ihrer Öffentlichkeitsarbeit müssen die Organisationen den aktuellen Gegebenheiten anpassen.

9. Sozialfunktion. Die Sozialfunktion zeigt die gesamtgesellschaftlichen Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit einer Organisation auf, welche Ziele etwa eine Organisation mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit erreichen will. Dadurch wird der ethische Anspruch einer Einrichtung deutlich. Eine Organisation trägt ihre Wertmaßstäbe immer in die Öffentlichkeit.

10. Balancefunktion. Die Balancefunktion meint das Auspendeln des Anreiz-Beitrags-Gleichgewichts der verschiedenen unternehmensrelevanten Gruppen. So kann die Freude an der Arbeit, z.B. für ehrenamtliche Mitarbeiter, ein Anreiz sein, ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren ist verstärkter Kontakt zu Gruppen und Institutionen, die Gleichartiges ansprechen, sinnvoll. Denn es kommt so zu einer Intersozialfunktion, zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Einrichtungen.

Für eine erfolgreiche entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit ist es ferner nötig, Kriterien für einen Handlungsrahmen und eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln. Die wirkungsvolle Resonanz in der Bevölkerung kann dabei als Zielorientierung dienen. In der Auseinandersetzung mit dem Thema kristallisierten sich in der geschilderten Praxis folgende Kriterien heraus:

- Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich an den ‚Durchschnittsbürger‘ wendet.
- Notwendige entwicklungspolitische Veränderungen können nur verwirklicht werden, wenn die Bevölkerungsmehrheit eingebunden wird. Dies kann über das Angebot entsprechender Partizipationsmöglichkeiten geschehen.
- Der Fokus muss auf Themen liegen, die die Menschen bewegen, ohne ihn jedoch einseitig auf Krisen und Notmaßnahmen zu legen.
- Die Akteure sollten sich bei der konzeptionellen Gestaltung ihrer „Öffentlichkeitsarbeit“ an der Zielgruppe und deren Lebenssituation/Lebensumfeld orientieren.

## 3 Interkulturelles Lernen

### 3.1 Das Konzept des interkulturellen Lernens

#### 3.1.1 Begriffsbestimmung und Ziele

Interkulturelles Lernen bedeutet wörtlich ‚Lernen zwischen Kulturen‘. Die Kultur dient als Vermittlerin zwischen dem Eigenen und dem Anderen bzw. Fremden.<sup>82</sup> Sie stellt einen Gegenentwurf zu rein kognitiven Bildungskonzepten dar. Theoretischer Hintergrund ist das Konzept des sozialen Lernens, das in Deutschland erstmals Anfang des 20. Jahrhunderts innerhalb der Jugendbewegung praktiziert wurde. Es entstand ein neues Modell des pädagogischen Bezuges, in dem das Lernen nicht mehr nur als ein individueller Aneignungsprozess des vom Lehrer vermittelten Wissens verstanden wurde. Die Jugendlichen machten in Gruppen von Gleichaltrigen die Erfahrung, dass Menschen voneinander lernen können. Dieser Lernprozess vollzieht sich im gegenseitigen Austausch von Erfahrungen, Meinungen, Beobachtungen und Gefühlen und dadurch, dass gemeinsam neue Erfahrungen und Beobachtungen gemacht werden können.<sup>83</sup> Interkulturelles Lernen ist die auf den internationalen Zusammenhang bezogene Form sozialen Lernens<sup>84</sup> und ist demnach die Erweiterung des sozialen Lernens um die interkulturelle Dimension. Interkulturelles Lernen ist laut Wallisch-Langlotz „[...] in erster Linie affektives Lernen“, was „[...] heute nicht mehr in Frage gestellt“ wird.<sup>85</sup> Insbesondere in multiethnischen, multikulturellen Gesellschaften, aber auch vor dem Hintergrund der globalisierten Welt kann das interkulturelle Lernen die Stärkung der Handlungsfähigkeit Einzelner oder auch Gruppierungen bedeuten.<sup>86</sup>

Der Begriff ‚interkulturelles Lernen‘ ist eine Wortschöpfung der Pädagogik. In der Fachliteratur wird er 1979 zum ersten Mal von D. Breitenbach verwendet.<sup>87</sup> Es existieren verschiedene Definitionen, auf die hier nicht näher eingegangen wird, da sie größtenteils in

---

<sup>82</sup> Wallisch-Langlotz, U. (2000): Globale Bildung durch lokale, regionale, nationale und transnationale Erziehung: Der Umgang mit dem Eigenen und dem Fremden im Hinblick auf die kulturelle Identität und die zunehmende Internationalisierung des Lebens in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere unter Berücksichtigung weltbürgerlicher Idee und multikultureller Manifestationen für das interkulturelle Leben heute. München, S. 60f.

<sup>83</sup> Vgl. Giesecke, H. (1981): Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend: Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. München, S. 30ff.

<sup>84</sup> Vgl. Müller, W. (1987): Von der Völkerverständigung zu interkulturellem Lernen. Die Entwicklung des internationalen Jugendaustausches in der BRD. Starnberg, S. 295.

<sup>85</sup> Wallisch-Langlotz, U. (2000), S. 61.

<sup>86</sup> Oberstufenkolleg des Landes Nordrhein-Westfalen an der Universität Bielefeld (Hrsg.) (1990): Im Auftrag, Bielefeld.

<sup>87</sup> Vgl. Müller, W. (1987), S. 149.

der zentralen Begriffsbestimmung enthalten sind, die A. Bittner zu Beginn der 1990er Jahre vorgenommen hat: Er unterscheidet vier Auffassungen von interkulturellem Lernen, die eine jeweils andere Zielsetzung implizieren<sup>88</sup>:

- a) interkulturelles Lernen als Lernen der Voraussetzungen fruchtbaren Kulturkontaktes,
- b) die fremde Kultur als Lernfeld für Persönlichkeitsentwicklung,
- c) interkulturelles Lernen als gesellschaftskritischer Anstoß,
- d) interkulturelles Lernen als tatsächliche Übernahme fremdkultureller Verhaltensweisen.

Das Anliegen dieses Ansatzes besteht darin, die eigenen Dispositionen im Umgang mit fremden Kulturen deutlich zu machen. Hierbei geht Bittner nicht von dem engen bürgerlichen Kulturbegriff aus, der „[...] Kultur letztendlich mit ‚wertvollen‘ Produkten – Kunstwerken und der Fähigkeit zu ihrer Rezeption – gleichsetzt“<sup>89</sup>, sondern er verwendet einen viel weiter gefassten Kulturbegriff, der von der Kulturanthropologie begründet wurde. Unter Kultur in diesem Sinn wird die Gesamtheit der Normen, Werte, Gewohnheiten, Symbole und sozialen Verhaltensweisen verstanden, die durch das Aufwachsen in einer historisch gewachsenen Gesellschaft gelernt werden. Der Lebensrhythmus, der spezifische Umgang mit Zeit, mit Nähe und Distanz, die Art sich zu kleiden und sich zu begrüßen wird fortan übernommen.<sup>90</sup> Kurz formuliert kann konstatiert werden: „Kultur ist alles das, was für den Fisch das Wasser ist. Und wie der Fisch vom Wasser nichts weiß, wenn er die Luft nicht kennengelernt hat, so weiß der Mensch nicht, was alles Kultur an ihm ist [...]“<sup>91</sup>

### **3.1.2 Interkulturelles Lernen als Lernen der Voraussetzung fruchtbaren Kulturkontaktes**

Als Voraussetzung für einen fruchtbaren Kulturkontakt gilt die Einsicht, dass die eigene Kultur nur eine von vielen ist. Zu dieser Einsicht gelangt insbesondere, wer eine Zeit lang in einer anderen Kultur lebt und sich mit ihr auseinandersetzt. Die eigene Kultur, die zuvor selbstverständlich erlebt wurde, wird durch diese Konfrontation erst bewusst. Gleichzeitig

---

<sup>88</sup> Vgl. Bittner, A. (1991): Interkulturelles Lernen – Eine notwendige Begriffsbestimmung. In: Vehement, Nr. 7, S. 15.

<sup>89</sup> Greverus, I.-M. (1978): Kultur und Alltagswelt, Eine Einführung in die Kulturanthropologie. München, S. 56.

<sup>90</sup> Vgl. ebd., S. 73ff.

wird dem Lernenden aber sein Verhaftetsein in seinen Denkmustern und Bewertungsschemata deutlich. So kann beispielsweise erkannt werden, dass Pünktlichkeit kein allgemeingültiger Wert ist, sondern nur eine Eigenschaft, die insbesondere im westlichen Kulturkreis sehr geschätzt wird. Nach der Auffassung dieses Ansatzes hat interkulturelles Lernen stattgefunden, wenn eigene kulturelle Normen und Werte eine Relativierung erfahren haben. Das Ergebnis dieses Lernprozesses ist ein „[...] sensibilisierter Mensch, der um seine historische [und kulturelle, Anm. d. Verf.] Prägung weiß und daher offen(er) ist für die Tatsache, dass andere Menschen anders sind.“<sup>92</sup> Das Wissen um diese Prägung birgt gleichzeitig die Chance, eine gewisse Distanz zu seiner eigenen Kultur zu gewinnen und so einen neuen Zugang zu ihr zu finden, indem sie aus der Ferne reflektiert wird. Wallisch-Langlotz fasst dies in folgender Definition zusammen; danach ist interkulturelles Lernen „[...] das Verstehen eines anderen Werte- und Orientierungssystems, dessen Akzeptanz und Respektierung durch Überwindung des Ethno- und Eurozentrismus, dessen teilweise Integration in das eigene Werte- und Orientierungssystem [...], sodass sich letztlich Vertrautheit im Umgang mit dem Anderen einstellt. Diese Art des Verstehens stellt einen sowohl schmerzhaften und konfliktreichen (z.B. Loslösung und kritische Distanzierung vom Eigenen, Verlustiggehen von Sicherheiten, Aufkommen von Ängsten) als auch einen angenehmen und bereichernden (z.B. vorsichtige Hinwendung zum Anderen mit neuen, oftmals gewinnbringenden Erfahrungen und kritisch prüfendes Hinzufügen zu Eigenem bis hin zur Integration) reflexiven Prozeß des sozialen Lernens dar, der u.a. zur Multiperspektive führt, die m.E. eine besondere Initialkraft bzgl. der Ausschöpfung menschlicher Möglichkeiten beinhaltet.“<sup>93</sup>

### **3.1.3 Die fremde Kultur als Lernfeld für Persönlichkeitsentwicklung**

Diese Sichtweise versteht interkulturelles Lernen weniger als Lernen von einer fremden Kultur, sondern hauptsächlich als Lernen in und mit ihr. Die Erfahrung, dass ein längerer Aufenthalt in fremder Umgebung zur persönlichen Entwicklung beitragen kann, ist nicht neu. So war es früher beispielsweise üblich, dass Handwerksgesellen auf die Walz zogen. „Wer

---

<sup>91</sup> Müller, W., Petry, C. (1987): Kann Kultur eine Brücke sein? In: Gemeinsam. Ausländer und Deutsche in Schule, Nachbarschaft und Arbeitswelt, Nr. 4, S. 3-4.

<sup>92</sup> Bittner, A. (1991), S. 15.

<sup>93</sup> Wallisch-Langlotz, U. (2000), S. 66.

erwachsen und weise sein wollte, der mußte sein Brot eine Zeitlang in der Fremde gegessen haben.“<sup>94</sup>

Es geht um Lernerfahrungen, die ein Individuum oder auch eine Gruppe mit sich selbst macht und die durch eine Konfrontation mit fremden Bedingungen und Verhaltensweisen zustande kommen.

### **3.1.4 Interkulturelles Lernen als gesellschaftskritischer Anstoß**

Diesem Ansatz geht es darum, durch Lernerfahrungen in einer anderen Kultur eine kritische Betrachtung der eigenen Gesellschaft auszulösen. Spezifische Erfahrungen, wie der Umgang anderer Kulturen beispielsweise mit alten Menschen, mit der Natur oder mit Geburt und Tod, initiieren Vergleich, Reflexion, die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen gesellschaftlichen Mustern sowie die Einbeziehung anderer kultureller Muster in mögliche Änderungen in der persönlichen und gesellschaftliche Sphäre der eigenen Kultur.

Ein weiteres Ziel interkulturellen Lernens soll hier eingeordnet werden, das von A. Bittner nicht erwähnt wird: Ein Aufenthalt in einem sogenannten Entwicklungsland. Ein solcher Aufenthalt ist eine „Konfrontation mit den negativen Auswirkungen der eigenen Kultur und Gesellschaftsordnung und eine Herausforderung, sich darüber Gedanken zu machen, was bei uns faul ist und was die Beseitigung von Armut in der Welt behindert.“<sup>95</sup> Interkulturelles Lernen in diesem Sinn ist nicht nur Lernen über andere Kulturen, sondern es beinhaltet auch das Erfassen von Zusammenhängen und macht so gegenseitige Abhängigkeiten deutlich. Interkulturelles Lernen in Form eines entwicklungspolitischen Auslandsaufenthaltes leistet damit einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag für die entwicklungspolitische Bildung und davon ausgehend für entsprechendes Engagement.

---

<sup>94</sup> Imfeld, A. (1985): Was dem Menschen fremd ist. Ein falsch eingeordneter Begriff wird heimgebracht. In: Pädagogik Dritte Welt, Jahrbuch 1986. Frankfurt a.M., S. 36.

<sup>95</sup> Internationale Jugend-Gemeinschaftsdienste (IJGD) (Hrsg.) (1992): Internationale Workcamps in Afrika, Indien und Nicaragua. Bonn, S. 1.

### 3.1.5 Interkulturelles Lernen als Übernahme fremdkultureller Verhaltensweisen

Dieses Verständnis geht davon aus, dass interkulturelles Lernen dann stattgefunden hat, wenn tatsächlich Inhalte und Verhaltensweisen der fremden Kultur in die eigene übernommen worden sind. Es handelt sich hier also um soziales Lernen, das durch die Imitation einer Modellperson, die in diesem Fall einem anderen Kulturkreis angehört, zustande kommt.<sup>96</sup>

Für diese Form interkulturellen Lernens lassen sich zahlreiche Beispiele finden. So übernehmen beispielsweise Afrikaner das Konzept der Kleinfamilie und Europäer versuchen, amerikanische oder japanische Methoden der Unternehmensführung in ihre Betriebe einzuführen. Von interkulturellem Lernen kann in diesem Zusammenhang aber nur dann gesprochen werden, wenn die Übernahme freiwillig geschieht. Daneben gibt es auch noch erzwungene Übernahmen anderskultureller Verhaltensmuster. Davon ist auszugehen, wenn der Betreffende sich in einem Abhängigkeitsverhältnis befindet, das eine Anpassung notwendig macht. Ein derartiges Abhängigkeitsverhältnis kann entstehen, wenn eine Kultur aufgrund der Dominanz ihrer Ökonomie andere Kulturen zur Übernahme des Verhaltens und der Werte ihrer Mitglieder nötigt. Bittner nennt als Beispiel hierfür die Übernahme westlicher Kulturformen durch Angehörige der ‚Dritten Welt‘. Ob es sich hierbei immer um eine erzwungene Übernahme handelt, ist aber, wie die Äußerung von Teilnehmer eines internationalen Symposiums verdeutlicht, strittig: „Die Teilnehmer aus der ‚Dritten Welt‘ verneinten ein totales Überrannt- und Überschwemmtwerden von einer Weltkultur. Sie nannten unsere westliche Sorge eine Variante des Kultur-Paternalismus“<sup>97</sup> Ob diese Richtung der Übernahme, die einseitig erscheint, als interkulturelles Lernen bezeichnet wird oder nicht, ist maßgeblich von der eigenen Sichtweise abhängig. Freiwillige als auch die erzwungene Form der Übernahme kultureller Handlungsmuster stehen also nebeneinander.

Für interkulturelles Lernen innerhalb internationaler Begegnungen sind alle vier der von Bittner definierten Auffassungen relevant. Doch sollte es nach Möglichkeit über dessen erste Auffassung – interkulturelles Lernen als Lernen der Voraussetzungen fruchtbaren Kulturkontaktes – hinausgehen. Die Begegnungsteilnehmer sollten also nicht nur das Anderssein der anderen erkennen, sondern auch dazu befähigt werden, sich auf sie einzulassen und mit und von ihnen zu lernen.

---

<sup>96</sup> Vgl. Fröhlich, W. D. (1987): Wörterbuch zur Psychologie, 15. Aufl., München, S. 224.

<sup>97</sup> Imfeld, A. (1985), S. 17.

### 3.2 Soziokulturelle Bedingungen interkulturellen Lernens

Ein Zusammentreffen von Menschen aus Industrie- und Entwicklungsländern führt nicht automatisch zu wirklichen Begegnungen und zu interkulturellem Lernen. Damit interkulturelles Lernen stattfindet, muss eine Lernsituation geschaffen werden, die anderskulturelle Lernanreize und Kommunikation ermöglicht.<sup>98</sup> Für die Teilnehmer solcher Begegnungen ist es wichtig, sich klarzumachen, dass soziales Lernen und im spezifischen Fall interkulturelles Lernen nie neutral ist. Denn es findet vor dem Hintergrund der jeweiligen Gesellschaften statt und wird somit beeinflusst von ihren Normen- und Wertesystemen, ihren politischen Systemen und nicht zuletzt durch die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten der teilnehmenden Individuen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass sich Reflexionen der Teilnehmenden nicht auf persönliche und gruppenspezifische Fragen beschränken. Denn „[...] bei einer solchen politischen Abstinenz geraten Begegnungen in den Verdacht, für den politischen Status quo Legitimationshilfe zu leisten“.<sup>99</sup> Bei internationalen Begegnungen sollten sich die Teilnehmer demnach nicht nur als Privatpersonen fühlen, sondern auch die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen bewusst machen, unter denen ihre Begegnung stattfindet. Jeder Teilnehmer ist schließlich auch Bürger eines Staates, der zu dem Staat, dem die anderen Teilnehmer angehören, in bestimmten – auch von Abhängigkeit gekennzeichneten – Beziehungen steht. Welcher Art diese Beziehungen sind, kann durch die Konfrontation mit der Lebenswelt des anderen besonders deutlich werden. Für die Begegnungsteilnehmer aus den Industriestaaten besteht ein wichtiger Teil des Lernprozesses darin, angesichts dieser Strukturen zu erkennen, was sie eine solidarische Haltung annehmen lässt und was nicht. Zudem geht es um die Erkenntnis, was sie leisten können, um dieses Solidaritätsgefühl in der Heimat und im Alltag aktiv zu leben und zu gestalten.

---

<sup>98</sup> Vgl. Kullas, U. (1982), S. 33.

<sup>99</sup> Freise, J. (1982): Interkulturelles Lernen in Begegnungen – eine neue Möglichkeit entwicklungspolitischer Bildung? Saarbrücken, S. 241.

## 3.2.1 Herausforderungen und Chancen interkulturellen Lernens

### 3.2.1.1 Bestehende Vorurteile

Nach D. W. Fröhlich ist der Begriff des Vorurteils „[...] eine allgemeine und umfassende Bezeichnung für negativ oder positiv getönte emotionale Einstellungen gegenüber bestimmten Handlungen, Gegenstandsklassen, Lehrmeinungen oder Mitmenschen, die sich weniger auf Erfahrungen (Informationen) als auf Generalisierungen stützen und relativ überdauernder Natur sind.“<sup>100</sup> Zumeist werden mit Vorurteilen jedoch negative, ablehnende Einstellungen gegenüber einzelnen Gruppen, häufig Minderheiten, verbunden. Solche Einstellungen können auch gegenüber den Menschen der ‚Dritten Welt‘ bestehen und eine Begegnung mit ihnen erschweren. Die psychologische Vorurteilsforschung hat verschiedene Ansätze entwickelt, um die Entstehung von Vorurteilen zu erklären. Diese Ansätze schließen einander aber nicht aus, sondern tragen aufeinander aufbauend bzw. sich ergänzend zur Erklärung des Phänomens bei. Werden die kognitiven, psychodynamischen, sozialpsychologischen und lerntheoretischen Ansätze berücksichtigt,<sup>101</sup> wird deutlich, dass Vorurteile ganz verschiedene Funktionen erfüllen:

- Sie dienen dazu, die Welt überschaubar zu machen, für alles die ‚richtige Schublade‘ zu finden.
- Sie sind ein Instrument, um Angst und Unsicherheit abzuwehren.
- Sie helfen, das eigene soziale Selbstwertgefühl zu stärken.
- Sie bieten eine Möglichkeit zur Aggressionsabfuhr.

Diese Funktionalität erklärt die ‚Hartnäckigkeit‘ der Vorurteile und macht deutlich, wie viele Faktoren berücksichtigt werden müssen, sofern Einstellungsänderungen erreicht werden sollen.

Der Begriff des Vorurteils ist weit gefasst und steht für sehr unterschiedliche Phänomene. Konkrete Vorurteile und Einstellungen Reisender aus Deutschland und anderen Industrienationen gegenüber den Menschen der ‚Dritten Welt‘ können innerhalb einer Begegnung auftauchen. Vorurteile, die zur globalen Abwertung von Völkern oder von Gruppen aus Entwicklungsländern führen, sind bei Menschen, die an einer Begegnungsreise

---

<sup>100</sup> Fröhlich, D. W. (1987), S. 364.

<sup>102</sup> Vgl. ebd. sowie Nicklas, H. (1989): Alltag, Vorurteile und interkulturelles Lernen, Arbeitstexte des DFJW. Nr. 1. 2. Aufl., Bad Honnef, Paris.

gerade in diese Länder teilnehmen, nur selten anzutreffen. Das heißt aber nicht, dass bei ihnen nicht auch Vorurteile vorhanden sind. Die Aufwertung der eigenen Gruppe geschieht hier eventuell subtiler. B. Müller machte hierzu in deutsch-französischen Jugendbegegnungen eine sehr interessante Beobachtung: Er stellte fest, dass gerade die deutschen Teilnehmer, die sich besonders offen und vorurteilsfrei gaben, seitens der französischen Teilnehmer als überheblich empfunden wurden. „Sie nehmen gleichsam eine pädagogische Haltung zu ihrer Nationalität ein – sehr selbstkritisch, versteht sich – und gerade so erscheinen sie den anderen als ‚typisch deutsch‘: Musterschüler, Musterarbeiter, Musterdemokraten, Vertreter musterhafter Verständigungsprogramme.“<sup>102</sup>

Ein anderes Vorurteil beschreibt der Kameruner Erziehungswissenschaftler D. Simo. Seiner Meinung nach ist unter den Menschen, die sich aus politischen Gründen für Fremde interessieren, oftmals eine Art ‚Helfer-Syndrom‘ zu beobachten. Der Fremde bleibt dabei für den Interessierten nur eine Idee. „Er [der Fremde, Anm. d. Verf.] ist dann die Projektion der eigenen revolutionären oder religiösen oder sonstigen utopischen Träume. [...] Deshalb enttäuscht er, sobald man ihn etwas näher kennenlernt. Man wendet sich [...] ab und sucht sich ein neues Objekt, an dem man seine Fähigkeit und Bereitschaft zur Brüderlichkeit erprobt.“<sup>103</sup>

Dem ‚Fremden‘ soll geholfen werden. Dabei muss aber festgestellt werden, dass dieser sich zu dem, was wir für ihn als gut und richtig empfinden, gar nicht verhelfen lassen möchte. Da dies für den ‚Helfenden‘ nicht verständlich ist, wendet dieser sich ab und gibt dem Fremden die Schuld für das Scheitern der Zusammenarbeit. Die anscheinende Vorurteilsfreiheit schlägt so in ihr Gegenteil um: „Wir meinten es gut, aber die anderen sind blöde, schmutzig, letztlich selbst schuld.“<sup>104</sup> Beide Fälle sind Beispiele für Vorurteile, die erst während oder nach der Begegnung deutlich wurden. So kann es auch jemandem, der sich selbst für tolerant und vorurteilsfrei gehalten hat, passieren, dass er auf einer Reise in ein anderes Land seinen eigenen ‚Ethnozentrismus‘ entdeckt. Um die mit den Erfahrungen einhergehenden Vorurteile wieder abbauen zu können, ist es notwendig zu verstehen, wie sie entstanden sind. Ihre Entstehung wird erst vor dem Hintergrund der eigenen Sozialisation und der eigenen kulturellen Prägung verständlich. Konflikte bei entsprechenden Begegnungen entzünden sich vor allem an den verschiedenen Ordnungs- und Sauberkeitsnormen, Leistungsnormen, an den Normen des Kontaktverhaltens und der verschiedenen Gewichtung der Rationalität gegenüber

---

<sup>102</sup> Müller, B. (1991): Das Thomas-Mann-Syndrom oder: Die Wiederentdeckung der Vorurteile – ein Versuch aus deutscher Sicht. Arbeitstexte des DFJW, Nr. 9. Bad Honnef, Paris, S. 8.

<sup>103</sup> Ebd., S. 13.

<sup>104</sup> Ebd., S. 36.

der Affektivität. Im Rahmen der Reflexion dieses Zusammenhanges gilt es zu erkennen, dass interkulturelles Lernen nicht voraussetzungslos sein kann, da es niemandem möglich ist, die eigene kulturelle Identität zu vergessen und völlig offen gegenüber anderen Einstellungen und Sichtweisen zu sein. „Die Codes der eigenen Kultur werden – bewusst oder unbewusst – zum Maßstab für die Wahrnehmung und Interpretation des Fremden gemacht.“<sup>105</sup>

Innerhalb einer kurzfristigen Begegnung ist insofern schon viel erreicht, wenn sich die Teilnehmer der vorurteilsbehafteten Einstellungen bewusst werden. Eine Voraussetzung dafür ist, dass es möglich ist, diese Erfahrungen in der Reise- oder Nachbereitungsgruppe offen anzusprechen, ohne dass der Betreffende gleich als vorurteilsbehafteter Begegnungsteilnehmer abgestempelt wird.

### **3.2.1.2 Reaktionen auf einen Kulturschock**

Einer fremden Lebenssituation ausgesetzt zu sein verursacht vielen Individuen Verunsicherung und Desorientiertheit. Je stärker dieser sogenannte Kulturschock zutage tritt, desto eher wird auf bewährte Verhaltensmuster zurückgegriffen oder der unbekannteren Situation entflohen. Auf der anderen Seite ist die Verunsicherung aber auch eine Voraussetzung dafür, dass Lernprozesse in Gang kommen können. I.-M. Greverus nennt fünf verschiedene Möglichkeiten, auf einen Kulturschock zu reagieren. Diese Konfliktlösungsmodelle bezogen sich ursprünglich auf die Migrationsforschung, wurden aber bereits von J. Freise zur Erläuterung der Situation in internationalen Begegnungen verwandt und lassen sich auch auf die Situation des Kulturschocks übertragen.<sup>106</sup>

1. Der mit einer fremden Kultur konfrontierte Begegnungsteilnehmer bildet mit den anderen Mitgliedern seiner Kultur eine Enklave in der fremden Umwelt, um so sein altes Verhalten beibehalten zu können.
2. Der Teilnehmer übernimmt die neuen Verhaltensmuster völlig und legt sein altes Kulturverhalten ab.
3. Er tritt mit anderskulturellen Personen und Gruppen in Kontakt, um in einem wechselseitigen Prozess kulturelle Erfahrungen und Verhaltensweisen auszutauschen.
4. Er übernimmt so weit anderskulturelle Verhaltensmuster, wie es ihm zur Durchsetzung seiner Ziele nötig erscheint, ohne aber seine alten Verhaltensformen im Wesentlichen zu ändern.

---

<sup>105</sup> Nicklas, H. (1989), S. 19.

5. Er versucht, sein kulturell geprägtes Verhalten bei den Einheimischen durchzusetzen.

Ein sinnvoller Lernprozess kommt hier nur im Falle der dritten Reaktion zustande. Ein Kulturschock kann aber auch zur Abgrenzung führen: Da es den Begegnungsteilnehmern nicht gelingt, eine Beziehung zueinander herzustellen, erleben die verschiedenen Fraktionen die anderen jeweils nur als Zuschauer. Weil ein Erfahrungsaustausch ausbleibt, besteht die Gefahr der Verstärkung von Vorurteilen.

Auch im zweiten Fall findet kein sinnvoller Austausch statt. Das Erleben von Fremdheit wird hier mit Exotik und unkritischer Begeisterung verbunden. Dadurch, dass sich die Besucher den Verhaltensmustern der Gastgeber völlig anpassen, nehmen sie diesen auch die Gelegenheit, die ‚fremde‘ Kultur der Gäste kennenzulernen.

Im vierten Fall werden zwar bewusst nur einige Verhaltensweisen der fremden Kultur übernommen, doch sie werden nur instrumentalisiert. Die fünfte Reaktion schließlich macht einen Dialog unmöglich, sie entspricht dem Konzept der Kolonisation.

Den genannten negativen Auswirkungen eines Kulturschockes kann entgegengewirkt werden, wenn sich die Reisetilnehmer schon zu Hause darauf einstellen, dass ein solcher Schock eintreten kann. Sie werden dann besser in der Lage sein, die Konfliktsituation als solche zu erkennen und können sie in der Gruppe thematisieren. Dabei werden die Reaktionen vermutlich von Person zu Person unterschiedlich sein. Während die einen schon zur Abgrenzung neigen, sind die anderen vielleicht noch weit davon entfernt, die Verunsicherung wahrzunehmen. Hierdurch wird deutlich, dass nicht die Situation an sich fremd, Angst einflößend ist, sondern dass es in erster Linie von den Individuen abhängt, wie diese Situationen aufgefasst werden.

Es ist zunächst einmal eine Leistung, wahrzunehmen und zu akzeptieren, dass etwas unverständlich ist. Der Begegnung ist es natürlich nicht förderlich, wenn der Kulturschock zu groß ist. Er kann abgemildert werden, indem vermehrt auf die Gemeinsamkeiten geachtet wird. So sind sich beispielsweise Studierende verschiedener Länder in vieler Hinsicht ähnlicher als Studierende und Industriearbeiter eines selben Landes.<sup>107</sup>

---

<sup>106</sup> Vgl. Greverus, I.-M. (1978), S. 12; vgl. auch Freise, F. (1982), S. 178.

<sup>107</sup> Vgl. Arbeiterwohlfahrt (AWO) (Hrsg.) (1990): Ferienfreizeiten und internationale Begegnungen. Ein Lesebuch für MitarbeiterInnen. Bonn, S. 98.

### 3.2.1.3 Interkulturelle Kommunikationsprobleme

Kommunikation (lat. *communicare* „teilen, mitteilen, teilnehmen lassen; gemeinsam machen, vereinigen“) bezeichnet auf der menschlichen Alltagsebene den wechselseitigen Austausch von Gedanken in Sprache, Schrift oder Bild. Im erweiterten Sinn ist Kommunikation das wechselseitige Übermitteln von Daten oder von Signalen, die einen festgelegten Bedeutungsinhalt haben. Der Begriff ist eng verwandt mit dem der Interaktion, in vielen Bereichen sind diese Begriffe sogar synonym, besonders dann, wenn Wechselseitigkeit für den Kommunikationsbegriff vorausgesetzt wird. Dieser Austausch vollzieht sich nicht nur durch Wortwechsel, sondern er wird auch gestaltet durch Körpersprache (Gestik, Mimik, Körperhaltung) sowie durch die Art und Weise, wie die Sprache benutzt wird (Tonfall, Pausen, Lachen, Seufzen, etc.).<sup>108</sup> Interkulturelle Kommunikation ist demnach ein Austausch zwischen Individuen, Organisationen etc., die unterschiedlichen Kulturen angehören.

Störungen von Kommunikation treten immer wieder und auf verschiedenen Ebenen (zwischen Individuen, Gruppen, Unternehmen etc.) auf. Dies gilt auch für Störungen im Bereich der interkulturellen Kommunikation. Die für die interkulturelle Kommunikation typischen Verständigungsschwierigkeiten sind diejenigen, die aufgrund von kulturbedingten, verschiedenen Interpretationen des Gesehenen oder Gehörten zustande kommen.<sup>109</sup>

Verschiedene Gesellschaften und Kulturen haben nicht nur unterschiedliche Sprachen entwickelt, sondern sie messen auch dem gleichen Gegenstand oder der gleichen Geste oft unterschiedliche Bedeutungen zu. Kulturanthropologen bezeichnen die Fähigkeit des Menschen, sich die Umwelt auf jeweils andere Art und Weise anzueignen, als ‚Fähigkeit zur Symbolisierung‘. Wenn nun Menschen aus unterschiedlichen Kulturen miteinander kommunizieren, kann es zu Missverständnissen kommen, da ein Individuum die Symbole des anderen nicht zu entschlüsseln vermag.<sup>110</sup> Denn „[...] die Welt ist für uns das, was sich uns durch die Begriffe darbietet. Das heißt nicht, dass unsere Begriffe sich nicht wandeln könnten; aber wenn sie das tun, bedeutet es, dass auch unser Begriff der Welt sich gewandelt hat.“<sup>111</sup>

Innerhalb interkultureller Begegnungen kommt es demzufolge darauf an, den Symbolgehalt der Begriffe beziehungsweise der Verhaltensweisen zu entschlüsseln. Eine hierzu geeignete Methode ist die gegenseitige Erklärung der verschiedenen Sinngehalte. Dieser Methode der

---

<sup>108</sup> Vgl. Watzlawik, P. (1982): *Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien*. 6. Aufl., Bonn, Stuttgart, Wien, S. 51.

<sup>109</sup> Auernheimer weist darauf hin, dass häufig da, wo Konflikte mit der unterschiedlichen Herkunft der Kommunikationspartner erklärt werden, kompliziertere Sachverhalte zugrunde liegen. Hier können z.B. auch unterschiedliche Positionen zum Modernisierungsprozess maßgeblich sein; vgl. Auernheimer, G. (1990): *Einführung in die interkulturelle Erziehung*. Darmstadt, S. 126.

<sup>110</sup> Vgl. Greverus, I.-M. (1978), S. 64 ff.

sogenannten Metakommunikation (Reflexion über die Kommunikation) wird große Bedeutung für das Gelingen interkulturellen Lernens beigemessen, sie wird sogar als Bedingung für interkulturelles Lernen angesehen.<sup>112</sup> Dies ist jedoch durchaus kritisch zu beleuchten: Oftmals erschließt sich die andere Bedeutung auch aus dem Zusammenhang heraus, oder aber das Ausprobieren verschiedener Verhaltensweisen führt zu einer störungsfreien Kommunikation. Rehbein verweist darauf, dass beim Aufklären von Missverständnissen wiederum neue Missverständnisse entstehen können, „[...] da die sprachlichen Formen des Klärens häufig kulturspezifisch ausgeprägt sind, so dass eine Art interkultureller Verstrickung entsteht.“<sup>113</sup> In diesem Zusammenhang ist ein Nachteil der Metakommunikation das Gebundensein an Sprache. Sie legt eine sprachliche Gewandtheit der Kommunikationspartner zugrunde, die – insbesondere bei interkulturellen Begegnungen – nicht ohne Weiteres vorauszusetzen ist.

Aufgrund der herausragenden Bedeutung von Sprache für die Kommunikation soll im Folgenden näher auf die Kommunikationsprobleme eingegangen werden, die ihre Ursachen in sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten haben:

Sprache ist das im Alltag am häufigsten benutzte Kommunikationsmittel. Mit ihrer Hilfe lassen sich komplizierte Sachverhalte problemlos mitteilen. Es könnte daher angenommen werden, dass sprachliche Kommunikation für das Zustandekommen interkulturellen Lernens unerlässlich ist, insbesondere vor dem Hintergrund geringer Fremdsprachenkenntnisse bei Auslandsaufenthalten. Dem ist nicht uneingeschränkt zuzustimmen. Vorstudien zur Breitenbach-Studie kamen durch eine Reihe von Situationsprotokollen zu der Erkenntnis, dass „Intensität und Umfang interkultureller Kommunikation und interkulturellen Lernens nicht direkt proportional zu den vorhandenen Fremdsprachenkenntnissen sind.“<sup>114</sup>

Fremdsprachenkenntnisse sind zwar notwendig, wenn es um Informationsvermittlung beispielsweise im Rahmen eines Vortrages oder einer Diskussionsveranstaltung geht. In anderen Situationen, in denen in erster Linie eine persönliche Kontaktaufnahme im Mittelpunkt steht, können anstelle der Sprache aber andere Verständigungsmöglichkeiten genutzt werden. Hier sind Phantasie und Kreativität gefragt. Mangelnde Sprachkenntnisse können durch Körpersprache ergänzt und ausgeglichen werden. Auf einer solchen Ebene könnte sich etwa das Eingreifen eines Dolmetschers störend auf den Kommunikationsprozess auswirken. Der Dolmetscher vermittelt zwar schnell die gewünschte Information, kürzt dafür

---

<sup>111</sup> Winch, P., zit. nach Kullas, U. (1982), S. 39.

<sup>112</sup> Vgl. Breitenbach, D. (Hrsg.) (1979): Kommunikationsbarrieren in der internationalen Jugendarbeit. Bd. 5, S. 40.

<sup>113</sup> Auernheimer, G. (1990): Einführung in die interkulturelle Erziehung. Darmstadt, S. 38.

<sup>114</sup> Breitenbach, D. (1979), S. 2.

aber den Prozess der Begegnung ab und unterbricht die Kommunikationspartner so auch in dem Bemühen, eine Beziehung zueinander herzustellen. Außerdem sind auch gute Fremdsprachenkenntnisse keine Gewähr dafür, dass alles verstanden wird. „Nur zu schnell glaubt man, sich auf der Ebene von Sprache und Wörtern verstanden zu haben, da man ja die Übersetzung des Wortes kennt.“<sup>115</sup> Es ist aber gut möglich, dass demselben Wort in einer anderen Kultur eine andere Bedeutung beigemessen wird. Für eine Begegnungsreise in die ‚Dritte Welt‘ ist es, da hier auch die Übermittlung von Informationen ein große Rolle spielt, sicher erforderlich, dass, je nach Gruppengröße, ein oder mehrere Gruppenmitglieder in der Lage sind, sich sprachlich gut zu verständigen. Würde von allen Teilnehmern ein bestimmtes sprachliches Niveau verlangt, würden auf beiden Seiten viele Menschen von der Begegnung ausgeschlossen. Den einsprachigen Teilnehmern kommt es entgegen, wenn die Begegnung viele Aktivitäten vorsieht, bei denen die sprachliche Verständigung einen geringen Stellenwert hat. Dies kann vor allem in Situationen, in denen gemeinsam gearbeitet oder gespielt wird, der Fall sein.

### **3.3 Formen interkultureller Begegnung**

#### **3.3.1 (Fern-)Tourismus**

Freizeitreisen machen den weitaus größten Teil des gesamten Tourismus aus. Laut Reiseanalyse 2005 der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V. (FUR) haben im Jahr 2004 48,1 Millionen Deutsche mindestens eine Urlaubsreise von mindestens fünf Tagen unternommen. Damit lag die Urlaubsreiseintensität der Deutschen bei 74,4 Prozent, was ein leichter Rückgang gegenüber dem Jahr 2003 ist.<sup>116</sup>

Der Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V. beschäftigt sich ebenfalls mit dem Reiseverhalten der Deutschen und bietet Publikationen und Veranstaltungen zur Förderung eines nachhaltigen Reisens in Entwicklungsländer und andere Kulturen.<sup>117</sup> Eine Reiseanalyse des Kreises ließ bereits vor einigen Jahren den Trend erkennen, dass außereuropäische Länder als Reiseziele immer beliebter werden. Waren es 1980 noch nur 4,6 Prozent der deutschen Urlauber, die ein Reiseziel außerhalb Europas anstrebten, so erhöhte sich diese Zahl bis zum Jahre 1990 auf 8,9 Prozent. Dabei stand die Türkei an erster Stelle, der Rest entfiel immer

---

<sup>115</sup> Arbeiterwohlfahrt (AWO) (1990), S. 103.

<sup>116</sup> Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (FUR) e.V. (2005): Reiseanalyse 2005. Online in Internet: <http://www.fur.de> (Stand 12/2004).

<sup>117</sup> Vgl. Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V. (2005): Online in Internet: <http://www.studienkreis.org> (Stand 11/2004).

häufiger auf Länder der Dritten Welt.<sup>118</sup> Aktuellere, differenziertere Zahlen bestätigen diesen Trend. Im Jahr 2004 hatten über 16 Prozent der Deutschen ein außereuropäisches Reiseziel: 9,3 Prozent verbrachten ihren Urlaub im außereuropäischen Mittelmeerraum, 6,1 begingen eine Fernreise.<sup>119</sup> 7,7 Mio. Deutsche ab 14 Jahren haben im Jahr 2005 bei ihrer Hauptreise ein sogenanntes Entwicklungsland besucht.<sup>120</sup>

Mit der zunehmenden Bedeutung des Ferntourismus wird gleichzeitig die Frage wichtiger, ob dieser eine Möglichkeit zur Begegnung mit Menschen aus Entwicklungsländern sein kann. Diese wird von Tourismuskritikern bezweifelt. Die Gründe hierfür liegen in den Bedingungen, unter denen sich die Reisenden und die Bereisten begegnen. Jost Krippendorf, ein Schweizer Tourismusforscher, formuliert die Situation folgendermaßen: „[...] wo Massen auftreten, die nur mit Serienabfertigung zu bewältigen sind, wo Kommerz, Hektik und Fremdbestimmung vorherrschen, wo Überlegenheits- und Unterlegenheitsgefühle aufkommen können, wo die Unterschiede zu groß sind, da muss das Herz auf der Strecke bleiben, da kann eine Begegnung nicht stattfinden.“<sup>121</sup>

Diese auf den Massentourismus allgemein bezogene Aussage gilt für Reisen in die ‚Dritte Welt‘ in noch verschärfter Form. Hier treffen nicht nur Menschen verschiedener Kulturen aufeinander, sondern auch Menschen verschiedener sozialer Klassen. „Der in der Werbung angepriesene hautnahe Kontakt mit den Einheimischen findet auf Ausflügen mit klimatisierten Bussen statt [...]. Was Begegnung sein sollte, gerät zum Zoo-Syndrom zur gegenseitigen Begaffung.“<sup>122</sup> Die Reisenden bleiben meist in der Rolle der Zuschauer und ziehen zur Erklärung dessen, was sie sehen, ihre eigenen Erklärungsmuster heran. Die Auffassungen und auch die Vorurteile, die ein Reisender bereits hat, werden hier nicht abgebaut, sondern eher verstärkt.

Bei organisierten Reisen bleibt wenig Zeit, zu verweilen und sich länger und intensiver miteinander zu beschäftigen, worin eine Chance läge, Vorurteile zu revidieren. Auch sind die meisten Touristen kaum oder gar nicht darauf eingestellt, sich mit den Menschen und den Problemen des bereisten Landes näher zu beschäftigen. Sie möchten Urlaub machen und etwas erleben. Das Außergewöhnliche, Exotische ist hier von Interesse, nicht aber der Alltag, der sicher einiges mit dem Alltag zu Hause gemein hat. Gemeinsamkeiten, die eine

---

<sup>118</sup> Die Reiseanalyse 1990 ist die 21. Reiseanalyse, die vom Starnberger Studienkreis für Tourismus durchgeführt worden ist. Um einen besseren Vergleich mit den vorherigen Analysen zu ermöglichen, bezieht sich diese Zahl nur auf die alten Bundesländer. Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (Hrsg.) (1991). Starnberg, S. 11.

<sup>119</sup> Vgl. Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V. (FUR) (2005).

<sup>120</sup> Lassberg, D. (2006): Tourismus in Entwicklungsländern. In: Zeitschrift für Nachhaltigkeit, Heft 4. Münster. S. 69

<sup>121</sup> Krippendorf, J. (1984): Die Ferienmenschen. Für ein neues Verständnis von Freizeit und Reisen. Zürich, S. 112.

<sup>122</sup> Ebd., S. 118.

Begegnung erst ermöglichen würden, werden von den Touristen in dieser Situation aber kaum wahrgenommen. Reisende und Bereiste befinden sich in einer geradezu gegensätzlichen Lage. Hier stößt das der Erholung dienende Freizeitverhalten der einen auf das der Existenzsicherung dienende Arbeitsverhalten der anderen. Auch die Rollen sind für das Gelingen eines Austausches ungünstig verteilt. Der Tourist begegnet nicht seinesgleichen, sondern der Kontakt beschränkt sich meist auf Einheimische, die ihm gegenüber eine untergeordnete Position einnehmen, wie beispielsweise das Hotelpersonal. So werden Überlegenheitsgefühle nur gefestigt, ein Solidarisierungsprozess mit den Bereisten findet nicht statt.

Diese ungleiche Rollenverteilung bringt dem Tourismus manchmal sogar den Vorwurf des Neokolonialismus ein. Dies ist nicht abwegig, wenn bedacht wird, aufgrund welcher Abhängigkeiten bestimmte Geschäfte erst möglich werden. Das wohl extremste Beispiel hierfür ist der Sextourismus insbesondere in ostasiatische Länder, der Tausende von jungen Frauen und Männern in die Prostitution treibt. Es sind Menschen aus armen Ländern, die sich an Männer der reichen Industrienationen verkaufen (müssen). „Das kolonialistische Schema, nach dem ‚Dritte-Welt-Länder‘ seit Jahrhunderten als Rohstofflieferanten der Industrieländer erhalten müssen, erlebt hier [Prostitution] eine Neuauflage.“<sup>123</sup> Die katholische Organisation Missio spricht von jährlich 400.000 deutschen Männern, die mit dem Ziel, sexuelle Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, Fernreisen begehen. Einige Zehntausend wollen Sex mit Kindern und Jugendlichen.<sup>124</sup>

Auch der sogenannte Alternativtourismus ist kritisch zu betrachten. Zwar bemühen sich die Alternativtouristen darum, sich von den Massentouristen abzusetzen. Sie reisen teilweise auch bewusster und suchen den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung, aber gerade sie dringen dabei oft in besonders empfindliche Kulturräume vor, die vom Tourismus zuvor noch verschont geblieben waren, und werden somit häufig zur Vorhut für die touristische Erschließung eines Gebietes. Außerdem ist der Alternativtourismus, der innerhalb des Tourismus vorherrschenden Konsumhaltung ursprünglich ablehnend gegenüberstand, mittlerweile selbst wieder von diesem Markt eingeholt worden. Dies wird deutlich, wenn einmal betrachtet wird, in welcher großer Zahl heute alternative Reiseführer, Billigflüge und spezielle Ausrüstungsgegenstände für Globetrotter angeboten werden. Nach den bisherigen Erfahrungen können touristische Reisen kaum als eine Form der Begegnung behandelt

---

<sup>123</sup> Misereor (Hrsg.) (1991): Sanfte Stärke – Frauen in Thailand. Misereor-Arbeitsheft. Aachen, S. 1.

<sup>124</sup> Vgl. Fuchs, H. (2004): „Mit zehn bist Du erwachsen, mit dreißig tot!“ In: Deutsche Gesellschaft für die Vereinte Nationen (Hrsg.): Eine-Welt-Presse. Tourismus und Entwicklung, Nr. 1, S. 3.

werden. Natürlich lässt sich nicht ausschließen, dass auch durch sie hier und dort einmal wirklicher Austausch stattfindet.

Die Kritik am Ferntourismus ließe sich fortsetzen. Ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen des Tourismus gewinnen dabei ebenfalls an Bedeutung und tragen zu den hier beschriebenen begegnungsfeindlichen Bedingungen bei. Derartige Auswirkungen werden von Seiten der Tourismuskritiker immer wieder erwähnt, Entwicklungsorganisationen setzen sich mittlerweile mit der Thematik auseinander. Ansätze, (Fern-)Tourismus nachhaltig zu gestalten sowie ein echtes kulturelles Verständnis seitens der Touristen zu ermöglichen, finden sich immer häufiger. Ein Beispiel ist das vom Studienkreis Tourismus und Entwicklung herausgegebene Sympathiemagazin, das sich inhaltlich intensiv mit dem in der jeweiligen Ausgabe vorgestellten Land auseinandersetzt. Bestehende Klischees und Vorurteile gegenüber anderen Kulturen sollen und können damit reduziert und abgebaut werden. Die vermittelten Inhalte dienen einer Reisevorbereitung, die weit über die in Reiseführern vermittelten Themen hinausgeht<sup>125</sup>. Eine solche Reisevorbereitung dient Reisenden und Bereisten: Ein besseres Verständnis für Land, Leute und Kultur ermöglicht tiefere und damit bleibende Eindrücke der Reise. Ein vorsichtiges und respektvolles Einlassen auf Fremdes dient nicht zuletzt auch der Möglichkeit, ‚echte‘ Kontakte, Gespräche und Austausch zu ermöglichen und die jeweils andere Kultur besser zu verstehen.

Auch die Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ beleuchtete den Ferntourismus und dessen Zunahme bereits 1996 kritisch. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass der Tourismus einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in vielen Entwicklungsländern darstellt. Daher sollte Ferntourismus ökologisch und sozialverträglich gestaltet werden. Zweiwöchige Ausflüge in die Karibik werden in der Studie als nicht zukunftsfähig erachtet, da die zahlreichen Flüge der Umwelt schaden und ein kurzer Urlaub, der sich oft auf eine Clublandschaft beschränkt, kaum eine Begegnung mit der Kultur erlaubt. Deshalb wäre eine Form des Ferntourismus sinnvoll, die längere Aufenthalte ermöglicht. Damit könnten auch Land- und Schifffreisen wieder an Bedeutung und Reiz gewinnen, umweltschädigende Kerosin-Emissionen würden reduziert. Doch die derzeit gängigen Modelle der Erwerbsarbeit lassen solche Aufenthalte oftmals nicht zu.<sup>126</sup>

---

<sup>125</sup> Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V. (Hrsg.) (2005): Sympathiemagazin. Online in Internet: <http://www.sympathiemagazin.de> (Stand 06/2005).

<sup>126</sup> Bund/Misereor (Hrsg.) (1996), S. 279.

### **3.3.2 Internationale Jugendarbeit**

Andere Formen des Reisens und der Begegnung werden von verschiedenen Organisationen in der internationalen Jugendarbeit angeboten. Sie wenden sich hauptsächlich an junge Menschen und haben, anders als der Tourismus, das Ziel, zur Völkerverständigung, Friedenssicherung und zu interkulturellem Lernen beizutragen.

#### **3.3.2.1 Entstehung und Zielsetzung**

Der Beginn der internationalen Jugendarbeit findet sich im Jahr 1920. Sie ist ein Resultat der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und dem sich daraus entwickelnden Motiv, Versöhnung zwischen den sich ehemals gegenüberstehenden Gegnern zu schaffen. Ein erstes gemeinsames Workcamp deutscher, französischer und holländischer junger Menschen mit dem Ziel des Wiederaufbaus des französischen Dorfes Esnes wurde durchgeführt und stieß bei den Beteiligten auf positive Resonanz.<sup>127</sup> Von Deutschland aus wird internationale Jugendarbeit seit demselben Zeitraum betrieben. Damals wurden die deutschen Zweige des Service Civil International (SCI) und des Christlichen Friedensdienstes e.V. gegründet. Sie verstanden sich als Teil einer internationalen Friedensbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, wollten mit ihrer Arbeit zur Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern beitragen und waren daher von derselben Motivation geleitet wie ihre internationalen Partner.

Mit ganz ähnlichen Zielen entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche weitere Jugendgemeinschafts- und Jugendsozialdienste. In diese Zeit fallen die Gründungen der Nothelfergemeinschaft der Freunde e.V. (1945), der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste e.V. (1950), des Internationalen Bauordens, deutscher Zweig e.V. (1953), des Aufbauwerks der Jugend, heute pro International e.V., (1956) und der Aktion Sühnezeichen e.V. (1958). Nach der Zeit des Nationalsozialismus hoffte man, durch die Begegnung junger Menschen Feindbilder abbauen und zu Völkerverständigung und Demokratisierung beitragen zu können. Ein weiteres Ziel, das besonders die Aktion Sühnezeichen verfolgte, war es, durch die gemeinsame Aufbauarbeit zumindest ein Stück historischer Schuld abzutragen. Aktion Sühnezeichen entsandte ihre freiwilligen Helfer bevorzugt in diejenigen Länder, die unter der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik besonders zu leiden gehabt hatten, wie etwa Polen und die Sowjetunion.<sup>128</sup> Einen anderen Schwerpunkt bildete der Austausch mit dem ehemaligen Kriegsgegner Frankreich. Durch den Vertrag zwischen der Bundesrepublik und

---

<sup>127</sup> Coordinating Committee for International Voluntary Service (CCIVS) der UNESCO (Hrsg.) (1997): *Volunteering in Conflict Areas*. Paris, S. 3.

<sup>128</sup> Ein weiteres Schwerpunktland war Israel.

Frankreich über deutsch-französische Zusammenarbeit wurde 1963 das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) gegründet. Hierdurch entwickelte sich seitdem der umfangreichste und auch intensivste Jugendaustausch, den es je zwischen zwei Staaten gegeben hat. War in der ersten Zeit der deutsch-französischen Annäherung der Kontakt zu jungen Franzosen noch etwas Besonderes, so sind Reisen in ferne Länder heute für viele Menschen selbstverständlich geworden.

Mit der Zeit veränderten sich die Themen und Ziele, von denen die Begegnungspraxis geprägt wurde. Hierbei spielten auch gesamtgesellschaftliche Trends eine Rolle. Über die Teilnehmer und die Gruppenleiter wurden sie in die internationale Jugendarbeit hineingetragen. So kam es gegen Ende der 1960er Jahre zu einer Politisierung der Arbeit. Sie galt in verstärktem Maße den sogenannten Randgruppen der Gesellschaft, beispielsweise den Obdachlosen.

In den 1970er Jahren erfuhren die Einsätze der jungen Menschen, die meist den Begriff ‚Workcamps‘ trugen, wie auch andere Veranstaltungen eine stärkere gruppenspezifische Ausrichtung.

Anfang der 1980er Jahre spielte zunächst die Diskussion um die Friedens- und Abrüstungsproblematik eine große Rolle. Einige Zeit später waren Themen wie Ökologie, Ost-West-Zusammenarbeit und die Solidarität mit der ‚Dritten Welt‘ Schwerpunkte vieler Veranstaltungen. Seit Mitte der 1980er Jahre rückte das Konzept des interkulturellen Lernens in den Mittelpunkt der Arbeit.<sup>129</sup> Dieses Konzept wurde im Laufe der Zeit inhaltlich und praktisch mit den oben genannten Themen verknüpft. Viele Organisatoren tragen diesem Wandel heute Rechnung, indem sie beispielsweise versuchen, den Austausch mit jungen Menschen aus der ‚Dritten Welt‘ stärker zu fördern. Hierbei sind viele jedoch durch ihre finanziellen Mittel begrenzt. Deutsche Teilnehmer werden meist in Einsätze vermittelt, die in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas stattfinden. Auf der anderen Seite werden zum Teil auch ‚Reverse-Programme‘ angeboten. Der SCI und der IJGD laden asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Gäste ein, an Workcamps und Aktionen in der Bundesrepublik teilzunehmen und auf diese Weise Land und Leute kennenzulernen.

### 3.3.2.2 Arbeitsformen

Um die beschriebenen Ziele zu verwirklichen, haben die Träger der internationalen Jugendarbeit verschiedene Arbeitsformen entwickelt. Hierzu zählen:

#### Workcamps (kurzzeitige Aufenthalte)

„Bei den Workcamps handelt es sich um ein Instrument im Bereich der Entwicklungspolitik, mit dem die Menschen in den Gemeinden vor Ort aufgefordert werden, sich ehrenamtlich an Projekten zu beteiligen, indem sie die vorhandenen Ressourcen zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur nutzen und ihre Motivation auf der Grundlage der Zusammengehörigkeit stärken.“<sup>130</sup>

Im Rahmen eines Workcamps arbeitet eine Gruppe junger Menschen meist handwerklich mehrere Stunden täglich unter fachlicher Anleitung an oder in einem spezifischen Projekt. Die Dauer des Arbeitseinsatzes liegt bei etwa drei bis vier Wochen. Die Projekte sind meist Basisprojekte, die einem bestimmten Gemeinwesen zugute kommen. Sie sind vor diesem Hintergrund als Projekte der Gemeinwesenarbeit zu bezeichnen. Die zuvor von der Trägerorganisation ausgewählten Projekte gehören in der Regel zu einem der folgenden vier Bereiche:

- a) Dienste im sozialen und pädagogischen Bereich (Arbeit in Heimen, auf Kinderspielflächen u.s.w.)
- b) Dienste im Bereich Umweltschutz und Ökologie (Wegebau, Naturschutz, Dünenbepflanzung)
- c) Friedens- und Versöhnungsdienste (Pflege von Soldatenfriedhöfen, Arbeit an Gedenkstätten)
- d) ‚Dritte-Welt-Arbeit‘ (Solidaritätscamps: Schulrenovierung und -ausbau, ökologische Maßnahmen, etc.)

Oft stehen die Camps zusätzlich unter einem thematischen Schwerpunkt. Jeder Arbeitseinsatz wird von zuvor vom Träger hierfür ausgebildeten ‚Teamern‘ geleitet. Die Workcampgruppe besteht in der Regel aus 15 bis 25 Teilnehmern im Alter von 16 bis etwa 27 Jahren. Kosten

---

<sup>129</sup> Vgl. Anton, D. (1989): Interkulturelles Lernen als ein Ziel eines internationalen Workcamps. Diplomarbeit im Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Münster. Münster, S. 8 f.

<sup>130</sup> Katsiga, I. (2002): Voluntary Movements: Necessary Motivator and Facilitator of Development Efforts – Zimbabwe. Unveröffentlichte Diplomarbeit [Zitate z.T. übersetzt durch den Verfasser]. Swansea (UK), S. 55.

entstehen den Gruppenmitgliedern in Form von Bearbeitungskosten und als Fahrtkosten, welche vor allem bei Camps im Ausland eine Rolle spielen. In den meisten Fällen verpflegt sich die Gruppe selbst. Die Gestaltung der arbeitsfreien Zeit bleibt der Gruppe meist selbst überlassen. Anregungen, beispielsweise zum Kennenlernen und zum Austauschen, werden seitens der Träger oder der Gruppenleiter gegeben.

Die Hauptziele von internationalen Workcamps in Afrika, Asien und Lateinamerika sind:

- Jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, in einer Gruppe gemeinschaftlich in Selbsthilfeprojekten mitzuarbeiten. (Ländliche) Entwicklungsprojekte stehen im Vordergrund.
- Lokale Projekte zu unterstützen und dabei lokale Anstrengungen und Volontärrarbeit zu fördern. Die vorgenommenen Arbeiten sollen nicht mit bezahlter Arbeit konkurrieren, sondern dem Gemeinnützigkeitscharakter angemessen sein. Projekte sollen die lokale Bevölkerung animieren und Anregungen zur Nachahmung bieten, um so eine Nachhaltigkeit der Projekte zu fördern.
- Interessierten jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, Personen mit einem anderen kulturellen und sozialen Hintergrund kennenzulernen. Dies soll dazu beitragen, sprachliche, kulturelle und soziale Barrieren abzubauen.
- Lernen durch Erfahrung als zentrales Anliegen von Workcamps. Es soll die Möglichkeit geboten werden, positive Effekte von konkretem Handeln zu erleben. Die Zusammengehörigkeit zwischen Theorie und Praxis soll so erfahrbar werden.
- Freiwilligen zu ermöglichen, ein Gruppenleben zu erfahren, in dem jeder gleichwertig ist. Jeder hat Verantwortung für die Arbeit und das Funktionieren des Gruppenlebens.
- Interkulturelles Lernen durch Erfahrung. Für Teilnehmer aus anderen Ländern soll die Möglichkeit geschaffen werden, ein neues Land und eine neue Kultur in einer tieferen und respektvolleren Art und Weise kennenzulernen, als dies für (gewöhnliche) Touristen zutrifft.
- Ein Leben der Teilnehmer in der (Dorf-)Gemeinschaft, Begegnungen und Kontakte zu ermöglichen, um ein Verständnis für die Lebensrealitäten und Probleme der Bevölkerung zu entwickeln.
- Unterstützung von Kleinprojekten im Bereichen Infrastruktur, Soziales, Bildung, Umwelt.
- Für eine ‚Kultur des Friedens‘ zu arbeiten und zu werben. Dies geschieht auf internationaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene und wird durch die

Entwicklung von demokratischen Strukturen, durch Integration, friedliche Konfliktlösung, Reduzierung von Feindbildern, Respektieren von Unterschieden und Kommunikation erreicht.

### Seminare zur Aus- und Fortbildung der Gruppenleiter

Die Träger der Jugenddienste bilden ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter in Seminaren selber aus. Die zukünftigen ‚Teamer‘ sollen durch diese Seminare befähigt werden, Kommunikationsprozesse in der Gruppe und demokratische Entscheidungsprozesse zu initiieren sowie die anfallenden organisatorischen Aufgaben zu übernehmen beziehungsweise angemessen und fair zu verteilen.

### Mittel- und langfristige Dienste

Von einigen Trägern werden Dienste mit längerer Dauer, beispielsweise zwölf bis 24 Monate, angeboten. Die Freiwilligen arbeiten bei solchen Einsätzen für ein Taschengeld in einem der Projekte des Trägers im Ausland mit. Zum Teil können diese Einsätze auch als Zivildienst anerkannt werden. Mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) sind seit den 1990er Jahren neue Möglichkeiten mittel- und langfristiger Dienste geschaffen worden. Diese stehen – im Gegensatz zum Zivildienst – auch Frauen offen und sind darüber hinaus oftmals auch als Praktika oder Berufserfahrung für (Hochschul-)Ausbildungen anrechenbar.<sup>131</sup>

Mittel- und langfristige Dienste spiegeln den Prozess der europäischen Integration wider, indem entsprechende intereuropäisch besetzte Angebote in verschiedenen EU-Staaten (und darüber hinaus) stattfinden.<sup>132</sup> Ein Beispiel für einen solchen Langzeiteinsatz ist der Europäische Freiwilligendienst für Jugendliche. Ziel des Freiwilligendienstes ist es, den jungen Leuten außerschulische Schlüsselqualifikationen wie das Zurechtfinden in anderen Kulturen zu vermitteln und einen konkreten Beitrag zur Solidarität in einem zusammenwachsenden Europa zu schaffen.<sup>133</sup>

Es gibt aber auch noch andere Formen der internationalen Jugendarbeit, beispielsweise Studienreisen von Jugendgruppen, Schüleraustauschprogramme, Europäische Jugendwochen,

---

<sup>131</sup> Vgl. Bundesarbeitskreis Freiwilliges soziales Jahr (2005): Online in Internet: <http://www.pro-fsj.de> (Stand 05/2005).

<sup>132</sup> Vgl. Jugend für Europa (2005): Deutsche Agentur Jugend. Online in Internet: <http://www.go4europe.de> (Stand 10/2004).

<sup>133</sup> Friesenhahn, G. J. (1998): Interkulturelles Lernen: Zentrale Ziele des Europäischen Freiwilligendienstes für Jugendliche. In: Kind, Jugend, Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz, Nr. 3, S. 76-79.

Sprachkurse mit internationaler Beteiligung etc. Die drei hier genannten Formen nehmen in den Programmen der Jugenddienste jedoch den größten Raum ein.<sup>134</sup> Unter ihnen sind die Workcamps wiederum die Arbeitsform, die am häufigsten angeboten wird und sich nunmehr seit Jahrzehnten etabliert hat.

### 3.3.2.3 Finanzierung

Die jeweiligen Träger sind für ihre Programme und pädagogischen Konzeptionen selbst verantwortlich. Als Teil der Jugendhilfe werden sie aber auch durch öffentliche Mittel unterstützt. Das zentrale Förderinstrument für die nationale und die internationale Jugendpolitik ist der Kinder- und Jugendplan (KJP), der erstmals 1950 – damals noch als Bundesjugendplan (BJP) – verkündet wurde. Die Richtlinien des KJP geben für den internationalen Bereich der Jugendarbeit folgende trägerübergreifende Zielsetzung vor: „Internationale Jugendarbeit soll die persönliche Begegnung junger Menschen aus verschiedenen Ländern, ihr gemeinsames Lernen und Arbeiten [...] sowie die Zusammenarbeit der Träger [...] über die nationalen Grenzen hinaus ermöglichen. [...] Internationale Jugendarbeit soll jungen Menschen helfen, andere Kulturen und Gesellschaftsordnungen sowie internationale Zusammenhänge kennenzulernen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und die eigene Situation besser zu erkennen, sowie ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern Verständnis und Toleranz entgegenzubringen. Sie soll ihnen darüber hinaus bewusst machen, dass sie für die Sicherung und demokratische Ausgestaltung des Friedens und für mehr Freiheit und soziale Gerechtigkeit in der Welt mitverantwortlich sind.“<sup>135</sup>

Seitens der öffentlichen Hand standen aus dem Etat des KJP 16,774 Millionen Euro im Jahr 2003 für die Unterstützung der internationalen Jugendarbeit zu Verfügung. Für die Jahre 2004 und 2005 wurden 17,750 beziehungsweise 18,338 Millionen Euro angesetzt. Während das Gesamtvolumen des KJP zwischen 2003 und 2005 absank, ist der Ausgabenposten 14 für ‚Internationale Jugendarbeit‘ einer der wenigen Posten, die an finanziellem Volumen gewonnen haben.<sup>136</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. Müller, W. (1987), S. 22f.

<sup>135</sup> Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2001): Gemeinsames Ministerialblatt. Amtlicher Teil Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Richtlinien v. 19.12.2000, Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), Nr. 2. Berlin, S. 23.

<sup>136</sup> Vgl. Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005. Einzelplan 17. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 18.

### **3.3.2.4 Der Konkrete Friedensdienst – ein Beispiel internationaler Jugendarbeit**

Der Konkrete Friedensdienst ist ein Programm der Landesregierung Nordrhein-Westfalens zur Förderung von freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Arbeitseinsätzen junger Menschen in Basisprojekten auf Communityebene in den Ländern der ‚Dritten Welt‘. Im Rahmen seiner Vorbereitung und Entwicklung wurde das Programm von ca. 25 Organisationen, die Jugendbegegnungsreisen anbieten, sowie in Bezug auf die Richtlinien des Kinder- und Jugendplanes des Bundes und des Landesjugendplanes von Nordrhein-Westfalen analysiert und evaluiert.<sup>137</sup> Diese Bewertungen wurden in die Programmplanungen einbezogen. Das Programm wird seitens des Regionalen Zentrums von InWEnt in Nordrhein-Westfalen im Auftrag der Landesregierung durchgeführt.<sup>138</sup>

Im Gegensatz zu einigen bereits beschriebenen Möglichkeiten entwicklungspolitischer Auslandsaufenthalte für junge Menschen bietet das Programm Konkreter Friedensdienst den Teilnehmern keine ‚fertigen Veranstaltungen‘ an. Stattdessen wendet es sich an Engagierte, die in der Lage sind, ihre Reise und ihren Arbeitseinsatz eigenständig zu planen. Sie können durch den Konkreten Friedensdienst eine finanzielle Unterstützung sowie Beratung in Bezug auf den ‚Einsatz‘ erhalten.

#### **3.3.2.4.1 Entstehung und Zielsetzung**

Wie aus einer Regierungserklärung des damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau aus dem Jahr 1990 hervorgeht, ist das Programm eingebettet in die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes: „An der Wende zum dritten Jahrtausend wird die Nord-Süd-Frage die zentrale Aufgabe internationaler Politik. An uns richtet sich die Frage: Was tun wir, wie gestalten wir unsere politische Verantwortung in der Einen Welt? Eine Antwort, die Nordrhein-Westfalen auf diese Frage zu geben versucht, ist der Konkrete Friedensdienst.“<sup>139</sup>

Der Konkrete Friedensdienst wird seit dem 1. Juli 1986 angeboten und wurde von Johannes Rau bereits 1985 angekündigt. In seiner damaligen Regierungserklärung hieß es: „Wir sollten verstärkt Gelegenheit dafür schaffen, dass junge Leute aus Nordrhein-Westfalen unmittelbar in Ländern der Dritten Welt helfen. Das ist konkreter Friedensdienst.“<sup>140</sup> Der Name des

---

<sup>137</sup> Vgl. Der Chef der Staatskanzlei NRW (1986): Erfahrungsbericht zum „Konkreten Friedensdienst“, Titel 68171. Düsseldorf, S. 3.

<sup>138</sup> InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH), ehemals Carl Duisberg Gesellschaft.

<sup>139</sup> Zit. nach: Der Ministerpräsident des Landes NRW (1991a): Konkreter Friedensdienst. Düsseldorf, S. 2.

<sup>140</sup> Zit. nach ebd., S. 3.

Programms macht deutlich, dass die Arbeitseinsätze dem Frieden dienen sollen. Nach Carl Friedrich von Weizsäcker ist Frieden „[...] die Möglichkeit, ohne existenzgefährdende Konflikte zu leben.“<sup>141</sup> Legt man diese Definition zugrunde, dann leben heute die meisten Menschen in Unfrieden. Auch wenn die Bewohner der ‚Dritten Welt‘ nicht zwangsläufig direkt von kriegerischen oder konfliktären Auseinandersetzungen betroffen sind, wird ihre Existenz oftmals durch strukturelle Gewalt negativ beeinflusst. Der von Johan Galtung in den 1970er Jahren geprägte Begriff der strukturellen Gewalt ordnet den Situationen, in denen ungerechte gesellschaftliche Strukturen – wie beispielsweise die ungleiche Verteilung (von Macht, Einkommen und Zugang) – ungleiche Lebenschancen Einzelner oder ganzer Bevölkerungsgruppen hervorrufen, einen Begriff zu.<sup>142</sup> In der Konsequenz bedeutet diese strukturelle Gewalt für die Betroffenen in Entwicklungsländern, dass sie keine oder nur eine geringe Chance auf ausreichende und angemessene Ernährung, Unterkunft, Bildung, Arbeit und Partizipation haben. Frieden im Sinne der Abwesenheit struktureller Gewalt zu schaffen, würde hier die Veränderung von Strukturen zugunsten einer gerechteren Zugangs- und Lebenschancen bedeuten. Dieses Beispiel und die Erklärung anhand des Terminus der strukturellen Gewalt lässt den Auftrag des Konkreten Friedensdienstes deutlicher werden: Es geht nicht um die Aussöhnung von Konfliktparteien oder Kriegsgegnern, dem ursprünglichen Ziel von Friedensdiensten. Es geht um die Schaffung von würdigen Lebensbedingungen und Lebenschancen, also dem Aufbau gerechter und damit friedlicherer Strukturen.

Daneben ist es Ziel des Konkreten Friedensdienstes „[...] privates Engagement zu fördern und das Bewußtsein der Bürger [...] über die Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Frieden in der Welt zu schärfen.“<sup>143</sup> Diese Bewusstseinsbildung soll aber nicht nur, wie sonst meist üblich, über Berichte Dritter oder über Medien erfolgen, sondern durch die praktische Mitarbeit in Projekten der ‚Dritten Welt‘.

Der Konkrete Friedensdienst richtet sich ausdrücklich nicht an professionelle beziehungsweise semiprofessionelle Entwicklungshelfer, sondern erreicht durch seine grundsätzliche Offenheit ein breites Spektrum interessierter und engagierter junger Menschen.<sup>144</sup>

Die Teilnahmebedingungen geben einige wenige Eckdaten vor: Gefördert werden kann, wer zwischen 18 und 25 Jahren alt ist und seinen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen hat. Es

---

<sup>141</sup> Zit. nach Tetzlaff, R. (1985): Nord-Süd-Konflikte und ihre Ursachen – Politische Handlungsperspektiven für eine friedliche Dritte-Welt-Politik. In: Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse. Sechs Expertenbeiträge für die Evangelische Kirche in Deutschland. Gütersloh, S. 127.

<sup>142</sup> Vgl. Galtung, J. (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek.

<sup>143</sup> Der Chef der Staatskanzlei NRW (1986), S. 1.

<sup>144</sup> Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1996): Konkreter Friedensdienst. Düsseldorf.

werden sowohl Einzelpersonen wie Gruppen berücksichtigt. Eine Gruppe sollte aus sechs bis 15 Mitgliedern bestehen und sich mindestens 25 Tage, jedoch nicht länger als zwölf Wochen im Gastland aufhalten. Gruppen sollten mindestens einen verantwortlichen Leiter benennen. Für die Bezuschussung wird vorausgesetzt, dass die Antragsteller Eigenleistungen erbringen. Das heißt, sie müssen die Reise und den Aufenthalt inhaltlich und organisatorisch vorbereiten. Die Gruppe muss außerdem einen Partner im Zielland nachweisen (z.B. durch Briefwechsel, Einladung) und Art, Umfang und Ziel des Arbeitseinsatzes beschreiben können. Darüber hinaus verpflichten sich die Gruppenmitglieder, nach der Reise einen Bericht und eine Bescheinigung des Projektleiters einzureichen, aus denen hervorgeht, dass sie in dem betreffenden Projekt mitgearbeitet und in seinem Umfeld gelebt haben.<sup>145</sup>

#### **3.3.2.4.2 Abwicklung durch InWEnt Nordrhein-Westfalen**

Wie bereits erwähnt, wird der Konkrete Friedensdienst im Auftrag der Landesregierung von InWEnt Nordrhein-Westfalen abgewickelt. InWEnt ist eine gemeinnützige Organisation für internationale berufliche Weiterbildung und wird von Bund und Ländern sowie von einigen Wirtschaftsunternehmen getragen, die der InWEnt als Mitglieder angehören. InWEnt entstand aus der Fusion der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) mit der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) im Jahr 2002. Der Konkrete Friedensdienst wurde bis zu dem Zusammenschluss durch die CDG abgewickelt. Ihren Namen erhielt die CDG von dem Chemiker und Unternehmer Carl Duisberg, der bereits in den 1920er Jahren den Auslandsaufenthalt junger deutscher Werkstudenten förderte. Die langjährigen Erfahrungen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit waren auch ausschlaggebend für die Übergabe des Programms Konkreter Friedensdienst an die Stiftung. Mit der Fusion übernahm InWEnt Nordrhein-Westfalen die Betreuung des Programms.

Eine möglichst unbürokratische Abwicklung und ein größtmöglicher eigenverantwortlicher Beitrag der Antragsteller ist die Zielsetzung. Die Anträge können auf vorgefertigten Formblättern gestellt werden. Ein Beratungsgremium entscheidet dann in wenigen Wochen über Zustimmung oder Ablehnung der vorliegenden Anträge. Das Gremium setzt sich aus einem Vertreter der Staatskanzlei, einem für die internationale Jugendarbeit verantwortlichen Mitarbeiter des Landesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, zwei Vertretern der Landesjugendämter und einem Vertreter von InWEnt zusammen. Wird einem Antrag zugestimmt, so erhält der Antragsteller je nach Zielort eine pauschale Unterstützung von 980

---

<sup>145</sup> Der Ministerpräsident des Landes NRW (2001): Konkreter Friedensdienst – Ein Programm der Landesregierung NRW: Richtlinien.

bis 1200 Euro. Hiermit können Reisekosten sowie die Kosten für notwendige Impfungen und Versicherungen abgedeckt werden.

#### **3.3.2.4.3 Zur Teilnehmerstruktur**

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Konkreten Friedensdienstes im Jahr 1996 wurden in einer Festschrift Zahlen, Daten und Fakten bezüglich der Teilnehmerstruktur des Konkreten Friedensdienstes zusammengestellt. Im Zeitraum zwischen 1986 und 1996 haben demzufolge knapp 2000 junge Menschen an dem Programm teilgenommen.<sup>146</sup> Im Jahr 2004 waren es nach Aussagen von InWEnt bereits über 5000.<sup>147</sup> Die Daten bezüglich der beruflichen Herkunft der Teilnehmer zeigen deutlich, dass der Ansatz des Programms, sich an entwicklungspolitische Interessierte und gerade nicht an professionelle oder semiprofessionelle ‚Entwicklungshelfer‘ zu wenden, stringent verfolgt wurde: 44 Prozent der Teilnehmer waren Studierende, knapp 35 Prozent Schüler, jeweils etwa acht Prozent Auszubildende und Berufstätige in nicht akademischen Berufen und knapp fünf Prozent Berufstätige in akademischen und lehrenden Berufen. Hintergrund dieser Verteilung zugunsten von Schülern und Studierenden ist die Möglichkeit, mehrere Wochen am Stück keine (beruflichen) Verpflichtungen zu haben. Auszubildende und Berufstätige müssten stattdessen ihren gesamten Jahresurlaub nutzen, um an dem Programm teilnehmen zu können, was nicht unbedingt mit der jeweiligen Arbeitsstelle zu vereinbaren ist.

Bezogen auf das organisatorische Umfeld, aus dem sich Impulse zu einer Teilnahme an dem Programm ergeben, dominieren Teilnehmer mit kirchlichem und studentischem Hintergrund, gefolgt von Dritte-Welt-Gruppen.<sup>148</sup> Von insgesamt 526 Projektreisen, die im Zeitraum zwischen 1986 bis 1996 durch den Konkreten Friedensdienst gefördert wurden, kamen 276 aus Großstädten und 250 aus ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens. Die Dominanz der Großstädte lässt sich auf Hochschulstandorte zurückführen. Im genannten Zeitraum kamen 50 und damit die größte Zahl der Projektreisen aus Münster.<sup>149</sup> Ein Großteil dieser Gruppen erhielt den Impuls zur Teilnahme an Projekten in Form von Workcamps in den letzten zehn Jahren im Rahmen des genannten zweisemestrigen Seminars ‚Praxis der Entwicklungszusammenarbeit‘, das am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angeboten wird.

---

<sup>146</sup> Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (1996), S. 40.

<sup>147</sup> Telefonate mit den Verantwortlichen für den Konkreten Friedensdienst bei InWEnt Düsseldorf, im Juli 2004.

<sup>148</sup> Vgl. ebd., S. 43.

<sup>149</sup> Vgl. ebd., S. 44.

Die in der Festschrift genannten Zahlen ergeben darüber hinaus, dass überproportional viele weibliche Teilnehmer das Programm nutzen. Bei den Gruppenreisen lag der Anteil der Frauen bei ca. 51 Prozent, bei den Einzelreisen sogar bei knapp 65 Prozent.

### 3.3.3 Kritische Anmerkungen

Da die internationale Jugendarbeit stets so positiv angesehene Ziele wie Völkerverständigung, Friedens- und Verständigungsarbeit, Aussöhnung ehemaliger Gegner etc. verfolgt, wurde sie lange Zeit kaum kritisch hinterfragt. Ende der 1970er Jahre gab das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine Forschungsstudie in Auftrag, die das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit in der öffentlich geförderten internationalen Jugendarbeit bzw. in den Jugendbegegnungen untersuchen sollte. Diese sehr umfangreiche Studie, nach dem Herausgeber Breitenbach benannt, verdeutlichte bestehende Mängel: Sie stellte erstens einen Mangel an Zielklarheit und eine daraus resultierende „[...] erhebliche Kluft zwischen politisch-pädagogischem Anspruch und Realität der internationalen Jugendarbeit“ fest.<sup>150</sup> Die Zielvorstellungen waren, der Studie zufolge, zu allgemein formuliert, als dass sie als Handlungsanleitung für die Praxis dienlich sein könnten. Außerdem wurde zu wenig auf die Interessen und Erwartungen der Teilnehmer eingegangen. Zweitens kritisierte die Studie, dass die interkulturellen Lernsituationen nicht ausreichend waren, das heißt, es fehlten pädagogische Konzepte zur schärferen Wahrnehmung kultureller Unterschiede. Stattdessen wurde versucht, die aus diesen Unterschieden entstehenden Konflikte zu vermeiden, und damit teilweise die Chance, einen entsprechenden Lerneffekt zu erzielen, ungenutzt gelassen. Das Fehlen pädagogischer Konzeptionen ging mit einem dritten Kritikpunkt einher; die mit der Studie befassten Wissenschaftler stellten nämlich fest: „Die Trägerorganisationen [...] leiden unter dem Mangel an Personal, Know-how und Geld. Sie sind oft mehr mit Fragen der Durchführung als mit Fragen der Zielsetzung und Qualifizierung beschäftigt [...]“.<sup>151</sup>

Ebenfalls bemängelt wurde damals die Konzentration der meisten Verbände auf nur wenige, zumeist westeuropäische Staaten. Dieser Kritikpunkt ist heute nicht mehr zutreffend. Zwar nehmen Veranstaltungen innerhalb Europas weiterhin quantitativ den größten Raum ein, wie sich aus den Programmen der einzelnen Trägerorganisationen ableiten lässt. Es lässt sich dabei jedoch feststellen, dass von fast allen Trägern die Teilnahme an Workcamps oder

---

<sup>150</sup> Dankwortt, D., Frey, U., Hottelet, H. (Hrsg.) (1979): Die internationale Jugendarbeit aus der Sicht der beteiligten Zuwendungsgeber, Organisationen und Verbände. In: Breitenbach, D.: Kommunikationsbarrieren in der internationalen Jugendarbeit. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 2. Saarbrücken, S. 217.

<sup>151</sup> Ebd., S. 223.

anderen Formen der internationalen Jugendbegegnung in Übersee angeboten wird. Nicht zuletzt die EU-Osterweiterung hat dazu geführt, dass die osteuropäischen Länder immer stärker in den Programmen der Träger vertreten sind. Die Schaffung der Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch im Jahr 2005 vor dem Hintergrund des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über jugendpolitische Zusammenarbeit steht in der gleichen Tradition.<sup>152</sup>

Während die zuvor angeführte Kritik in den Jahren nach Veröffentlichung Berücksichtigung fand und Verbesserungen erzielt wurden, hat sich hinsichtlich des dritten Kritikpunktes in den vergangenen Jahren noch nicht viel geändert: Hier war festzustellen, dass in dem Ausbildungsseminar für Gruppenleiter Fragen der Versicherung, des Jugendschutzes, der Aufsichtspflicht und der allgemeinen Organisation und Abrechnung so im Vordergrund standen, dass für Fragen der Inhalte und Zielsetzungen, die mit Projekten der internationalen Jugendarbeit verbunden sein sollen, kaum Zeit blieb. Pädagogische Fragestellungen sowie Überlegungen über den Sinn und die Möglichkeiten der Projekte traten und treten gelegentlich leider noch immer in den Hintergrund.

---

<sup>152</sup> Vgl. Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2005): Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über jugendpolitische Zusammenarbeit. Online in Internet: <http://www.bmfsfj.de> (Stand 03/2005).

## 4 Gemeinwesenarbeit – Begriffe und Positionen

Gemeinwesenarbeit (GWA)<sup>153</sup> kam in den 1960er Jahren als Methode der Sozialarbeit aus den USA und den Niederlanden nach Deutschland. Gemeinwesenarbeit vereint zwei sich leicht unterscheidende englische Termini: ‚Community Organisation‘ im Sinne von Reform innerhalb eines Gemeinwesens (Community) und ‚Community Development‘ im Sinne eines Aufbaus und einer originären Entwicklung eines Gemeinwesens.

Der ursprüngliche professionelle und direkte Zielgruppenbezug wurde durch die Gemeinwesenarbeit, im Unterschied zur sozialen Einzelhilfe und zur Gruppenarbeit, ausgeweitet auf Stadtteile und Gemeinden. Für eine Gemeinwesenarbeit ist es wichtig, den Bewohnern eines Stadtteils das Gefühl eines gemeinsamen Bandes und einer gemeinsamen Identität sowie die Zugehörigkeit zu einer Gruppe zu vermitteln. Dies schließt die Anerkennung gemeinsamer Wertvorstellungen sowie die Anerkennung von Rechten und Pflichten für alle, die dazugehören, ein.

Es können mehrere Arten von Gemeinwesen unterschieden werden:

- Im territorialen Gemeinwesen sind die Mitglieder durch das gemeinsame Wohnen in einem geografisch begrenzten Raum verbunden.
- Bei funktionalen oder kategorialen Gemeinwesen beruht das Gefühl der Zugehörigkeit auf gemeinsamen Aufgaben oder Interessen oder einer geistigen Verbundenheit, die auf Wertvorstellungen, Überzeugungen oder Abstammung beruhen kann.
- Lokale GWA besteht typischerweise in der Arbeit mit Gruppen von Einwohnern, die sich zusammenschließen, um etwas zu initiieren oder etwas im Gemeinwesen zu ändern, was sie selber betrifft.

GWA schließt auch die Bemühungen ein, die Dienstleistungen sozialer Institutionen besser mit den Bedürfnissen der Menschen in Einklang zu bringen, für die sie bestimmt sind. Dazu können dann auch die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und die Forschung und Planung in größeren geografischen Räumen gehören, womit Aspekte der Sozialpolitik berührt werden. In Deutschland wurde GWA Richter-Junghölter zufolge lange Zeit verstanden als:

---

<sup>153</sup> Im Folgenden wird sowohl der Begriff Gemeinwesenarbeit als auch dessen Abkürzung GWA verwendet.

- Koordination traditioneller Methoden und Kooperation traditioneller Träger von Sozialarbeit,
- sozialpolitische Befriedigung auf der Basis vorhandener Interessen und Bedürfnisse und
- aggressive Intervention mit dem Ziel der Erweiterung und Veränderung vorhandener Interessen und Bedürfnisse.

„Heute wird GWA zunehmend als ein Arbeitsprinzip sozialer Arbeit überhaupt verstanden: Sie wendet sich bewusst ab von einer methodisch isolierten sozialpädagogischen Praxis, die sowohl Methoden als auch Zielgruppen sorgfältig trennt, und begreift die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen im Lebensbereich bzw. Stadtteil als Ursachen sozialer Benachteiligungen und Schäden.“<sup>154</sup> Die Bürger des Gemeinwesens sollen befähigt werden, einen Einblick in die politökonomischen Ursachen und Zusammenhänge ihrer spezifischen Probleme zu bekommen. GWA will auf diesem Wege die Mitglieder eines Gemeinwesens, beispielsweise die Bewohner eines Stadtteils, ermutigen und befähigen, ihre oftmals gemeinsamen Probleme zu erkennen und deren Lösung selbsttätig und öffentlich anzugehen. GWA im so verstandenen Sinn fördert die organisierte Interessenwahrnehmung von Bevölkerungsgruppen. Gemeinsames Engagement, Aktivitäten und Aktionen können eine konkrete Folge sein. Gemeinwesenarbeit verpflichtet sich dabei besonders den Interessen derer, die bislang nicht in der Lage waren, ihre Probleme und Interessen zu verbalisieren oder in Entscheidungsprozessen vertreten zu können. Im Mittelpunkt der GWA steht eine Strategie der Veränderung von ‚unten‘, die an Alltagserfahrungen der Gemeinwesenmitglieder ansetzt, diese interpretiert und zu Aktionen führt. Einer Verwaltung von ‚oben‘ soll so wirksam entgegengewirkt werden.<sup>155</sup>

Die Rolle beruflicher Gemeinwesenarbeiter, die in der Gemeinwesenarbeit tätig sind, liegt in diesen Prozessen wesentlich darin, sozialpädagogische, methodische und vor allem aktivierende Funktionen wahrzunehmen. Prinzipien und Ziele dieser GWA lassen sich wie folgt formulieren:

1. Lernen öffentlicher Interessenwahrnehmung/solidarischer Aktion,
2. Veränderung von Entscheidungsstrukturen/Demokratisierung von Entscheidungsprozessen,

---

<sup>154</sup> Richter-Junghölder, G. (1986): Gemeinwesenarbeit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. 2. Aufl., Frankfurt a.M., S. 348 (heute noch wirksam).

<sup>155</sup> Ebd.

3. Politisches Lernen durch kollektive Erfahrung und bewusste Parteinahme in aktuellen Konflikten,
4. Angehen strukturell-institutioneller Problemlösungen statt privatistischer Strategien,
5. Einsicht in Problemzusammenhänge statt Parzellierung und Stigmatisierung von Problemsymptomen.<sup>156</sup>

Es gibt Sachziele materieller Art wie z.B. die Einrichtung einer Lernstube und die Eröffnung eines Bürgerbüros als Kontaktstelle. Solche Beispiele allein können aber nicht Maßstab für die Ergebnisse von Aktionen sein. So gibt es pädagogische Prozessziele wie: neue Fähigkeiten zu entdecken, Erfahrungen zu sammeln und neue Einsichten zu gewinnen. Dazu gehören die Erkenntnis von Ursachen und damit verbundenen Konsequenzen, die Veränderung der Selbsteinschätzung und die Suche nach Veränderungsmöglichkeiten mit Gleichbetroffenen innerhalb des Gemeinwesens.<sup>157</sup>

#### **4.1 Historischer Hintergrund von Gemeinwesenarbeit**

1884 gründete der Pfarrer S. A. Barnett in London das Settlement (Niederlassung) ‚Toynbee Hall‘. Er zog zusammen mit seiner Familie und mit Londoner Studenten in ein Elendsquartier der Hauptstadt, um den Menschen zu helfen und gemeinsam als eine informierte und aktive Bürgerschaft für die Verbesserung ihrer Lebensumstände und ihrer Lebensqualität tätig zu werden. Die Siedler sorgten zusammen mit ehrenamtlich tätigen Bürgern dafür, dass Sozialgesetze eingehalten wurden, sie halfen, Selbsthilfekindergärten, Spielplätze und Kinderkliniken einzurichten, sie kümmerten sich um Müttererholung und versuchten sich mit stadtteilbezogenen Erwachsenenbildungsprogrammen und Reformen im Wohnungsbau.

St. Coit exportierte die Nachbarschaftsidee nach New York, wo noch heute die Neighbourhood Guild als University Settlement existiert; weitere Gründungen in Chicago und Boston folgten. Bevor die Einwanderungsströme in die USA gesetzlich beschränkt wurden (quota laws von 1921 und 1924), sammelten sich vor allem in den großen Hafenstädten der Ostküste Zehntausende von Immigranten, die wenig Chancen hatten, nordamerikanische Staatsbürger zu werden, eine Wohnung zu bekommen und Arbeit zu finden. Um ihre Überlebenschancen zu erhöhen, gründeten ihre Gemeindepfarrer und sie Nachbarschaftsheime in den ethnischen und religiösen Ghettos, in denen die Einwanderer erste

---

<sup>156</sup> Vgl. ebd.

<sup>157</sup> Vgl. ebd.

Orientierungshilfen erhielten und in die Kulturtechniken des neuen Heimatlandes eingewiesen wurden.<sup>158</sup>

Im Gegensatz zu der ökonomischen und sozialen Situation, die in den urbanen Ballungszentren Großbritanniens und der nordamerikanischen Ostküste die Settlement Movements provoziert hatte, stand die Situation im Westen der USA. Dorthin lockte der Homestead Act vom 20. Mai 1862 zahllose landlose Einwanderer, denen bis zu 80 Acres unbebauten Landes versprochen wurden, wenn sie diese innerhalb von fünf Jahren bebauen und kultivieren würden. Hinter diesem Gesetz standen die wirtschaftlichen Expansionsinteressen der Länder westlich der Appalachen. Um die Besiedlung des Westens erwachsenenpädagogisch zu unterstützen, erließ die nordamerikanische Regierung mitten im Bürgerkrieg den Morrill Act, demzufolge jeder Bundesstaat kostenloses Land erhielt, um landwirtschaftliche Hochschulen zu gründen, welche sich zu Zentren der Landwirtschaftswissenschaft, der Ingenieurwissenschaft und der Gemeindeentwicklung ausbilden sollten.

Infolge des Morrill Acts wurden 69 sogenannte Agricultural Colleges gegründet, die nicht nur Landwirte wissenschaftlich aus- und fortbildeten, sondern die ganz allgemein das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Niveau des dörflichen Lebens heben und entwickeln sollten.<sup>159</sup> Diese beiden unterschiedlichen Ansätze von Gemeinwesenarbeit – der Entwicklungshilfe für unterbevölkerte, landwirtschaftlich unergiebigere Gebiete im Mittleren Westen und der Rekonstruktion großstädtischer Wohnquartiere in den überbevölkerten Elendsquartieren der Ostküste – entsprachen zwei Begriffen, die später häufig synonym verwendet wurden:

- Community Organisation für Gemeindereform
- Community Development für Gemeindeaufbau

In den sozialen Krisen nach dem Ersten und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt GWA eine zusätzliche Dimension. Im Krieg gegen die Armut (War on Poverty) investierte die Johnson-Administration in den 1960er Jahren Milliarden Dollar, um regionale infrastrukturelle Disparitäten durch Gemeindegkampagnen (Community Action Programs) auszugleichen.

---

<sup>158</sup> Vgl. Müller, C. W. (1988): Wie Helfen zum Beruf wird. Weinheim, Basel, S. 105.

<sup>159</sup> Vgl. ebd., S. 106.

Anders als in Großbritannien und Nordamerika, wo GWA eine reale, praktische Tradition besitzt, ist GWA in der BRD in den 1960er Jahren rein literarisch rezipiert worden, sieht man von der Praxis der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG) ab. GWA in Deutschland stützt sich nicht auf historisch gemachte, politisch und ökonomisch ableitbare Erfahrungen, sondern auf die Übernahme der literarischen Verallgemeinerung dieser (fremden) Erfahrungen in Gestalt von Lehrbüchern über GWA. Träger dieser literarischen Rezeption waren zunächst die Fachhochschulen für Sozialpädagogik und Sozialarbeit.<sup>160</sup>

Erst der mit großer Verspätung auch in Deutschland wahrnehmbare Verfall innerstädtischer Sanierungsgebiete einerseits, die infrastrukturelle Unterwerfung neuer Schlafstädte an der Peripherie der urbanen Ballungszentren andererseits und schließlich die nicht auf individuelle Einzelfälle zurückführbare soziale Problematik sogenannter Problemgruppen (Migranten, Obdachlose, Suchtkranke etc.) sowie die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen im Reproduktionsbereich allgemein (Wohnen, Stadtentwicklungsplan, Sozialplan) führten Ende der 1960er Jahre zur praktischen Anwendung von GWA in Deutschland. Diese wurde zunächst meist nicht von Sozialverwaltungen selbst initiiert, sondern von Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen und oft mit Unterstützung von Kirchengemeinden und Parteiorganisationen durchgeführt. In dieser Phase stand GWA für Engagement von Studenten und Praktikern der Sozialarbeit. Gleichzeitig entdeckten auch die Sozialverwaltungen GWA als Frühwarnsystem sozialer und regionaler Disparitäten. Im Sinne vorausschauender Planungen wie Sozialplanung, Stadtentwicklungsplanung und Betroffenenbeteiligung setzten Stadtverwaltungen wie Hamburg, Berlin, Frankfurt, Stuttgart und München GWA als ein Steuerungsinstrument ein, mit dem besonders gravierende soziale Probleme im Vorfeld aktueller Konflikte abgefangen und bearbeitet werden sollten.<sup>161</sup>

## **4.2 Unterschiedliche Konzepte von Gemeinwesenarbeit**

In Praxis und Wissenschaft existieren verschiedene Konzepte von Gemeinwesenarbeit, die sich durch unterschiedliche Arbeitsansätze voneinander abgrenzen. Die drei gängigen, in Amerika entwickelten unterschiedlichen Ansätze – die integrative, harmonische Position, die sozialreformerische Position und die basisdemokratische Position – werden im Folgenden einander gegenübergestellt. Des Weiteren werden die Vorgehensweisen und Methoden des in Deutschland bekannt gewordenen Gemeinwesenarbeiters Hinte vorgestellt und gemeinsam mit den drei amerikanischen Konzeptionen auf die Übertragbarkeit auf Zimbabwe überprüft.

---

<sup>160</sup> Vgl. ebd., S. 108.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die referierten Positionen sich nicht ohne Weiteres auf die Verhältnisse in einem Entwicklungsland übertragen lassen. Sie sollen zunächst nur beispielhaft aufzeigen, dass bei planvoller Vorgehensweise die Betroffenen selbst Veränderungen herbeiführen können.

#### **4.2.1 Die integrative, harmonische Position (nach Ross)**

Ross definiert GWA als einen „Prozeß, in dessen Verlauf ein Gemeinwesen seine Bedürfnisse und Ziele feststellt, sie ordnet oder in eine Rangfolge bringt, Vertrauen und den Willen entwickelt, etwas dafür zu tun, innere und äußere Quellen mobilisiert, um die Bedürfnisse zu befriedigen; das also in dieser Richtung aktiv wird und dadurch die Haltung von Kooperation und Zusammenarbeit und ihr tätiges Praktizieren fordert.“<sup>162</sup>

Ross legt die These zugrunde, dass Industrialisierung und Verstädterung das Leben der Menschen bestimmen. Dadurch komme es zur Entfremdung des Einzelnen. Das bedeutet: Einsamkeit, fehlende Zusammengehörigkeit, Angst, Depression etc. Gezielte GWA soll der Entfremdung der Individuen in einem Stadtteil entgegenwirken. Die Unzufriedenheit, das Unbehagen mit gewissen Zügen des Gemeinschaftslebens, sind der wirksame Antrieb (Motivation zum Zusammenschluss). Im Mittelpunkt steht ein Problem, an dem sich ein allgemeines Interesse entzünden kann und das möglichst viele zum Handeln motiviert. Hauptziele sind die Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft, die Überwindung der Isolation des Einzelnen durch Teilhabe an gemeinsamen Angelegenheiten und die vermehrte Identifikation mit dem Stadtteil. Die Zielgruppe sind alle Bewohner des Stadtteils oder der Gemeinde. Es werden gerade nicht nur Minderheiten angesprochen. Die Konzepte von Ross beziehen sich nicht auf Randgruppen.

Nach Ross ist GWA ein längerer, sich entwickelnder Prozess, bei dem zunächst Strukturen und allgemeine Bedürfnisse eines Stadtteils erfasst werden. Hierzu werden Gespräche und Befragungen mit Repräsentanten der Gemeinde wie beispielsweise Lehrern, Ärzten und Pfarrern geführt. Aber auch indirekte Repräsentanten wie Wirte oder die Leiter von Gruppen und Vorsitzende von Vereinen werden befragt. Nach der Auswertung der geführten Gespräche und Befragungen können dann die Probleme der Mehrheit der Bevölkerung (der Gemeinde/des Stadtteils) herausgearbeitet werden (beispielsweise Verkehrswege, Verkehrsberuhigung, Kindergärten, Parks etc.).

---

<sup>161</sup> Vgl. Müller, C. W. (1988), S. 109.

<sup>162</sup> Zit. nach Mangold, J.: Soziologieorientierte Ansätze sozialer Arbeit. In: Maus, U. (Hrsg.) (1985): Sozialarbeit und Sozialverwaltung. Weinheim, Basel, S. 106.

Ross vertritt die Ansicht, GWA sei keine Minderheitenbewegung und sollte daher nicht von Bedürfnissen ausgehen, die nur einer kleinen Gruppe im Gemeinwesen wichtig sind. Es sollte sich um Anliegen handeln, die von breiten Kreisen des Gemeinwesens als solche verstanden werden.

Um die Ziele zu erreichen, wird ein Ausschuss gebildet, der beispielsweise von der Verwaltung Geld organisieren soll. Ein Gemeinwesenarbeiter ist beteiligt als Initiator, als Berater oder Sozialtherapeut, der den Prozess begleitet.<sup>163</sup> „Pädagogisch aufbereitbar sind für Ross nur Konflikte, die nicht existentiell bedeutsam sind, an denen die Beteiligten nicht so stark interessiert sind, dass sie um jeden Preis siegen wollen.“<sup>164</sup> Damit ermöglicht der Ross'sche Ansatz nur kleine, geringe Veränderungen innerhalb eines Gemeinwesens. Den dominierenden Interessen werden alle anderen untergeordnet. Ansprüche, die diesen entgegenstehen, werden als abweichend untergeordnet. GWA nach Ross trägt damit zur Erhaltung der vorhandenen (Macht-)Strukturen bei. Sie ist geeignet als Interessenvertretung in Stadtteilen ohne starke Gegensätze und Minderheiten. Grundlegende Veränderungen sind mit diesem integrativen, harmonischen Ansatz aber nicht möglich.

#### **4.2.2 Die sozialreformerische Position (nach Specht)**

H. Specht zufolge führen Missstände der amerikanischen Gesellschaft zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die Ursache sei unter anderem die Weigerung des Staates, die notwendigen Ressourcen für die Überwindung innerer Krisen (Rassismus, Armut, soziale Ungleichheiten) bereitzustellen. Mögliche Gewalt in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist nach Specht ein ‚Reflex‘ auf die Gewalt. Dabei plädiert Specht nicht prinzipiell gegen die Anwendung von Gewalt, wohl aber gegen Gewalt als alleiniges Mittel gesellschaftlicher Veränderung. Er hält die bestehenden Institutionen der Gesellschaft für wandelbar; allerdings nur dann, wenn gegen deren Machtkonzentration schärfste Mittel (die unter Umständen bis zur Gewaltanwendung reichen können) eingesetzt werden.<sup>165</sup> „Das dominante Ziel der GWA besteht darin, Gemeinwesen in die Lage zu versetzen, eine Strategie der Schlichtung und des Ausgleichs zu entwickeln, um von der Revolte über den Kampf und die Konkurrenzkampagne zur Kooperation vorzustoßen. Die Hoffnung dabei ist, durch diese Art des Vorgehens die Kluft letzten Endes zu überbrücken und nicht zu vertiefen.“<sup>166</sup>

---

<sup>163</sup> Vgl. Ross, M. (1971): Gemeinwesenarbeit – Theorie, Prinzipien, Praxis. Freiburg.

<sup>164</sup> Müller, C. W. (1988), S. 113.

<sup>165</sup> Vgl. Specht, H., in: Müller, C. W. (1988), S. 113.

Specht bezeichnet seine Vorgehensweise als disruptive Taktik (Gewalt) und versteht darunter Handlungen, die bewusst bisherige Spielregeln negieren. Um Veränderungen zu erreichen, so Specht, darf die GWA diese disruptiven Taktiken (Gewalt) nicht ausschließen, um später harmonisch leben zu können. Das Endziel ist der Abbau von Gewalt mit dem Ergebnis einer reformierten, harmonischen Gesellschaft. Er beschreibt drei Interventionsformen, die mit entsprechenden taktischen Schritten gekoppelt sind:

1. Zusammenstoß der Positionen, Mobilisierung der Öffentlichkeit, Formulierung der Unzufriedenheiten (auf dieser Stufe werden die allgemein gültigen Spielregeln noch eingehalten. Gemeinsame Aktionen, Zusammenarbeit und Informationen sind wesentliche Bestandteile).
2. Verletzung der Verkehrssitten (Specht versteht darunter Märsche, Demonstrationen, Boykott, Nachtwachen, Mietstreik, Verweigerung, Verfolgung eines Gegners über einen längeren Zeitraum, Zurückweisung von Auszeichnungen, massenhafte Verweigerung von Arbeit, öffentliches Fasten, Besetzungen und Ähnliches).
3. Die Verletzung gesetzlicher Normen (das sind Taktiken wie öffentlicher Ungehorsam und Verweigerung wie Steuerstreiks, Totalverweigerung u.a.).<sup>167</sup>

Ziel dieser Taktiken ist die Demonstration „[...] dass es Menschen gibt, denen eine bestimmte Sache wichtig genug ist, um sich ihr gegenüber bis zur Gefahr der Ahndung durch die Strafverfolgungsbehörden zu exponieren.“<sup>168</sup> Specht betont aber die gewaltlose Form des Widerstandes. Seine Strategien sollen gerade revolutionären, gewaltsamen Taktiken vorbeugen. In diesen sieht er zwar eine vierte Möglichkeit der Strukturveränderung, die er aber ablehnt. Problematisch bei der Vorgehensweise von GWA nach Specht ist besonders die dritte Interventionsform (Verletzung der gesetzlichen Norm). Aktionen dieser Art, auch wenn sie gewaltfrei sind, können zu massiven Gegenreaktionen der Staatsgewalt führen.

### **4.2.3 Die basisdemokratische Position (nach Alinsky)**

Das Vorgehen von Alinsky ist noch stärker der Basisbewegung verpflichtet und unterscheidet sich trotz einiger Gemeinsamkeiten von den disruptiven Taktiken nach Specht.

---

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Vgl. Specht, H.: Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit. In: Müller, C. W., Nimmermann, P. (Hrsg.) (1971): Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München, S. 280ff.

<sup>168</sup> Mangold, J. (1985), S. 108.

Alinsky geht von einer zentralen Annahme aus: Jede Gemeinde, jede Stadt besitzt eine etablierte Machtstruktur, die sich Änderungen in Form von Verbesserungen für die Masse der mittellosen Bevölkerung widersetzt. Die Machtlosigkeit sozial Benachteiligter – vor allem Bewohner von Slumgebieten – kann nur durch den Aufbau von Gegenmacht überwunden werden. Da die Benachteiligten kein Kapital besitzen, können sie nur durch ihre große Zahl und ihre Solidarität die Lebens- und Wohnverhältnisse ändern.<sup>169</sup>

Alinsky möchte so zunächst basisdemokratische ‚Volksorganisationen‘ gründen. Dabei bedient er sich informeller oder natürlicher Führer, die von den Benachteiligten als solche auch anerkannt werden. Er vertritt die Auffassung, dass der Aufbau einer Bürgerbewegung nur durch das Volk erfolgen kann. Die etablierte Sozialarbeit und die professionelle GWA lehnt er ab. Er sieht einen Fehler professioneller Gemeinwesenarbeiter darin, dass sie diejenigen auswählen, die sie als Führer betrachten und nicht jene, die von den Betroffenen anerkannt und angesehen sind. Alinskys Ziel ist es, Aktionen durch die Bevölkerung und keine Aktionen für die Bevölkerung zu machen. Die informellen Führer sind Alinsky zufolge sehr zahlreich, da sie aufgrund einer anerkannten Stärke für eine Sache bestimmt sind. Alinsky nennt diese Führer auch partielle Führer. Diese werden so gefördert, dass sie zu Führerpersönlichkeiten werden, unterstützt von Organisatoren, die Alinsky in seinen eigenen Institutionen/Organisationen ausbildete. Die Aufgabe eines Organistors besteht in dem Auffinden der informellen Führer, ihrer Schulung und in der am Anfang sehr aktiven, später sich zurückziehenden Mithilfe bei den verschiedenen Aktionen.<sup>170</sup>

So besteht die Möglichkeit, aus vielen kleinen Basisgruppen eine Bürgerorganisation zu bilden, die politischen Druck ausüben kann. Die Bürgerorganisation versteht Alinsky als Konfliktorganisation. Damit ist sie auch eine Machtgruppe, die ihre Potenz bewusst einsetzen und jeden einzelnen aktivieren muss.<sup>171</sup>

Die Zielgruppe ist vor allem die der sozial Benachteiligten (Slumbewohner etc.), später aber auch die schweigende Mehrheit als Verbündete. Alinsky ist gegen Konsensmodelle, gegen Kompromisse. Zur Erreichung des Ziels, nämlich der grundlegenden Veränderung der Lebenssituation von Slumbewohnern, müssen Konflikte ausgetragen werden.

Es wird direkter Druck auf Verantwortliche ausgeübt: So wurde in Chicago ein großes Warenhaus dazu gebracht, schwarzes Personal einzustellen, da in einer Aktion täglich 3000 Schwarze die Kassen des Kaufhauses verstopften, ihre Einkäufe per Nachnahme ausliefern ließen und später die Annahme verweigerten. Zur Verbesserung der Wohnsituation in den

---

<sup>169</sup> Vgl. Müller, C. W. (1988), S. 116.

<sup>170</sup> Alinsky, S. (1973): Die Stunde der Rebellen. Gelnhausen.

<sup>171</sup> Vgl. Mangold, J. (1985), S. 109.

Slums wurde Druck auf die Politiker Chicagos ausgeübt, indem damit gedroht wurde, den Flughafen dadurch unbenutzbar zu machen, dass jeden Tag 2500 Schwarze rund um die Uhr die Toiletten des Flughafens benutzen würden.<sup>172</sup>

Die ausgebildeten Organisatoren sollten bei Aktionen eine eher begleitende Funktion einnehmen. Zunächst sollen sie zwar aktiv agieren und beispielsweise das Programm mitformulieren. Sie ziehen sich dann aber immer mehr zurück. Die Organisatoren stehen nicht an der Spitze der Organisation. Sie haben vor allem eine beratende Funktion. Um unabhängig zu sein, wurde die Organisation durch Spenden, hochbezahlte Vorträge von Alinsky und von Zuwendungen von Stiftungen und der Kirchen finanziert.

Die wirkungsvollste Waffe Alinskys wurde mit der Zeit der Ruf, welcher ihm vorausente. Er zwang seine potentiellen Gegner zu unüberlegten Gegenreaktionen, die sie in den Augen der Öffentlichkeit und seiner späteren Zielgruppe ins Unrecht setzten. Während Alinsky in seinen Publikationen eher undifferenziert von Basisdemokratie und von Bevölkerung allgemein spricht, ging es in der Praxis doch immer um eine bestimmte Zielgruppe, nämlich um die Slumbewohner. Keine Bewegung, sondern einzelne Projekte entstanden, die in sich zusammenbrachen, wenn kleinere Ziele erreicht wurden. Die Aktivitäten der Slumbewohner waren nur so lange vorhanden, wie sie einen direkten Nutzen davon hatten. Es änderten sich auch keine gesellschaftlichen Strukturen. Er erreichte Teilerfolge in spezifischen, abgrenzbaren Bereichen.<sup>173</sup>

#### **4.2.4 Stadtteilbezogene Soziale Arbeit (nach Hinte)**

Zunehmende soziale Probleme, vor allem in Vororten von Großstädten und in Arbeiter- vierteln, in denen die Arbeitslosigkeit immer mehr zunahm und damit eine Verarmung großer Bevölkerungsteile eines Stadtteils einherging, waren der Anlass, auch in der BRD konzeptionelle GWA zu nutzen.

Wolfgang Hinte, Professor an der Gesamthochschule Essen, entwickelte in Anlehnung an die theoretischen Grundlagen und praktischen Erfahrungen der GWA in den USA ein Konzept der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit. Denn die amerikanischen Konzepte waren nicht auf deutsche Verhältnisse übertragbar oder hätten nur sehr begrenzte Veränderungen bewirken können. Das Konzept der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit ist die Weiterführung eines betont pragmatischen Entwurfs von GWA, welcher von R. und H. Hauser sowie A. Seippel,

---

<sup>172</sup> Vgl. Müller, C. W. (1988), S. 116.

<sup>173</sup> Vgl. ebd., S. 109ff.

F. Karas und W. Hinte unter dem Titel ‚Katalytisch-aktivierende Gemeinwesenarbeit‘ veröffentlicht wurde.

#### **4.2.5. Kritik und Anwendung verschiedener GWA-Konzepte**

Das Konzept von Ross ist unbefriedigend, um Veränderungen vor allem für sozial Benachteiligte herbeizuführen. GWA auf dieser theoretischen Grundlage ist nur sinnvoll in Stadtgebieten, in denen die Bewohner nicht sozial benachteiligt sind, die relativ wohlhabend sind, aber Einfluss nehmen möchten auf Entscheidungen der Stadtverwaltung. Die Praxis einer GWA nach Ross erschöpft sich meistens in lokalen Selbsthilfeaktionen der Bewohner, die ihre Vertreter in Komitees entsenden, die sich um Probleme kümmern, möglichst also Aktivitäten, die von allen Bewohnern gutgeheißen werden und somit eine Art ‚Gemeinwillen‘ darstellen. Ross geht es nicht darum, gesellschaftliche Ursachen für lokale Probleme anzugehen, sondern unerträgliche Belastungen lediglich auf dem Wege von Diskussion und Kooperation erträglicher zu machen. Partizipation heißt bei Ross nicht, dass der Bürger als gleichberechtigter Partner an Entscheidungsprozessen teilnimmt, sondern nur, dass er beteiligt wird an der Durchsetzung und Verwirklichung bereits getroffener Entscheidungen. So ist der integrative Ansatz der GWA nach Ross in den Vorort-Trabantenstädten, den Obdachlosensiedlungen und in den Sanierungsgebieten im Stadtkern kein geeignetes Mittel, Veränderungen herbeizuführen und wirkliche Verbesserungen für die betroffenen Bewohner zu erreichen. Die konfliktorientierten, aggressiven und mit disruptiven Taktiken agierenden GWA-Konzepte der USA, wie sie beispielsweise von Specht oder Alinsky vertreten werden, konnten ebenfalls nicht übernommen werden, da die deutschen staatlichen Stellen weniger konfliktbereit sind. Hintergrund ist der Sozialstaatsansatz der Bundesrepublik.

Aktivierende GWA setzt bei den Individuen und den Verhältnissen an. Eine nachhaltige Änderung der Verhältnisse kann nur von den Betroffenen durchgesetzt werden, nicht von anderer Stelle für sie. Der Ansatz der GWA liegt demzufolge konsequent bei den Betroffenen.<sup>174</sup> „Der Aufbau einer Bürgerbewegung hängt nicht von persönlichen Präferenzen ab. Der Anstoß dazu liegt bei der Bevölkerung selbst mit all ihren Traditionen, Vorurteilen, Gewohnheiten, Ansichten und den Umständen, die ihr Leben prägen“.<sup>175</sup> Das beinhaltet auch, dass sich ein Gemeinwesenarbeiter mit seinen persönlichen Gesellschaftsvorstellungen und der Illusion, zu wissen, auf welchem Weg sich die Bürger zu emanzipieren haben, zurückhält.

---

<sup>174</sup> Vgl. ebd. S. 16f.

<sup>175</sup> Alinsky, zit. nach: ebd., S. 20.

Die Zielvorstellungen von GWA und von einzelnen Aktionen müssen modifizierbar und von den Betroffenen korrigierbar sein. Manche der durchgeführten Aktionen wirken zunächst unbedeutend, da die Betroffenen anfangs ganz handfeste, für sie wichtige Dinge erreichen wollen und gar nicht daran denken, große Gesellschaftsveränderungen zu erkämpfen. Intervention und inhaltliche Einmischung seitens der Gemeinwesenarbeiter können einerseits dazu führen, diese notwendigen Lernprozesse zu stören, andererseits können sich Beteiligte von dem Projekt abwenden.<sup>176</sup>

Grundlage eines neuen, stadtteilbezogenen Konzeptentwurfes der GWA für Deutschland war die Utopie „[...] einer herrschaftsfreien Gesellschaft, in der es keine Unterdrückung mehr gibt, in der Menschen sich durch ihre eigenen Gruppen und Sprecher selbst zu helfen vermögen, in der Solidarität hoch geschätzt wird, in der sich die Menschen mit den Problemen anderer identifizieren und in der sie ihre Fähigkeiten entfalten und zu einem sozialkreativen Leben kommen.“<sup>177</sup>

Ziel von GWA ist die Initiierung und Förderung einer stärkeren politischen Partizipation der Bürger. Nach dem Verständnis dieser GWA beginnt Partizipation mit Schritten in kleinen Bereichen, in denen kein zu großes Risiko vorhanden ist. Eine positive Lernerfahrung, mit selbstbestimmtem Handeln im unmittelbaren Alltagsbereich, kann als Voraussetzung für die Bereitschaft zu weitergehendem Engagement auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen angesehen werden.<sup>178</sup> „Erst wenn die Menschen mehr Vertrauen zu sich und ihren Fähigkeiten bekommen, wächst ihr Bedürfnis nach Selbstbestimmung, und sie tun erste Schritte, politische Partizipationsbedürfnisse anzumelden und dafür zu kämpfen.“<sup>179</sup>

Ein Gemeinwesenarbeiter soll nach diesem Konzept Prozesse bei Stadtteilbewohnern anregen, in deren Verlauf sie sich ihrer Situation bewusst werden, mit dem Ziel, die Bedingungen zu ändern. Dem Konzept zufolge sollten Gruppen gebildet werden, das heißt Menschen mit ähnlichen Problem- oder Interessenlagen sollten sich zu einer Interessengruppe zusammenfinden, in der sie sich austauschen, unterstützen und die Ursachen ihrer Schwierigkeiten analysieren. Schließlich soll die Gruppe ihre Interessen gegenüber Politikern, Verwaltungsangestellten und anderen gesellschaftlichen Gruppen oder Konzernen artikulieren.<sup>180</sup>

Die GWA will in erster Linie Grundwerte thematisieren, auf deren Basis sich möglichst viele Gruppen helfen können, ohne Kompromisse einzugehen und ohne von langfristigen

---

<sup>176</sup> Vgl. ebd., S. 27.

<sup>177</sup> Ebd., S. 24.

<sup>178</sup> Vgl. ebd., S. 25.

<sup>179</sup> Ebd.

<sup>180</sup> Vgl. ebd.

Zielvorstellungen abzuweichen. Eine Möglichkeit für einen solchen Minimalkodex können die Menschenrechte sein, die von fast allen gesellschaftlichen Gruppierungen akzeptiert werden. Eine Menschenrechtsdiskussion auf unterster Ebene kann im Gemeinwesen in Gang gebracht werden, wenn sich die Bürger fragen, was beispielsweise die Rechte von Kindern, von Alten, von Behinderten und anderen Gruppierungen sind und wie sich diese Gruppierungen selbst oder unter gegenseitiger Hilfe für die Verwirklichung dieser Rechte einsetzen können.

Hinter dieser Vorstellung steht ein radikaler Demokratieanspruch („Graswurzeldemokratie“).<sup>181</sup> Seine Verwirklichung gestaltet sich sehr schwierig, da sich die Machtverhältnisse und die in einem langen historischen Prozess gewachsenen Kräftestrukturen nicht so einfach verändern lassen. Eine Differenzierung des Begriffs ist notwendig, einhergehend mit einer nüchterneren Einschätzung bestehender Verhältnisse und der durch diese Strukturen geprägten und unter diesen Bedingungen lebenden Menschen.

Im Unterschied zur aggressiven GWA nach Alinsky hält es Hinte für sinnvoll, sich bei der Verwaltung/Politik auf notwendige, sachliche Verhandlungen einzulassen, auch ohne um den Verlust der eigenen, kritischen Identität bangen zu müssen. Hinte nimmt aber auch einige Diskussionslinien und Erkenntnisse aus der aggressiven GWA auf. Er kritisiert jedoch, dass GWA als Ansammlung verschiedener Techniken verstanden wurde, mit denen „Professionelle [Gemeinwesenarbeiter, Anm. d. Verf.] ‚methodisch sauber‘ Menschen und gar ganze Stadtteile entsprechend ihren konzeptionellen Vorstellungen beeinflussen konnten“.<sup>182</sup>

Die Annahme, dass man nur strikt nach Lehrbuch agieren müsse, und die Menschen und Verhältnisse würden sich schon fügen, hält er für völlig unrealistisch und sieht sich in dieser Meinung auch bestärkt durch zahlreiche Modellprojekte, die um ihr Überleben kämpfen. Hinte lehnt also eine Pädagogisierung der Betroffenen durch die professionellen Gemeinwesenarbeiter ab.

Es wurden vier Prinzipien entworfen, an denen sich GWA orientieren soll:

1. Soziale Probleme sind in ihrer historischen und sozialen Dimension zu betrachten, d.h. angemessenes soziales Handeln durch Berücksichtigung der gesellschaftlichen Grundlagen und des zeitlichen Hintergrundes, aus dem soziale Probleme erwachsen sind (soziale Ökonomie).

---

<sup>181</sup> Vgl. ebd., S. 26.

<sup>182</sup> Ebd., S. 29.

2. Keine Aufsplitterung der Methoden, sondern integrierte Methoden, d.h. effektivere, erfolgreichere soziale Arbeit bei größerer Befriedigung für alle Beteiligten durch die Verknüpfung und Zusammenarbeit von Sozialarbeit, Sozialforschung und politischem Handeln.
3. GWA bezieht sich auf eine räumliche Einheit, z.B. den Stadtteil (aber z.B. auch Altenheime etc., in denen Wohnen und Freizeitgestaltung beieinander liegen). Der Sozialarbeiter beschäftigt sich mit den ganzheitlichen Problemen des Einzelnen.
4. Zentraler Aspekt ist die Aktivierung der Menschen. Die Menschen sollen Subjekt politischen Handelns werden.

Daraus resultierend versteht Hinte GWA nicht nur als eine dritte Methode der sozialen Arbeit, sondern als ein Arbeitsprinzip der sozialen Arbeit überhaupt. GWA als Arbeitsprinzip sozialer Arbeit zu verstehen, war auch eine Folge der zunehmenden Differenzierung der Arbeitsfelder der Sozialarbeit. Aus der einstigen Allzuständigkeit wurde fest umrissene Hilfeleistung, möglichst geordnet nach Paragraphen und Sachgebieten. Neue Berufsgruppen wie beispielsweise Drogenberater, Jugendpfleger, Familientherapeuten etc. entstanden. So wurde eine spezielle Randgruppe zur Zielgruppe der sozialen Arbeit. Dieser Prozess hatte jedoch auch die Folge, dass zwar in einigen Teilbereichen qualitativ hochwertige Arbeit geleistet wurde, die soziale Arbeit aber zunehmend zersplittert wurde, die einzelnen Bereiche kaum noch Berührungspunkte hatten und die Adressaten verstärkt unter stigmatisierenden Etiketten durch Spezialisten aufgeteilt wurden.

Stadtteilbezogene Soziale Arbeit orientiert sich, ebenso wie die traditionelle GWA, an Organisation individueller und kollektiver Betroffenheit, Parteilichkeit für unter den Folgen repressiver Sozialpolitik leidende Bevölkerungsgruppen, an kleinräumigem Lebensweltbezug, an der Stärkung von Selbsthilfepotentialen sowie Aktivierung statt Betreuung. Ein Unterschied zur traditionellen GWA ist eine gewünschte enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den verschiedenen Ämtern. Die herkömmlichen Formen sozialer Arbeit können, auch im Bereich der Pflichtaufgaben der Kommunen, durch Stadtteilbezogene Soziale Arbeit sinnvoll ergänzt, unterstützt und effektiviert werden. Ein weiterer Unterschied der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit zu traditionellen Konzepten der Gemeinwesenarbeit ist, dass der Gemeinwesenarbeiter kein pädagogisches Konzept hat, die Bewohner anzuleiten. Hinte vertritt die Ansicht, dass das Angebot an Hilfestellung nicht einer bestimmten pädagogischen Ausrichtung untergeordnet werden muss. Die Zusammenarbeit mit Stadtteilbewohnern kann seiner Meinung nach auch in einer Atmosphäre vor sich gehen, die durch wechselseitige

Akzeptanz, respektvolle Neugier und offenen Austausch von Meinungen, Emotionen und Informationen geprägt ist. Die institutionelle Eingebundenheit der GWA kann berücksichtigt werden, muss aber nicht gleich zu einer Pädagogisierung der Bewohner führen.<sup>183</sup>

Weitere wesentliche Kernpunkte des Konzeptes Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit von Hinte sind<sup>184</sup>:

- Die Arbeit orientiert sich an der Wohnbevölkerung. Die Bevölkerung wird nach ihren Interessen befragt.
- Die Ressourcen des Stadtteils werden in hohem Maß bei der Arbeit genutzt und im Interesse der Bewohner mit kommunalen Dienstleistungen verknüpft (z.B. Hausaufgabenhilfe von Bewohnern des Stadtteils).
- Bei allen Aktivitäten stehen Selbsthilfegruppen und Eigeninitiative der Bewohner im Vordergrund. Gruppierungen werden angeregt und begleitet, nie bevormundet oder geleitet.
- Die Arbeit geschieht zielgruppenübergreifend. Zielgruppenspezifische Aktivitäten geschehen im Kontext vielfältiger anderer Aktionen, sodass sie in diesem Zusammenhang einen anderen Stellenwert und eine höhere Qualität erhalten.
- Zentraler Bestandteil der Arbeit ist die Organisation der Kooperation unter den Trägern sozialer Dienste und anderer Organisationen im Stadtteil.

Diese umfassende Zugangsweise zum Stadtteil fördert die Konfrontation und die aktive Einmischung in kommunale Politik. An dieser Stelle soll auf die intensive Zusammenarbeit mit den Institutionen sozialer Arbeit und der Verwaltung hingewiesen werden, da dieser Punkt für eine fruchtbare GWA in Entwicklungsländern und insbesondere für das im vorliegenden Werk zentrale genutzte Länderbeispiel Simbabwe wichtig ist. Bei den Kontakten zur Verwaltung geht es darum, die spezifische Sichtweise einer engagierten ‚Sozialpolitik von unten‘ zu verdeutlichen und sie mit anderen Blickrichtungen abzustimmen beziehungsweise davon abzugrenzen. Bürger und Professionelle lernen in einem solchen Prozess eine Vielzahl von Aspekten kommunaler und gesellschaftlicher Wirklichkeit kennen, die sie vorher gar nicht oder nur vermittelt und verzerrt zur Kenntnis genommen hatten.

Am Anfang der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit steht die Kontaktaufnahme zu möglichst vielen Menschen aus dem Stadtteil; daraus entwickeln sich unter Hilfestellung der Professionellen vielfältige Aktivitäten. Dieser Prozess kann aber auch sehr mühsam sein, denn

---

<sup>183</sup> Vgl. ebd., S. 30ff.

<sup>184</sup> Ebd., S. 34f.

für viele Menschen sind die Teilnahme an Aktionen und ihr persönliches Engagement in Gruppen noch sehr fremd. Die Arbeitsweise der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit ist im Rahmen der Prinzipien nicht festgelegt. Aktivierende Befragung, Initiierung, Unterstützung von Initiativen, offene Kursarbeit, punktuelle Aktionen, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, programmorientierte Gruppenangebote etc. können praktiziert werden und erhalten ihre Qualität im Gesamtkontext der Arbeit.<sup>185</sup>

Hinter selbst führt Kritikpunkte seines Konzeptes an. So kann Stadtteilbezogene Soziale Arbeit nicht den klassischen Konflikt zwischen Kontrolle und Hilfe lösen. Sie ändert auch nichts an der Massenarbeitslosigkeit. Stadtteilbezogene Soziale Arbeit verbessert nicht grundsätzlich die materielle Situation verarmter Bevölkerungsgruppen (sie schafft aber Kontakt zu ihnen und leistet Unterstützung bei der Bewältigung im Alltag). Stadtteilbezogene Soziale Arbeit ändert nichts an gesellschaftlich produzierter Not und Ungerechtigkeit (aber sie stellt sich parteilich den Folgen). In der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit gibt es keine bestimmte Methode oder eine, die sich von vornherein ausschließt. So sind die eher harmonischen Ansätze wie Verhandlungen mit Institutionen, Veröffentlichung von Missständen als auch die aggressive Organisation von Gegenmacht und demonstrativer Verteidigungsstrategien Taktiken, die nicht ausgeschlossen sind. Grundsätzlich gilt, dass nicht eine für alle Situationen gültige Strategie existiert, sondern die jeweilige Situation möglichst differenziert wahrzunehmen ist. Die Beteiligten entscheiden – bezogen auf die Situation –, welche Strategie jeweils sinnvoll ist. Alle Vorgehensweisen, die für die Lebenssituation der Bewohner Vorteile bringen, sind möglich. Zur angemessenen Vorgehensweise müssen aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie die politischen Machtverhältnisse, die Kraft der Betroffenen, Zwänge und Chancen der Sozialarbeiter etc. berücksichtigt werden. Dabei ist es wichtig, die Gesamtsituation zu beurteilen. Sich auf eine starre, uneinsichtige Verwaltung oder auf Illusionen über die Widerstandskraft der Betroffenen festzulegen, ist unproduktiv und kann in seinen Auswirkungen fatal sein. Stadtteilbezogene Soziale Arbeit versucht auch, innerhalb von Institutionen – unter Berücksichtigung und Ausnutzung all ihrer Widersprüchlichkeit – methodische, strukturelle und strategische Innovationen voranzutreiben.<sup>186</sup> „Konzeptionelle Flexibilität, strategische Offenheit und nichtpädagogische Einstellungen sowie solides Wissen über Stadtteilstrukturen, Lebenslagen von Bewohnern, Organisation sozialer Dienste, Funktion sozialer Arbeit, Sozialstaatspolitik in Verbindung mit grundlegendem methodischen Rüstzeug über Gruppen- und Gemeinwesenarbeit und einer

---

<sup>185</sup> Ebd., S. 36.

<sup>186</sup> Vgl. ebd., S. 38 ff.

guten Kenntnis der eigenen Person sind unter anderem notwendige Kompetenzen für Leute, die in dem Bereich gegen Bezahlung arbeiten."<sup>187</sup>

### **4.3 Gemeinwesenarbeit/Community Development in Entwicklungsländern**

Gemeinwesenarbeit im entwicklungsbezogenen Kontext wird in der – meist englischsprachigen – (entwicklungspolitischen) Fachliteratur als Community Development bezeichnet. Hintergrund ist die historische Entwicklung von Gemeinwesenarbeit/Community Development in den Vereinigten Staaten und die damit einhergehende dortige originäre Prägung des Begriffs. Der deutsche Terminus Gemeinwesenarbeit ist demzufolge eine relativ freie Übersetzung. Er schließt auch den Begriff der Community Organisation (Reform des Gemeinwesens) ein. Vor diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff Community Development verwendet, wenn von GWA in Entwicklungsländern die Rede ist. Community Development – also GWA – in Entwicklungsländern orientiert sich nicht direkt an den in den vorigen Kapiteln vorgestellten Konzepten von GWA. Ursache dafür sind meist andere und teilweise auch schwierigere politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Auch die räumliche Zuordnung und Struktur – beispielsweise einer Siedlung, eines Stadtteils oder eines Problembezirks – gestalten sich in Entwicklungsländern meist anders als in Deutschland oder in den USA. Zudem fehlt es dort oftmals an Anlaufstellen und einer geeigneten sozialen Infrastruktur. Nichtsdestotrotz gibt es Gemeinwesenarbeit bzw. Community Development in Entwicklungsländern. Es sind meist basisorientierte Projekte, die – wie auch die oben geschilderten ‚westlichen Konzepte‘ von GWA – die Partizipation und Aktivierung der Bevölkerung zum Ziel haben.

#### **4.3.1 Zur Basisorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit**

In der entwicklungspolitischen Diskussion wird der Fokus noch immer stark auf Staaten und wenig auf Menschen gelegt. Selbst wenn die ärmsten Länder noch viele Milliarden Euro (in Form von Entwicklungsprojekten) erhielten, wäre es fraglich, ob dies zu einem Mehr an Entwicklung beispielsweise für Kleinbauern oder Slumbewohner in Städten führen würde.

R. Cassen, der, anders als B. Erler, Entwicklungshilfe nicht grundsätzlich als ‚tödliche Hilfe‘ verteufelt, kommt in seinem Bericht ‚Die Wirksamkeit der Hilfe‘ zu dem Schluss, dass die bisherigen Bemühungen der Geberländer „[...] selten zu einem schlüssigen Beitrag zur

---

<sup>187</sup> Ebd., S. 408.

Linderung der Armut führen und gelegentlich den Armen sogar schaden.“<sup>188</sup> Dennoch können nicht alle Bemühungen undifferenziert als Misserfolg deklariert werden. Geber und Empfänger stimmen heute zumindest kritisch darin überein, dass ein Großteil der Gelder in Prestigeobjekte investiert oder nicht effizient genug eingesetzt wurde.

Die sich anschließende rhetorische Frage, ob man Entwicklungshilfe besser einstellen oder fortsetzen sollte, wirkt makaber angesichts des gewachsenen Elends in der ‚Dritten Welt‘. Die Frage müsste vielmehr lauten: Wie muss die Entwicklungshilfe gestaltet werden, damit sie eine wirkliche Hilfe im umfassenden Sinne des Wortes für die Masse der Bevölkerung darstellt?

Hilfe kann nur fruchten, wenn sie sich in ein nationales Entwicklungsprogramm einreicht, im Sinne einer ‚Graswurzelbewegung‘ die Masse der Bevölkerung erfasst und durch deren Partizipation zur Wirklichkeit wird. In diesem Zusammenhang zeigt der Community-Development-Ansatz, dass unmittelbare Verbesserungen des Lebensumfeldes von sozial Benachteiligten zu erwarten sind, wenn diese an einer Projektdurchführung im Rahmen von Community Development/GWA aktiv teilnehmen und Einfluss auf die zu setzenden Schwerpunkte nehmen.

Nachdem sich die Entwicklungszusammenarbeit lange Zeit auf technische, wirtschaftliche oder administrative Sektoren konzentrierte, „[...] treten in Verbindung mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit seit einigen Jahren wieder zunehmend gesellschaftspolitische Motive in den Vordergrund. Zivilgesellschaftliche Formationen und Strukturen haben in diesem Kontext erheblich an Bedeutung gewonnen. Begriffe wie Basisnähe, direkter Zielgruppenbezug und Selbsthilfe [...] tauchen vermehrt in Papieren großer Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und in internationalen Konferenzen auf.“<sup>189</sup>

Dies lässt auch darauf hoffen, dass der Ansatz des Community Development mit seiner Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppe aus dem Nischendasein befreit wird, nachdem es lange Zeit heftig kritisiert und dann weitestgehend ignoriert wurde.<sup>190</sup>

---

<sup>188</sup> Cassen, R. (1986): Die Wirksamkeit der Hilfe. In: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 1, S. 11ff.

<sup>189</sup> Deutscher Entwicklungsdienst (DED) (2000): Leitlinien Gemeinwesenarbeit, Förderung von Zivilgesellschaft und sozialen Netzwerken. Online in Internet: <http://www.ded.de> (Stand 05/2005).

<sup>190</sup> Kuhnen, F. (ohne Angabe): Community Development. Folgerungen aus den Aktivitäten in Indien, Pakistan und Südkorea. Online in Internet: <http://www.professor-frithjof-kuhnen.de/publications/community-development/5.htm> (Stand 07/2005), S. 105.

### 4.3.2 Definition und Zielsetzungen von Community Development in Entwicklungsländern

Unter Community Development versteht Nohlen eine Entwicklungsstrategie, die auf die optimale Nutzung menschlicher Ressourcen in Form von Eigeninitiative und im Rahmen der ‚Entwicklung von unten‘ abzielt.<sup>191</sup>

Ein ältere Definition der UN aus den 1960er Jahren lautet: „Community Development ist ein Prozeß, durch den die Eigenbemühungen der Bevölkerung verbunden werden mit denen von Regierungsbehörden, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Gemeinde zu verbessern [...].“<sup>192</sup> Beiden Definitionen zufolge sind die Ziele von Community Development sozialer, politischer und auch wirtschaftlicher Natur. Zentral ist jedoch, dass nicht nur die quantifizierbaren Erfolge gemessen werden, sondern vielmehr der gesellschaftliche Prozess innerhalb des Gemeinwesens bzw. der Community, wie die positive Veränderung der Motivationen, der Fertigkeiten und der sozialen Beziehungen der Menschen untereinander.

Swanepoel zufolge basiert Community Development auf folgenden Prinzipien:

- **Human Orientation:** Im Rahmen des Versuchs von Individuen, ihre (physischen) Grundbedürfnisse zu erfüllen, entsteht ein Bewusstsein für abstraktere menschliche (und gesellschaftliche) Bedürfnisse.
- **Participation:** Die Einbeziehung des spezifischen Wissens und der Bedürfnisdefinition der Mitglieder einer Community sind für Entwicklungserfolge maßgeblich und damit von großem Wert. Darüber hinaus ist Partizipation ein demokratisches Recht.
- **Empowerment:** Empowerment ist die Fortsetzung der Partizipation. Entscheidungen werden getroffen und umgesetzt. (Fach-)Wissen und Kenntnisse sind für das Gelingen zentral.
- **Ownership:** Entwicklungen basieren auf den Initiativen der Bevölkerung und werden nicht extern initiiert und ‚gemanagt‘, sondern maximal begleitet. Die Autorität über das Projekt liegt bei der Bevölkerung.
- **Release:** Hauptziel ist die Reduzierung der Armut, die Befreiung aus der ‚Armutsfalle‘.

---

<sup>191</sup> Nohlen (2002), S. 167.

<sup>192</sup> Zit. in: ebd., S. 104.

- **Learning:** Erkenntnisse eigener Ziele von Individuen entwickeln sich durch den Versuch, die (Grund-)Bedürfnisse zu befriedigen. Lernprozesse treffen alle Beteiligten, es sind damit kollektive Lernprozesse.<sup>193</sup>

Community Development ist als Hilfe zur Selbsthilfe zu verstehen, Hilfe zur nachhaltigen Entwicklung eines spezifischen Bereiches im Gemeinwesen, beispielsweise beim (Aus-)Bau einer Schule, einer funktionierenden Wasserbewirtschaftung, bei Frauen- und Jugendarbeit, Qualifizierungsmaßnahmen etc.

Zentrales Moment von Community Development ist die Kombination wirtschaftlicher Ziele mit sozialen Fortschritten.

In Entwicklungsländern – insbesondere im ländlichen Raum – sind traditionelle Gemeinwesen die wichtigsten Ausgangsbedingungen gemeinsamer Bestrebungen um Existenzsicherung, Befriedigung von Grundbedürfnissen und Beteiligung am (politischen) Leben. Diese Tradition setzt sich heute in der Gestalt neuer Gruppierungen fort, in denen Mitglieder ärmerer Bevölkerungsschichten ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Entwicklungsanstrengungen insbesondere auf lokaler Ebene sind „[...] in hohem Maße von der Existenz funktionierender Gemeinwesen an der Basis abhängig.“<sup>194</sup> Die beschriebene Tradition solcher Gemeinwesen und ggf. deren Reaktivierung bilden eine gute Ausgangsbasis für Community Development.

Community Development setzt auf sozialen Zusammenhalt. Im Gegensatz zu der in Europa üblichen Ausrichtung auf Randgruppen und deren Probleme innerhalb einer Gesellschaft ist das Ziel der GWA in der Entwicklungszusammenarbeit, gesellschaftliche Solidarität auf breiter Basis zu stärken und sich über Randgruppen hinaus mit gesellschaftlichen Problemfeldern zu befassen. Community Development zielt darauf ab, gesellschafts-politischen Defiziten zu begegnen, persönliche und gemeinsame Interessen zu verfolgen, Bedürfnisse zu befriedigen und Existenzsicherung zu ermöglichen.<sup>195</sup>

Mehr als räumlich definierte Einheiten wie etwa Stadtteile sind für die Entwicklungszusammenarbeit soziale Gruppierungen und sogenannte Selbsthilfe- und/oder Basisgruppen von Interesse, bei denen sich die Zusammengehörigkeit auf soziale Merkmale wie Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit oder auf gemeinsame Interessen begründet. Als Ausgangspunkt von Demokratiebestrebungen auf lokaler Ebene, als Träger von

---

<sup>193</sup> Swanepoel, H. (2002): Community Development. Putting Plans into Action. Johannesburg, S. 2ff.

<sup>194</sup> DED (2000), S. 2.

<sup>195</sup> Vgl. ebd.

Lösungsansätzen zur Behebung sozialer und wirtschaftlicher Probleme und zur Herstellung von Beteiligung der Bevölkerung an politischen, planerischen und administrativen Entscheidungsprozessen sind derartige Gruppierungen zwischen familiären Strukturen einerseits und Kommunen, Staat und NGOs andererseits unverzichtbar.

Community Development basiert auf Solidarität, also auf sozialem Zusammenhalt und gegenseitiger Hilfsbereitschaft. Deren Stärkung ist die Voraussetzung für eine von der Community gemeinsam getragenen Selbsthilfe.

Bereits gegen Ende der 1940er Jahre hat es Ansätze gegeben, Community Development auf die Situation in einem Entwicklungsland zu übertragen. Hierbei standen vor allem Umsiedlungs- und Neuansiedlungsprojekte im Fokus. Kuhnen bezeichnet Community Development als eine der ‚bedeutendsten Moden‘ in der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere von 1955 bis in die 1960er Jahre.<sup>196</sup>

Community Development galt auch als Ansatz für verschiedene Organisationen aus Industrieländern, wonach Entwicklungshilfe als Aussöhnung für die Kolonisationsverbrechen in den ehemaligen Kolonien dienen sollte. Ein Beispiel hierfür ist das amerikanische ‚Peace Corps‘. Vor allem in Lateinamerika wurde das Instrument des Peace Corps als Mittel zur Anpassung einerseits und andererseits als Möglichkeit zur Verhinderung einer Kuba-ähnlichen Entwicklung angewendet.<sup>197</sup> Die Entwicklung war jedoch widersprüchlich. Es gab zum einen die sozialreformerischen bis konservativen Orientierungen, die von Marginalitäts-Konzepten ausgingen, ohne auf die politisch-ökonomischen und internationalen Ursachen der Unterentwicklung einzugehen. Andererseits gab es fortschrittliche Konzepte und Projekte, die mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten oder zunichte gemacht wurden. Allesamt waren aber richtungweisend für die Weiterentwicklung von Community Development in Entwicklungsländern. Diese Prozesse waren letztlich auch befruchtend für die deutsche Sozial- und Gemeinwesenarbeit in Theorie und Praxis.

Die praktische Umsetzung von Community Development soll im Folgenden am Beispiel Simbabwe aufgezeigt werden.

---

<sup>196</sup> Vgl. ebd., S. 106.

<sup>197</sup> Vgl. ebd.

## **5 Community Development in Simbabwe**

Die Möglichkeiten und Methoden von Community Development hängen stark von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes und insbesondere auch des spezifischen Gemeinwesens ab. Zum Verständnis der sich entwickelnden Prozesse in der Community-Development-Arbeit vor Ort ist daher die intensive Auseinandersetzung mit historischen und politischen Rahmenbedingungen des Landes oder der Region, mit Kultur und ‚Brauchtum‘, mit geografischen und klimatischen Gegebenheiten unerlässlich, insbesondere wenn der oder die Gemeinwesenarbeiter nicht originär dem betroffenen Gemeinwesen entstammen.

Vor diesem Hintergrund wird in den folgenden Kapiteln ein umfangreicher und historischer Einblick in die Geschichte und Gesellschaft Simbawwes gewährt. Simbabwe wurde hier als Beispiel ausgewählt, da dieses Land das zentrale Ziel des im Rahmen ‚Praxis der Entwicklungszusammenarbeit‘ durchgeführten interkulturellen Austausches ist und vor diesem Hintergrund bereits zahlreiche Erfahrungen gewonnen werden konnten, die hier einfließen sollen.

### **5.1 Landeskunde Simbabwe**

#### **5.1.1 Geografie und Klima**

Zimbabwe ist ein Binnenland im südlichen Afrika. Mit einer Fläche von 390.750 qkm ist es etwa 10 Prozent größer als Deutschland. Topografisch gliedert sich das Land in das Hochland mit Höhenlagen über 1200 m einschließlich des Mittelfeldes (Midland) mit Höhen zwischen 200 und 1200 m. Vom zentralen Hochplateau, das sich von Nordosten nach Südwesten erstreckt, fällt das Land in mehrere Stufen, nach Südosten in das von Limpopo und Sabi gebildete Tiefland sowie nach Nordwesten in das Sambesi-Tal ab (Höhen zwischen 400 und 800 m). Im Osten des Landes, an der Grenze zu Mozambique, gibt es zwei Gebirge, die bis auf etwa 2500 Meter ansteigen (im Norden: Inyanga Mountains, 2595 m; weiter südlich: Chimanimani Mountains, 2436 m).

Eine geologische Besonderheit stellt die Hügelkette des ‚Great Dyke‘ dar. Eine Hügelkette, die das zentrale Mittel- und Hochfeld durchzieht und mit einer Gesamtlänge von 500 km und einer Breite von fünf bis sechs km den größten Teil der simbabwischen Bodenschätze birgt (Chromerz, Asbest, Kupfer, Nickel, Gold).

Das Klima des Landes entspricht dem der wechselfeuchten Tropen.<sup>198</sup> Die Böden sind nur eingeschränkt fruchtbar, da über die Hälfte des Landes auf Granit aufbaut. Klimatisch und ökologisch wird das Land in sechs agrarische Hauptzonen unterteilt, die den Anbau eines sehr breiten Spektrums von Nutzpflanzen ermöglichen. Im Tiefland gibt es vor allem Dornstrauchsavannen und Trockenwald, im Hochland Savannen mit laubabwerfenden Bäumen. Im östlichen Gebirge gibt es immergrünen Höhenwald. Durch die starken Niederschläge in diesem Gebiet ist der Anbau von Obstkulturen möglich (Äpfel, Birnen etc.). Das Kerngebiet der Landwirtschaft (Mais und Tabak) ist das nordöstliche Viertel des Landes. Das Tiefland eignet sich für extensive Weidewirtschaft. Die Flusstäler von Sambesi und Limpopo eignen sich aufgrund der höheren Temperaturen zum Anbau von Zuckerrohr und Zitrusfrüchten. Aufgrund einer hohen Niederschlagsvariabilität unterliegt die Agrarproduktion Zimbabwes der Gefahr wiederkehrender Dürreperioden.<sup>199</sup>

### 5.1.2 Bevölkerung

Die Bevölkerungszahl Simbabwes liegt 2005 nach offiziellen Angaben bei ca. 13 Millionen.<sup>200</sup> Aufgrund der Kampagne zur Familienplanung in den 1980er Jahren wurde das Bevölkerungswachstum von 3,9 Prozent 1980 auf etwa 3 Prozent 1990 gesenkt. 2005 liegt die Bevölkerungswachstumsrate bei 1,1 Prozent, was auch auf die starke Verbreitung von HIV/AIDS zurückzuführen ist.<sup>201</sup> Der Anteil der mit dem HI-Virus infizierten Erwachsenen (15 bis 49 Jahre) liegt bei 24,6 Prozent.<sup>202</sup>

Simbabwe ist wesentlich dichter besiedelt als seine Nachbarländer. Etwa 34 Prozent der Einwohner Simbabwes leben in den Städten, die einem hohen Zuwanderungsdruck ausgesetzt sind. Die größten Städte sind Harare (Hauptstadt mit ca. 1,8 Millionen Einwohnern) und Bulawayo (1 Millionen Einwohner). Darüber hinaus gibt es mehrere kleinere Städte mit einer ehemals gut entwickelten Infrastruktur, die günstige Industriestandorte boten. Die Straßendichte ist mit 22 km pro 100 qkm Landfläche mit die höchste in Afrika. Wildparks und andere Sehenswürdigkeiten (Victoria-Fälle, Kariba-See, Hwange-Nationalpark, Zimbabwe-Ruins etc.) wurden für den Tourismus erschlossen.<sup>203</sup> Aufgrund der politischen

---

<sup>198</sup> Vgl. Loerzer, S. (1993): Zimbabwe. Wuppertal, S. 8ff.

<sup>199</sup> Vgl. Melchers, K. (1993): Zimbabwe. In: D. Nohlen, Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5: Ostafrika und Südafrika. Bonn, S. 496-515, S. 496f.

<sup>200</sup> Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) (2005): Demographische Indikatoren Simbabwe. Online in Internet: <http://www.weltbevoelkerung.de> (Stand 08/2005).

<sup>201</sup> Vgl. ebd.

<sup>202</sup> Vgl. ebd.

<sup>203</sup> Vgl. Melchers, K. (1993), S. 497.

Instabilitäten und der Fast-Track-Landreform, die dem Land negative Schlagzeilen einbrachte, nahm der Tourismus, eine bisher bedeutende Einnahmequelle, rapide ab.

In der ethnischen Zusammensetzung der schwarzen Bevölkerung (98 Prozent) dominieren mit 82 Prozent die Shona, während rund 14 Prozent zu den Ndebele gerechnet werden. Es gibt zudem kleinere Minderheiten. Aufgrund des Befreiungskampfes in den 1970er Jahren sank die Zahl der Weißen, die nun weniger als 1 Prozent der Bevölkerung ausmachen. 1 Prozent der Bevölkerung sind Coloured (ein weißes und ein schwarzes Elternteil) und Asiaten.<sup>204</sup>

### **5.1.3 Historische Entwicklungen und aktuelle Themen in Simbabwe**

#### **5.1.3.1 Historischer Hintergrund**

Simbabwe hat seit seiner Eroberung durch die British South Africa Company (BSAC) eine wechselvolle Geschichte durchlebt, die durch langjährige Unterdrückung geprägt ist. Zwischen 1889 und 1923 wurde das Gebiet von der BSAC, die einen königlichen Schutzbrief erworben hatte, beherrscht. Das Gebiet wurde hernach britische Kolonie und nach Cecil John Rhodes, dem imperialistischen Eroberer des Gebietes, Rhodesien genannt. Abweichenden Berichten einiger Historiker zufolge wurde Mashonaland, d.h. das Gebiet, in dem mit dem Shona-Stamm der größte Stamm Simbawes lebt, im Jahr 1890 von der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft erobert und besetzt. Die wichtigste Sprachgruppe in Simbabwe ist die der Shona, wobei diese die Untergruppen der Karanga, Zezuru, Manyika, Korekore, Rozvi und Ndau umfasst. Dies zeigt, dass es sich bei ‚den‘ Shona nicht um eine einzige Gruppe handelt. Auch die Ndebele-Sprachgruppe umfasst mit den Ndebele und Kalanga mehrere Gruppen.

Drei Jahre nach der Besetzung des Mashonalandes griffen die Siedler unter einem Vorwand den Ndebele-Staat im Südwesten Simbawes an und eroberten diesen<sup>205</sup>. Nachdem ihre Suche nach Mineralien erfolglos geblieben war, drangen die weißen Siedler in das Matabeleland vor, um sich Land und Vieh anzueignen. Im Jahr 1896 wagten zunächst die Ndebele und später auch die Shona einen überraschenden und dramatischen Aufstand gegen die Besetzer, der zum Ersten ‚Chimurenga‘ (Befreiungskrieg) führte. Dies war wohl die gewalttätigste, nachhaltigste und am besten organisierte Widerstandsaktion gegen die koloniale Herrschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Der Erste Chimurenga hinterließ sehr tiefe Wunden und

---

<sup>204</sup> Vgl. CIA: The World Fact Book (2005): Zimbabwe. Online in Internet: <http://www.cia.gov> (Stand 09/ 2005).

<sup>205</sup> Vgl. Palmer, R., Birch, I. (1992): Zimbabwe: A Land divided. Oxfam, S. 6.

wirkte sich noch über Jahrzehnte hinweg auf das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen aus.

### **5.1.3.2 Die Religion als Instrument der Kolonialisierung**

Nachdem sich die Kolonialisten mit der ungünstigen Situation des Widerstands seitens der schwarzen Bevölkerung konfrontiert sahen, entschlossen sie sich, eine andere Form des Kolonialismus zu wählen und den ‚Geist‘ der Bewohner Simbabwe zu kolonialisieren, um so ihre Macht leichter verbreiten zu können. Die Religion war eines der Instrumente, die zur ‚Kolonialisierung der Köpfe‘ eingesetzt wurden. Die europäischen Missionare sorgten dafür, dass eine große Zahl Simbabweer teilweise oder ganz zum Christentum übertrat. Dies war keine leichte Aufgabe angesichts der starken Stellung der afrikanischen Traditionen, auch gehörten die meisten Konvertiten Randgruppen der traditionellen Gesellschaft an. Die christlichen Kirchen wandten verschiedene Taktiken an, um die Unterstützung der schwarzen Bevölkerung zu gewinnen. Die amerikanische Methodist Episcopal Church „[...] predigte das Evangelium des Pfluges und wollte die Menschen zu modernen Agrarunternehmern machen“<sup>206</sup>. Es ist allgemein bekannt, dass die Bauern Grundbedürfnissen wie der Nahrung größten Wert beimessen, sie konnten daher einer Lehre, die versprach, ihnen die Existenz zu sichern, nicht widerstehen.

Die mit der Christianisierung verbundene Alphabetisierung war zwar an sich nützlich, wurde aber ebenfalls von den Kolonialisten zu Bekehrungszwecken genutzt. In gleicher Weise war die römisch-katholische Kirche daran interessiert, die Landwirtschaft nach dem Vorbild der frommen bäuerlichen Gesellschaft Europas des vorangegangenen Jahrhunderts zu fördern.

### **5.1.3.3 Koloniale Landnahme und Ausbeutung**

Im Jahr 1992 wurde ein politischer Vertreter der Siedler mit folgender Aussage zitiert: „Das gesamte Wirtschaftssystem Rhodesiens auf den Farmen und in den Bergwerken stützt sich auf das überreiche Angebot an billigen einheimischen Arbeitskräften.“<sup>207</sup> Diese Aussage war ein deutlicher Hinweis auf die Ausbeutung der Schwarzen durch die Weißen. Die Siedler in Rhodesien wollten ihre Privilegien und die Kontrolle über die Schwarzen beibehalten und sichern. Sie bestimmten, wer Zugang zu den Ressourcen erhalten sollte, z.B. Land, Bildung, Gesundheit, Ausbildung, Straßen- und Schienennetze sowie Kredite für die Landwirtschaft.

---

<sup>206</sup> Sylvester, C. (1991): Zimbabwe: The Terrain of contradictory Development. Dartmouth, London, S. 152.

<sup>207</sup> Palmer, R., Birch, I. (1992), S. 8.

Die Siedler setzten die Ungleichheit durch, die durch das Parlament kontrolliert und durch die Rassentrennung noch verstärkt wurde. Die Landwirtschaft begann sich erst dann zu lohnen, als die Wohlstandsverhältnisse sich im Jahr 1945 allmählich umkehrten. Das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hoch verschuldete Großbritannien konnte es sich nicht länger leisten, drei Viertel seines Tabaks in den USA zu erwerben, und wandte sich stattdessen an die Kolonien. Rhodesien profitierte anschließend von einem Tabakboom, der auf garantierten Abnahmemengen auf dem britischen Markt beruhte. Die Daten zeigen, dass der Absatz zwischen 1945 und 1960 von vier Millionen Pfund auf dreißig Millionen Pfund stieg.<sup>208</sup>

Dies förderte die Auswanderung vieler Briten nach Rhodesien. Die Zahl der Auswanderer aus Großbritannien stieg im gleichen Zeitraum von 80.000 auf 220.000, und um Platz für die Neuankömmlinge zu schaffen, mussten 100.000 Simbabwer ihre Ländereien verlassen; sie wurden in ‚Reservate für Einheimische‘ umgesiedelt.<sup>209</sup> Dies war ein deutliches Zeichen einer weiteren Phase der Landnahme nach der Kolonialisierung des Landes unter Cecil Rhodes.

Der damalige britische Premierminister Harold Macmillan beobachtete, dass der gesamte Kontinent Afrika sich in einer Umbruchsituation befand. Der afrikanische Nationalismus wurde zu einer gewaltigen Macht, und die meisten Länder wurden in den späten sechziger und siebziger Jahren in die Unabhängigkeit entlassen. In Rhodesien aber hatte Großbritannien mit einer starken weißen nationalistischen Regierung zu kämpfen, deren Furcht vor politischem Fortschritt in Afrika wuchs, je mehr ehemalige Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangten. Da sie fürchteten, dass Großbritannien eines Tages der schwarzen Mehrheit die Unabhängigkeit anbieten würde, erklärte die weiße Minderheitsregierung unter der Führung von Ian Smith 1965 einseitig die Unabhängigkeit des Landes.<sup>210</sup> Dieser einseitigen Unabhängigkeitserklärung folgte die Unterdrückung aller politischen Aktivitäten im Land. Die meisten schwarzen Nationalistenführer, z.B. Joshua Nkomo, Ndabaningi Sithole, Robert Mugabe und andere, mussten mehr als ein Jahrzehnt im Gefängnis verbringen. Die Vereinten Nationen verhängten für Rhodesien bindende Sanktionen. Da sich die portugiesische Kolonie Mozambique im Osten und Südafrika im Süden Rhodesiens den Sanktionen nicht anschlossen, blieben diese praktisch wirkungslos. Schließlich verließen viele schwarze Simbabwer das Land und erhoben sich mit Waffengewalt gegen das Smith-Regime. Dies kennzeichnete den Beginn des Zweiten Chimurenga (Befreiungskrieges).

---

<sup>208</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>209</sup> Vgl. ebd., S. 7.

<sup>210</sup> Kriger, N. J. (1992): *Zimbabwe's Guerilla War: Peasant Voices*. Cambridge, S. 3.

### **5.1.3.4 Der Befreiungskampf von der Kolonialherrschaft (2. Chimurenga)**

Wie bei vielen anderen zu dieser Zeit geführten Kriegen war der Guerillakrieg um die Befreiung Simbabwes zugleich von Brutalität und Heldentum gekennzeichnet. Die Zivilbevölkerung hatte in der Regel am meisten unter diesen Konflikten zu leiden, und der Zweite Chimurenga bildete hierin keine Ausnahme. Da der Westen sich weigerte, die Guerillakämpfer der Befreiungsbewegung zu unterstützen, mussten diese sich Waffen und Nachschub aus dem Ostblock beschaffen. Offiziell forderten die Freiheitskämpfer die Umgestaltung der Gesellschaft. Die weißen Siedler wiederum kämpften um die Bewahrung der Herrschaft durch die weiße Minderheit und ihrer umfassenden Macht im Land – von der Kontrolle über die fruchtbarsten Ländereien bis zu dem Vorrecht, in Geschäften zuerst bedient zu werden. Einige von ihnen versuchten, ihren Standpunkt als Kampf der christlichen Zivilisation gegen die barbarischen marxistischen Horden darzustellen.<sup>211</sup>

#### **5.1.3.4.1 Die Rolle der Zivilgesellschaft im Befreiungskrieg**

Stadt- und Landbewohner hatten gleichermaßen unter dem Befreiungskrieg zu leiden, da sie Opfer der Siedlerarmee und der Guerillakämpfer waren. Die weißen Soldaten wollten in Erfahrung bringen, wo die Guerilla-Kämpfer sich versteckten und wer ihnen Nahrung verschaffte. Manchmal versuchten sie, mit vorgehaltener Waffe an Informationen heranzukommen. Die Guerillakämpfer benötigten Nahrung und Informationen, und meistens standen die Dorfbewohner zwischen den beiden Fronten. Die Guerillakämpfer benötigten täglich Nahrung und waren von Lieferungen aus den Dörfern abhängig, die von den Soldaten scharf bewacht wurden.

„Eine Frau schilderte ihre Lage wie folgt: „Unsere gesamten Lebensmittelvorräte waren von den Behörden beschlagnahmt. Sie gaben uns täglich nur einen ganz kleinen Teil unserer Vorräte zurück, es reichte gerade für eine Mahlzeit. Aber wir mussten auch den Kämpfern draußen etwas zu essen bringen. Sie wurden sehr wütend, wenn wir das nicht taten, und fragten uns: Wie sollen wir denn überleben? Wir taten also den Maisbrei in kleine Pakete, schnürten diese fest zu, befestigten einen kleinen Sack zwischen unseren Schenkeln und zogen zwei Hosen darüber. Immer wenn wir unser Dorf durch das Tor verließen, mussten wir vor den Wächtern mit gespreizten Beinen in die Luft springen, aber es gelang uns trotzdem, auf diese Weise den Maisbrei herauszuschmuggeln, da er nicht herunterfiel, wenn wir

---

<sup>211</sup> Vgl. Palmer, R., Birch, I. (1992), S. 11.

springen mussten. In meinem Garten grub ich ein kleines Loch und versteckte den Sack darin. Die Guerillakämpfer kamen dann später vorbei und holten ihn sich dort ab.“<sup>212</sup>

Die schwarze Bevölkerung in den Städten Simbabwes organisierte Streiks und Demonstrationen gegen die Minderheitsregierung von Ian Smith. In Anbetracht all dieser Szenarien ist festzuhalten, dass der Guerillakrieg ohne die Unterstützung der zivilen Gruppen, Bewegungen, Kirchen sowie der Stadt- und Landbewohner Simbabwes ergebnislos geblieben wäre.

#### **5.1.3.4.2 Die Ergebnisse des Krieges und der Verhandlungen**

Der Wendepunkt des Krieges trat schließlich 1974 ein, als die Portugiesen in ihren afrikanischen Kolonien einige militärische Niederlagen einstecken mussten und es daraufhin in Portugal zu einem Militärputsch kam. Im Jahr 1975 wurde die portugiesische Kolonie Mozambique unter der Führung von Samora Machel, dem Anführer der FRELIMO (Frente da Libertação de Moçambique), unabhängig. Samora Machel, ein Militär, erklärte sich bereit, den Guerillakämpfern das lang gestreckte und gebirgige westliche Grenzgebiet zwischen Mozambique und Rhodesien als Aufmarschgebiet für eine Offensive gegen das Smith-Regime zur Verfügung zu stellen.

Als Folge daraus verschärfte sich der Krieg in allen Regionen Simbabwes. Ian Smith sah sich 1978 zur Annahme einer Kompromisslösung gezwungen, die die Teilung der Macht mit verschiedenen gemäßigten Führern der schwarzen Bevölkerung vorsah. Dies aber führte nicht zur Beendigung des Krieges. Im Jahr 1979 versammelten sich alle Parteien, darunter auch Ian Smith, im Lancaster House in London und einigten sich dort auf das Verfahren für die ersten allgemeinen Wahlen.<sup>213</sup> Die Wahlen, aus denen die Zimbabwe African National Union-Patriotic Front (ZANU-PF) Robert Mugabes als Sieger hervorging, wurden im Jahr 1980 durchgeführt.

Nach dem Ende des Krieges verschaffte die neue Regierungspartei den Bauern in Simbabwe als Gegenleistung für die logistische Unterstützung der Guerilla-Krieger einige Vorteile. Dennoch begegneten die Bauern der Partei weiterhin mit Furcht, da sie mit den Guerilla-Vertretern während des Krieges schlechte Erfahrungen gemacht hatten und die Parteivertreter vor Ort auch nach dem Krieg Druck auf die Bauern ausübten. Dies ist mit anderen Worten der wichtigste Grund, warum es der simbabwischen Regierung gelungen ist, die Macht in den ländlichen Regionen zu bewahren, wo die Mehrheit ihrer Wähler lebt.

---

<sup>212</sup> Katsiga, I. (2002), S. 40.

<sup>213</sup> Mandaza, I. (1986): Zimbabwe: The political Economy of Transition 1980-1986. Codesria (Senegal), S. 2.

Das Überleben der Menschen dort hängt einzig von der Subsistenzwirtschaft ab, und Land bildet das Zentrum ihres Lebens. Einige führen an, dass geringe Produktionsziffern auf fehlende Technologien in den kommunalen Gebieten zurückzuführen seien. Wenn man aber bedenkt, dass fast 75 Prozent der Menschen in den unfruchtbaren kommunalen Gebieten Simbabwe leben, ist das Argument nicht stichhaltig. In Wirklichkeit sind in wirtschaftlicher Hinsicht und in Bezug auf andere Bedürfnisse weder unmittelbar nach der Unabhängigkeit noch bis heute signifikante Verbesserungen für die Mehrheit eingetreten.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Simbabwe glaubt heute, dass das Land noch nicht seine wahre Unabhängigkeit erlangt hat. Die Unabhängigkeit ist erst dann gegeben, wenn der größte Teil des Reichtums und des Landes in Händen der mehrheitlich schwarzen Bevölkerung ist. Dies gilt als eines der Ziele des Freiheitskampfes.<sup>214</sup> Die Diskussion über Reichtum und Land hat schließlich zu der Krisensituation geführt, die auch Dritter Chimurenga (Kampf um Land und wirtschaftliche Kontrolle) genannt wird. Die Regierung, die nach Erlangung der Unabhängigkeit an die Macht kam, hat dieses Ungleichgewicht seit fast zwanzig Jahren ignoriert, und um das verloren gegangene Vertrauen ihrer Anhänger zurückzugewinnen, führte sie vor fünf Jahren das Programm der Fast-Track-Landreform in Simbabwe ein, als allgemeine Wahlen vor der Tür standen. Die Bevölkerung ist hinsichtlich der Ernsthaftigkeit der beschleunigten Landreform in ihrer Meinung gespalten: Einige betrachten sie als ernsthafte Reform, andere sehen sie als Werbegag einer Regierung, die das Vertrauen der Bevölkerung verloren hat.

### **5.1.3.5 Die Wirtschaft nach der Unabhängigkeit**

Die Wirtschaft in Simbabwe wuchs zwischen 1980 und 1985 jährlich real um durchschnittlich 2,7 Prozent. Diese Leistung lag über dem Gesamtdurchschnitt der afrikanischen Länder südlich der Sahara, war aber dennoch aus drei Gründen enttäuschend:

1. Erstens lag sie unter der durchschnittlichen Wachstumsrate von fünf Prozent, die während der Herrschaft der weißen Minderheit erreicht worden war,
2. zweitens betrug das durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstum knapp vier Prozent und

---

<sup>214</sup> Vgl. Katsiga, I. (2002), S. 40.

3. drittens lag die Leistung weit unter der angestrebten Wachstumsrate von acht Prozent, die seitens der Regierung für angemessene Investitionen in gerechte Entwicklungsprogramme und -dienstleistungen für notwendig erachtet wurde.<sup>215</sup>

Während dieser Zeit lag das Hauptanliegen der Politik in Bezug auf die Volkswirtschaft auf den beiden Zielen Wachstum und Gerechtigkeit, die die beiden größten formalen Säulen des wirtschaftspolitischen Rahmens (aber nicht der wirtschaftlichen Steuerung) bildeten. Der Begriff ‚Transformation‘ fand in dieser Zeit als drittes großes Ziel allmählich Eingang in den politischen Sprachgebrauch. Der Begriff wurde jedoch nicht klar genug definiert, sodass er in der Praxis keine sich von den Veränderungen in Produktion und Konsum unterscheidende Bedeutung erlangen konnte, d.h. den Veränderungen, die sich aus dem Streben nach effizienter Ressourcenentwicklung (Wachstum) und angemessener Verteilung von Kosten und Nutzen der Entwicklung (Gerechtigkeit) ergeben. Der Fünfjahres-Entwicklungsplan (Five-Year Development Plan, FYDP), der 1986 als offizielles Programm der simbabwischen Regierung zur Steuerung der sozioökonomischen Entwicklung für den Zeitraum zwischen 1986 und 1990 angenommen wurde, beginnt mit einer prägnanten Bewertung der Fortschritte und Rückschritte in den ersten fünf Jahren der Unabhängigkeit.

Im Nationalen Übergangs-Entwicklungsplan (Transitional National Development Plan, TNDP), der für den Zeitraum zwischen 1982 und 1985 galt, waren eine Reihe von Zielen verankert, mit denen das Programm des Wiederaufbaus nach dem Krieg abgeschlossen und ein ausreichendes Wachstum geschaffen werden sollten, um die rasche Wiederherstellung des früheren Einkommensniveaus zu fördern – insbesondere am unteren Ende der Einkommensskala – und das soziale Ungleichgewicht zu beseitigen, das die politische Ordnung vor der Unabhängigkeit gekennzeichnet hatte. Das gesamte Bruttoinlandsprodukt BIP wies in den Jahren 1982 und 1983 jeweils ein negatives Wachstum (-2 % bzw. -3 %) auf, während es 1984 mit einem Anstieg um 1,3 % zu einer leichten Erholung kam. Die Verteilung des BIP zeigte, dass es sich genau entgegengesetzt zu der geplanten Wachstumsstruktur entwickelt hatte, nachdem die Produktion in den immateriellen (meist staatlichen) Sektoren jährlich um 4,2 % stieg und die materielle Produktion lediglich um 1,4 % gestiegen war: In beiden Fällen wurde das Gesamtziel von acht Prozent weit verfehlt.

Auch die Beschäftigungssituation war katastrophal, nachdem trotz staatlicher Interventionen, die der Stabilisierung dienten, viele Arbeitsplätze (insbesondere im sozialen Bereich) verlorengegangen waren. Aufgrund staatlicher Misswirtschaft, Korruption und fehlender

---

<sup>215</sup> Vgl. Mandaza, I. (1986), S. 108.

klarer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, mit denen die schlimmsten Probleme der Zeit bekämpft werden konnten, bildeten 87 % der Bevölkerung die drei ärmsten Bevölkerungskategorien (kleine städtische Haushalte, Bauern in kommunalen Gebieten und kommerzielle Landarbeiter); diese erwirtschafteten aber nur 50 % des verfügbaren nationalen Einkommens.<sup>216</sup>

### **5.1.3.6 Zur Landfrage**

Im Bereich der ländlichen Entwicklungspolitik Simbabwe hatte die Regierung zu Beginn der 1980er Jahre das Ziel, die Ansiedlung und Rücksiedlungen (Resettlement) der Kriegsflüchtlinge und Zwangsumgesiedelten und den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten, vor allem ländlichen Infrastruktur voranzutreiben. Auch ging es später darum, eine gerechte Verteilung des Landbesitzes zugunsten der schwarzen simbabwischen Bevölkerung zu erreichen. Beides lässt sich mit dem Oberbegriff ‚Landreform‘ beschreiben.

An dieser Stelle soll beispielhaft auf die Resettlement-Initiative direkt nach der Unabhängigkeit sowie auf das Fast-Track-Landreformprogramm ab etwa dem Jahr 2000 der simbabwischen Regierung eingegangen werden.

#### **5.1.3.6.1 Resettlement-Projekte**

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war unklar, ob es zu einem Exodus der weißen Bevölkerung kommen und ob mit dem weißen Farmsektor die Nahrungsmittelversorgung Simbabwe zusammenbrechen würde. So war geplant, schon zu Beginn der Unabhängigkeit unzureichend genutztes Ackerland der schwarzen Bevölkerung zur Wiederansiedlung zur Verfügung zu stellen. Zudem hatte die afrikanische Bevölkerung in Bezug auf die Landreformpolitik der Regierung hochgesteckte Erwartungen, da viele Bauern die Guerillakämpfer in den Kriegsjahren unterstützt hatten.

Die Planer gingen von einer starken Unternutzung des Landes seitens der weißen Farmer aus. Erste Rahmenbedingungen zu Landreformen wurden bereits in den Lancaster-House-Verhandlungen festgeschrieben, ebenfalls einige Schutzmechanismen für weiße Farmer und deren Besitz. Diese Schutzmechanismen, die eine starke britische Handschrift trugen, galten

---

<sup>216</sup> Wellard, K., Copestake, J. G. (1993): Nongovernmental Organisations and the State in Africa: rethinking

für zehn Jahre nach der Unabhängigkeit und schlossen den Schutz vor Enteignung ein.<sup>217</sup> In Bezug auf Landerwerb seitens der Regierung einigte man sich auf einen freiwilligen Modus namens ‚Willing Buyer, Willing Seller‘.

Die unternutzten Flächen sollten innerhalb von zehn Jahren zur Ansiedlung afrikanischer Farmer genutzt werden. Die Farmgrößen des Resettlement-Programms waren so kalkuliert, dass die zu erzielenden jährlichen Nettoeinkommen einen geringen Wohlstand der schwarzen Farmer erwarten ließen.

Die Mittel zur Finanzierung des Landkaufs zu Resettlement-Zwecken stammten einerseits aus einem britischen Fonds, der Simbabwe als nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Verfügung stand, sowie aus dem simbabweschen Staatshaushalt andererseits. So lag die finanzielle Belastung durch das Resettlement in Simbabwe vor allem beim Staat und nicht – im Unterschied zu Kenia – bei den Siedlern selbst, die für das ihnen zugeteilte Land nichts bezahlen und nur eine geringe Verschuldung in Form kleiner Kredite für die landwirtschaftliche Produktion eingehen mussten.

Das ursprüngliche Landreformprogramm sah drei verschiedene Modelle der Siedlungsform vor:

1. Bei dem ersten Modell (**Modell A**), nach dem die meisten Bauern angesiedelt wurden, erhielt jede Familie individuell fünf Hektar bebaubares Land sowie ein Wohngrundstück im gemeinsamen, zentral gelegenen Dorf zugeteilt. Daneben sollte der Farmer Weiderechte für eine bestimmte Anzahl Vieh auf einer kommunalen Weide erhalten. Dieses Modell der Wiederansiedlung entspricht den Traditionen der Bauern.
2. Das von der Regierung politisch favorisierte, aber praktisch in nur geringerem Umfang realisierte Modell war das einer rechtlich registrierten Produktionsgenossenschaft (Kooperative) (**Modell B**). In dieser Modellform sollten alle Beteiligten zu gleichen Teilen sowohl Land wie auch Ausrüstungsgegenstände besitzen. Das Land sollte gemeinsam bewirtschaftet werden, Vieh konnte aber Privatbesitz sein. Die Mitglieder lebten nicht zerstreut, sondern gemeinsam auf der Farm. Gewinne sollten nach einem von der Kooperative selbst vereinbarten Schlüssel verteilt werden.
3. Ein weiteres Modell (**Modell C**), welches sich kaum durchsetzte und auch erst später ins Landreformprogramm aufgenommen wurde, bestand aus der Kombination einer zunächst staatlich zu finanzierenden, zentralen Form und um diese herum angeordnete

Bauernsiedlungen, in denen Land individuell zugeteilt werden sollte. Die zentrale Staats- und Genossenschaftsfarm sollte für die Bauern verschiedene Dienstleistungen anbieten und so dazu beitragen, die Entwicklung voranzutreiben.<sup>218</sup>

Eine Kommission, die damit beauftragt wurde, die Betroffenen an weiteren Planungen zu beteiligen und die Hintergründe für den Wunsch auf eine Wiederansiedlung nach dem beliebten Modell A zu erfahren, stellte fest, dass die Mehrheit der Bauern nicht darüber informiert waren, welche Folgen eine Wiederansiedlung nach Modell B oder Modell C für sie haben würden.

#### Ursprüngliche Ziele und auftretende Probleme

Die Regierung wollte die Resettlement-Gebiete auch als Teil der kommerziellen Landwirtschaft entwickeln. ‚Intensive Resettlement‘ bedeutete nicht nur die Ansiedlung von Bauernfamilien, sondern die gleichzeitige infrastrukturelle Erschließung der betreffenden Gebiete. Dazu gehörten der Bau und die Reparatur von Straßen, Viehdesinfektionsstellen, Schaffung von Verwaltungszentren und von Personalwohngebäuden. Die Planung von Modell-A-Projekten sah vor, dass ein Resettlement-Team und ein Veterinärassistent für je 500 Familien zuständig sein sollten, ein Landwirtschaftsberater auf je 200 Familien, ein Genossenschaftsberater auf 600 Familien. Schuleinrichtungen wurden geplant im Verhältnis von einer Primarschulklasse und einem Lehrerwohnhaus zu 20 Familien, wobei gerade beim Schulbau sehr viel Eigenarbeit der Siedler gefordert war. Für 300 bis 500 Familien wurde schließlich eine Krankenstation geplant. Die Wasserversorgung musste durch Bohrlöcher mit Handpumpen sichergestellt werden.

Die vorhandenen personellen und sachlichen Kapazitäten der staatlichen Landwirtschaftsberatung und -planung waren überfordert. Der Ausbau von Infrastruktur erforderte viel Zeit. Technische Engpässe bildeten ein zentrales Problem und verursachten eine Verzögerung des Resettlement-Programms, verstärkt noch durch die Auswirkungen der Dürre.

Bei schlechten Böden, wenig Niederschlag und geringer Produktivität waren auch in den Resettlement-Gebieten die neuen Bauern der Gefahr ausgesetzt, sich am Rande der Subsistenzproduktion zu bewegen. Die Siedler hatten zum Teil wenig landwirtschaftliche Erfahrung und waren mit den fünf Hektar Ackerland überfordert. Auch an Kapitalausstattung (Ochsen als Zugkraft, Geräte u.a.) brachten die Siedler oft nicht einmal das Nötigste mit.

---

<sup>217</sup> Konrad Adenauer Stiftung (KAS) (2003): Landreform: Issues and challenges. Johannesburg, S. 8.

<sup>218</sup> Vgl. ebd.

Staatliche Planung, Beratungsdienste und sonstige Dienstleistungen standen unter großem Druck und konnten den Bedarf nicht befriedigen.

Bereits im Jahr 1980 bestand seitens der simbabwischen Regierung die Vorgabe, dass in fünf Jahren 18.000 Haushalte umgesiedelt werden sollten. Diese Zahl stieg 1981 auf 54.000 und 1982 auf 162.000 innerhalb von zwei Jahren.

Diese Zahlen kamen durch die hohe Erwartungshaltung seitens der Bevölkerung, aber auch aus der mangelnden praktischen Erfahrung der Planer zustande. Zehn Jahre nach der Unabhängigkeit waren erst 52.000 Familien umgesiedelt, was etwa 32 Prozent der 1982 definierten Zielsetzungen entspricht. Im selben Zeitraum wurden von staatlicher Seite drei Millionen Hektar Land erstanden, was etwa 16 Prozent der Eigentumsfläche der weißen kommerziellen Farmer darstellte.

Die Schritte zu Landreformen mit dem Ziel, schwarzen Familien Zugang zu Land und damit zu einer Existenz zu verschaffen, fielen weniger gut aus als geplant. Dies und die zu ambitionierten Zielvorgaben für die Um- und Ansiedlungen sind Aspekte, die zu der „aus dem Ruder gelaufenen“ Fast-Track-Landreform geführt haben: „[...] these targets have come back to hound the zimbabwean government.“<sup>219</sup>

#### **5.1.3.6.2 Das Fast-Track-Landreformprogramm**

Die Landfrage in Simbabwe ist weiterhin ein aktuelles Thema, das negative und positive Faktoren beinhaltet. Nach der Einführung des ‚beschleunigten‘ Landreformprogramms (Fast-Track) glaubte die Mehrheit der Simbabweer, dass die wirtschaftliche Situation sich in Bezug auf die Landfrage sehr schnell verbessern würde. Zwei Jahre später aber waren sie zu der ernüchternden Erkenntnis gekommen, dass das ‚beschleunigte‘ Programm zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen geführt hatte.<sup>220</sup>

Im Hinblick auf die Umsetzung des Programms stellt sich die Frage, ob es der armen landlosen Bevölkerung überhaupt einen Nutzen gebracht hat. Das erklärte Ziel des Fast-Track-Programms lautete, den weißen kommerziellen Farmern Land wegzunehmen und es unter der armen bzw. mittlere Einkommen erzielenden, landlosen schwarzen Bevölkerung Simbawes aufzuteilen. Im Rahmen dieses Programms haben jedoch Milizionäre der Regierungspartei – häufig angeführt von den Veteranen des simbabwischen Befreiungskrieges – schwerwiegende Gewalttaten gegenüber Farmbesitzern und Landarbeitern verübt und besetzte Farmen als Ausgangsbasis für Überfälle auf die Bewohner der Umgebung benutzt.

---

<sup>219</sup> Vgl. ebd., S. 11.

<sup>220</sup> Human Rights Watch (2002): Fast Track Landreform in Zimbabwe, Vol 14, S. 2.

Die Polizei hat nichts unternommen, um die Situation in den Griff zu bekommen, und sich in einigen Fällen direkt an den Gewalttaten beteiligt.

Im Verlauf der Landzuteilung wurden oft diejenigen benachteiligt, die angeblich Oppositionsparteien unterstützen, und in manchen Fällen haben die für die Zuteilung von Land Verantwortlichen die Interessenten gezwungen, sich zur Regierungspartei ZANU-PF zu bekennen. Mehrere hunderttausend simbabwische Landarbeiter blieben von diesem Programm weitgehend ausgeschlossen, und viele von ihnen haben ihre Arbeit verloren, nachdem die Farmen, auf denen sie gearbeitet hatten, gewaltsam geräumt oder sie wegen des Zusammenbruchs der Produktion in der kommerziellen Landwirtschaft entlassen worden waren. Auch die Menschen, denen Parzellen auf ehemals kommerziellem Farmland zugewiesen wurden, können sich häufig ihres Landbesitzes nicht sicher sein, sodass sie zukünftigen, von parteipolitischen Prozessen ausgehenden Gefahren ausgesetzt sind oder aus politischen Gründen von ihrem Land vertrieben werden und weiter verarmen könnten.

Zweifellos ist es in der Landfrage zu gravierenden Ungerechtigkeiten gekommen. Sogar die Vertreter des von den Weißen geprägten kommerziellen Farmsektors räumen allgemein die Notwendigkeit einer Landreform in Simbabwe ein. Zu Beginn des Fast-Track-Landreformprogramms besaßen etwa 4.500 Großfarmer 28 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche; unterdessen leben mehr als eine Million schwarze Familien in überbevölkerten, wasserarmen ‚kommunalen Gebieten‘, dem Land, das den Afrikanern durch das Kolonialregime zugewiesen wurde.<sup>221</sup> Landarbeiter besitzen nur wenig oder gar kein eigenes Land und sind ebenfalls der Gefahr ausgesetzt, willkürlich aus ihren festen Unterkünften vertrieben zu werden. Viele arme und über mittlere Einkommen verfügende Schwarze in den Städten, die seit Mitte der 1990er Jahre unter stark ansteigenden Preisen für Lebensmittel und den öffentlichen Nahverkehr und wachsender Arbeitslosigkeit zu leiden haben, sehen Land als zusätzliche Einkommens- und Nahrungsquelle an. Viele Forderungen nach Rückgabe des während der weißen Minderheitsregierung zwangsweise enteigneten Landbesitzes sind ebenfalls nicht berücksichtigt worden. Diese Faktoren sorgen für einen beträchtlichen Landhunger in Simbabwe.

Streitigkeiten wurden nicht beigelegt, und die Interessenvertretungen der kommerziellen Farmer riefen die Gerichte an, um für die Durchsetzung der je eigenen Position zu sorgen. Gleichzeitig verabschiedete die Regierung neue Gesetze, die zur Ergänzung der ursprünglichen Gesetze über das beschleunigte Landreformprogramm vorgesehen waren und die die zu Beginn des Programms formal ungesetzlichen Prozesse nachträglich legalisieren sollten. Das

---

<sup>221</sup> Vgl. ebd., S. 14.

im Juni 2001 verabschiedete Gesetz über die Landbesetzung in ländlichen Gebieten (Gesetz zum Schutz vor Räumung) schützt diejenigen, die bis Februar 2001 ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Verfahren Land besetzt hatten, für einen Zeitraum von zwölf (ursprünglich sechs) Monaten vor der Räumung und hob entsprechende Gerichtsbeschlüsse auf.<sup>222</sup>

Im November 2001 nutzte Präsident Mugabe seine ‚präsidialen Befugnisse‘ zur rückwirkenden Änderung des Landerwerbsgesetzes (ab Mai 2000). Die neuen Bestimmungen sahen vor, dass die Übertragung bestimmter Landbesitztümer an die erwerbende Behörde unmittelbar und unbeschadet etwaiger Gerichtsverfahren erfolgt und als Räumungsbescheid gilt, der dem früheren Besitzer eine Räumungsfrist von neunzig Tagen einräumt, wobei die Nichtbeachtung dieses Räumungsbescheides mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren belegt werden kann. Dieser Gesetzesänderung zufolge kann die Regierung jederzeit nach Zustellung eines ‚Section-8‘-Bescheides die Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit auf der betreffenden Farm verfügen. Zur Durchsetzung dieses Gesetzes musste die Regierung mehrere Richter des Gerichtshofs entlassen, darunter auch den Vorsitzenden Richter, der in den Ruhestand versetzt wurde. Die Richter wurden durch andere ersetzt, die sich dem Staat gegenüber als loyal erwiesen hatten.

Viele der schwarzen Landbewohner Simbabwes haben ihre große Enttäuschung ob der Art und Weise der Umsetzung der Landreform seitens der Regierung und insbesondere des Fehlens klarer Kriterien in Bezug auf die Landverteilung und strukturierter Hilfe für die neuen Siedler zum Ausdruck gebracht.

### Ausblick

Vielleicht wird sich der Nutzen des Landreformprogramms noch einstellen. Die aktuelle Situation vor Ort aber ist wenig ermutigend, da die Produktion auf den meisten Farmen zum Erliegen gekommen ist und mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung Simbabwes unter einer gravierenden Nahrungsmittelknappheit leidet. Der Bitte um Nahrungsmittelhilfe wurde seitens der internationalen Gemeinschaft wegen der mutmaßlichen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Nahrungsmitteln nicht entsprochen. Wenn es in einem Land z.B. aufgrund einer gravierenden Nahrungsmittelknappheit zu einer Krise kommt, müssen stets die Privatwirtschaft, Kirchen, Bürgergruppen und die Oppositionsparteien in die Lösung des nationalen Problems einbezogen werden. Es sieht aber so aus, als würden diese Institutionen als Staatsfeinde betrachtet, da sie eine ordnungsgemäße Landreform und Gerechtigkeit unter den Menschen unterstützen.

---

<sup>222</sup> Vgl. ebd., S. 13.

Diejenigen, denen im Zuge dieses widersprüchlichen Landreformprogramms Land zugeteilt wurde, werden nur etwas davon haben, wenn ihr Besitz entsprechend beurkundet wird. In der einschlägigen Literatur ist an keiner Stelle etwas über die Eigentumsrechte der schwarzen Siedler zu finden. Die Armen, die unter der Kolonialzeit zu leiden hatten und während des Guerillakrieges zur Unterstützung der Kämpfer genötigt wurden, sind einmal mehr von den negativen Auswirkungen des beschleunigten Landreformprogramms betroffen. Die Geschichte Simbabwe ist für Außenstehende sehr facettenreich und interessant, aber sie hat bei der heutigen und zukünftigen Generation viele Narben hinterlassen, die erst dann verschwinden werden, wenn sich die Existenzbedingungen der Armen verbessert haben.

#### **5.1.3.6.3 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen sozialer Organisation in Simbabwe**

Die Politik der rassistischen Segregation führte in Rhodesien bis zum Ende der siebziger Jahre zur Herausbildung ‚schwarzer Siedlungen‘ (African Townships). Nur in Sonderfällen – z.B. Hausangestellten – war es in dieser Zeit erlaubt, in den weißen Siedlungen zu wohnen. Die homogene afrikanische Bevölkerung in den ‚Townships‘ war aufgrund der rassistischen Diskriminierung nahezu identisch mit den unteren Einkommensgruppen.

Nach der Unabhängigkeit 1980 wurden die rassistischen Migrationsgesetze aufgehoben. Aufgrund der hohen Kosten für Wohnraum in den weißen Gebieten gelang es aber nur den wenigen wohlhabenden Afrikanern, dort Wohnraum zu erwerben oder anzumieten. Staatliche Investitionen führten zu einem verstärkten Wohnungsbau in den Townships.<sup>223</sup>

Die Haushalte in den Townships zeichnen sich durch eine ‚Multiokkupationalität‘ aus. So sind die Haushaltsvorstände häufig doppelt beschäftigt, d.h. sie haben neben ihrem ‚Hauptberuf‘ zusätzliche Einkommensgrundlagen. Gleichzeitig müssen oft alle erwerbsfähigen Familienmitglieder Einkünfte erwirtschaften. Formelle und informelle Tätigkeiten erweitern das Haushaltseinkommen. Subsistenzwirtschaftliche Betätigungen verbreitern die Konsumgüterversorgung. Das hohe Interesse an selbstständiger Arbeit ist dabei nur zum Teil ein Relikt bäuerlicher Tradition. Selbstständige Beschäftigung ist aufgrund mangelnder Arbeitsplätze im formellen Sektor – die offizielle Arbeitslosenquote lag im Jahr 2002 bei über 70 Prozent – in der Stadt eine wichtige Möglichkeit, Geld zu verdienen.<sup>224</sup> Zum anderen bieten selbstständige Berufe aufgrund der relativ unabhängigen Zeiteinteilung eher die Chance zum Nebenerwerb. Beschäftigungsverhältnisse als

---

<sup>223</sup> Vgl. Kersting, N. (1990): Demokratie und Armut in Zimbabwe. Politische Partizipation und urbaner Lebensstil. Münster, Hamburg, S. 177.

<sup>224</sup> Vgl. CIA (2005).

Kleinunternehmer machen dabei die Herausbildung eines Klassenbewusstseins im Sinne von Arbeiterbewusstsein schwierig.<sup>225</sup> Des Weiteren werden häufig Zimmer untervermietet, um das Einkommen zu erhöhen, auch wenn sich dadurch die Wohndichte in der eigenen Wohnung drastisch erhöht.

Die Streuung der verschiedenen Berufsfelder und Einkünfte ermöglicht es vielen Familien, in Krisenzeiten, z.B. im Krankheitsfall, bei drohender Entlassung oder Reallohnsenkung aufgrund hoher Inflation, ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Die Familie ist – ähnlich wie im bäuerlichen Bereich – Produktionsgemeinschaft und Schutzraum. Es ist aber kein Rückzug auf die Familie zu konstatieren. Auch die Nachbarschaften bieten soziale Sicherungsmechanismen. Gegenseitige Hilfe im Notfall ist häufig anzutreffen. Insbesondere bei der Kindererziehung sind nachbarschaftliche Arrangements notwendig. Diese Sicherungsmechanismen sind, vor allem für die häufig anzutreffende Gruppe der alleinstehenden und -erziehenden Frauen, wichtig, da sie ihrem Beruf nachgehen und die Kindererziehung bewerkstelligen müssen.<sup>226</sup>

In Simbabwe Townships zeigt sich eine Vielzahl von Selbsthilfe-Organisationen. Informelle Netzwerke sind zum Überleben notwendig. Die askriptiven ethnischen Bindungen und familiäre Bindungen in der Stadt bilden Anknüpfungspunkte zur Organisierung. Im Vordergrund stehen dabei organisationspezifische Zielsetzungen, die rekreative, ökonomische oder politische Ziele beinhalten können. Auch wenn die Notsituation zu individuellem Verhalten zwingt, zeigt sich, dass in den Organisationen ein starkes solidarisches Verhalten existiert, das aus gemeinsamen positiven Erfahrungen, von gemeinsamem Handeln im ruralen Kontext und im Bürgerkrieg resultiert. Für die Bewohner der Marginalsiedlungen ist die Notsituation in Zimbabwe nie so vehement lebensbedrohlich, dass nicht noch solidarische Kooperation, wenn auch auf niedriger Ebene, zur Überlebenssicherung möglich wäre.<sup>227</sup>

Soziale Organisierung war im Bürgerkrieg ein notwendiges Mittel zur Beseitigung des Apartheidsystems. Auch nach der Unabhängigkeit scheinen Selbsthilfe und Kooperation notwendig für den Entwicklungsfortschritt. Über die Organisierung können durch gemeinsames Handeln Ressourcen gespart und Kräfte freigesetzt werden.

Als ein Beispiel bezüglich der Mobilisierung von privaten Ressourcen als Selbsthilfe ist die aktive Teilnahme von Betroffenen an Wohnungsbauprogrammen in den 1980er Jahren zu nennen. Durch die Hilfe zur Selbsthilfe sollten die Investitionen individueller Ressourcen wie

---

<sup>225</sup> Vgl. Kersting, N. (1990), S. 180.

<sup>226</sup> Vgl. ebd., S. 181.

<sup>227</sup> Vgl. ebd., S. 182.

Arbeitsleistungen und Sparguthaben, aber auch anderer privater Ressourcen von Dritten, in den Wohnungsbau initiiert werden. Kollektive Selbsthilfe setzt eine Organisation der Gruppe und Kooperation wie auch Koordination der Tätigkeiten voraus, d.h. auch eine relative Zurücknahme der Eigeninteressen der einzelnen Mitglieder. Aber die soziale Kompetenz, d.h. Verbesserungen im Sozialverhalten zwischen den Beteiligten im Bezug auf solidarisches und verantwortungsvolles gemeinschaftliches Handeln, wird nicht gefördert.

## **5.2 Soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft**

In diesem Kapitel werden allgemeine theoretische Betrachtungen zu sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft angestellt, um zivilgesellschaftliche Prozesse verstehen und wissenschaftlich einordnen zu können. Daran anschließend beschäftigt sich die Arbeit mit gesellschaftlichen Bewegungen und Zivilgesellschaft in Afrika. In diesem Zusammenhang werden zwei spezifische Beispiele für zivilgesellschaftliche Organisationen in Simbabwe vorgestellt und diskutiert.

### **5.2.1 Zur Zivilgesellschaft**

Im Hinblick auf die Rolle von Mittlerorganisationen und -bewegungen und anderen wichtigen Gruppen, die wertvolle Beiträge zur allgemeinen Entwicklung verschiedener Gemeinschaften in der Welt geleistet haben, wurden verschiedene Untersuchungen durchgeführt. Die Entstehung von wichtigen Arbeitsgruppen in den Gemeinschaften ist auf die Motivation und Teilnahme engagierter Bürger eines Landes zurückzuführen, die üblicherweise der so genannten ‚Zivilgesellschaft‘ zugerechnet werden. Daher ist es notwendig, den Begriff und die Theorie der Zivilgesellschaft zu untersuchen und herauszufinden, inwieweit die Gesellschaft als Ganzes in allen Entwicklungsbereichen beeinflusst wird und auf welche Weise Organisationen, Gemeinschaften und andere Interessengruppen davon profitieren.

#### **5.2.1.1 Der Begriff der Zivilgesellschaft**

Verschiedene Autoren weisen darauf hin, dass der Begriff der Zivilgesellschaft erstmals von Aristoteles unter der Bezeichnung ‚politikè koinonía‘ (‚politische Gesellschaft/Gemeinschaft‘) erwähnt wurde.<sup>228</sup> Die Römer übersetzten diesen Terminus mit ‚societas civilis‘ ins Lateinische. Dem Begriff lag die Definition der ‚pólis‘ zugrunde, die als ‚téllos‘ (Ziel) des

Menschen als politischem Lebewesen, ‚zōon politikón‘, fungierte. ‚Politikè koinonía‘ wurde als öffentliche ethisch-politische Gemeinschaft freier und gleicher Bürger unter einem rechtlich bestimmten Regelungssystem verstanden. Das Recht an sich wurde jedoch als Ausdruck des ‚éthos‘ verstanden, d.h. einer gemeinsamen Menge von Normen und Werten, anhand derer politische Verfahren definiert wurden und die darüber hinaus grundsätzlich das Leben auf der Grundlage eines Katalogs bevorzugter Tugenden und Formen der Interaktion bestimmen. Aristoteles unterschied dabei nicht zwischen Staat und Gesellschaft.

### Der etymologische Standpunkt und kritische Würdigung

Der Begriff der Zivilgesellschaft (englisch: Civil Society) wurde aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Aus etymologischer Sicht stammt das englische Substantiv ‚society‘ (Gesellschaft) vom lateinischen ‚societas‘ ab, das von ‚socius‘, d.h. Kamerad, abgeleitet ist. Der Begriff ‚zivil‘ entstammt dem lateinischen ‚civilis‘, das auf ‚civis‘ zurückgeht – mit ‚civis‘ wird all das assoziiert, was mit dem ‚Bürger‘ in Zusammenhang steht. In der Vergangenheit wurde mit dem Status der Bürgerschaft die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaft besiegelt. Den Skeptikern mag dies ausreichen, um den Begriff als bloße Abstraktion ohne Substanz oder als ‚Verwahrungsort‘ für ein buntes Sammelsurium unterschiedlicher politischer Sehnsüchte zu verwerfen. Die Anhänger sehen dies wiederum möglicherweise als Symbol für die Reichhaltigkeit der Vorstellungen von der Zivilgesellschaft und für die Notwendigkeit weiterer Forschung an.

Die zeitgenössische Gesellschaftstheorie ist weitgehend zwischen Skeptikern und Anhängern gespalten: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die den Begriff der Zivilgesellschaft als Schwindel, Täuschung oder zu ungenau und daher nutzlos ablehnen, und auf der anderen Seite finden sich diejenigen, die ihn als nicht aktives Ideal und Dreh- und Angelpunkt für die Theorie der zeitgenössischen politischen Philosophie betrachten.<sup>229</sup>

In manchen Fällen führen beide Seiten in die Sackgasse. Erstens fällt es den Skeptikern schwer, die politische Kraft, die hinter der Idee der Zivilgesellschaft steht, nicht einfach nur als ein falsches Bewusstsein aufzufassen, und zweitens fällt es den gläubigen Anhängern schwer, das Phänomen der Gewalt in Zivilgesellschaften anders zu erklären als einfach nur Sündenböcke zu suchen, die für Deformationen verantwortlich gemacht werden. Der dritte Weg ist ein Weg, der die Gültigkeit des Begriffs der Zivilgesellschaft anerkennt, ohne ihn zu romantisieren und aus seinem gesellschaftlichen oder geschichtlichen Kontext herauszulösen.

---

<sup>228</sup> Vgl. Cohen, J. L., Arato, A. (1992): Civil Society and Political Theorie. MIT Press (UK), S. 84.

<sup>229</sup> Vgl. Bernard, A., Helmich H., Lehning P. B. (1998): Civil Society and International Development. OECD North-South Center, S. 111.

### Andere Vorstellungen von der Zivilgesellschaft

Es ist weitgehend anerkannt, dass die Verwendung des Begriffs der Zivilgesellschaft in der traditionellen Naturrechtstheorie sich erheblich von seiner Verwendung in der modernen Naturrechtstheorie unterscheidet. Während die traditionelle Naturrechtstheorie die Zivilgesellschaft der ‚politischen Gesellschaft‘ gleichstellte und als Gegenpol zum ‚Naturzustand‘ sah, sieht die moderne Naturrechtstheorie die Zivilgesellschaft als Mittler zwischen dem Privateigentum und dem Staat, der sich folglich von der politischen Gesellschaft und dem Staat abhebt. Im Verlauf der intellektuellen Schlachten zwischen Traditionalisten und Aufklärern wurde diese Unterscheidung zwischen der überkommenen und der neuen Vorstellung von der ‚Zivilgesellschaft‘ nicht bewusst von denjenigen formuliert, die diesen Terminus benutzten.

Die meisten zeitgenössischen Theoretiker, die den Begriff der Zivilgesellschaft verwenden, betrachten sich als Erben und Multiplikatoren des ursprünglichen aufklärerischen Begriffs. Hinter diesen theoretischen Erörterungen steckt die Vorstellung, dass die Ideen und Ideale der Aufklärung, die sich im Begriff der Zivilgesellschaft verdichten, nunmehr erwachsen geworden sind.

Der Begriff der Zivilgesellschaft wurde anhand der folgenden drei wichtigen theoretischen Ordnungskonzepte untersucht und verwendet:

- a. die Verwendung des Begriffs der Zivilgesellschaft in der zeitgenössischen Theorie der Zivilgesellschaft,
- b. seine Verwendung im Denken der Aufklärung (bzw. der modernen Naturrechtstheorie),
- c. seine Verwendung in der politischen Philosophie von Hegel und Marx, die dem Zeitalter der Aufklärung folgte.<sup>230</sup>

#### **5.2.1.2 Theorien der Zivilgesellschaft**

Es gibt keine genaue Definition der Theorie der Zivilgesellschaft. Verschiedene Ansätze entstanden in den 1980er Jahren und waren eng mit dem Kampf der mittel- und osteuropäischen Staaten gegen das sowjetische Imperium verknüpft. Das herausragende Merkmal dieser Theorie ist die Tatsache, dass die Zivilgesellschaft über allen anderen Aspekten und Situationen des gesellschaftlichen Lebens steht, da sie die Grund-

---

<sup>230</sup> Fine, R., Rai, S. (1997): Civil Society – Democratic Perspectives. London, S. 9.

voraussetzungen für Freiheit in der modernen Welt liefert. Ihr Programm besteht aus der Verteidigung der Zivilgesellschaft gegen die Aggression der sie belagernden Mächte: „Auf der einen Seite steht die politische Macht des Staates und auf der anderen die wirtschaftliche Macht des Geldes [Übers. d. Verfassers]“<sup>231</sup>

Fine und Rai zufolge sollte der Begriff der Zivilgesellschaft ursprünglich einen ‚dritten Weg‘ aufzeigen, der weder eine ‚sozialistische Utopie‘ noch eine ‚kapitalistische Utopie‘ darstellt, sondern die ‚Lebenswelt der Mitte‘ – geografisch gesprochen keinen östlichen oder westlichen, sondern einen mitteleuropäischen Weg. Bei der Theorie der Zivilgesellschaft handelt es sich um eine Theorie, die „[...] die Zivilgesellschaft gegenüber Kapitalismus und Sozialismus, freier Marktwirtschaft und Planwirtschaft sowie Amerikanismus und Russismus legitimiert [Übers. d. Verfassers].“<sup>232</sup> Die gemeinsame Basis der Theorie der Zivilgesellschaft besteht darin, dass diese mit Attributen wie Handlung, Kreativität, Aktivität, Produktivität, Freiheit, gemeinsame Interessen und das Leben an sich in Verbindung gebracht wird. Ungeachtet des Gegensatzes zwischen Leben und Tod, Aktivität und Passivität sowie Handlung und Struktur rechtfertigt die Theorie der Zivilgesellschaft das Primat der Zivilgesellschaft gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit. Sie hebt die Zivilgesellschaft als besonderen Bereich hervor – einen Bereich, der anerkannt, unterstützt und vor den disziplinierenden Kräften der Moderne geschützt werden muss. Den Verfassern zufolge ist die Theorie der Zivilgesellschaft nicht nur eine bloße Theorie der Zivilgesellschaft, sondern eine Theorie, die der Zivilgesellschaft ‚höhere Weihen‘ verleiht.

Drei verschiedene Theorien der Zivilgesellschaft wurden untersucht. Hierbei wird zwischen dem ‚radikalen‘, dem ‚soziologischen‘ und dem ‚ökonomischen‘ Typus unterschieden. Die drei unterschiedlichen Arten entwickelten sich im Verlauf der Kämpfe, die in Mittel- und Osteuropa gegen den Sozialismus ausgefochten wurden.<sup>233</sup>

#### **5.2.1.2.1 Das radikale Modell**

Im Zusammenhang mit der Erklärung des radikalen Modells werden verschiedene Einzelpersonen wie Vaclav Havel genannt. Havel verdeutlichte dieses Modell, indem er die „Ziele des posttotalitären Systems“ den „Lebenszielen“ gegenüberstellte. Sein Radikalismus beruhte auf der Annahme des Gegensatzes zwischen dem Leben, das sich im Wesentlichen in

---

<sup>231</sup> Ebd.

<sup>232</sup> Ebd.

<sup>233</sup> Vgl. ebd., S.10.

Richtung „[...] Pluralität, Vielfalt und unabhängiger Selbstbegründung und Selbstorganisation, d.h. in Richtung der Erfüllung seiner eigenen Freiheit [...] [Übers. d. Verfassers]“<sup>234</sup> bewegt, und dem posttotalitären System, das nach Anpassung, Einheitlichkeit und Disziplin verlangt und im Foucaultschen Sinne an einen ‚blinden Automatismus‘ erinnert. Die Grenzlinie zwischen dem Leben und dem System verläuft Havel zufolge durch jeden Menschen, da bei jedem die Fähigkeit zu leben mit der Bereitschaft verbunden ist, in der anonymen Masse aufzugehen und sich mit ihr zusammen bequem auf dem Fluss des Pseudo-Lebens treiben zu lassen.

Im Rahmen dieser metaphysischen oder existenziellen Revolutionen scheint die herkömmliche parlamentarische Demokratie keine Lösungen anzubieten, da Volksparteien sich in Bezug auf die Verhinderung der demokratischen Partizipation der Bürger ebenso geschickt verhalten wie posttotalitäre Gesellschaften. Die Wurzeln der von Havel angestrebten ‚postdemokratischen‘ Gesellschaft liegen vielmehr in den informellen, nicht bürokratischen, dynamischen und offenen Gemeinschaften, aus denen die alternative ‚pólis‘ besteht und die sinnvollen ‚postdemokratischen‘ Strukturen vorausgehen. So betrachtet revoltierte die Theorie der Zivilgesellschaft gegen die Technologie; man berief sich auch nur deshalb auf deren Rechtmäßigkeit, um sie letztlich zu überwinden. Im Grunde genommen wurden im Zuge eines postmodernen Aktivismus, der eher nach den Prinzipien der ‚Politik des Seins‘ im Heideggerschen Sinne betrieben wurde, sämtliche Ikonen der Moderne angegriffen.<sup>235</sup>

Nach Auffassung der Wissenschaftler lautet die politische Prämisse dieser Form der Theorie der Zivilgesellschaft, dass alles, was mit öffentlichen Angelegenheiten zu tun hat, von unten mit Leben erfüllt werden muss, d.h. von den Menschen selbst und nicht von der institutionellen Form des Staates. Die liberale Demokratie im herkömmlichen Sinn scheint dem Problem der Relikte des staatlichen Sozialismus keine Lösungen entgegenzusetzen. Stattdessen ist eine weit radikalere Lösung vonnöten, d.h. „[...] die Vorstellung, dass die Wahrheit nicht objektiv bekannt oder von Wissenschaftlern entdeckt, sondern nur aus dem Inneren her gelebt und gefühlt werden kann, und dass das dunkle Geschäft der Politik einer Ethik der Verantwortung weichen muss, innerhalb derer die Befriedigung von Bedürfnissen und das rationale Handeln des Staates der Realisierung einer sinnvollen Beziehung untergeordnet ist [Übers. d. Verfassers].“<sup>236</sup>

---

<sup>234</sup> Ebd.

<sup>235</sup> Vgl. ebd., S. 11.

<sup>236</sup> Ebd.

Durch die Ankündigung des Endes der Politik entwirft die Theorie der Zivilgesellschaft das Bild von der Zivilgesellschaft als der Inkarnation des ethischen Lebens und bringt ihre Vorbehalte gegenüber den Politikern zum Ausdruck, deren Machtstreben als Ursache von Gewalt angesehen wird. Es herrscht allgemein Übereinstimmung, dass die Sakralisierung der Zivilgesellschaft parallel zur Dämonisierung der Politik verläuft.

#### **5.2.1.2.2 Das soziologische Modell**

Dieses Modell bringt einige neue, im Vergleich mit dem existenzialistischen Typus praktischere Punkte hervor. Die Theorie der Zivilgesellschaft geht auf der Suche nach einem Modus vivendi mit den politischen und wirtschaftlichen Institutionen der Moderne, der diese nicht ersetzt, in einer vorsichtigeren und soziologischen Form vor. An dieser Stelle wird die Forderung erhoben, der Zivilgesellschaft den ihr zustehenden Platz und Anteil in der modernen Welt zuzugestehen. Jean L. Cohen und Andres Arato beziehen sich auf Habermas, der zwischen der posttraditionalen und der traditionellen Vorstellung von der Zivilgesellschaft unterscheidet, wobei er nur dem posttraditionalen Begriff Rechtmäßigkeit zusprach.

Die traditionellen Vorstellungen von der Zivilgesellschaft vermitteln die Idee der historischen Tiefe, in der sich Gemeinschaften, menschliche Bindungen, öffentliche Einrichtungen und nationale Kulturen über lange Zeiträume bilden und auch den repressivsten politischen Systemen zu widerstehen vermögen. Die Formen der gemeinsamen Identität und Verbindung, die durch sie zum Ausdruck kommen, erscheinen als historisches Grundgerüst, dessen Fundamente so tief reichen, dass sie durch vorübergehende politische und wirtschaftliche Einflussfaktoren nicht untergraben werden können.<sup>237</sup>

Nach Robert Fine und Shirin Rai fasste Habermas diese These in das binäre Vokabular einer großen Welt, die von kolonialen Systemen bedrängt wird: die Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher Integration, die auf der Ebene der Handlungen und Kommunikation stattfindet, und systembedingter Integration, die auf der funktionalen Ebene geschieht.<sup>238</sup>

Die wirtschaftlichen und politischen Systeme werden als Domäne von Geld und Macht wahrgenommen, die durch ihre zunehmende Verbreitung und Komplexität von kommunikativen Handlungen abgekoppelt sind. Sobald die gesellschaftlichen Systeme den Rahmen der Lebenswelt sprengen, ersetzen und entwerten sie die kommunikativen Prozesse

---

<sup>237</sup> Vgl. Cohen, J. L., Arato, A. (1992), S. 210.

<sup>238</sup> Vgl. Fine, R., Rai, S. (1997), S. 12.

der Herstellung eines Einverständnisses und sind nur für das ‚kontraintuitive Wissen‘ der Gesellschaftswissenschaftler zugänglich.<sup>239</sup>

### 5.2.1.2.3 Das ökonomische Modell

Das ökonomische Modell steht in Zusammenhang mit den Abhandlungen von Ernest Gellner. Seine Erwartungen richteten sich auf die Ablösung des Zentralismus durch einen neuen Pluralismus, und er unterschied zwischen der modernen Vorstellung von einer pluralistischen Zivilgesellschaft, die auf der Trennung von Politik und Wirtschaft beruht, und dem traditionellen Pluralismus der Segmentalität. Er begrüßte die Vorstellung, dass die bürgerliche Zivilgesellschaft Träger der Moral und wirtschaftlicher Vorteile sei, was in der durch den Austausch von Gütern bewirkten Ausweitung der Arbeitsteilung begründet liegt. Gellner zufolge bestand die Einsicht der politischen Ökonomie darin, dass diese neue kommerzielle Gesellschaft nicht nur den stetigen Anstieg des Reichtums der Nationen einleitet, sondern auch einer politisch und kulturell zivilisierten Gesellschaft den Weg bereitet. Der Schlüssel zu den politischen Errungenschaften der Zivilgesellschaft, so behauptet Gellner, liegt in der Trennung von Reichtum und Macht. Gellner erkennt darüber hinaus an, dass die Zivilgesellschaft zwar eine amoralische Ordnung ist, dies sich aber gleichzeitig als ihre Stärke erweist.<sup>240</sup>

Fullinwider vertrat die Auffassung, dass die Zivilgesellschaft keine Alternative zum demokratischen Staat, sondern den Freiraum bietet, in dem demokratische Haltungen kultiviert und demokratisches Verhalten konditioniert werden. Die Zivilgesellschaft ist kein Synonym für die Marktwirtschaft, sondern ein Gegenpol zum kommerziellen Nutzen des „unzivilisierten Marktes“.<sup>241</sup> Seiner Ansicht nach ist die bürgerliche Welt in zwei Zellen unterteilt, d.h. zwei rivalisierende und weitgehend unvereinbare öffentliche und private Sektoren: ‚die‘ (öffentlich) und ‚wir‘ (privat). Dabei umfasst die erste Kategorie den Herrschaftsbereich des Staates und seiner Institutionen und die zweite Kategorie alles andere, was in unserem Vorstellungsbereich liegt: von der individuellen bis zur gesellschaftlichen Organisation und von wirtschaftlichen Kooperationen bis zu zivilen Verbänden. Diese Sichtweise geht mit der Überzeugung einher, dass der öffentliche Sektor durch Freiheit beschrieben wird (der Markt ist die Freiheit und Bedingung für die Privatsphäre und Individualität). Der öffentliche und private Sektor stehen einander in einem Nullsummenspiel

---

<sup>239</sup> Vgl. ebd.

<sup>240</sup> Vgl. ebd.

<sup>241</sup> Vgl. Fullinwider, R. K. (1999): *Civil Society, Democracy and Civil Renewal*. New York, S. 9.

gegenüber, in dem eine Veränderung des einen Teils eine gleichwertige Veränderung des anderen Teils bedingt.<sup>242</sup>

#### **5.2.1.2.4 Die kommunitaristische Sichtweise**

Der Darstellung von Fine und Rai zufolge gingen die Kommunitaristen von der Voraussetzung aus, dass die meisten Verbindungen des Menschen eher als gegeben (askriptiv) denn als gewählt (freiwillig) anzusehen sind.<sup>243</sup> Demnach kommen wir als Juden oder Katholiken auf die Welt – ebenso wie wir als Mann oder Frau geboren werden. Bei der Gestaltung der Gemeinschaften, in die wir hineingeboren werden, spielen wir nur eine kleine Nebenrolle, und diese Gemeinschaften verfügen größtenteils über das, was wir als natürlichen und nicht als instrumentellen Daseinszweck bezeichnen. Obwohl selbst die natürlichsten Verbindungen auf in grauer Vorzeit begründeten Zusammenschlüssen beruhen können (Traditionen und alteingesessene Gemeinschaften sind ebenfalls gesellschaftliche Konstrukte), werden traditionelle Gemeinschaften durch die Zeit und Traditionen in einem Maß sanktioniert, wie es utilitaristische, durch Vertragsschluss entstandene Organisationen niemals erreichen können.

#### **5.2.1.3 Betrachtung zum ‚ehrenamtlichen Sektor‘**

Don Eberly hat präzise Vorstellungen hinsichtlich der Bedeutung, der Ursprünge und Anwendungsbereiche der Zivilgesellschaft vermittelt. Seiner Ansicht nach könnte die Wiederentdeckung des nichtstaatlichen Sektors, der von manchen auch als ehrenamtlicher bzw. gesellschaftlicher Sektor bezeichnet wird, die wichtigste Entwicklung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sein. Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung erkennen die Amerikaner, dass der aus Familie und Nachbarschaft sowie ehrenamtlichen Organisationen und einer großen Vielfalt bürgerlicher Unternehmen bestehende gesellschaftliche Bereich wichtiger und unersetzlicher Bestandteil des demokratischen Experiments in Amerika ist.<sup>244</sup>

Nur wenige Dinge spielen in der gesellschaftlichen Ordnung der Vereinigten Staaten eine größere Rolle als die Dynamik der ehrenamtlichen Organisationen in Bezug auf die Stärkung der Gesellschaft. Viele der großen gesellschaftlichen Reformbewegungen in der Geschichte – unabhängig davon, ob sie auf Hebung der Moral, Gerechtigkeit für Frauen und Kinder oder

---

<sup>242</sup> Vgl. ebd., S. 12.

<sup>243</sup> Vgl. Fine, R., Rai, S. (1997), S. 14.

<sup>244</sup> Eberly, D. (2000): The essential Civil Society Reader. New York, S. 3.

die Beseitigung von Armut und Leid abzielten – wurden von ehrenamtlichen Organisationen gesteuert.

Noch wichtiger als die praktischen Funktionen der Zivilgesellschaft ist die Rolle dieses Sektors bei der Pflege der Bürgerrechte und der Schaffung demokratischer Werte. Diese Rolle ist in der Zivilgesellschaft fest verankert. Die wichtigsten und vertrautesten Institutionen, die Kinder zu Erwachsenen sozialisieren und die private Einzelperson zum öffentlichen Bürger machen, sind ebenfalls fest in der Zivilgesellschaft verankert. Dank seiner öffentlichen, aber nicht staatlichen Natur stellt der gesellschaftliche Sektor der bürgerlichen Gesellschaft den öffentlichen Raum zur Verfügung, in dem die Menschen durch die Ausübung wichtiger demokratischer Gewohnheiten wie Vertrauen, Zusammenarbeit und Kompromissen Erfahrungen sammeln. Die Geschichte des großen Netzes an ehrenamtlichen Organisationen und Aktivitäten in den USA wird seit langem als wichtigste Quelle der Einzigartigkeit und Stärke Amerikas angesehen. Nur wenige haben erkannt, dass diese bürgerliche Vitalität untrennbar mit anderen typischen Eigenschaften der Vereinigten Staaten verbunden ist, z.B. mit der Tradition der eingeschränkten Rolle des Staates und der Trennung von Kirche und Staat. Seit jeher wurde die Arbeit für die Bürger in den USA hauptsächlich durch den Einzelnen und nicht ausschließlich oder hauptsächlich durch den Staat geleistet sowie durch religiöse Laien und weniger – wie in Europa – durch den Klerus erbracht. Zum großen Teil resultierten gesellschaftliche Veränderungen in Amerika aus dem Engagement einzelner besorgter Bürger, die sich mit anderen zusammenschlossen.<sup>245</sup>

Vieles deutet auf eine Wiederbelebung des gesellschaftlichen Sektors hin, z.B. das neu entstandene soziale Unternehmertum und eine öffentliche Debatte, in deren Mittelpunkt unvermittelt die Zivilgesellschaft und die Hilfe der Gemeinschaft stehen. Darüber hinaus scheint die Theorie der Zivilgesellschaft in einer Reihe gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen eine Renaissance zu erleben. Die Erneuerung der Zivilgesellschaft ist ebenfalls Gegenstand einer zunehmend populären Bewegung. Ungeachtet ihrer vielfältigen Ausprägungen wird der Bewegung nachgesagt, sie verfolge verschiedene, miteinander verknüpfte Ziele: Sie spiegelt die Suche nach einer neuen Form des bürgerlichen Zusammenlebens wider, die weniger auf eigene Interessen fixiert und ziviler ist und größeres bürgerliches Engagement zeigt. Die Zivilgesellschaft ist der Rahmen, der die Versuche zur Wiederherstellung gemeinschaftlicher Institutionen vorgibt, mit deren Hilfe der Geist des freiwilligen Engagements und verantwortungsvollen Bürgertums zurückgewonnen werden soll.

---

<sup>245</sup> Vgl. ebd., S. 4.

Angesichts dieser verschiedenartigen und sogar miteinander konkurrierenden Vorstellungen mag man sich fragen, ob das neu erweckte Interesse an der Zivilgesellschaft überhaupt etwas Neues ist. Skeptiker werden die Frage aufwerfen, ob die Zivilgesellschaft auch ein öffentlich nützliches Konzept vertritt oder doch nur nützliches rhetorisches Mäntelchen einer im Grunde genommen identischen ideologischen Debatte ist.

Für die meisten Gelehrten ist der gesellschaftliche und demokratische Zweck, dem die ehrenamtlichen Organisationen dienen, von vorrangigem Interesse. Eine gesunde Zivilgesellschaft bringt ‚Nebenprodukte‘ hervor, die für die Nachhaltigkeit der Demokratie erforderlich sind.<sup>246</sup> Neben der Durchführung vieler praktischer Dinge erfüllen die Institutionen der Zivilgesellschaft Eberly zufolge drei Aufgaben:

- Vermittlung zwischen dem Einzelnen und den großen Megastrukturen des Marktes und des Staates sowie Abfederung der damit einhergehenden negativen gesellschaftlichen Tendenzen,
- Erzeugung wichtigen gesellschaftlichen Kapitals,
- Weitergabe demokratischer Werte und Gewohnheiten.<sup>247</sup>

Die Zivilgesellschaft knüpft gesellschaftliche Bindungen und schafft ein Gefühl der beiderseitig bestehenden Verpflichtung, isolierte Individuen in eine größere Gruppe einzufügen und verschiedene Individuen zu Zwecken zusammenzuschließen, die über ihre privaten Interessen hinausreichen. Eberlys Auffassung nach ist es kaum möglich, um die Zivilgesellschaft herum Grenzen zu errichten, die jeden zufriedenstellen. Einige befürworten die Einbeziehung der Marktwirtschaft in die Bestimmung des Begriffs der Zivilgesellschaft – schließlich sei auch der wirtschaftliche Bereich einer Gesellschaft eine freiwillige und spontane Ordnung. Ebenso wie die Zivilgesellschaft ist die Wirtschaft ein Bereich des Austauschs zwischen Menschen, der sich weitgehend staatlicher Kontrolle entzieht. Darüber hinaus kommt es zu Überschneidungen zwischen dem Markt in seiner Funktion als Ideenträger intellektueller Güter und der Zivilgesellschaft.

### **5.2.2 Motive gesellschaftlicher Bewegungen und Organisationen in Afrika**

Da die meisten gemeinnützigen Bewegungen bzw. Organisationen in Afrika mehr oder weniger mit gesellschaftlichen Bewegungen verknüpft sind, muss die Diskussion über diese

---

<sup>246</sup> Vgl. ebd., S. 7.

Bewegungen an den Anfang gestellt werden. Bei den meisten gesellschaftlichen Bewegungen in Afrika handelt es sich um gemeinschaftliche Bemühungen von Gruppen, die offiziell oder inoffiziell politische Ziele verfolgen. Sie streben zumindest teilweise mithilfe der offiziellen Einrichtungen von Staaten und Regierungen politische Veränderungen an und bewegen sich außerhalb der offiziellen politischen Bühne.

### **5.2.2.1 Charakteristika der Bewegungen**

Wie durch die Bezeichnung bereits impliziert, liegen die Wurzeln von gesellschaftlichen Bewegungen in gesellschaftlichen Beziehungen oder Handlungsweisen. Ihre Ziele und Handlungsweisen sind indessen politischer Natur. Innerhalb der politischen Geografie lag der Schwerpunkt der Betrachtung der Beziehungen zwischen einzelnen Personen und der Politik häufig auf Wahlen und in letzter Zeit zunehmend auf dem Bürgertum.<sup>248</sup> Diese Gewichtung stärkt in gewisser Weise den liberaldemokratischen Ansatz der Betrachtung legitimer Politik als formalisierte und eingeschränkte Beziehung zwischen dem Einzelnen und dem Staat. Die Betonung der Bedeutung gesellschaftlicher Bewegungen hingegen stellt die Grenzen des herkömmlichen Politikbegriffs in Frage.

Die meisten gesellschaftlichen Bewegungen ziehen viele der als selbstverständlich erachteten Annahmen über die gegenwärtige Verteilung der gesellschaftlichen und politischen Macht und die mutmaßliche Rechtmäßigkeit vorhandener politischer Institutionen und Praktiken in Zweifel. In einigen Fällen beschäftigen sich gesellschaftliche Bewegungen mit dem Versuch der Verankerung liberaler politischer und bürgerlicher Rechte (dies trifft z.B. auf die Bewegungen zu, die den Zusammenbruch der sozialistischen Regime in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa bewirkten). In anderen Fällen wiederum hinterfragen sie die Diskrepanz zwischen den im Rahmen des jeweiligen politischen Systems formal gewährten Freiheiten und Rechten und der Beobachtung, dass in der Praxis nicht alle Gruppen gleichermaßen von diesen Freiheiten und Rechten profitieren. Einige radikalere gesellschaftliche Bewegungen versuchen gar, die gesamte Ausgangsebene der konventionellen Politik in Frage zu stellen.

Es erscheint sinnvoll, mit der Definition des Begriffs der ‚gesellschaftlichen Bewegung‘ zu beginnen. Gesellschaftliche Bewegungen kann man als Gruppen von Menschen bezeichnen, die gemeinsame Ziele verfolgen, deren Verwirklichung gesellschaftliche und/oder politische Veränderungen beinhalten oder erfordern. Sie grenzen sich somit von Vereinen oder

---

<sup>247</sup> Vgl. ebd., S. 7.

gemeinnützigen Organisationen ab, die keine politischen Ziele haben, und von religiösen Bewegungen, sofern diese nicht weltliche politische Ziele verfolgen. Giddens zitiert in diesem Zusammenhang Herbert Blumers Definition des Begriffs der gesellschaftlichen Bewegungen als „[...] kollektive Unternehmung zur Herstellung einer neuen Lebensordnung [...]“.<sup>249</sup> Die Unternehmung ist als kollektiv zu betrachten, da Menschen gemeinsam und nicht als Individuen handeln und eher auf die Herstellung gesellschaftlicher und politischer Veränderungen (d.h. einer neuen Lebensordnung) als etwa das reine Zusammenleben in der Gesellschaft hinwirken. Gesellschaftliche Bewegungen unterscheiden sich daher entsprechend in Bezug auf den Umfang der angestrebten Veränderungen und die Teile der Gesellschaft, die Veränderungen als notwendig erachten. Während eine revolutionäre Bewegung möglicherweise die gesamte vorhandene gesellschaftliche Ordnung auf den Kopf zu stellen versucht, tritt beispielsweise eine Bewegung für eine Wahlrechtsreform lediglich für die Erweiterung politischer Rechte innerhalb der vorhandenen politischen Rahmenbedingungen ein.

### **5.2.2.2 Charakteristika gesellschaftlicher Bewegungen**

Der Wunsch, Veränderungen herbeizuführen, bringt ein weiteres Charakteristikum gesellschaftlicher Bewegungen zum Vorschein: Sie sind oppositionell, d.h. sie stellen sich einem oder mehreren Teilen der vorhandenen gesellschaftlichen und politischen Ordnung entgegen. Dadurch stehen sie im Konflikt mit anderen gesellschaftlichen Gruppen oder Institutionen, die diese Teile bewahren wollen. Darüber hinaus resultiert dieser Konflikt in der Regel aus allgemeineren Interessenkonflikten in der gesamten Gesellschaft bzw. spiegelt diese wider. Einige gesellschaftliche Bewegungen werden somit als auf ein ‚Einzelthema‘ bezogen betrachtet, da sie sich um eine bestimmte Trennlinie innerhalb der Gesellschaft herum organisieren und den Schwerpunkt ihrer Arbeit in diesen Bereich legen.<sup>250</sup>

Im Gegensatz dazu werden die etablierten politischen Parteien gelegentlich von gesellschaftlichen Bewegungen abgegrenzt, da sie themenübergreifend und auf breiter Basis agieren (nicht zuletzt deshalb, weil eine Regierung sich mit der ganzen Bandbreite der politischen Fragen in einer Gesellschaft und nicht nur den auf ein bestimmtes Thema bezogenen auseinandersetzen muss). Diese Unterscheidungen werden zuweilen situationsbedingt und entsprechend den Umständen der Gründung der Bewegung flexibel

---

<sup>248</sup> Vgl. Painter J. (1995): Political Geography: A critical Perspective. London, S. 151.

<sup>249</sup> Cloward, A., Fox, F. P. (1977): Poor People's Movements. Why they succeed, how they fail. MIT Press (UK), S. 125.

gehandhabt. Allerdings können in manchen Fällen Bewegungen zu politischen Parteien werden und umgekehrt manche politischen Parteien nur ganz bestimmte Interessengruppen vertreten. Die Auffassungen gesellschaftlicher Bewegungen, die sich auf den ersten Blick auf ein ‚Einzelthema‘ beziehen, können in Wirklichkeit gesamtgesellschaftliche Ansichten beinhalten und die Grundlage für politische Vorschläge bilden, die eine ganze Reihe von Themen abdecken. Ein treffendes Beispiel dafür ist die Frauenbewegung, die sich auf den ersten Blick für ein einzelnes Thema zu engagieren scheint (‚Frauenrechte‘), in sich aber viele Facetten des Feminismus birgt, die eine kritische Sichtweise in Bezug auf viele Aspekte des gesellschaftlichen und politischen Lebens beinhalten: die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, militärische Aktivitäten und die Organisation des Staates an sich, Sozialfürsorge und Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Die politische Praxis beinhaltet Strategien. Häufig unterscheiden sich die politischen Auswirkungen und die aus strategischen Handlungen resultierenden politischen Veränderungen von den ursprünglich beabsichtigten Veränderungen. Dies gilt bis zu einem gewissen Grade für gesellschaftliche Bewegungen – ihr Einfluss lässt sich im Voraus weder genau abschätzen noch kontrollieren. Einige können von Anfang an relativ gut überlegte und zielgerichtete Strategien entwickeln, die politische Effekte hervorrufen sollen. Dies führt zu einem weiteren wichtigen Merkmal, das Giddens als „[...] reflexive monitoring of action [...]“ bezeichnet hat. Giddens zufolge ist die ‚reflexive Steuerung‘ ein konstantes Merkmal allgemeinen gesellschaftlichen Lebens.<sup>251</sup> Seine Aussage lautet, dass wir im täglichen Leben uns selbst und unsere Handlungen beobachten und unsere zukünftigen Handlungen dem Wissen anpassen, das wir über uns selbst, andere und unsere Umgebung erworben haben. Meistens, so behauptet er, denken wir nicht darüber nach. Eines der herausragenden Merkmale gesellschaftlicher Bewegungen ist, dass der Prozess der reflexiven Selbstregulierung impliziter und weiter entwickelt ist als das tägliche Leben. Die an gesellschaftlichen Bewegungen Mitwirkenden wollen einen bestimmten Effekt für die Gesellschaft als Ganzes bewirken, und dies impliziert den bewussten Versuch, die Handlungen der Bewegung vor dem Hintergrund der Bewertung ihrer in der Vergangenheit erzielten Erfolge und Misserfolge zu steuern.

---

<sup>250</sup> Vgl. Painter, J. (1995), S. 153.

<sup>251</sup> Aguirre, B. E., Curtis, L. C. (1993): *Collective Behaviour and Social Movements*. Allyn and Bacon (USA), S. 43.

### 5.2.2.3 Gesellschaftliche Bewegungen und Organisationen – Unterschiede

Gesellschaftliche Bewegungen sind „[...] zum Teil aufgrund ihrer räumlichen Beziehungen [...]“<sup>252</sup> von Organisationen zu unterscheiden. Organisationen, so Giddens, sind gemeinhin innerhalb begrenzter „[...] lokaler Einheiten tätig.“<sup>253</sup> Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass bestimmte Organisationstypen wie das Militär, Unternehmen, Krankenhäuser und Gefängnisse ein bestimmtes Milieu haben, das in einem gewissen Umfang ihre Aktivitäten strukturiert: die Kaserne im Fall des Militärs, Fabriken und Bürogebäude bei Unternehmen, Krankenstationen, Ambulanzen und Operationssäle in Krankenhäusern sowie Zellen und Wachhäuschen in Gefängnissen. Eine genaue Trennlinie kann an dieser Stelle möglicherweise nicht gezogen werden, und einige moderne Organisationen lösen sich auch allmählich aus der geografischen Beengtheit heraus, die der Begriff ‚lokale Einheiten‘ impliziert. Andererseits sind gesellschaftliche Bewegungen offenbar weniger institutionalisiert als viele Organisationen: Ihr Organisationsgrad scheint geringer zu sein, wenngleich gesellschaftliche Bewegungen durchaus Eigenschaften von Organisationen annehmen und sich institutionalisieren können. So besteht die Arbeiterbewegung, die von einigen Wissenschaftlern als archetypische Bewegung angesehen wird, in vielen Ländern weitgehend aus offiziellen Organisationen: den Gewerkschaften. In ähnlicher Weise verfügt auch die Frauenbewegung über Organisationen, auch wenn diese weiter gestreut sind: von eher informell organisierten örtlichen Protestgruppen bis zu größeren Institutionen wie die Women’s Action Group in Simbabwe.

Gesellschaftliche Bewegungen entstehen häufig durch ein Bewusstsein, das auf den Problemen des täglichen Lebens beruht, und können sich zu eigenständigen größeren politischen Institutionen entwickeln (z.B. politischen Parteien). Darüber hinaus stellen sie eine wichtige Verbindung zwischen inoffizieller und offizieller Politik her, indem sie dafür sorgen, dass bestimmte Themen aus dem nicht offiziellen Bereich auf die offizielle politische Tagesordnung gesetzt werden. Sie erwirken die direkte Beteiligung des einzelnen Bürgers am politischen Prozess.

Moderne politische Parteien weisen sicherlich einige dieser Charakteristika auf, da sie in der Regel versuchen, sich zu Massenorganisationen zu entwickeln. Viele von ihnen sind ursprünglich aus gesellschaftlichen Bewegungen entstanden. So stammt die Movement for Democratic Change (MDC), die zwischenzeitlich zu einer sehr starken Oppositionspartei in Simbabwe geworden war, aus der Arbeiterbewegung, dem Zimbabwe Congress of Trade

---

<sup>252</sup> McAdam, G., Marx, G. T. (1994): *Collective Behaviour and Social Movements – Process and Structure*. Kopenhagen, S. 2.

Unions (ZCTU). Auf der anderen Seite verlieren politische Parteien einige der eindeutigen Merkmale gesellschaftlicher Bewegungen, sobald sie ernsthafte Kandidaten für die Übernahme von Regierungsverantwortung werden, und werden in gewisser Weise ein Teil des Staates. Als Teil des vorhandenen ‚Systems‘ werden sie so mit einiger Wahrscheinlichkeit zum Ziel der oppositionellen Handlungen der gesellschaftlichen Bewegungen, die sich außerhalb des parlamentarischen Bereichs bewegen und versuchen, ‚das System‘ zu verändern, anstatt sich ihm anzuschließen.

Sozialwissenschaftler wie McAdam weisen oft darauf hin, dass gesellschaftliche Veränderungen das Resultat gesellschaftlicher Kämpfe sind und in der Geschichte politische Maßnahmen, die als ‚progressiv‘ angesehen werden, in den seltensten Fällen ‚von oben‘ eingeleitet werden, sondern von unten erkämpft werden müssen.<sup>254</sup> Kampf und Widerstand können in vielfältiger Form ausgetragen werden: vom Graffiti bis zur Revolution. Kämpfe führen in der Regel nur dann zu größeren gesellschaftlichen Veränderungen, wenn sie durch gesellschaftliche Bewegungen kanalisiert werden. Man kann die Art und Weise verändern, in der eine Gesellschaft funktioniert, aber es ist sehr schwierig, dies als Einzelner zu tun.

#### **5.2.2.4 Bestimmung des Begriffs ‚Gesellschaftliche Bewegungen‘**

Die Denkmodelle zur Bestimmung des Begriffs ‚Gesellschaftliche Bewegungen‘ werden in der Regel in zwei große Kategorien unterteilt. Einige Denkmodelle beruhen auf den objektiven Gegebenheiten, die zur Entstehung gesellschaftlicher Bewegungen führen, andere wiederum legen den Schwerpunkt auf die subjektiven Erfahrungen, die Menschen dazu bewegen, sich gesellschaftlichen Bewegungen anzuschließen und sich in diesen zu engagieren.<sup>255</sup>

Zum einen gibt es Denkmodelle, deren Schwerpunkt auf den objektiven Gegebenheiten liegt, die zur Entstehung gesellschaftlicher Bewegungen führen. Wenn zum Beispiel eine bestimmte ethnische Gruppe gegenüber einer anderen systematisch wirtschaftlich benachteiligt wird, kann daraus eine ethnisch-nationalistische Bewegung entstehen. Systematische Benachteiligungen, die die Entstehung gesellschaftlicher Bewegungen begünstigen, werden in manchen Fällen als Produkt bewusster Diskriminierung und gelegentlich auch als Produkt der strukturellen Eigentümlichkeiten des gesellschaftlichen Systems aufgefasst. Als Beispiel für die erste Kategorie könnte man die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika anführen, da die

---

<sup>253</sup> Vgl. Painter, J. (1995), S. 154.

<sup>254</sup> Vgl. McAdam, G., Marx, G. T. (1994), S. 3.

Apartheid als wohlüberlegte und bewusste Strategie der weißen Minderheit zur Kontrolle der Gesellschaft nach ihren eigenen Interessen und gegen die Interessen der schwarzen Mehrheit betrachtet werden kann. Ein Beispiel für die zweite Kategorie ist eine Variante des klassischen marxistischen Ansatzes in Bezug auf die Analyse der Klassen im Kapitalismus, gemäß dem die Nachteile, unter denen die Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie zu leiden hat, als Produkt der ‚Logik‘ des Prozesses der Anhäufung von Kapital angesehen wird. Dieser Betrachtungsweise zufolge ist die Entstehung der Arbeiterbewegung auf die objektiv entgegengesetzten Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie zurückzuführen.

Zum anderen gibt es Denkmodelle, die auf der Entwicklung eines subjektiven Gefühls der Zusammengehörigkeit einer Gruppe oder einer durch eine Gruppe subjektiv empfundenen Benachteiligung beruhen. Bei der Analyse nationaler Bewegungen würde diese Sichtweise beispielsweise die Bedeutung des Gefühls der Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationalen Gemeinschaft betonen. Im Zusammenhang mit dem Beispiel der Arbeiterbewegung läge der Schwerpunkt auf der Entstehung eines Klassenbewusstseins.

Beide Sichtweisen haben eine gewisse Berechtigung. Natürlich haben die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Bewegungen entstehen und agieren, erhebliche Auswirkungen auf deren Strategien und Erfolge. Da politische Bewegungen aus engagierten Einzelpersonen bestehen, ist in gleichem Maße die Politik gesellschaftlicher Bewegungen zum Teil Resultat der Sichtweisen, Emotionen und Wahrnehmungen derjenigen, die diese Bewegungen gestalten. Beide Sichtweisen haben jedoch auch ihre Grenzen. Wenn man die objektiven Gegebenheiten besonders in den Vordergrund stellt, ist nicht leicht zu erklären, warum gesellschaftliche Bewegungen in bestimmten Situationen entstehen, in anderen aber wiederum nicht, obwohl objektiv betrachtet gleiche Gegebenheiten zu existieren scheinen.<sup>256</sup>

### Weitere Entwicklungen

Es scheint erforderlich, die Bedeutungen, die gesellschaftlichen Bewegungen innewohnen, die Motive ihrer Mitglieder sowie ihre Arbeitsweisen, Ressourcen und organisatorischen Möglichkeiten zu verstehen, um der Entwicklung und den Auswirkungen gesellschaftlicher Bewegungen in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Gesellschaften in Gruppen unterteilt sind, die sowohl Ziel gesellschaftlicher Diskriminierung als auch Quelle emotionaler, kultureller und politischer Kraft sein können. Allerdings bilden

---

<sup>255</sup> Vgl. Chapman, P. G., Baker, K. M. (1992): The Changing Geography of Africa and the Middle East. London, S. 32.

<sup>256</sup> Vgl. Painter, J. (1995), S. 157.

diese Gruppen nicht immer die Grundlage gesellschaftlicher Bewegungen, und nicht alle gesellschaftlichen Bewegungen sind in gleichem Maße erfolgreich. Gelegentlich muss man den Politisierungsprozess dieser Bewegungen betrachten, der durch Diskurs und die durch sie zu mobilisierenden Ressourcen entsteht, um den Aufstieg gesellschaftlicher Bewegungen und ihr Erfolgsgeheimnis erklären zu können.

#### **5.2.2.5 Fazit**

Obgleich Bewegungen bestimmte gemeinsame Merkmale aufweisen, sind moderne gesellschaftliche Bewegungen höchst facettenreich. Abgesehen von den gesellschaftlichen Bewegungen, die auf Gruppenidentitäten innerhalb einer Gesellschaft beruhen, z.B. Geschlecht, Klasse oder Volkszugehörigkeit, gibt es bedeutsame gesellschaftliche Bewegungen, die nicht so einfach in das Schema der gesellschaftlichen Identität bzw. Gruppe passen. Die Umwelt- und Friedensbewegungen beispielsweise beziehen ihre Daseinsberechtigung aus den als universell gültig angesehenen menschlichen Werten, z.B. das Überleben der Spezies Mensch angesichts der Zerstörung der Umwelt oder der Gefahr eines Atomkrieges. Die Unterstützung für diese Bewegungen rekrutiert sich nicht aus der Unterdrückung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, sondern spiegelt ein von ihren Mitgliedern als allgemein oder gesamtgesellschaftlich empfundenes Problem wider.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass diese Bewegungen aus allen gesellschaftlichen Gruppen Unterstützung erhalten. Das Engagement in Friedens- und Umweltbewegungen beispielsweise ist am stärksten in der gesellschaftlichen Mittelschicht ausgeprägt. Zwar beruhen diese Bewegungen nicht auf einer Gruppenidentität, aber sie spiegeln gesellschaftliche Probleme wider, die in einigen gesellschaftlichen Gruppen eher im Vordergrund stehen und stärker politisiert sind als in anderen. Auch wenn ein erheblicher Unterschied zwischen gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen besteht, heißt dies nicht, dass diese Bewegungen nicht organisiert sind. Sie sind zumindest bis zu einem gewissen Grad organisiert. Dies sollte wiederum nicht zu der Annahme verleiten, dass es sich bei gesellschaftlichen Bewegungen um eng verzahnte, homogene Phänomene handelt. Im Gegenteil: Soweit diese Bewegungen organisiert sind, bestehen sie häufig aus vielen unterschiedlichen Organisationen, die jeweils eine etwas andere Berufung, Sichtweise oder Strategie haben. So umfasst die Umweltbewegung eine große Bandbreite von Organisationen, darunter Kampagnengruppen, politische Parteien, örtliche Bürgerinitiativen, Zeitungen und Zeitschriften sowie eine Vielzahl inoffizieller Gruppierungen. Ebenso wie die

gesellschaftlichen Gruppen, die in vielen Fällen ihre Grundlage bilden, sind gesellschaftliche Bewegungen durchlässiger als andere Formen gesellschaftlicher Einheiten wie z.B. Unternehmen.

Die meisten gemeinnützigen Bewegungen und Organisationen haben sich in gleicher Weise entwickelt wie viele andere gesellschaftliche Bewegungen, deren Ziel die Förderung bestimmter politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Ziele war. Obgleich diese Bewegungen und Organisationen für Staaten ungefährlich sind, stehen ihnen die meisten politisch Verantwortlichen in Afrika nach wie vor skeptisch gegenüber und sehen sie in der Regel als Förderer der Ideologie des Westens an, da sie zum großen Teil vom Westen finanziert werden. Sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Probleme haben diesen Bewegungen und Organisationen in Afrika ihre Arbeit erschwert, da sie unter ständiger Beobachtung stehen. Jugendbewegungen und -organisationen werden an ihrer Arbeit gehindert, da die meisten Regierungen in Afrika die Jugend nicht als wichtige gesellschaftliche Gruppe betrachten, sondern eher als Gefahr für die von ihnen selbst entworfenen Regeln empfinden.

Ungeachtet all dieser Schwierigkeiten haben sich viele Hilfsorganisationen behaupten können und stellen nach wie vor den marginalisierten Menschen der Gesellschaft ihre dringend benötigte Hilfe zur Verfügung.

### **5.2.3 Betrachtung von sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Afrika mit Bezügen zum Beispiel Simbabwe**

Ausführungen von Jeannette Hartmann zufolge gibt es für die Zivilgesellschaft in Afrika zwei vorrangige Betrachtungsweisen:

- Man kann sie entweder als Puffer gegen den Staat oder
- als Schritt zur Förderung der staatlichen Entwicklung betrachten.

In der vorliegenden Arbeit wird die Zivilgesellschaft als Schritt zur Förderung der staatlichen Entwicklung gesehen. Bei Betrachtungen von Zivilgesellschaft als Puffer gegen den Staat sei es an der Zivilgesellschaft, Gesetze zum Selbstschutz und zum Schutz ihrer Interessen gegenüber dem Staat zu formulieren.<sup>257</sup> Dieser Prozess wird hier als ein wichtiger Teilaspekt zivilgesellschaftlicher Leistungen bewertet.

---

<sup>257</sup> Vgl. ebd., S. 220.

Bewegungen im herkömmlichen Sinn waren in früheren Zeiten häufig in Gemeinden anzutreffen, als die dörflichen Siedlungen sich auf natürliche Weise nach Verwandtschafts- oder Stammesverhältnissen organisierten. Verstreut lebende Familien und deren Freunde traten zusammen als eine große Familie auf. Projekte wie Straßenbau, Bau von Schulen, Einbringung der Ernte usw. wurden durch diese Gruppierungen auf freiwilliger Basis unter Leitung des Familienoberhaupts durchgeführt. Dies gilt für viele afrikanische Kulturen, so auch für die simbabwische.

In der heutigen modernen Zeit sind hingegen viele nichtstaatliche Organisationen wie Pilze aus dem Boden geschossen und haben die kulturellen Werte der afrikanischen Gesellschaft beeinflusst. Kulturelle Führungspersönlichkeiten spielen keine nennenswerte Rolle in der Gesellschaft in Bezug auf die Entwicklung und haben bei den Stämmen an Ansehen verloren, da sie an den Rand gedrängt wurden.

Die traditionellen Vorstellungen von der Zivilgesellschaft vermitteln die Idee der historischen Tiefe, in der sich Gemeinschaften, menschliche Bindungen, öffentliche Einrichtungen und nationale Kulturen über lange Zeiträume bilden und auch den repressivsten politischen Systemen zu widerstehen vermögen. Die Formen der gemeinsamen Identität und Verbindung, die durch sie zum Ausdruck kommen, erscheinen als historisches Grundgerüst, dessen Fundamente so tief reichen, dass sie durch vorübergehende politische und wirtschaftliche Einflussfaktoren nicht untergraben werden können.<sup>258</sup> In Simbabwe zum Beispiel nutzten frühe Missionare das Christentum teilweise als Vehikel zur Veränderung der Vorstellungsweisen der Menschen, stießen dabei aber zumindest indirekt auf Widerstand. Viele Menschen traten zum christlichen Glauben über, verabschiedeten sich aber nicht völlig von ihren traditionellen Glaubensvorstellungen, da die meisten Gemeinschaften nach wie vor kulturelle Rituale pflegen – insbesondere in ländlichen Siedlungsgebieten. Diese traditionell geprägten Aktivitäten finden unter Führung der Oberhäupter der Dörfer statt und dienen dem höheren Ziel der Erhaltung der Gemeinschaft.

In Afrika ist man sich weitgehend einig, dass viele der großen gesellschaftlichen Reformbewegungen in der Geschichte – unabhängig davon, ob sie auf ‚Hebung der Moral‘, Gerechtigkeit für Frauen und Kinder oder die Beseitigung von Armut und Leid abzielten – von ehrenamtlichen Organisationen gesteuert wurden.<sup>259</sup> Noch wichtiger als die praktischen Funktionen der Zivilgesellschaft ist die Rolle dieses Sektors bei der Bewahrung der Bürgerrechte und der Schaffung demokratischer Werte. Dank seiner öffentlichen, aber nicht staatlichen Natur stellt der gesellschaftliche Sektor der bürgerlichen Gesellschaft den

---

<sup>258</sup> Vgl. Cohen, J. L., Arato, A. (1992), S. 210.

öffentlichen ‚Raum‘ zur Verfügung, in dem die Menschen durch die Ausübung wichtiger demokratischer Gewohnheiten wie Vertrauen, Zusammenarbeit und Kompromisse Erfahrungen sammeln. Die Erneuerung der Zivilgesellschaft ist Gegenstand einer zunehmend populären Bewegung. Ungeachtet ihrer vielfältigen Ausprägungen wird der Bewegung nachgesagt, sie verfolge verschiedene miteinander verknüpfte Ziele: Sie spiegelt die Suche nach einer neuen Form des bürgerlichen Zusammenlebens wider, die weniger auf eigene Interessen fixiert und ziviler ist und größeres bürgerliches Engagement zeigt. Die Zivilgesellschaft ist der Rahmen, der die Versuche zur Wiederherstellung gemeinschaftlicher Institutionen vorgibt, mit deren Hilfe der Geist des freiwilligen Engagements und verantwortungsvollen Bürgertums zurückgewonnen werden soll.

Eine durch das niederländische North-South Centre durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass die überwiegende Mehrheit der Afrikaner durch mangelnde Bildung nicht zu Bürgern im eigentlichen Sinne wird. Sie werden mit Entwicklungsprogrammen konfrontiert, die sie nicht verstehen, und müssen die schwierige Entscheidung zwischen heimlicher Ablehnung der Autorität und blindem Gehorsam treffen. Angesichts dieser Schwierigkeit erscheint es notwendig herauszustellen, dass die schulische Bildung im Rahmen der Hilfe für die afrikanische Zivilgesellschaft Vorrang haben sollte. Schulen werden eine entscheidende Rolle durch Erweckung und Schärfung kritischer Intelligenz spielen, indem sie dem Einzelnen ermöglichen, Angst, Introvertiertheit und Ethnozentrismus zu überwinden, die in allen Gesellschaften als heimliche Verführer auftreten. Erst dann gewinnt die Zivilgesellschaft ihre eigentliche Bedeutung, da eine Zivilgesellschaft nicht möglich ist, wenn die Bürger nicht frei und verantwortlich sind und keine Bildung im eigentlichen Wortsinn vorhanden ist.<sup>260</sup>

Leider fehlt es der Zivilgesellschaft in Afrika an gemeinsamer Identität und Selbstbewusstsein; sie verfügt bisher nicht über ein ausreichend entwickeltes kollektives Bewusstsein. Einige Wissenschaftler glauben, dass sie als Zivilgesellschaft nicht ausreichend entwickelt ist, um ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln und Unabhängigkeit vom Staat zu gewinnen. Im Grunde kann die Zivilgesellschaft in Afrika nur mithilfe des Staates bestehen, von dem die Zivilgesellschaft in großem Maß abhängig ist, was zum einen ihre Verwundbarkeit und Schwäche verdeutlicht und zum anderen zur Auflösung der Zivilgesellschaft bzw. zum Bürgerkrieg führen kann.<sup>261</sup>

---

<sup>259</sup> Vgl. ebd.

<sup>260</sup> Vgl. Bernard, A. (1998), S. 117.

<sup>261</sup> Vgl. Himmelstrat, U. u.a. (1994): African Perspectives on Development. Controversies, Dilemmas and Openings. London, S. 221.

#### **5.2.4 Aktuelle Probleme zivilgesellschaftlicher Organisationen in Afrika**

Das größte Hindernis bei der Ausweitung ehrenamtlicher Dienste und der Verbesserung der Qualität dieser Dienste sind unzureichende finanzielle Mittel für die wichtigsten laufenden Kosten (die Organisationen müssen mit sehr knappen Mitteln auskommen und sind auf die Arbeit von Freiwilligen in ihren Büros angewiesen), für Projekte (in den Workcamps fehlt es häufig an Werkzeug und Material) und den nationalen und internationalen Austausch.

Auch Verwaltungskapazitäten und fachliches Wissen sind häufig unzureichend. Die Organisationen müssen in verschiedener Hinsicht Kapazitäten aufbauen. Die unterschiedlichen Koordinationsorgane könnten im Bereich der Ausbildung und bei anderen Formen der Unterstützung eine effiziente Rolle spielen, verfügen aber ebenfalls nicht über ausreichende Ressourcen.

Für junge Menschen, die über ein geringes Einkommen bzw. kein eigenes Einkommen verfügen und deren Familien arm sind, ist es schwierig, an einem ehrenamtlichen Projekt ohne Bezahlung teilzunehmen, da ihre Arbeitskraft oder andere Leistungen ausfallen bzw. sie sich um das ‚tägliche Brot‘ kümmern müssen. Teilnehmer an mittel- und langfristigen Projekten erhalten in der Regel für ihre Arbeit eine finanzielle Entschädigung, sofern entsprechende Mittel verfügbar sind. Doch diese sind so knapp bemessen, dass eine Förderung nur selten stattfindet.<sup>262</sup>

#### **5.2.5 Fazit**

Die Entwicklung des Bereichs der ehrenamtlichen bzw. nichtstaatlichen Organisationen ist eng mit der Zivilgesellschaft in Afrika verknüpft.

In den letzten Jahren hat sich der öffentliche und akademische Diskurs über die Entwicklung in Afrika weitgehend auf die Dichotomie zwischen Staat und Markt konzentriert.<sup>263</sup> Nach der Dominanz der auf den Staat gerichteten Strategie der 1960er und 1970er Jahre ist im Zuge der Politik der strukturellen Anpassung in den 1980er Jahren das Pendel mit voller Kraft in Richtung des Marktes ausgeschlagen. Dabei wurde der große Zwischenraum zwischen diesen Polen übersehen: der ehrenamtliche Sektor, in dem weder die Anwendung von Zwang noch Profitmaximierung Haupttriebkraft sind. Dies wurde in Afrika von Politikern, Praktikern und Akademikern gleichermaßen übersehen. Es gibt erstaunlich wenig Literatur über nichtstaatliche Organisationen in Afrika, in denen der Versuch der Beschreibung ihrer Rolle

---

<sup>262</sup> Vgl. Katsiga, I. u.a. (2005): Die Entwicklung ehrenamtlicher Dienste in Afrika. Unveröffentlichtes Arbeitspapier. Übersetzte Fassung.

<sup>263</sup> Vgl. Semboja, J., Therkildsen, O. (1995): Service Provisions under Stress in East Africa. Kopenhagen, S. 35.

im fortlaufenden Prozess des wirtschaftlichen und politischen Wandels auf dem Kontinent unternommen wird. Über gemeinnützige Dienste in den USA wurden viele Bücher geschrieben. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung ist anzumerken, wie wenig bisher für die Erweiterung des freiwilligen Engagements in anderen Regionen der Welt, z.B. Afrika, getan wurde.

### **5.2.6 Vergleichende Betrachtung zweier zivilgesellschaftlicher Organisationen in Simbabwe: YMCA und ZWA**

Um einen besseren Überblick über die praktische Rolle zivilgesellschaftlicher, ehrenamtlicher Bewegungen bzw. Organisationen in Simbabwe zu geben, wird eine vergleichende Betrachtung anhand der Aktivitäten einer sehr traditionell geprägten Organisation, des YMCA (Young Men's Christian Association, zu deutsch ‚Christlicher Verein Junger Menschen‘) und der neueren Jugendorganisation Zimbabwe Workcamps Association (ZWA) vorgenommen.

Beide Organisationen haben ihre eigene Gründungsgeschichte, die jeweils auch eine internationale Dimension hat, aber sie sind beide vor Ort für die Menschen in Simbabwe tätig.

#### **5.2.6.1 Der YMCA – Ursprünge**

Der YMCA wurde 1844 von George Williams in England gegründet, als in Europa und insbesondere in Großbritannien große soziale und wirtschaftliche Krisen vorherrschten. Dieser Zeitraum war durch eine Phase der Depression in der Industrie gekennzeichnet, die eine hohe Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Sofern es überhaupt Arbeit gab, war diese hart und schlecht bezahlt, während die Preise für Güter des täglichen Bedarfs zur Zeit des als ‚Hungry Forties‘ in die Geschichte eingegangenen Jahrzehnts sehr hoch lagen.<sup>264</sup> Es gab so gut wie keine Sozialleistungen. Diese Bedingungen bargen den Zündstoff, der später zu Unruhen, wirtschaftlichen Krisen und Streiks führen sollte.

Vor diesem schwierigen sozialen Hintergrund kamen in einzelnen Firmen und Fabriken junge Männer in Gebetskreisen zusammen. Aus deren Mitte entstand der YMCA. Er verfolgte das Ziel, jungen Männern Glaubens- und Lebensorientierung zu geben. Diese wurde bald im eigenen Vereinshaus und auf biblischer Grundlage erteilt.

Mit der Lockerung der entsprechenden Gesetzgebung Mitte des 19. Jahrhunderts konnten in England viele verschiedene nationale Organisationen ihre Arbeit aufnehmen, die sich zum

Ziel gesetzt hatten, die demoralisierenden Auswirkungen der beklagenswerten und sich zunehmend verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Praktiken zu beseitigen.<sup>265</sup>

Zusammen mit anderen christlich orientierten Organisationen konzentrierte sich der YMCA auf die Entwicklung von Sozialleistungen, Emanzipation der Industriearbeiter und Schaffung von Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Der YMCA wurde ursprünglich zum Zweck der Verbreitung des Glaubens in Unternehmen gegründet und zur Unterstützung des Erwerbs von Gebäuden, die Platz für Versammlungen von gläubigen Arbeitern boten. Aus diesem Grund befinden sich heute wertvolle Grundstücke und Gebäude in Besitz des YMCA/CVJM, deren Wert weltweit auf mehrere Milliarden Euro geschätzt wird. Der Aufstieg des YMCA war unaufhaltsam und vollzog sich erst von Firma zu Firma, später auch von Land zu Land. Bereits 1855 wurde in Paris eine Weltkonferenz einberufen, bei der es zur Gründung des Weltrats des YMCA kam.

Die Geschichte des YMCA ist ein Beispiel dafür, dass in solchen Zeiten und unter solchen Bedingungen Ideen entstehen und die Vision einer besseren Zukunft die Menschen dazu anregt, Systeme und Pläne zur Verbesserung der Lage sowie zur Schaffung besserer Bedingungen in Industrie und Kultur voranzubringen, die Aufschluss über soziale, moralische und politische Verantwortlichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen geben.

#### **5.2.6.2 Aktivitäten des YMCA in Simbabwe**

Der YMCA in Simbabwe befasste sich weniger mit der Gründungsgeschichte und konzentrierte sich vielmehr auf die Notwendigkeit der Festsetzung der Ziele und Zwecke der Bewegung und Würdigung der Art und Weise, in der diese Ziele formuliert wurden. Der YMCA-Landesverband in Simbabwe wurde auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort zugeschnitten, ohne dabei seine ursprünglich im christlichen Glauben verwurzelten Werte zu verleugnen. Es werden nach wie vor Gebetsversammlungen organisiert, wenngleich nicht mehr so häufig wie früher. Gelegentlich werden auch Räume kostengünstig an Gebetsgruppen anderer Glaubenskongregationen vermietet, mit dem Ziel, das Evangelium zu verbreiten.

Der YMCA unterhält in Simbabwe eine große Zahl an Ausbildungseinrichtungen, z.B. High School Colleges, Ausbildungszentren zur Förderung besonderer Fähigkeiten (Skills Training Centres) und Vorschulen. In den High Schools erhalten benachteiligte Schüler eine Ausbildung, die ihre in den staatlichen Schulen erworbenen Abschlüsse in verschiedenen

---

<sup>264</sup> Vgl. Pate, W. J. (1981): The History of YMCA in Wales. UK, S. 1.

Fächern ergänzen wollen, um ein vollwertiges Abschlusszeugnis zu erlangen. In den Skills Training Centres werden Schreibmaschinen- und Computerkurse sowie Kurse für Näh- und Schneiderarbeiten angeboten. Die meisten der an den YMCA-Ausbildungszentren aufgenommenen Auszubildenden würden aufgrund ihrer fehlenden Qualifikation in anderen höheren Bildungseinrichtungen nicht angenommen. Die Dienste des YMCA für die Menschen beruhen daher auf dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

Während diese Dienste sich ursprünglich nur an christliche männliche Jugendliche richteten, stehen sie heute allen Auszubildenden ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrer Qualifikation offen. Die YMCA-Einrichtungen sind aufgrund ihrer weniger strengen Bestimmungen bezüglich der Qualifikation, der geringen Kosten und der hohen Qualität der Ausbildung in der Regel sehr begehrt. Neben den Programmen für Erwachsene wird auch ein Vorschulprogramm angeboten. Dabei werden Kindern grundlegende Bibelkenntnisse vermittelt, und sie werden ermutigt, ein Leben nach christlichen Grundsätzen zu führen. Der YMCA in Simbabwe beteiligt sich zudem an lokalen Entwicklungsprojekten und -programmen. Einzelne ausgewählte ländliche Gemeinden werden bei Projekten unterstützt, die der Armutsbekämpfung dienen.

Als es in den 1990er Jahren in Simbabwe zu einer drei Jahre andauernden Dürreperiode kam, ging der größte Teil des Viehbestands wegen Futter- und Wassermangels zugrunde. Die meisten Bauern waren von dieser Dürrekatastrophe unmittelbar betroffen, da sie ihr Vieh dringend zum Bestellen der Äcker benötigten. Der YMCA spielte während dieser drei Jahre eine wichtige Rolle bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Nutztieren, z.B. Eseln, aus dem Nachbarland Sambia. Diese Tiere waren Krankheiten und Dürreperioden gegenüber resistent und wurden zum Pflügen und als Transportmittel benutzt.

Einmal pro Jahr veranstaltet der YMCA ein internationales Jugendaustauschprogramm, bei dem Jugendliche aus aller Welt bei bestimmten Entwicklungsprojekten, z.B. der Renovierung von Schulgebäuden, mit den Menschen vor Ort zusammenarbeiten.<sup>266</sup>

### **5.2.6.3 Die Zimbabwe Workcamps Association (ZWA) – Ursprünge**

Ähnlich wie beim YMCA handelt es sich bei der Zimbabwe Workcamps Association um eine zivilgesellschaftliche, ehrenamtliche Jugendorganisation. Die Funktion von ‚Workcamps‘ wurde bereits angesprochen. Die Geschichte reicht bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als die Bewohner eines Dorfes in Frankreich beschlossen, sich

---

<sup>265</sup> Vgl. ebd.

ehrenamtlich an einem Projekt für die Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur zu beteiligen. Dieses Projekt breitete sich von einem Dorf zum nächsten und später auch in andere europäische Länder aus, deren Infrastruktur ebenfalls während des Krieges in Mitleidenschaft gezogen worden war.

Ehrenamtliche Arbeit war schon bald ein alltägliches Bild, und Organisationen wie der Service Civil International (SCI) (s.o.) gewannen an Popularität. Zwecks besserer Steuerung und größerer Wirksamkeit dieser freiwilligen Aktivitäten bedurfte es der Koordination. Deshalb wurde 1948 mit Hilfe der UN-Unterorganisation UNESCO (United Nations Education, Science and Culture Organisation) eine Organisation gegründet, die Koordinationsaufgaben übernehmen sollte: Das Coordinating Committee for International Voluntary Services (CCIIVS).

Mit laufender Unterstützung der UNESCO wurden zwischen den 1970er und 1990er Jahren viele größere freiwillige Workcamps organisiert, was zur Schaffung zahlreicher Workcamp-Organisationen im Süden Afrikas führte. Unter ihnen sind heute die Lesotho Workcamps Association (1977), Botswana and Swaziland Workcamps Associations (1980), Zimbabwe Workcamps Association (1993) und die Mozambique and Zambia Workcamp Associations (1994) zu finden.

#### **5.2.6.4 Aktivitäten der ZWA**

Die Zimbabwe Workcamps Association (ZWA) ist ebenso wie der YMCA in Simbabwe verpflichtet, die Ziele von Gründungsorganisationen wie dem CCIIVS zu verfolgen, dabei aber die Situation vor Ort zu berücksichtigen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Die ZWA bietet Workcamps an, die im Bereich von Community-Development-Projekten angesiedelt sind bzw. selber solche Projekte darstellen.

Eine Community (im Sinne eines Gemeinwesens) legt ein solches Projekt in ihrer unmittelbaren Umgebung fest, z.B. den Bau von Gemeindezentren, Schulen, Krankenhäusern, Brunnen und Trockengrubenlatrinen in den Dörfern, Aufforstungen, ökologische Projekte usw. Die Zimbabwe Workcamps Association (ZWA) wird über das jeweilige Projekt informiert und muss für dessen Umsetzung weitere externe Ressourcen mobilisieren. Die ZWA wirbt junge Menschen an und bereitet sie in sozialer, physischer und psychologischer Hinsicht auf die Teilnahme an einem Workcamp vor, das in der Regel einen Monat dauert.

---

<sup>266</sup> Vgl. Interview with Mr. Mazipetela of YMCA Zimbabwe. In: Katsiga, I. (2002), S. 48.

Die Gastgemeinde arbeitet zusammen mit den jungen Menschen an den neu begonnenen Projekten.

Die Workcamps werden in die drei Kategorien der

- nationalen,
- regionalen und
- internationalen Workcamps

unterschieden.<sup>267</sup> Die Zuordnung eines Workcamps zu einer der genannten Kategorien hängt davon ab, aus welchem Land bzw. welchen Ländern die Teilnehmer des betreffenden Projekts stammen.

Nationale Workcamps werden für Teilnehmer aus Simbabwe organisiert. Diese Workcamps sind Foren zur Förderung des nationalen Zusammenhalts und Instrumente zur Überwindung von Gegensätzen. Die jungen Menschen kommen aus verschiedenen Distrikten, Provinzen oder Bezirken in Simbabwe. An regionalen Workcamps nehmen Menschen aus allen Regionen Afrikas teil. Obgleich alle Afrikaner sind, gibt es beträchtliche Unterschiede in Bezug auf Glauben und Kultur, und der gegenseitige Austausch ist von großer Bedeutung. Die letzte Kategorie bezieht sich auf internationale Workcamps, an denen junge Menschen aus aller Welt teilnehmen, die durch die Mitglieder des Koordinierungsausschusses für den Internationalen Freiwilligendienst (CCIVS) entsandt werden. Zurzeit sind dem CCIVS 300 Organisationen als Mitglieder angeschlossen, von denen etwa ein Drittel in Afrika beheimatet ist. Dies zeigt, wie populär und nützlich ehrenamtliche Bewegungen für die afrikanischen Gemeinschaften sind.

Die ZWA verfolgt mit ihrer Arbeit folgende Ziele:

- Förderung von Entwicklungsprojekten in den Gemeinschaften als Mittel zur Reduzierung und Beseitigung der Armut,
- Organisation und Durchführung von Workcamps für Freiwillige; dies geschieht eigenständig oder in Zusammenarbeit mit anderen ehrenamtlichen Organisationen oder der simbabwischen Regierung,
- Bereitstellung eines Diskussionsforums für Menschen, die freiwilligen Einsätzen und Programmen aufgeschlossen gegenüberstehen,

---

<sup>267</sup> Vgl. ebd., S. 50.

- Zusammenführung von gebildeten Menschen und Analphabeten, Stadt- und Landbewohnern sowie Afrikanern und Nicht-Afrikanern, die in ihrer Freizeit etwas Sinnvolles tun wollen und manueller Arbeit einen hohen Stellenwert einräumen,
- Motivation und Unterstützung der Gemeinden bei Arbeiten, die sie nicht ohne Hilfe von außen bewältigen könnten,
- Förderung des internationalen Verständnisses und der Völkerverständigung durch Austauschprogramme, in deren Rahmen sich Freiwillige aus dem Ausland in Projekte vor Ort in Simbabwe einbringen und jungen Menschen aus Simbabwe die Teilnahme an Gegenprogrammen im Ausland finanziell ermöglicht wird,
- Erweiterung des Bewusstseins und der Lebenserfahrung für junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich auf die Anforderungen ihrer Arbeit und des informellen Sektors einzustellen.<sup>268</sup>

#### 5.2.6.5 Fazit

Es ist festzustellen, dass die Aktivitäten von YMCA und ZWA als Gemeinwesenarbeit und insbesondere die Arbeit der ZWA konkret als Community Development bezeichnet werden kann. Die Notwendigkeit und vor allem der Wert der manuellen Arbeit in den Workcamps und die Einbindung von Individuen beispielsweise im Rahmen von Bildungsprogrammen des YMCA sind für das Gemeinwesen von großer Bedeutung. Die in und durch Workcamps erzielten positiven Motivationseffekte zur Änderung der Einstellung der Menschen in den Gemeinden vor Ort sind dabei zentral.

Die politischen Positionen beider Organisationen sind klar ersichtlich, aber im Hinblick auf den Status quo könnte sich die ZWA möglicherweise zu einer vollwertigen politischen Bewegung in Simbabwe entwickeln. Natürlich hängt das Wohl der Programme beider Organisationen jeweils von den Möglichkeiten zur Mobilisierung der örtlichen Gemeinden ab.

#### Exkurs: Zur Organisationsstruktur von YMCA und ZWA

In Bezug auf die Verwaltungsstruktur der Organisationen ist festzustellen, dass die Macht der ZWA auf ihren Mitgliedern beruht – im National Council sind alle örtlichen Mitgliedsgruppen und einzelne Bürger des Landes vertreten – während der YMCA eine eher elitäre Struktur besitzt: Der Vorstand des YMCA/CVJM übt die Macht aus. Bei den gewählten bzw. ernannten Vor-

---

<sup>268</sup> Vgl. Zimbabwe Workcamps Association (ZWA) (2000): Informationsbroschüre. Harare (Zimbabwe).

standsmitgliedern handelt es sich in der Regel um einflussreiche Persönlichkeiten aus den oberen Gesellschaftsschichten, z.B. hohe Regierungsbeamte, wohlhabende Geschäftsleute und andere. Daher befindet sich der YMCA gegenüber der jeweiligen Regierung in einer defensiven Position. Diese Analyse führt zu dem Schluss, dass der YMCA eher korporatistisch aufgebaut ist, während die ZWA eine föderale Struktur hat.

In korporatistischen Organisationen befinden sich, McAdam und Marx zufolge, die einzelnen Einheiten und Einrichtungen im Besitz einer Gruppe.<sup>269</sup> Dies bedeutet, dass die rechtlichen Befugnisse im Zentrum der Organisation zu finden sind (z.B. bei einem Vorstand oder Geschäftsführer). Der Grad der Zentralisierung bzw. Dezentralisierung dieser rechtlichen Befugnisse kann dabei von Organisation zu Organisation variieren. Bei Organisationen mit föderaler Struktur hingegen haben die einzelnen Einheiten (lokale Einheiten, Landesverbände oder Partner) klar definierte ‚Besitzrechte‘ und Entscheidungsbefugnisse, die in der Satzung der betreffenden Organisation festgelegt sind. Darüber hinaus können sie über rechtliche Befugnisse hinsichtlich der Auswahl des nationalen Rates und der Festlegung der Organisationspolitik verfügen. Ein auf Ehrenamtlichkeit beruhender Verein kann demgegenüber eine korporatistische oder föderale Struktur aufweisen, aber das wichtigste Unterscheidungsmerkmal liegt darin, dass die Mitglieder Ressourcen beisteuern, von denen die Führung der Organisation abhängig ist. Somit verfügt der Vorstand von ehrenamtlichen Organisationen über geringere Entscheidungskompetenzen in Bezug auf die Politik der Organisation und befindet sich häufig den Mitgliedern gegenüber in einer prekären Lage. Föderal strukturierte ehrenamtliche Organisationen könnte man daher als ‚auf dem Kopf stehende‘ Organisationen bezeichnen, da die Abhängigkeitsverhältnisse in diesem Fall den allgemeinen Vorstellungen über hierarchisch strukturierte Organisationen diametral entgegenstehen.

Hierarchische Organisationen, denen auch der YMCA (in Simbabwe) zuzuordnen ist, unterscheiden sich in zwei wichtigen Punkten von anderen Organisationen, was sich auf ihr politisches Leben auswirkt. Zum einen

---

<sup>269</sup> McAdam, G., Marx, G. T. (1994), S. 15.

bedeutet die Konzentration von Befugnissen und Macht in einer hierarchischen Struktur, dass gegensätzliche Meinungen und das Abweichen von der offiziellen Politik der Organisation einen hohen Preis fordern. Zum anderen haben die unteren Ebenen kaum Einfluss auf wichtige politische Entscheidungen und die Auswahl des Führungspersonals. Im Gegensatz dazu üben die einzelnen Einheiten und Mitglieder in föderal strukturierten und aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehenden Organisationen die Kontrolle über die Ressourcen aus, die für bestimmte Maßnahmen eingesetzt werden, und nehmen Einfluss auf Entscheidungen der Organisation. Deshalb verfolgen föderal strukturierte und ehrenamtliche Organisationen wie die ZWA in der Regel eine offenere Politik, während in korporatistisch-hierarchischen Organisationen wie dem YMCA bei unkonventionellen Maßnahmen eher konspirative Formen zum Vorschein treten können.

Die beiden zivilgesellschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen YMCA und ZWA bieten der benachteiligten Bevölkerung von Simbabwe wertvolle Dienstleistungen an. Auch wenn es einige Unterschiede im Hinblick auf die Ziele der Organisationen gibt, spielt es letztlich keine Rolle, von wem die Hilfe kommt. Dennoch könnte sich für die traditionellen Organisationen die Notwendigkeit ergeben, sich generell offener zu gebärden oder eine höhere Flexibilität zu zeigen, um den Bedürfnissen aller gesellschaftlichen Bereiche gerecht zu werden.

### **5.3 Anwendungsbeispiele von Community Development in Simbabwe**

Community Development dient in einem Entwicklungsland wie Simbabwe als Hilfe zur Selbsthilfe und als Hilfe zur nachhaltigen Entwicklung eines spezifischen Bereiches im Gemeinwesen.

#### **5.3.1 Rahmenbedingungen für Community Development in Simbabwe**

Die Situation vieler Simbawer in den ländlichen Gebieten des Landes, die teilweise an Resettlement-Projekten teilgenommen haben und meist auf unter- oder unausgenutztem Land von ehemaligen weißen Großgrundbesitzern leben sowie nur geringe landwirtschaftliche Vorkenntnisse besitzen, ähnelt der Situation der amerikanischen Einwanderer, denen von der

Regierung der USA Ländereien im Mittleren Westen versprochen wurden, falls sie diese innerhalb von fünf Jahren bebauen und kultivieren würden.

Auch die Lebenssituation vieler Menschen in Simbabwe Städten ist vergleichbar, da die im Township lebenden Menschen aufgrund der Arbeitsmarktlage und des zunehmenden Zuwanderungsdruckes in die Städte große Schwierigkeiten haben, ihre Existenz zu sichern. Arbeit im formellen Sektor bleibt nur wenigen vorbehalten, der in den Townships zur Verfügung stehende Wohnraum ist vergeben und bereits überbelegt.

Bei der Durchführung von Community-Development-Projekten müssen aber die Gesamtsituation und die Kultur der Betroffenen, also auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, berücksichtigt werden.

### Zugehörigkeit und Identifikation

Das wesentliche Merkmal eines Gemeinwesens ist das Zugehörigkeitsgefühl eines Einzelnen in einer Gruppe mit gemeinsamen Wertvorstellungen sowie gemeinsamer Anerkennung von Rechten und Pflichten für alle, die dazugehören. Ein solches Gefühl ist mehr oder weniger bei den meisten schwarzen Simbawern aufgrund der jahrzehntelangen Unterdrückung durch die weiße Minderheitsregierung und durch den anschließenden Befreiungskampf vorhanden. Da sich Community Development aber auf einen kleineren Raum, beispielsweise einen Stadtteil, ein Dorf oder Resettlement-Projekt beschränkt, existieren jedoch auch andere, aktuelle Identifikationsmöglichkeiten, um ein Gruppengefühl zu vermitteln.

Skepsis gegenüber Verwaltung und Politik ist in vielen Fällen auch nach der Unabhängigkeit 1980 und dem Regierungswechsel erhalten geblieben, da einerseits den Versprechungen, weißen Großgrundbesitz unter der landlosen schwarzen Bevölkerung zu verteilen, nur in sehr geringem Umfang nachgekommen wurde, andererseits in den letzten Jahren auch die schwarzen Führungspolitiker in die Schlagzeilen gekommen sind, da sie sich selbst – bei der Landvergabe zum Beispiel – bevorteilt haben.<sup>270</sup>

### **5.3.2 Projektarbeit in Simbabwe**

Nachfolgend werden vier Beispiele für seit Jahren erfolgreiche Community-Development-Projekte in verschiedenen Regionen Simbawes dargestellt. Sie entstanden durch die Initiative einiger engagierter Bewohner des betroffenen Stadtteils oder Distrikts. Die Leitung haben einheimische Fachkräfte übernommen. Unterstützung aus dem Ausland erhalten die

---

<sup>270</sup> Vgl. Reichert, C. (1984): Das neue Zimbabwe – Gesellschaft im Übergang. Bonn, S. 285.

Projekte in Form von Sach- und Geldspenden von Privatpersonen oder kleineren Verbänden/ Nichtregierungsorganisationen. Demzufolge sind es keine offiziellen Entwicklungshilfeprojekte, sondern Community-Development-Projekte, die von ‚außen‘ Förderung und Unterstützung durch solidarisches Handeln erfahren.

Die im Folgenden angeführten Projektbeispiele verdeutlichen, wie auf Ownership und Partizipation aufbauende Entwicklungsprojekte aussehen können. Ein Projekt, das ohne ausländische Leitung nicht auskommt, kann dennoch erfolgreich – auch nach Abschluss der Förderung – weitergeführt werden, wenn eine Orientierung an der Zielgruppe und eine Durchführung im Sinne von Gemeinwesenarbeit stattfindet. Dies wird als die zentrale Voraussetzung angesehen, eine tatsächlich Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in einem Gemeinwesen eines Entwicklungslandes zu erreichen.

Die nun folgenden Projekte wurden seitens des Verfassers der vorliegenden Arbeit in den vergangenen Jahren immer wieder besucht, sodass die dargestellten Beschreibungen, Fakten und Bewertungen aktuell sind:

#### **5.3.2.1 Das ‚Schoolleaver-Projekt‘ in Bulawayo**

Das 1986 gegründete Schoolleaver-Projekt in Bulawayo ist eine kommunale Einrichtung, die Jugendlichen im Alter von 14 bis 22 Jahren die Möglichkeit bietet, nach der Schulzeit eine handwerkliche Ausbildung zu erlernen. Das Projekt befindet sich im Westend von Bulawayo, am Rande eines ‚Townships‘. Die Zielgruppe sind benachteiligte schwarze Jugendliche aus dieser Siedlung.

Bei den folgenden zweijährigen Kursen handelt es sich um Projekte, die zwischen 1986 und 1991 eingereicht wurden:

1. Maurerhandwerk,
2. Schreinerhandwerk,
3. Landwirtschaft,
4. Metallverarbeitung,
5. Kunsthandwerk,
6. Sanitär- und Heizungsbau,
7. Kfz-Instandsetzung.

Hintergrund des Projektes ist die Tatsache, dass viele Jugendliche nach der Schulzeit arbeitslos werden. In diesen Kursen erhalten sie die Möglichkeit, sich Fähigkeiten anzueignen, mit denen sie bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben oder sich zukünftig selbstständig machen können. Darüber hinaus beenden viele Jugendliche die Schulzeit ohne einen Abschluss. Eine Ursache dafür ist die weiterhin bestehende Orientierung der simbabwischen Prüfungen des O- oder A-Levels der Secondary School an englischen Prüfungsordnungen.

Um die Bewerber für die Teilnahme am Schoolleaver-Projekt gleichzustellen, erfolgt die Auswahl ohne einen definierten Kriterienkatalog. Vielmehr steht die persönliche Motivation, Situation und Eignung der Individuen im Vordergrund. Die Ausbildung ist kostenlos, die Jugendlichen erhalten aber auch kein Entgelt. Die während der Ausbildung hergestellten Produkte dürfen mitgenommen und beispielsweise auf dem Markt verkauft werden (das Material muss jeder Auszubildende selbst zahlen). Außerdem wird den Auszubildenden nach Abschluss der Kurse eine Grundausstattung an Handwerkszeug übereignet, mit denen sie die Möglichkeit bekommen, sich anschließend selbstständig zu machen oder sich einer Kooperative anzuschließen oder eine solche zu gründen.

Für jeden der oben genannten Kurse gibt es zwei Jahrgänge, wobei der erste Jahrgang morgens theoretischen, nachmittags praktischen Unterricht erhält. Bei dem zweiten Jahrgang verhält es sich dementsprechend umgekehrt. Die Anzahl der Auszubildenden ist vor allem begrenzt durch die Größe der Werkstätten und Klassenräume. So können jedes Jahr an jedem Kurs nur etwa 20 bis 24 Jugendliche teilnehmen.

Im Folgenden werden die verschiedenen Ausbildungskurse kurz dargestellt:

### **Kurs 1: Maurerhandwerk**

Die Ausbildung zum Maurer beinhaltet im ersten Lehrjahr die Vermittlung von theoretischen Kenntnissen und praktischen Tätigkeiten auf dem Außenübungsgelände. Verschiedene Mauerverbände werden zu Übungszwecken ohne Zement gemauert, sodass die Steine nach dem Abriss wieder verwendet werden können. Im zweiten Lehrjahr werden die Auszubildenden vorwiegend für Arbeiten an kommunalen Einrichtungen im Township eingesetzt. So werden unter Anleitung Schulen renoviert, das Hospital erweitert, Ausbesserungsarbeiten an Kirchen durchgeführt oder an dem Bau eines Rehabilitationszentrums mitgearbeitet. Gleicher Einsatz gilt auch für die räumliche Erweiterung des eigenen Projektes.

## **Kurs 2: Schreinerhandwerk**

Im Vergleich zu einer deutschen Schreinerei fällt in Bulawayo sogleich auf, dass es keine Maschinen gibt. Weder Hobel- oder Schleifmaschinen, Sägen oder Fräsen. Alle produzierten Gegenstände werden ausschließlich in Handarbeit hergestellt. Nur so aber ist gewährleistet, dass die Jugendlichen nach Beendigung der Ausbildung selbstständig arbeiten können, ohne dass sie von teuren Maschinen abhängig sind.

Die im Werkunterricht gefertigten Gegenstände (Tische, Stühle, Schränke usw.) dürfen von den Schülern mitgenommen und ggf. verkauft werden. Auch hier muss das verwendete Material selbst bezahlt werden. Auszubildende des zweiten Lehrjahres erhalten gelegentlich kleinere Aufträge in städtischen Gebäuden.

## **Kurs 3: Landwirtschaft**

Der landwirtschaftliche Lernbereich liegt außerhalb Bulawayos, sodass die Errichtung eines Wohngebäudes für die Auszubildenden notwendig war. Die Gelder hierfür wurden zu Beginn der 1990er Jahre von der Stadt Emsdetten (in NRW) zur Verfügung gestellt. Errichtet wurde das Gebäude mithilfe von Handwerkern aus anderen Ausbildungskursen. Für diesen Ausbildungsgang im Bereich Landwirtschaft wurden vermehrt Spendengelder eingesetzt. So finanzierte der Kreisverband Steinfurt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Anschaffung zweier Esel für Transporte zum Markt in Bulawayo.

Große Flächen der Gemüsegelder werden jedoch mit vorgeklärten Abwässern aus den Rieselfeldern der Stadt Bulawayo bewässert. Dadurch können große Mengen an Gemüse oder Getreide nur an das Vieh verfüttert werden, oder das Gemüse muss vor dem Verzehr abgekocht werden. Diese Bewässerung ist in der Trockenzeit unverzichtbar, aber bedenklich, da die sich Schadstoffe der Abwässer (Nitrate, Schwermetalle etc.) in den Pflanzenteilen ablagern. Auch die mit diesem Gemüse gefütterten Tiere sind belastet. Der Bau von mehreren Brunnen zur Bewässerung der Gemüsegelder ist daher in naher Zukunft unbedingt erforderlich.

Es gibt noch einen weiteren landwirtschaftlichen Kurs in der Nähe des Stadtzentrums. Dort prüfen die Teilnehmer, mit welchen Mengen an Kunstdünger und Insektiziden ein Maximum an Ernteertrag erzielt werden kann. Des Weiteren wird versucht, die Bodenbeschaffenheit mit Sägemehl zu verbessern, womit Aufnahme- und Speicherfähigkeit des Bodens für Wasser erhöht werden soll.

Die erworbenen Kenntnisse verbessern den Ertrag bei einer möglichen zukünftigen Subsistenzwirtschaft im Township. Es wird eine weitere Einkommensquelle geschaffen, wenn die Erträge so hoch sind, dass Überschüsse auf dem Markt verkauft werden können.

#### **Kurs 4: Metallverarbeitung**

Die Metallwerkstatt ist gemeinsam mit der Schreinerei und dem Maurerhandwerk untergebracht. Die bei der Ausübung dieses Handwerks unverzichtbaren Maschinen wie Schweißgeräte, Sägen, Trennschleifer etc. wurden von einer dänischen Organisation (Danish Volunteer Service) gespendet. Somit können die Jugendlichen im Umgang mit Maschinen ausgebildet werden, eine zentrale Voraussetzung dafür, nach dem Abschluss der Ausbildung im formellen Sektor, beispielsweise in einer Fabrik, Arbeit zu finden.

Während der Ausbildung werden Reparaturarbeiten an kommunalen Einrichtungen im Township durchgeführt, aber auch Werkzeug sowohl für andere Kurse als auch für die Entlassungsjahrgänge hergestellt.

#### **Kurs 5: Kunsthandwerk**

In der separaten Kunsthandwerkstatt werden die Auszubildenden im Holzschnitzen, in der Steinbearbeitung (Soapstone und Serpentine), in der Lederverarbeitung und im Zeichnen unterrichtet. Die vermittelten Fähigkeiten sollen nach Abschluss der Ausbildung ein selbstständiges Arbeiten ermöglichen und durch den Verkauf der gefertigten Waren auf dem Souvenirmarkt von Bulawayo eine Einkommensmöglichkeit bieten. So werden Stein- und Holzskulpturen gefertigt, Holzspielzeug gebaut und Lederwaren wie Kappen, Gürtel, Portemonnaies usw. hergestellt.

#### **Kurs 6: Sanitär- und Heizungsbau**

Hier wird den Auszubildenden gezeigt, wie Heiz- und sanitäre Anlagen installiert und repariert werden. Die Werkstatt wurde durch Spenden des Danish Volunteer Service mit modernsten Geräten ausgestattet. Die Auszubildenden des zweiten Jahrgangs werden für praktische Tätigkeiten an kommunalen Gebäuden herangezogen. Gelegentlich gibt es private Aufträge.

#### **Kurs 7: Kfz-Instandsetzung**

Dieser Ausbildungskurs wurde erst 1991 eröffnet. Mit privaten deutschen Spendengeldern wurde die Ausstattung der Werkstatt finanziert. Die Fahrzeuge des Schoollleaver-Projektes

werden gewartet und repariert. Es werden zur Finanzierung des Projektes auch andere Fahrzeuge zur Reparatur angenommen. Nach der Ausbildung haben die Jugendlichen gute Chancen, in einer Kfz-Werkstatt als Mechaniker zu arbeiten.

Durch die fachliche Qualifikation, die die Jugendlichen während der Ausbildung im Schoolleaver-Projekt erfahren, verbessern sich deren Chancen auf eine geregelte Arbeitsstelle im formellen Sektor. Da in einigen Bereichen nach der Ausbildung ein selbstständiges Arbeiten z.B. auch in einer Kooperative als Einkommensquelle denkbar ist, wird während der Ausbildung die Eigeninitiative der Jugendlichen gefördert. Sie erhalten daher auch theoretischen Unterricht in Buchhaltung und Verwaltungstätigkeiten. Die Jugendlichen sollen eine Zukunftsperspektive bekommen, gerade auch jene, die den Schulabschluss der Secondary School nicht geschafft haben oder die Schule vorzeitig verlassen mussten.

Durch das Strukturanpassungsprogramm der 1990er Jahre wurden die Staatsausgaben Simbabwe erheblich gesenkt – mit der Folge, dass Schulgebühren erhoben wurden, welche von vielen Haushalten – wenn überhaupt – für nur noch eine Person aufgebracht werden können.

Zumindest ein Familienmitglied soll eine höhere Ausbildung erhalten und mit seinem späteren Einkommen evtl. die Familie ernähren, so eine gängige Auffassung zum Schulbesuch in Simbabwe. Häufig geht der Abbruch der Schulausbildung in diesen Fällen mit familiären Problemen einher. Eine qualifizierte handwerkliche Ausbildung kann eine für alle Seiten akzeptable Lösung des Problems sein.

Moderne Einflüsse machen weder vor den Townships noch vor den ländlichen Gebieten in Simbabwe halt und brechen altbewährte Strukturen auf bzw. tragen zu einer Endtraditionalisierung der Gesellschaft bei. Diese Prozesse schaffen oftmals Konflikte. Damit die Ausbildung im Schoolleaver-Projekt nicht durch solche Prozesse in Mitleidenschaft gezogen wird, wird großer Wert auf Sicherheit, Vertrauen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der Ausbildungsgruppe gelegt. Ein konstruktives Gruppengefühl und soziale Kompetenz sind besonders wichtig in einer Zeit, die den Jugendlichen immer weniger einheitliche Werte nahelegt.<sup>271</sup>

Auf die Aufnahme von Mädchen und Frauen in das Schoolleaver-Projekt wird großen Wert gelegt, verbunden mit den Zielen, die Emanzipation der Frauen, die Akzeptanz ihrer Leistungen sowie eine Gleichstellung der Geschlechter – auch im Beruf unter den männlichen Kollegen – zu fördern. Um diese Entwicklung, die Aufwertung der Frau in der

---

<sup>271</sup> Vgl. Bock-Rosenthal, E. (1992): Soziologische Aspekte Sozialer Arbeit mit Einzelnen, Gruppen und Gemeinwesen. In: Biermann, B. u.a. (Hrsg.): Soziologie. Gesellschaftliche Probleme und sozialberufliches Handeln. Neuwied, S. 340.

simbabwischen Gesellschaft, zu unterstützen, machte der Danish Volunteer Service die Übergabe von Sachspenden zur Ausrüstung der Werkstatt der Abteilung Heizung und Sanitär abhängig von der Zusage der Projektleitung, auch Frauen an der Ausbildung zum Kfz-Mechaniker teilhaben zu lassen.

Der theoretische Unterricht schließt die Reflexion gesellschaftlicher Probleme durch die Auszubildenden ein, wie die Diskussion von HIV/AIDS und entsprechender Präventionsmöglichkeiten. „Nur im Austausch mit anderen kann soziale Realität aufgebaut werden, nur so kann sich der einzelne der Zustimmung zu seiner Sicht der Welt vergewissern, Verhaltenssicherheit erlangen und aus der Vielfalt seiner Eindrücke diejenigen auswählen, die gemeinsam als wichtig bestimmt worden sind“<sup>272</sup>, bewertet Bock-Rosenthal einen solchen Prozess.

Die Verlängerung der Jugendphase durch Schule und Ausbildung (vor allem Frauen gründen häufig schon mit 15 oder 16 Jahren eine Familie) ermöglicht nicht nur das Zusammensein von Gleichaltrigen, sondern erfordert auch eigenständige, von der Erwachsenenwelt unterschiedliche Verhaltensformen von Jugendlichen. Notwendigen Ausgleich bieten Peergroups (gleichaltrige Gruppen), in denen gleichzeitig der Generationskonflikt, also auch der Konflikt zwischen Tradition und Moderne, verarbeitet und kulturelle Alternativen durchgespielt werden können. Die Gruppe übernimmt dabei nicht nur Schutz- und Ausgleichsfunktion, sondern eine wichtige Sozialisationsfunktion, indem sie Sicherheit, Orientierung und Status vermittelt.

### Akzeptanz

Das Schoolleaver-Projekt ist eine bereits etablierte Einrichtung und wird von den Bewohnern des Townships gut akzeptiert. In Verbindung mit dem Bau und der Instandhaltung von kommunalen Gebäuden im Township – so profitiert die Bevölkerung des Stadtteils direkt von dem Projekt – ist die Akzeptanz in der Bevölkerung sehr groß. Das Projekt wurde nicht von extern – also von einem anderen Land (z.B. als typisches Entwicklungshilfeprojekt) – initiiert. Es ist eine kommunale Einrichtung.

#### **5.3.2.2 Das Bulilimangwe-Community-Training-Centre in Plumtree**

Das Projekt Bulilimangwe-Community-Training-Centre in Plumtree, das von Deutschland in kleinem Rahmen finanziell und materiell unterstützt wird und im ländlichen Bereich

---

<sup>272</sup> Ebd., S. 344.

angesiedelt ist, liegt im Distrikt Plumtree in der Provinz Matabeleland-Süd an der Grenze zu Botswana.

Diese Region gehört zu den trockensten des Landes. Die Ortschaft Plumtree ist klein, die Infrastruktur unzureichend. Arbeitsmöglichkeiten gibt es in dieser Region kaum, die aufgrund der permanenten Trockenheit zu den ärmsten des Landes gehört. Um Arbeit zu finden, pendeln viele Männer in die Städte des Landes oder in das benachbarte Ausland. Die lange Abwesenheit der Männer führt oft zu einer Zerrissenheit der Familie. Durch ein häufig unregelmäßiges Einkommen der Männer sind die Haushalte großen Belastungen ausgesetzt. Um diesem Zustand abzuhelpfen, richtete die Regierung das Bulilimangwe-Community-Training-Centre ein. Hier werden Frauen der Region Möglichkeiten zur Erwirtschaftung des Lebensunterhaltes aufgezeigt. Das Hauptaugenmerk der Bulilimangwe-Community-Training-Centre in Plumtree liegt demzufolge auf Frauenarbeit und gendersensitiven Arbeitsansätzen.

### Historische Entwicklung

Die Anfänge dieses Projektes gehen in das Jahr 1970 zurück. In kleinen, begrenzten Zusammenkünften von Frauen (Meetings) lernten diese zunächst, ihre Probleme zu erkennen und darüber zu reden. Es bildeten sich erste Arbeitsgruppen, die sogenannten Clubs. Die 20 bis 30 Frauen eines Clubs trafen sich wöchentlich in der Nähe ihres Wohnortes. Sie erlernten neue Kochtechniken, das Nähen und Stricken und vieles mehr. In diesen Arbeitsgruppen wurden dann eigene Interessen formuliert, und die Frauen bekamen langsam ein Gefühl für ihre eigenen Bedürfnisse. Der erste Schritt, sich zu organisieren, war getan.

Immer mehr Frauen interessierten sich für eine Mitarbeit in diesen Clubs. Bereits 1972 gab es 48 Clubs im Distrikt Plumtree/Süd. Die Arbeitsbereiche weiteten sich immer mehr aus. Einige Arbeitsgemeinschaften errichteten in Eigeninitiative eigene Kindergärten, so genannte Pre-Schools. So waren die Kinder während der Arbeitszeit versorgt. Die Lehrkräfte in den Pre-Schools erhalten – wie alle anderen Mitglieder in den Clubs – für ihre Arbeit nur ein geringes Entgelt.

Eine erste eigentliche Frauenkooperative gründete sich 1984. Sie besteht noch heute aus einem Zusammenschluss verschiedener Arbeitsgemeinschaften. In der Kooperative kann der Aufbau von Farmen und Trainings-Centern leichter bewältigt werden. Für die Erhaltung sind die Frauen selbst verantwortlich. Häufig aber fehlt es an Materialien für die Renovierung der Gebäude sowie für die Inneneinrichtungen von Trainings-Centern und Pre-Schools: Stühle, Tische, Wandtafeln und vor allem Lehrmaterialien und Spielzeug. Zu den gemeinsamen

Aktivitäten der Frauenkooperative gehört die Zusammenkunft, um das neu erworbene Selbstverständnis zu stärken. Ein seit 1972 jährlich gefeiertes Volksfest, zu dem alle Frauen und ihre Familien aus dem Distrikt Plumtree/Süd eingeladen werden, fördert die Gemeinschaft. Mit traditionellen Tänzen, Musik und Beisammensein wird die Gemeinschaft gefestigt.<sup>273</sup>

### Zielsetzung

Im Bulilimamangwe-Community-Training-Centre findet Erwachsenenbildung weitestgehend für Frauen statt. Das Land NRW finanzierte die Gebäude für das Zentrum zu Beginn der 1990er Jahre mit etwa 130.000 DM mit. Das Center wird von Menschen genutzt, die in den ‚rural areas‘ (ländliche Gebiete) leben und keine oder geringe Möglichkeit zur Schulbildung haben bzw. hatten. Es finden dort Versammlungen, Seminare, Weiterbildungskurse im landwirtschaftlichen und medizinischen Bereich, aber auch offene Treffs verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen statt. Das Zentrum besitzt seitdem zwei Gebäude. Ein Tagungshaus mit angeschlossener Werkstatt, die an einer Metallkooperative vermietet ist, und ein Übernachtungs- und Seminargebäude mit 36 Betten in 18 Zimmern, Lehrküche und Versorgungstrakt.

Auch die simbabwische Regierung beteiligte sich finanziell an diesem Zentrum. So wurde ursprünglich eine Beauftragte für Dorfentwicklung und Frauenfragen von der Regierung bezahlt, ebenso hauptamtliche Kräfte in der Verwaltung. Diese hatten nicht nur die Aufgabe, die verschiedenen Gruppen und die Belegung der Seminarräume zu koordinieren, sondern waren auch Ansprechpartner als Vermittler zwischen den einzelnen Gruppen und der Regierung.

Seit Mitte der 1980er Jahre ist an dieses Zentrum auch die Betreuung verschiedener Resettlement-Projekte in der Umgebung Plumtrees im Rahmen der Dorfentwicklungsplanung gekoppelt. Das Aufgabenfeld hat sich damit erweitert: Nicht mehr nur die Frauen der Umgebung sind in erster Linie die Zielgruppe, es sollen Dörfer (wieder-)aufgebaut und Bedingungen geschaffen werden, die es den Männern ermöglichen, in ihrer Heimat, im Dorf, genügend zu erwirtschaften, um die Existenz einer Familie zu sichern.

Das Trainings-Center in Plumtree erhält zur Unterstützung der Frauenkooperative und der Resettlement-Projekte seit Ende der 1980er Jahre unregelmäßige Geld- und Sachspenden aus Deutschland. Über private Kontakte zu der Beauftragten für Dorfentwicklung und Frauenfragen – gleichzeitig auch Leiterin des Trainings-Centers – kommt es zu Besuchen aus

---

<sup>273</sup> Ebd., S. 3.

Deutschland, was einen Austausch der Kulturen ermöglicht. Die Spenden können so immer direkt übergeben werden und es ist garantiert, dass diese auch für den vorbestimmten Zweck eingesetzt werden. Menschen, die aus dem gleichen Kulturkreis kommen wie die Zielgruppe, leiten das Zentrum. Sie entscheiden auch, wie das gespendete Geld verwendet wird.

### Arbeitsweise

Das Ziel, den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und nach neuen Möglichkeiten zu suchen, ein Einkommen zu erzielen, hat auch heute noch seine Gültigkeit. Es werden Fortbildungs- und Trainingskurse durchgeführt. In ihnen wird der Umgang mit Naturmaterialien wie Mais und verschiedene Gräser – aus denen Körbe, Matten und Besen hergestellt werden – gelehrt. Die erworbenen Koch-, Näh- und Strickkenntnisse werden gefestigt. Einige Clubs haben sich auf das Nähen von Schuluniformen spezialisiert und sich damit eine Einnahmequelle erschlossen. Eine zweite Erwerbsquelle ist die Herstellung von Frauen- und Mädchenkleidern sowie das Backen von Brot, Kuchen und Süßigkeiten. Um den Eigenbedarf an Gemüse und Obst zu decken, wird Gartenbau und Gartenarbeit gelehrt. Des Weiteren werden die Frauen unterrichtet in Haushaltsführung und -management. Hierzu zählen Kinderpflege, Hygiene und die Aufsicht der Schulausbildung.

Der größte Teil der Einnahmen wird für die Beschaffung neuer Materialien benötigt. So wird ein Teil des Verkaufserlöses der Schuluniformen für den Ankauf von neuen Stoffen und Nähgarnen gebraucht. Ein weiterer Teil des Erlöses wird für die Gebäudeerhaltung und -unterhaltung eingesetzt.

Weitere Trainingskurse werden angeboten, um die Alphabetisierung der Erwachsenen voranzutreiben. Vor allem die im Buschland lebenden Frauen nutzen die Möglichkeit, neben Lesen, Schreiben, Rechnen und Englisch in Kinderpflege, Kindererziehung, Gesundheitslehre, Hygiene und Hauswirtschaft unterrichtet zu werden. Die Frauen sollen nach Möglichkeit das Erlernte an eine im Aufbau befindliche Arbeitsgemeinschaft weitergeben. Die Weitergabe von Erlerntem ist ein wesentliches Merkmal der Frauenarbeitsgemeinschaften.<sup>274</sup>

Ein weiteres Ziel der Frauenarbeit ist neben der wirtschaftlichen Unabhängigkeit die Aufwertung der Frau als Person. Darüber hinaus sind viele Frauen durch Arbeitsmigration oft auf sich allein gestellt. Mehr als 70 Prozent der Kleinfarmen werden von Frauen geleitet.<sup>275</sup>

---

<sup>274</sup> Vgl. Aktionsgemeinschaft Humane Welt e.V. (Hrsg.) (1989): AHW-Info-Blatt: Das Bulilimamangwe-Community-Training-Centre in Plumtree. Rheine, S. 1.

<sup>275</sup> Ebd., S. 2.

Die eigenen Bedürfnisse zu erkennen, zu formulieren und durchzusetzen, muss erst gelernt werden. Für diese Art Selbstständigkeit wurde in den gegründeten Frauenclubs der Ausdruck ‚Women-Manager‘ geprägt, was bedeutet, dass die Frau im Haus und im öffentlichen Leben gleichrangig mit dem Mann stehen kann. Durch intensives Arbeiten an einem neuen Selbstverständnis verschaffen sich die Frauen Gehör bei politischen Diskussionen, vertreten ihre Interessen, gehen eigenen Beschäftigungen nach und reden frei in der Öffentlichkeit über ihre Belange.

Heute stellen die Frauenkooperativen eine starke und durchorganisierte Einrichtung dar, die auf allen politischen Ebenen und Regionen vertreten ist. Ihre repräsentativen Führungskräfte werden vom Staat finanziert. Dagegen müssen alle anderen Frauen neben ihrem eigenen Lebensunterhalt auch noch für den Fortbestand und die Erhaltung ihrer Einrichtungen finanzielle Forderungen bei verschiedenen Organisationen oder beim Staat durchsetzen.

### **5.3.2.3 Die Embakwe-Mission mit dem Avoca Youth Training Project**

Die Embakwe-Mission wurde 1902 gegründet und liegt etwa 35 km von der Stadt Plumtree entfernt im Distrikt Matabeleland-Süd. Sie unterhält eine Secondary School als Internat mit ca. 500 Jungen und eine Primary School mit ca. 430 Schülerinnen und Schülern als Tagesschule. Geleitet wird die Mission von vier Ordensschwestern (davon zwei deutschen) und vier Ordensbrüdern.

Die Embakwe-Mission unterhält einen Stausee, der zur Bewässerung der Gemüsefelder angelegt wurde. Die Gemüsefelder werden von einer Kooperative bewirtschaftet und das Gemüse an die Mission verkauft. Wichtig ist es, bei einem Projekt dieser Art die Bewohner der umliegenden Dörfer mit einzubeziehen und teilhaben zu lassen. Die Bevölkerung der Umgebung wird daher an der Planung und Durchführung des Projektes beteiligt. Sie kann den Stausee zur Viehtränke nutzen, muss aber bereit sein, beim Bau der Anlagen zu helfen. Die Teilnehmer des Projektes werden angewiesen, ihr Wissen an andere Dorfbewohner weiterzugeben.

#### Schulbildung

Die Schüler der Secondary School erhalten neben den üblichen theoretischen Fächern nachmittags Unterricht in praxisbezogenen, handwerklichen Fächern wie Häuserbau, Land- und Viehwirtschaft oder im Holzhandwerk. Das Ziel dabei ist es, den Schülern Fertigkeiten

und Wissen zu vermitteln, mit denen sie sich später selber ernähren oder einen Arbeitsplatz finden können. Sie sollen ihr Wissen auch an andere Dorfbewohner weitergeben.

Die Förderung technischer und praktischer Fähigkeiten in dem tendenziell akademisch geprägten Schulsystem ist das Ziel des Programms ‚Zimbabwe Foundation Education with Production‘ (ZIMFEP), das die Regierung 1980 vorstellte. Schülerinnen und Schüler sollen hierbei auf eine mögliche spätere Selbstbeschäftigung vorbereitet werden. Diese 1988 eingeführten Schulen haben folgendes übergeordnetes Ziel: *„Develop and promote an education system that is relevant to socio-economic development of Zimbabwe through the provision of entrepreneurial, academic and vocational skills.“*<sup>276</sup>

Der Schulbesuch von privaten (Elite-)Schulen ist nicht mehr durch rassistische Barrieren, sondern durch eher ökonomische Barrieren für die Mehrheit der Schüler begrenzt. Dennoch hat eine Reform stattgefunden, die die Basisausbildung der gesamten Bevölkerung zum Ziel hatte und bis Mitte der 1990er Jahre in der ‚Dritten Welt‘ ihresgleichen suchte.<sup>277</sup>

Obwohl gut geschulte Individuen grundsätzlich durch Umschulung und Weiterbildung besser in das ökonomische System zu integrieren sind als Analphabeten, erweisen sich die Erwartungen, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu erhalten, angesichts der Arbeitsmarktlage in den Städten als unrealistisch. Die Landflucht wird zudem verstärkt.

In der Embakwe-Mission werden sowohl theoretische Erkenntnisse als auch praktische Fähigkeiten für verschiedene Handwerke vermittelt. Zur Wahl stehen:

- Maurerhandwerk,
- Holzverarbeitung,
- Land- und Viehwirtschaft.

Die Leitung der Embakwe-Mission hat nicht nur zum Ziel, möglichst vielen Menschen den Sekundarschulabschluss zu ermöglichen. Es gibt auch qualitative Ansätze, Schulabbrechern Einkommensmöglichkeiten aufzuzeigen. Der erste Schritt dazu war die Einführung praxisbezogener Fächer im Lehrplan. Des Weiteren wurden in der Vergangenheit einigen Schulabgängern Land zur Verfügung gestellt, um innerhalb einer Kooperative Gemüse anzubauen und an die Mission zu verkaufen. Für die Bewässerung der Felder in der Trockenzeit kann der in der Nähe gelegene Stausee genutzt werden.

---

<sup>276</sup> ZIMFEP (2005). Online in Internet: <http://www.kubatana.net>.

<sup>277</sup> Vgl. Kreile, R. (1990): Zimbabwe: von der Befreiungsbewegung zur Staatsmacht. Saarbrücken, S. 83.

#### **5.3.2.4 Das Avoca Youth Training Project**

Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist die Beteiligung an der Planung und Durchführung eines Ausbildungszentrums nur wenige Kilometer entfernt. Die Embakwe Mission errichtete in Zusammenarbeit mit der Regierung und mit der finanziellen Unterstützung von verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen das ‚Avoca Youth Training Project‘.

##### Ursprüngliche Initiative

Aufgrund des geringen und unregelmäßigen Niederschlags in der Region um Plumtree ist die Bevölkerung, die weitgehend von Ackerbau und Viehzucht lebt, sehr arm. In dieser Gegend gibt es immer wieder Hungersnöte. Da es in diesem Distrikt auch keine Industrie gibt, sind die Menschen gezwungen, ihr meist qualitativ schlechtes Land zu bewirtschaften und der Viehzucht nachzugehen. Viele Schulabgänger verlassen deshalb das Land, um als illegale Einwanderer in Botswana oder Südafrika Arbeit zu finden. Dort sind sie meist aber nur Saison- und Wanderarbeiter. Es gibt keine soziale Absicherung, und der familiäre Rückhalt fehlt. In den letzten Jahren hat die Zahl der jugendlichen Auswanderer immer mehr zugenommen.

Vor diesem Hintergrund wendeten sich einige Jugendliche in den frühen 1990er Jahren an die Distriktverwaltung und an kirchliche Institutionen der Embakwe-Mission, um Hilfe zu suchen. Auch die von der Verwaltung in Plumtree um Unterstützung gebetene Deutsche Botschaft leistete 1992 eine finanzielle Beteiligung, sodass das ‚Avoca Youth Training Project‘ gegründet und erste Gebäude errichtet werden konnten. Dieses Projekt soll arbeitslosen Schulabgängern der Region eine fundierte handwerkliche Ausbildung ermöglichen. In dem geplanten Einzugsbereich des Projektes leben etwa 56.000 Menschen.

Am praktischen Aufbau beteiligt waren Jugendliche, die aufgrund des Sekundarschulbesuchs an der Embakwe-Mission Vorkenntnisse im Maurerhandwerk besaßen und diese unter Anleitung eines Ausbilders nun in der Praxis vervollständigen konnten. Im Juli 1993 war das erste Gebäude fertiggestellt. Es wurden weitere Gebäude als Klassenräume für die verschiedenen Unterrichtsfächer und für die Verwaltung, Wohnräume für Schüler und Lehrer, eine Bäckerei, ein Einkaufsladen, sanitäre Anlagen etc. errichtet. Diese erste Gruppe bewirtschaftete einen Gemüsegarten und legte einen Obstgarten an, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu ergänzen.

## Zielsetzung

Die Auszubildenden sollen befähigt werden, ihren Lebensunterhalt in ihrer Heimat zu verdienen. Sie erlernen ein Handwerk, welches es ihnen ermöglicht, in ihrer Heimat Arbeit zu finden. Die Ausbildung berücksichtigt inhaltlich die Möglichkeit einer späteren Selbstständigkeit (Rechnen und Buchhaltung als Unterrichtsfach). Des Weiteren umfasst die Teilnahme an einer Ausbildung auch die Vermittlung grundlegender Kenntnisse in der Landwirtschaft.

Die finanziellen Förderer erwarten eine umfassende Ausbildung in verschiedenen praktischen und theoretischen Fächern, um den Jugendlichen eine Existenzgrundlage zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, Arbeitsmigration in die Städte und Nachbarländer zu vermeiden und weiterhin in ihrem Dorf leben zu können.

So erhält zunächst jeder Auszubildende einen Grundkurs in Landwirtschaft. Die männlichen Teilnehmer schließen einen Grundkurs im Mauern an, die Frauen werden anschließend im Schneidern (und Nähen) unterrichtet. Erst nach diesen Grundkursen erhalten die Auszubildenden in einem bestimmten Bereich eine fundierte handwerkliche Ausbildung. Die Grundkurse sollen den Jugendlichen die Chance offenlassen, bei möglicher späterer Arbeitslosigkeit zumindest im informellen Sektor ein geringes Einkommen zu erzielen, indem z.B. ein wenig Land zur Eigenversorgung bestellt wird oder die Frauen in Heimarbeit Schuluniformen nähen können. Die Auszubildenden erhalten darüber hinaus theoretischen Unterricht im Rechnen und Buchhaltung, um bei einer späteren Selbstständigkeit oder Mitarbeit in einer Kooperative Preise kalkulieren zu können etc. Die englische Sprache ist ein weiteres Fach im theoretischen Unterricht.

Das Projekt möchte zudem die Erhaltung von traditionellen Bräuchen und Werten der Region fördern. So fertigt die Klasse der Näherinnen ihre eigenen kulturellen Kostüme und künstlerisch begabte Schreinerlehrlinge werden ermutigt, Kunstgegenstände herzustellen. Ebenso wird die Herstellung von traditionellen Gebrauchsgegenständen wie Töpferwaren und Körben etc. gefördert. Die kulturelle Identität im eigenen Volk zu finden und ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit einem gefestigten Selbstbewusstsein zu entwickeln, sind Ziele des Trainingszentrums, während eine existenzsichernde Ausbildung vermittelt wird.

Die Ausbildungszeit für die verschiedenen Kurse beträgt zwei Jahre. Um den unterschiedlichen Bildungsstand der Jugendlichen zu berücksichtigen, kann die Ausbildungszeit zur Erreichung der Qualifikation auf eigenen Wunsch um ein weiteres Jahr verlängert werden. In dieses Projekt sind jährlich etwa 60 junge Menschen im Alter von durchschnittlich 20 Jahren und mit unterschiedlichen Schulabschlüssen eingebunden. Die Einbindung von Frauen

in die Projekte ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Der Mangel an Verpflegungs- und Unterkunftsmöglichkeiten setzt der Zahl der Auszubildenden eine Grenze.

Das Zentrum steht auch der Gemeindeverwaltung zur Verfügung, um beispielsweise Wochenendkurse für ‚Village Community Development‘ durchzuführen. Diese beinhalten beispielsweise landwirtschaftliche Workshops für Interessierte aus den umliegenden Dörfern. Die Mahlzeiten der zurzeit etwa 60 Jugendlichen werden aus gelegentlichen Spenden finanziert. Die Werkzeuge für die Grundkurse Maurern und Landwirtschaft wurden ausgeliehen, ebenso die Möbel in der Unterkunft der Auszubildenden. Ziel ist die eigenständige Finanzierung des Projektes und die Reinvestition möglicher Gewinne in das Projekt. Schon während der Ausbildungszeit werden unter Anleitung z.B. Gebäude gewinnbringend erstellt oder Gemüse in den Dörfern verkauft.

Gegenwärtig setzen sich die laufenden Kosten wie folgt zusammen:

- Ausgaben für Material (ca. 40 %),
- Ausgaben für Gehälter der Beschäftigten (ca. 20 %),
- Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung der Auszubildenden (ca. 20 %) und
- Ausgaben für Investitionen, zukünftige Entwicklungen und unerwartete Ausgaben (ca. 20 %).

Jede der einzelnen Abteilungen führt über Ausgaben und Einkünfte selbstständig Buch. Die Abrechnung und die Aufteilung der Gelder erfolgt jedoch jeden Monat zentral.

### **5.3.3 Bewertung und Kritik der vorgestellten Projekte vor dem Hintergrund der GWA-Konzepte**

Das Schoolleaver-Projekt in Bulawayo ist zwar in das Gemeinwesen des Townships eingebettet und bietet vielen Jugendlichen mit einer Ausbildung eine Zukunftsperspektive. Doch eine Beteiligung der Bevölkerung an dem Projekt im Sinne des Konzeptes von Gemeinwesenarbeit (nach dem theoretischen Konzept von Hinte) steht dabei eher im Hintergrund: Zielgruppenübergreifende Aktivitäten für Menschen, die nicht Auszubildende des Projektes sind, gibt es kaum. Es wäre daher sinnvoll, das Projekt stärker in das Gemeinwesen einzubinden sowie andere Personen(-gruppen) an Weiterbildungsprogrammen teilhaben zu lassen oder die Bildung anderer Selbsthilfegruppen zu fördern.

Das Schoolleaver-Projekt leistet sinnvolle, förderungswürdige Arbeit, trägt aber selbst nicht zu grundlegenden Veränderungen im Township bei, sondern verbessert in erster Linie die Situation einiger Einzelpersonen, was sich auf lange Sicht dennoch positiv auf ein Gemeinwesen / eine Community auswirken wird. Da es sich um eine Einrichtung der Stadt Bulawayo handelt, gibt es vonseiten der Projektleitung keine Strategie, Missstände im Township anzusprechen, zu veröffentlichen oder gar aktiv dagegen vorzugehen.

Die Unterstützung aus dem Ausland, die sich vor allem auf Sach- und Geldspenden beschränkt, ist positiv zu bewerten, sofern die Einrichtung wie in diesem Fall zuvor schon Bestand hatte, erfolgreiche Arbeit geleistet hat und etabliert ist. Der Einsatz der Spendengelder bleibt aber überschaubar. Dadurch erhalten die Spender einen persönlichen Bezug zum Projekt, Kontakte, interkultureller Austausch und entsprechende Lernprozesse entstehen. Auf dieser Grundlage kann auch entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland – wenn auch vielleicht nur im Freundes- oder Bekanntenkreis – anschaulich und nachvollziehbar ergänzt werden.

Im Gegensatz zum Schoolleaver-Projekt ist das Bulilimangwe-Community-Training-Centre in Plumtree direkt aus Initiativen von Individuen und Gruppen einer Community / eines Gemeinwesens entstanden. Es ist offen für unterschiedliche Interessen und Engagements der Bevölkerung vor Ort und orientiert sich maßgeblich an der Verbesserung des Lebensumfeldes für die Mitglieder des Gemeinwesens.

Durch die Integration von Menschen aus benachbarten Regionen wie auch durch die Zugangsmöglichkeiten für Männer – beispielsweise bei landwirtschaftlichen Qualifizierungsveranstaltungen im Rahmen des frühen Resettlementprogramms – findet das Zentrum allseits Akzeptanz.

Projekte dieser Art stärken das Gemeinwesen. Es gibt gemeinsame kulturelle Veranstaltungen und Treffs, die die Identifikation und Motivation fördern. Das Bulilimangwe-Community-Training-Centre in Plumtree lässt sich damit eindeutig dem offenen Konzept von Hinte zuordnen.

Während das Konzept der Embakwe-Mission mit der um praktische Ausbildungsmöglichkeiten ergänzten Secondary School nicht als Community-Development-Projekt zu bewerten ist, so ist dies ganz sicher für das Avoca Youth Training Project der Fall, das in großen Teilen seitens der Embakwe-Mission mitinitiiert und mitgetragen wurde und noch immer wird.

Schul- und Praxisausbildung von Menschen, wie in der Missionsschule angeboten, dienen einem Gemeinwesen maßgeblich, legt Bildung doch den Grundstein für Partizipation und

damit auch für mögliche Veränderungen in einem Gemeinwesen. Nichtsdestotrotz ist Bildung als (Allgemein-)Gut zu bewerten, auch wenn der Zugang dazu in Entwicklungsländern oftmals keineswegs so selbstverständlich ist wie beispielsweise in der Bundesrepublik. Dass kirchliche Institutionen wie die Embakwe-Mission eine solche Lücke im Bildungssystem in einem Entwicklungsland füllen, ist zwar sinnvoll und für die Bevölkerung hilfreich, hat aber auch historische Wurzeln, wie zuvor über die ‚Religion als Instrument der Kolonialisierung‘ gezeigt wurde. Nicht zuletzt sind die Bildungsmöglichkeiten seitens der Embakwe-Mission initiiert und Lerninhalte weitestgehend vorgegeben. Initiative von der Basis als zentrales Moment von Community Development ist in diesem Bereich nicht bzw. nur gering gegeben. Ganz anders gestaltet sich dies im Rahmen des Avoca Youth Training Projects: Hier kam die Initiative, wie oben dargestellt, direkt aus der Betroffenenengruppe der Community, den chancenlosen Jugendlichen. Auch wurde über einen längeren Zeitraum an der eigentlichen Aufbauarbeit mitgearbeitet. Allerdings ist das Projekt auf die teilnehmenden Jugendlichen beschränkt.

Das Avoca Youth Training Project ist erneut ein Beispiel für das GWA-Konzept nach Hinte. Besonders deutlich wird eine intensive institutionelle Zusammenarbeit mit Staat, Kirche und Zivilgesellschaft im Interesse der Zielgruppe. Dies ist ein wichtiger Aspekt, den Hinte immer wieder hervorhebt. Gerade in Entwicklungsländern sind zivilgesellschaftliche Initiativen wie Community-Development-Projekte auf die Akzeptanz des Staates angewiesen.

#### **5.3.4 Diskussion der Eignung verschiedener GWA-Konzepte für Community Development in Entwicklungsländern**

Für Community Development in Simbabwe eignen sich die traditionellen amerikanischen Konzepte von GWA – wie die integrative, harmonische Position nach Ross, die sozial-reformerische Position nach Specht als auch die basisdemokratische Position nach Alinsky – nicht bzw. sind unzureichend.

So werden auch bei der „integrativen, harmonischen GWA“ nach Ross nur kleine, geringe Veränderungen bewirkt. Sein Konzept eignet sich eher für Stadtteile, in denen eine Mittelschicht wohnt. Die Bewohner können, wenn sie ‚aktiviert‘ werden, in das Gemeinwesen integriert werden und sich an der Stadtteilplanung in Zusammenarbeit mit der Verwaltung beteiligen. Die soziale Lage der beteiligten Bevölkerung wird nicht wesentlich verbessert. Gerade dies aber muss vorrangiges Ziel von Community Development in den ländlichen

Gebieten oder in den Townships der Städte Simbabwe sein, da viele Menschen an der Grenze des Existenzminimums leben.

Das Hauptziel, die Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft zur Überwindung der Entfremdung der Individuen, ist für die Betroffenen in Simbabwe nicht von so großer Bedeutung, da sie meist in ihrer Familie fest eingebunden sind. Auch sind die nachbarschaftlichen Beziehungen und entsprechende Hilfestellungen bereits wichtiger Bestandteil des Alltags.

„Sozialreformerische“ und „basisdemokratische“ Konzepte nach Specht oder Alinsky setzen dagegen eine Regierung voraus, die über finanzielle Mittel verfügt, die entsprechenden Projekten zugutekommen könnten. Die wirtschaftliche Situation Simbawwes lässt aber kaum noch Raum für eine solche Unterstützung bzw. eine geänderte Verteilung. Während in den USA zur Zeit der GWA-Konzepte nach Specht und Alinsky gefordert wurde, finanzielle Mittel aus dem Staatshaushalt neu zu verteilen, hat Simbabwe diese Möglichkeit nicht. Besonders durch das Strukturanpassungsprogramm von Weltbank und IWF sind die Ausgaben des Staatshaushaltes von Simbabwe in den 1990er Jahren vordefiniert und aus Basisbereichen abgezogen worden. Außerdem ist die verarmte Bevölkerung in den USA eine Minderheit, in Simbabwe aber gibt es wenige, die wohlhabend sind.

Disruptive Maßnahmen, die sowohl Specht als auch Alinsky für eine unter Umständen angemessene Vorgehensweise im Rahmen von GWA halten, sind in Simbabwe ebenfalls nicht durchführbar. Der Staat sähe sich gezwungen, gewalttätige Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Als ein Beispiel für diese These sei die teilweise sehr gewalttätige Vorgehensweise der simbabwischen Polizei gegen illegale Siedler, den sogenannten Squattern,<sup>278</sup> in den Städten im Sommer 2005 angeführt. Trotz des möglichen Vorwurfs, die Vermeidung disruptiver, aggressiver Maßnahmen würde die Verhältnisse nicht ändern und die Chancen weiterhin ungleich verteilt bleiben, ist eine allzu kämpferische GWA in einem Land, das durch einen Unabhängigkeitskrieg und politisch instabile Verhältnisse geprägt ist, der falsche Weg.

Am ehesten geeignet für Community Development in Simbabwe ist der GWA-Entwurf nach Hinte, der das Konzept der Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit auf Grundlage der verschiedenen traditionellen Konzepte aus Amerika (Ross, Specht, Alinsky u.a.) für deutsche Stadtteile entwickelte, was sich aber auf Townships in Simbabwe und auf Gemeinden in ländlichen Gebiete übertragen lässt.

Es ist ein pragmatisches Konzept, das nicht nach einer bestimmten Methode vorgeht bzw. andere Methoden ausschließt, sondern alle Vorgehensweisen, die für die Lebenssituation der Beteiligten Vorteile bringen, befürwortet. Dieses ‚offene‘ Konzept kann unter bestimmten Umständen die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung als auch mit anderen Institutionen einschließen, um ein Maximum an ‚Outcome‘ für die Menschen vor Ort zu erzielen. Die Bewohner eines Gemeinwesens sollen im Mittelpunkt dieser GWA stehen.

Denn das GWA-Konzept nach Hinte orientiert sich an der Bevölkerung. Sie soll nach ihren Interessen befragt werden. Die Ressourcen des Umfeldes sollen umfassend genutzt und Hilfe von außerhalb nur soweit wie nötig beansprucht werden. Die Akzeptanz bestimmter Vorgehensweisen soll nach diesem Konzept durch die direkte Beteiligung der Bewohner gesichert werden. Nicht Community Development *für* die Bewohner, sondern Community Development *mit* ihnen ist wichtig, um bestimmte Projekte erfolgreich durchzuführen und sie künftig finanziell unabhängig zu machen – ein zentraler Aspekt des Nachhaltigkeitsgedankens. Auch Bewohner der umliegenden Gebiete sollten in das Programm der Projekte integriert werden. Selbsthilfegruppen und Eigeninitiative der Bewohner und der Teilnehmer eines Projektes sollten gefördert werden. Große Akzeptanz und insbesondere die Vermeidung von Neid in Bezug auf die Teilnahme an einem Projekt wird durch zielgruppenübergreifende Aktivitäten und andere vielfältige Aktionen erreicht.

---

<sup>278</sup> Squatter sind illegale Siedler auf kommerziellem Farmland oder Staatsland, die die Versprechen aus der Zeit des Befreiungskampfes (das Land werde dem Volk gehören) beim Wort nehmen.

## 6 Schlussbetrachtung und Ausblick

Die globalen Herausforderungen sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts enorm. Armut und soziale Disparitäten, der internationale Terrorismus und der Klimawandel sind Schlagworte, die die Menschen weltweit verängstigen und die Notwendigkeit zur Gestaltung neuer gesellschaftlicher Strukturen im globalen Maßstab verdeutlichen. Mit dem in Kapitel 1 skizzierten Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wurde spätestens seit der Rio-Konferenz im Jahre 1992 durch die angestrebte Koexistenz von Ökonomie, Ökologie und Sozialem große Hoffnung auf eine sozial-ökologisch ausgerichtete Weltwirtschaft verbunden. Bei eingehender Betrachtung fällt die Bilanz jedoch ernüchternd aus. Die UN-Dekade ‚Bildung für eine nachhaltige Entwicklung‘ von 2005 bis 2014 soll nunmehr die Popularität dieses Leitbild noch einmal international durch verstärkte Bildungsbemühungen steigern und damit die Grundlage für nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und Lebensstile bilden. In diesem Zusammenhang skizziert die vorliegende Arbeit ausgewählte Schulungsinhalte für Akteure der nachhaltigen, entwicklungsbezogenen und gemeinwesenorientierten Bildungsarbeit als Beitrag zu diesen internationalen Bemühungen.

Durch den Einsatz in einem gemeinwesenorientierten Workcamp oder Projekt in einem Entwicklungs- oder Schwellenland im Anschluss an eine intensive Vorbereitung werden Teilnehmer des Programms ‚Konkreter Friedensdienst‘ des Landes Nordrhein-Westfalen für ein langfristiges Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit vorbereitet. Die Teilnehmer des Seminars ‚Praxis der Entwicklungszusammenarbeit‘ schildern im Zuge der Nachbereitung immer wieder einprägsame und nachhaltige Eindrücke, Erlebnisse und Erfahrungen. Es wird über die eigene Identität, über kulturelle Werte und Bräuche vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit einer anderen Kultur reflektiert und der Blickwinkel für die Sozialsysteme, für das Bildungssystem, für Grundrechte und Demokratie wird geschärft. Zudem werden ein solidarisches und empathisches Empfinden und eine weltoffene Wahrnehmung gefördert.

Durch die gemeinsame Arbeit mit den Projektpartnern vor Ort werden der kulturelle Dialog intensiviert und das Gemeinwesen gestärkt. Eine langfristige Projektfortführung kann dabei durch eine dauerhafte Bindung der Teilnehmer an das bestehende Projekt und durch die Gründung lokaler Aktionsgruppen im Anschluss an einen Einsatz gewährleistet werden.

Das Förderungsprogramm der Landesregierung NRW weist zeigbare Erfolge in Bezug auf ‚Interkulturelle Lernprozesse‘ bei den Teilnehmern auf. Für Einzelpersonen oder Gruppen, die sich jahrelang im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, fehlten bislang

entsprechende Förderungsprogramme. Vor diesem Hintergrund ist ein Antrag an den Deutschen Bundestag entstanden, der die Einrichtung einer umfassenden konzeptionellen und finanziellen Förderung der entwicklungspolitisch orientierten Jugendarbeit forderte.<sup>279</sup> Solidarisches Lernen von jungen Menschen sollte durch eine Begegnung mit Partnern in Entwicklungsländern vermehrt gefördert werden. Insbesondere sollte ihnen die Gelegenheit eröffnet werden, Kulturen und Lebensverhältnisse in Entwicklungsländern kennenzulernen, sich an Projektarbeit zu beteiligen, konkrete Wirkungen weltweit unterschiedlicher Entwicklung zu erkennen und nach der Rückkehr die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird ab 2008 einen aus öffentlichen Mitteln geförderten Freiwilligendienst in Entwicklungsländern mit einer flexiblen Laufzeit von sechs bis 24 Monaten einführen, der fachlich und pädagogisch begleitet werden soll und sich an junge Erwachsene zwischen 18 und 28 Jahren richtet. Ein Zuschuss für Unterkunft, Verpflegung, Taschengeld, fachliche und pädagogische Betreuung sowie Versicherungen soll sich auf 580 Euro pro Person und Monat belaufen. Es ist mittelfristig vorgesehen, 10.000 Plätze zu schaffen, für die ein Volumen von 70 Millionen Euro bereitgestellt werden soll. Die Abwicklung erfolgt über die bewährten Förderverfahren des BMZ durch private Träger und Nichtregierungsorganisationen. Vorgesehen ist zunächst eine dreijährige Pilotphase. Deutschland verfügt im Unterschied zu anderen Ländern (unter anderem USA und Großbritannien) bisher nicht über einen derartig ausgestalteten entwicklungspolitischen Freiwilligendienst. Die von privaten Trägern aus Eigenmitteln angebotenen Freiwilligendienste sind häufig mit sehr hohen Kosten für die Bewerberinnen und Bewerber verbunden. Ziel ist es, dass sich auch einkommensschwächere Jugendliche international engagieren können. Insbesondere junge Frauen sollen angesprochen werden, für die keine Fördermöglichkeiten nach dem Zivildienstgesetz bestehen.<sup>280</sup>

Die Realisierung des Programms ist u.a. auf die langjährigen Erfahrungen im Rahmen der ‚Praxis der Entwicklungszusammenarbeit‘ an der Westfälischen Wilhelms-Universität zurückzuführen, die der Verfasser im Zuge seiner politischen Arbeit in die Entscheidungsprozesse der parlamentarischen Gremien hat einfließen lassen.

Für die weitere Etablierung des solidarischen Lernens wird es wichtig sein, derartige Vorhaben durch eine gezielte Vorbereitung auf der Basis der vorgestellten Schulungsinhalte

---

<sup>279</sup> Deutscher Bundestag (2002a): Entwicklungspolitisches Jugendprogramm ‚Solidarisches Lernen‘. Bundestagsdrucksache 14/8006.

<sup>280</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Online in Internet: [http://www.bmz.de/de/presse/nl/newsletter\\_01](http://www.bmz.de/de/presse/nl/newsletter_01) (Stand 08.07.2001).

zu flankieren. Dabei kann das vorgestellte Konzept im Zuge einer methodisch-didaktischen Modifikation auch auf nicht-universitäre Zielgruppen angewendet werden.

Sinn und Zweck eines entwicklungspolitischen Jugendprogramms im Rahmen des solidarischen Lernens soll es sein, den Teilnehmern die Gelegenheit zu eröffnen, Kulturen und Lebensverhältnisse in Entwicklungsländern kennenzulernen, sich an Projektarbeit zu beteiligen, konkrete Wirkungen weltweit unterschiedlicher Entwicklungen zu erkennen und nach der Rückkehr die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen weiterzugeben und somit multiplikatorisch zu wirken.

Gleichzeitig müssen zivilgesellschaftliche Strukturen zur Durchführung solcher Vorhaben erheblich gestärkt werden. Im Folgenden wird inhaltlich Bezug genommen auf zentrale Aussagen des Antrages ‚Förderung der Zivilgesellschaft im Norden und Süden – eine Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit‘ an den Deutschen Bundestag, an dem der Verfasser mitgewirkt hat.<sup>281</sup>

Zunächst einmal gilt es, über eine noch intensivere partnerschaftliche Zusammenarbeit mit NGOs deren Leistungsfähigkeit und die ihrer Partner zu steigern. Den NGOs sollte eine größtmögliche Autonomie zugestanden werden, um ihre Vorteile – wie etwa die Vielfalt der Vorgehensweisen, der Methoden und der lokalen Kontakte – gegenüber der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit aufrechtzuerhalten.

Die NGOs sollten zudem systematisch bei allen entwicklungspolitischen Entscheidungen, die ihre Arbeit betreffen, zu Rate gezogen werden, um eine vertrauensvolle und dauerhafte Zusammenarbeit mit ihnen zu ermöglichen. Außerdem ist die regelmäßige und intensive Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Trägern bei internationalen Konferenzen und Verhandlungen anzustreben.

Vor allem kleine, auf ehrenamtlicher Basis arbeitende NGOs verfügen häufig nicht über das Know-how und die logistischen Voraussetzungen, um den mit der Erfüllung der Richtlinien verbundenen Aufwand zu bewältigen. Eine einfachere Gestaltung der Vergaberichtlinien und Abrechnungsformalitäten des BMZ für Projektmittel könnte diesem Aspekt Rechnung tragen. Gleichzeitig sollte es NGOs ermöglicht werden, einen bestimmten Prozentsatz bewilligter Zuschüsse für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden. Des Weiteren gilt es,

---

<sup>281</sup> Deutscher Bundestag (2001): Förderung der Zivilgesellschaft im Norden und Süden – eine Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit. Bundestagsdrucksache 14/5789.

lokale Vernetzungsbestrebungen zu unterstützen und eine weitere Professionalisierung der Akteure vor Ort zu erreichen.

Wichtig ist es zudem, neben der ehrenamtlichen Tätigkeit eine Professionalisierung im Sinne hauptamtlicher Arbeit in NGOs zu etablieren und diese auch zu fördern. Dadurch wird eine Verstetigung und Nachhaltigkeit der Arbeit gewährleistet. Gleichzeitig sollte im Bereich der im zweiten Kapitel angesprochenen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vermehrt qualifiziertes Personal eingesetzt und gefördert werden.

Es sollte ein Kriterienkatalog zur Überprüfung staatlicher und nichtstaatlicher Maßnahmen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit bei der Förderung der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern erstellt werden. Anzustreben ist die Bewahrung und Förderung der Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und damit eines breiten Spektrums an Gruppen und Ideen.

Des Weiteren kann ein Evaluierungsraster zur kritischen Prüfung der zu fördernden zivilgesellschaftlichen Akteure im Süden wie im Norden erarbeitet werden. Zu prüfen sind die Wirkungen ihrer geplanten Maßnahmen, insbesondere deren praktische Relevanz, z.B. bei der Bewältigung von Problemen und Konflikten und bei der Veränderung der sozialen Beziehungen zugunsten der Interessen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Zudem ist ihre Struktur, ihre Vernetzung, die Effizienz ihres Managements und die Akzeptanz der NGOs in der Bevölkerung bei der Förderung zu berücksichtigen. Sie sollten nicht nur gegenüber den unterstützenden Institutionen Rechenschaft ablegen, sondern auch gegenüber Mitgliedern und Zielgruppen.

Als weitere Aspekte sind die verstärkte Einbeziehung und Befähigung der NGOs in die Ausarbeitung der ‚poverty reduction strategy papers‘ der Weltbank sowie der ‚countrysupport-strategies‘ der EU und die Prüfung einer stärkeren und gleichberechtigten Miteinbeziehung von Süd-NGOs bei internationalen Konferenzen zu nennen.

Im Interesse einer besseren Verankerung der europäischen Entwicklungspolitik in der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten sollte die EU eine breite und repräsentative Netzwerkstruktur von NGOs aktiv unterstützen und durch eine entsprechende finanzielle Förderung absichern.

Außerdem ist die Unterstützung von Initiativen zur Förderung entsprechender Netzwerkstrukturen durch die EU-Kommission in den Partnerländern der EU anzustreben, um die durch den Cotonou-Vertrag und ‚poverty reduction strategy papers‘-Prozesse auf die Süd-NGOs zukommenden neuen Aufgaben auch adäquat bewältigen zu können.

Das bisherige System der Kofinanzierung auf EU-Ebene sollte ausgebaut werden und auch für kleine und mittlere NGOs zugänglich sein. Der Gedanke der Partnerschaft von Nord- und

Süd-NGOs und das implizierte Initiativrecht der NGOs für eigene Projektvorschläge soll erhalten bleiben.

Letztlich kann eine Vereinfachung der Verfahren zur Antragstellung im Bereich der NGO-Kofinanzierung und Verbesserung der Beratung für antragstellende NGOs eine größere Breite der NGO-Projektzusammenarbeit gewährleisten und auch kleineren NGOs die Möglichkeit der Finanzierung ihrer Vorhaben über NGO-Mittel ermöglichen.

Die in dieser Arbeit vorgestellten Ansätze und Schulungsinhalte sowie die skizzierten Projektbeispiele werden an der Westfälischen Wilhelms-Universität im Rahmen der außerschulischen Bildungsarbeit weiterentwickelt. Dabei wird der angesprochene Freiwilligendienst in Entwicklungsländern mit den dargestellten Inhalten und Methoden ab 2008 kritisch begleitet. Weiterverfolgt wird ebenso das Ziel, ein entsprechendes Programm für Partner aus Entwicklungsländern in Deutschland zu etablieren.

Es ist wünschenswert, dass die deutschen Universitäten eine exponierte Stellung bei der Mitgestaltung einer solidarischen Gesellschaft einnehmen und entsprechende Lehrangebote im Sinne des Solidarischen Lernens zunehmend offerieren.

## Literaturverzeichnis

**Agentur für Nachhaltigkeit (2005):** Kommunale Beschlüsse zur Aufstellung einer lokalen Agenda 21 in Deutschland im Juli 2005. Online in Internet: <http://www.agenda-transfer.de> (Stand 01.09.2006).

**Aguirre, B. E., Curtis, L. C. (1993):** Collective Behaviour and Social Movements. Alyn and Bacon (USA).

**Aktionsgemeinschaft Humane Welt e.V. (Hrsg.) (1989):** AHW-Info-Blatt. Das Bulilimamangwe-Community-Training-Centre in Plumtree. Rheine.

**Alfa Portal Literacy Learning (Apoll) (2004):** Alphabetisierung und Neue Medien. Online in Internet: <http://www.apoll-online.de> (Stand 11/2004).

**Alinsky, S. (1973):** Die Stunde der Rebellen. Gelnhausen.

**Altwater, E., Mahnkopf, B. (2002):** Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 5. überarbeitete Auflage. Münster.

**Anton, D. (1989):** Interkulturelles Lernen als ein Ziel eines internationalen Workcamps. Diplomarbeit im Fachbereich Sozialpädagogik. Münster.

**Arbeiterwohlfahrt (AWO) (Hrsg.) (1990):** Ferienfreizeiten und internationale Begegnungen. Ein Lesebuch für MitarbeiterInnen. Bonn.

**Auernheimer, G. (1990):** Einführung in die interkulturelle Erziehung. Darmstadt.

**Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (1984):** Ziele und Schwerpunkte entwicklungsbezogener Bildung und Publizistik. Ein Diskussionsbeitrag. In: epd-Entwicklungspolitik. H. 23/24, Dokumentation. S. a-e.

**Baz, P. (1996):** Nachhaltige Technikgestaltung in den Entwicklungsländern. Unveröffentlichte Verschriftlichung des Vortrags bei dem Workshop des Zentrums für interdisziplinäre Technikforschung an der Technischen Universität Dresden. 29. Mai 1996.

**Begander, E. (1988):** „Was kann ich denn dafür?“ Über den Umgang mit Abwehrmechanismen und Widerständen in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit. In: Zeitschrift für Entwicklungspädagogik, Nr. 1 (März). Frankfurt a.M.

**Belle, M. (1995):** Gremien, Gelder und die Grenzen. In: Germanwatch Regionalgruppe Münster (Hrsg.): Zukunftsfähiges Münster? Münster.

**Bernard, A., Helmich H., Lehning P. B. (1998):** Civil Society and International Development. OECD North-South Center.

**Bittner, A. (1991):** Interkulturelles Lernen – Eine notwendige Begriffsbestimmung. In: Vehement, Nr. 7, S. 15-18.

**Bliss, F. (1990):** Zum Beispiel Entwicklungsprojekt. 2. Auflage. Göttingen.

**Bock-Rosenthal, E. (1992):** Soziologische Aspekte Sozialer Arbeit mit Einzelnen, Gruppen und Gemeinwesen. In: Biermann, B. u.a. (Hrsg.): Soziologie. Gesellschaftliche Probleme und sozialberufliches Handeln. Neuwied.

**Brandt W. (Hrsg.) (1980):** Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Köln.

**Breitenbach, D. (Hrsg.) (1979):** Kommunikationsbarrieren in der internationalen Jugendarbeit, Band 1 und Band 5. Saarbrücken.

**Bundesarbeitskreis Freiwillige soziales Jahr (2005):** Online in Internet: [http:// www.profsj.de](http://www.profsj.de) (Stand 05/2005).

**Bundshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005:** Einzelplan 17. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 2, S. 18.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2005):** Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der

Russischen Föderation über jugendpolitische Zusammenarbeit. Online in Internet: <http://www.bmfsfj.de> (Stand 03/2005).

**Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2001):** Gemeinsames Ministerialblatt. Amtlicher Teil Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Richtlinien v. 19.12.2000, Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), Nr. 2. Berlin, S. 23.

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2001):** Online in Internet: [http://www.bmz.de/de/presse/nl/newsletter\\_01](http://www.bmz.de/de/presse/nl/newsletter_01) (Stand 08.07.2001).

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2002):** Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. BMZ Konzepte Nr. 119.

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2006):** Online in Internet: [http://www.bmz.de/de/laender/regionen/lateinamerika/projekte/chat\\_welten.html](http://www.bmz.de/de/laender/regionen/lateinamerika/projekte/chat_welten.html) (Stand 19.12.2006).

**Bundesregierung (2001):** Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin.

**Bundesregierung (2002):** Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für nachhaltige Entwicklung. Berlin.

**BUND / Misereor (Hrsg.) (1996):** Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Birkhäuser Verlag. Berlin.

**Caspari, A., Kevenhörster, P., Stockmann, R. (2003):** Das Schweigen des Parlaments. Die vergessene Frage der Nachhaltigkeit deutscher Entwicklungszusammenarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13-14. Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament“, S. 7-14.

**Cassen, R. (1986):** Die Wirksamkeit der Hilfe. In: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 1.

**Chapman, P. G., Baker, K. M. (1992):** The Changing Geography of Africa and the Middle East. London.

**CIA: The World Fact Book (2005):** Zimbabwe. Online in Internet: <http://www.cia.gov> (Stand 09/2005).

**Cloward, A., Fox, F. P. (1977):** Poor People's Movements. Why they succeed, how they fail. MIT Press (UK), S. 125.

**Club of Rome (Hrsg.) (1973):** Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Reinbek.

**Cohen, J. L., Arato, A. (1992):** Civil Society and Political Theory. MIT Press (UK), S. 84.

**Coordinating Committee for International Voluntary Service (CCIIVS) der UNESCO (Hrsg.) (1997):** Volunteering in Conflict Areas. Paris.

**Dankwortt, D. (1986):** Aktuelle Probleme im Grenzbereich zwischen Kultur- und Entwicklungspolitik. In: Zeitschrift für Kulturaustausch, Nr. 2, S. 286-288.

**Dankwortt, D., Frey, U., Hottelet, H. (Hrsg.) (1979):** Die internationale Jugendarbeit aus der Sicht der beteiligten Zuwendungsgeber, Organisationen und Verbände. In: Breitenbach, D.: Kommunikationsbarrieren in der internationalen Jugendarbeit. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministers für Jugend Familie und Gesundheit, Bd. 2. Saarbrücken, S. 211-268.

**Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1991):** Konkreter Friedensdienst, Düsseldorf.

**Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1996):** Konkreter Friedensdienst. Düsseldorf.

**Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2001):** Konkreter Friedensdienst – Ein Programm der Landesregierung NRW. Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Richtlinien. Düsseldorf.

**Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) (2004):** Datenreport 2003. Online in Internet: <http://www.weltbevoelkerung.de> (Stand 12/2004).

**Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) (2005):** Demographische Indikatoren Simbabwe. Online in Internet: <http://www.weltbevoelkerung.de> (Stand 08/2005).

**Deutscher Bundestag (2002a):** Entwicklungspolitisches Jugendprogramm „Solidarisches Lernen“. Bundestagsdrucksache 14/8006.

**Deutscher Bundestag (2002b):** Schlussbericht der Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Drucksache 14/9200.

**Deutscher Bundestag (2004):** Einrichtung eines parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung. Bundestagsdrucksache 15/2441.

**Deutscher Bundestag (2004):** Einrichtung eines parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung. Bundestagsdrucksache 15/2441.

**Deutscher Bundestag (2004):** Protokoll Nr. 15/51: Die Rolle der Medien in Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 1.12.2004.

**Deutscher Entwicklungsdienst (DED) (2000):** Leitlinien Gemeinwesenarbeit, Förderung von Zivilgesellschaft und sozialen Netzwerken. Berlin. Online in Internet: <http://www.ded.de> (Stand 05/2005).

**Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR) (2004):** Die Zukunft der Europäischen Union. Nachhaltigkeit in Europa: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig? In: EU-Rundschreiben 07/04.

**Dritte Welt JournalistInnen Netz (DWJN) (2004):** Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Die Rolle der Medien in Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit“. Ausschuss-Drs. 15/(18)0332.

**Eberly, D. (2000):** The essential Civil Society Reader. New York.

**Eisermann, D. (2003):** Die Politik der nachhaltigen Entwicklung. Der Rio-Johannesburg-Prozess. InWent Themendienst des Informationszentrums Entwicklungspolitik, Nr. 13. Bonn.

**Erler, B. (1994):** Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe. Köln.

**Feuerle, G. (1992):** Annäherung an das Fremde. Erfahrungsprozesse und interkulturelles Lernen bei und nach einer Zimbabwe-Reise. Verlag für Interkulturelle Kommunikation. Bielefeld.

**Fine, R., Rai, S. (1997):** Civil Society – Democratic Perspectives. London.

**Flock, W. (1991):** Berufsfelder für das Sozialwesen. In: Flock, W., Hemker, R., Sauerwald, G.: Soziale Arbeit und Internationale Entwicklung. Münster.

**Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V. (FUR) (Hrsg.) (2004):** Die 35. Reiseanalyse 2005. Online in Internet: <http://www.fur.de> (Stand 12/2004).

**Freise, J. (1982):** Interkulturelles Lernen in Begegnungen – eine neue Möglichkeit entwicklungspolitischer Bildung? Saarbrücken.

**Friesenhahn, G. J. (1998):** Interkulturelles Lernen: Zentrales Ziele des Europäischen Freiwilligendienstes für Jugendliche. In: Kind, Jugend, Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz, Nr. 3.

**Fröhlich, D. W. (1987):** Wörterbuch zur Psychologie, 15. Aufl., München.

**Fuchs, Heinz (2004):** „Mit zehn bist Du erwachsen, mit dreißig tot!“ In: Deutsche Gesellschaft für die Vereinte Nationen (Hrsg.): Eine-Welt-Presse. Tourismus und Entwicklung, Nr. 1.

**Fullinwider, R. K. (1999):** Civil Society, Democracy and Civil Renewal. New York.

**Galtung, J. (1975):** Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek.

**Gansen, T., Anton, J., Hoffmann, A. (2001):** Auswertung lokaler Agenda-21-Prozesse in NRW. Untersuchung von 141 nordrhein-westfälischen Kommunen. Bonn. Online in Internet: <http://www.agenda-transfer.de> (Stand 04.07.2005).

**Giesecke, H. (1981):** Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend: Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. München.

**Greverus, I.-M. (1978):** Kultur und Alltagswelt. Eine Einführung in die Kulturanthropologie. München.

**Hauchler, I., Messner, D., Nuscheler, F. (2001):** Globale Trends 2002. Fakten, Analysen. Prognosen. Frankfurt a.M.

**Hauchler, I., Messner, D., Nuscheler, F. (2003):** Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen, Prognosen. Frankfurt a.M.

**Hemker, K. (2006):** Globales Lernen in Projekten. In: Zeitschrift für Nachhaltigkeit. Heft 3. Münster

**Hemker, R. (1981a):** Entwicklungsbezogene Bildung. In: Schmied, E. A. (Hrsg.): Handlungsmodelle in der Dritte-Welt-Verantwortung. München, Mainz.

**Hemker, R. (1981b):** Fachstelle für Entwicklungsbezogene Bildung in Schule und Unterricht in Schwerte/Villigs. In: Schmied, E. A. (Hrsg.): Handlungsmodelle in der Dritte-Welt-Verantwortung. München, Mainz, S. 133-138.

**Hemker, R. (1992):** Politik und Kritik im Rahmen politischer Ethik. Zur Wahrnehmung von Verantwortung für die EINE Welt. In: Sauerwald, G. u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und internationale Entwicklung. Münster.

**Hemker, R. (1994):** Powerfrauen für Plumtree. In: Forum Eine Welt, Nr. 11. Bonn.

**Hemker, R. (1996):** Zwölfmal Shalom. Friedenspolitische Orientierungen im Alltag. Münster.

**Himmelstrat, U. u.a. (1994):** African Perspectives on Development. Controversies, Dilemmas and Openings. London.

**Hinte, W., Karas, F. (1989):** Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Neuwied, Frankfurt a.M.

**Hopf, C. (1978):** Die Pseudo-Exploration – Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. In: Zeitschrift für Soziologie 7, S. 97-115.

**Human Rights Watch (2002):** Fast Track Landreform in Zimbabwe, Vol. 14. New York.

**Internationaler Jugendgemeinschaftsdienst (IJGD) (Hrsg.) (1992):** Internationale Workcamps in Afrika, Indien und Nicaragua. Bonn.

**Internet-Lexikon der Methode der empirischen Sozialforschung (ILMES) (1999):** Leitfadeninterview. Online in Internet: <http://www.lrz-muenchen.de> (Stand 04/2005).

**Imfeld, A (1986):** Was dem Menschen fremd ist. Ein falsch eingeordneter Begriff wird heimgebracht. In: Pädagogik. Dritte Welt Jahrbuch 1986. Frankfurt a.M.

**Jugend für Europa (2004):** Deutsche Agentur Jugend. Online in Internet. <http://www.go4europe.de> (Stand 10/2004).

**Kahari, G. K. (1992):** Problems of development – an african point of view. In: Sauerwald, G. u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Internationale Entwicklung. Münster.

**Katsiga, I. (2002):** Voluntary Movements: Necessary Motivator and Facilitator of Development Efforts – Zimbabwe. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Swansea (UK).

**Katsiga, I. u.a. (2005):** Die Entwicklung ehrenamtlicher Dienste in Afrika. Unveröffentlichtes Arbeitspapier. Übersetzte Fassung.

**Kersting, N. (1990):** Demokratie und Armut in Zimbabwe. Politische Partizipation und urbaner Lebensstil. Münster, Hamburg.

**Kommission für Internationale Entwicklung (1996):** Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Wien.

**Konrad Adenauer Stiftung (KAS) (2003):** Landreform: Issues and challenges. Johannesburg, S. 8.

**Kreile, R. (1990):** Zimbabwe: von der Befreiungsbewegung zur Staatsmacht, Saarbrücken.

**Krems, O. (2002):** Der Blackout-Kontinent. Münster.

**Kruger, N. J. (1992):** Zimbabwe's Guerilla War: Peasant Voices Cambridge. UK.

**Krippendorf, J. (1984):** Die Ferienmenschen. Für ein neues Verständnis von Freizeit und Reisen. Zürich.

**Kuhnen, F. (ohne Angabe):** Community Development. Folgerungen aus den Aktivitäten in Indien, Pakistan und Südkorea. Online in Internet: <http://www.professor-frithjof-kuhnen.de/publications/community-development/5.htm> (Stand 07/2005), S. 105.

**Kullas, U. (1982):** Lernen von der Dritten Welt. Chancen und Probleme eines Workcamps in Tanzania. Saarbrücken.

**Kuznets, Simon S. (1955):** Economic Growth and Income Inequality. In: American Economic Review 45, S. 1-28.

**Lassberg, D. von (2006):** Tourismus in Entwicklungsländern. In: Zeitschrift für Nachhaltigkeit, Heft 4. Münster. S. 69-77.

**Lexikon der Nachhaltigkeit der Aachener Stiftung Kathy Beys (2005):** Club of Rome. Online in Internet: <http://www.nachhaltigkeit.info> (Stand 01.08. 2005).

**Linnenbrink, G. (1978):** Der Entwicklungskonflikt und die Bildungsverantwortung der Kirche. In: Kähler, B. J. P., Seiz, P.-G. (Hrsg.): Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik. Erste Erfahrungen in einem neuen kirchlichen Arbeitsfeld. Frankfurt.

**Lipset, S. M. (1960):** Political Man. The Social Basis of Politics. Garden City, New York.

**List, F. (1920):** Das nationale System der Politischen Ökonomie. Jena.

**Loerzer, S. (1993):** Zimbabwe. Wuppertal.

**Ludwig-Mayerhofer, W. (2005):** Methoden der empirischen Sozialforschung I. Qualitativer Interviewleitfaden. Skript. Online in Internet: <http://www.fb1.uni-siegen.de> (Stand 02/2005).

**Mandaza, I. (1986):** Zimbabwe: The political Economy of Transition 1980-1986. Codesria (Senegal).

**Mangold, J. (1985):** Soziologieorientierte Ansätze sozialer Arbeit. In: Maus, U. (Hrsg.): Sozialarbeit und Sozialverwaltung. Weinheim, Basel.

**McAdam, G. Marx, G. T. (1994):** Collective Behaviour and Social Movements – Process and Structure. Kopenhagen.

**Meadows, D., Meadows, D., Millinger, P., Zahn, E. (1973):** Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Reinbek.

**Meadows, D., Meadows, D., Randers, J. (1992):** Die neuen Grenzen des Wachstums: die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen. Stuttgart.

**Meffert, H. (1987):** Marketing-Kommunikation. Skript zur Vorlesung im WS 87/88 am Institut für Marketing, WWU Münster.

**Melchers, K. (1993):** Zimbabwe. In: Nohlen, D., Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5, Ostafrika und Südafrika. Bonn, S. 496-515.

**Menzel, U. (1991):** Konzeptionen der Entwicklungspolitik in Theorie und Praxis. In: Zeitschrift für Kulturaustausch. Entwicklung – Wohin? 41. Jahrgang, Nr.4.

**Menzel, U. (1992):** Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorien. Frankfurt.

**Micheler, W. (1991):** Weißbuch Afrika. 2. Aufl. Bonn.

**Mireku, E. (1992):** Strukturreformen für die Schweiz. In: Beilage zu I3W aktuell, Nr. 9.

**Misereor (Hrsg.) (1991):** Misereor-Arbeitsheft, Sanfte Stärke – Frauen in Thailand. Aachen.

**Moore Lappé F., Collins, J. (1977):** Zehn Legenden um den Hunger in der Welt. Freiburg, Zürich.

**Müller, B. (1991):** Das Thomas-Mann-Syndrom oder: Die Wiederentdeckung der Vorurteile – ein Versuch aus deutscher Sicht. Arbeitstexte des DFJW, Nr. 9. Bad Honnef, Paris.

**Müller, C. W. (1988):** Wie Helfen zum Beruf wird. Weinheim, Basel.

**Müller, W. (1987):** Von der Völkerverständigung zu interkulturellem Lernen. Die Entwicklung des internationalen Jugendaustausches in der BRD. Starnberg.

**Müller, W., Petry, C. (1987):** Kann Kultur eine Brücke sein? In: Gemeinsam. Ausländer und Deutsche in Schule, Nachbarschaft und Arbeitswelt, Nr. 4, S. 3-4.

**Nicklas, H. (1989):** Alltag, Vorurteile und interkulturelles Lernen. Arbeitstexte des DFJW, Nr. 1. 2. Aufl., Bad Honnef, Paris.

**Nohlen, D. (Hrsg.) (2002):** Lexikon Dritte Welt. Reinbek.

**Nuscheler, F. (1991):** Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 3. Aufl. Bonn.

**Nuscheler, F. (1992):** Entwicklung und Kooperation aus Sicht von Sozialer Arbeit. In: Sauerwald, G. u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Internationale Entwicklung. Münster, S. 351-357.

**Painter J. (1995):** Political Geography: A critical Perspective. London.

**Palmer, R.; Birch, I. (1992):** Zimbabwe: A Land divided. Oxfam.

**Pate W. J. (1981):** The History of YMCA in Wales. UK.

**Peltzer, R. (2004):** Ein alter Zopf muss ab. In: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Nr. 20. Frankfurt a.M., S. 26-28.

**Pfaffenberger, W. (1987):** Entwicklungspädagogische Überlegungen für Schule und Unterricht. In: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Nr. 3. Frankfurt a.M., S. 16-19.

**Piel, G. (1994):** Erde im Gleichgewicht. Stuttgart.

**Reichert, C. (1984):** Das neue Zimbabwe – Gesellschaft im Übergang. Bonn.

**Richter-Junghölder, G. (1986):** Gemeinwesenarbeit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. 2. Aufl., Frankfurt a.M.

**Ross, M. (1971):** Gemeinwesenarbeit – Theorie, Prinzipien, Praxis. Freiburg.

**Sander, H. (1995):** Arbeit. In: Hauchler, I. (Hrsg.): Globale Trends 1996. Frankfurt a.M.

**Sander, W. (2001):** Politische Bildung und die Herausforderung der Gegenmoderne. Dokumentation der Veranstaltung „Politische Bildung – Gegengift gegen politische Apathie“ im Oktober 2001 der Bundeszentrale für politische Bildung. Online in Internet: <http://www.bpb.de> (Stand 01/2005).

**Sartorius, V. (1994):** Fernweh und Arbeitslust, Konkreter Friedensdienst in NRW. In: Forum Eine Welt, Nr. 11. Bonn.

**Schnee, R., Stoik, C. (2002):** Gemeinwesenarbeit – Definitionen und Begriffe. Skriptum für Telesozial – Fernlehre in der Sozialarbeit. Wien. Online in Internet: <http://www.telesozial.net>. (Stand 07/2005).

**Schruba, B. (1992):** Anmerkungen zu Kultur und Entwicklung. In: Sauerwald, G. u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Internationale Entwicklung. Münster.

**Schulz, R. (2006):** Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Wege gehen – Transfer 21 in Nordrhein-Westfalen. In: Zeitschrift für Nachhaltigkeit. Heft 3. Münster, S. 6-13.

**Semboja, J., Therkildsen, O. (1995):** Service Provisions under Stress in East Africa. Kopenhagen.

**Senghaas, D. (1977):** Weltwirtschaft und Entwicklung. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt a.M.

**Senghaas, D. (1982):** Autozentrierte Entwicklung. In: Nohlen, D., Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 1. Hamburg, S. 359-379.

**Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2005).** Online in Internet: <http://www.service-eine-welt.de> (Stand 20.08.2005).

**Shell (2006):** Online in Internet: [http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/zzz\\_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006\\_politik\\_gesellschaft.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/zzz_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006_politik_gesellschaft.html) (Stand 07.02.2007).

**Shell (2006):** Online in Internet: [http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/zzz\\_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006\\_engagement.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/zzz_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006_engagement.html) (Stand 07.02.2007).

**Shell (2006):** Online in Internet: [http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/zzz\\_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006\\_europa\\_globalisierung.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/zzz_lhn.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/jugendstudie2006_europa_globalisierung.html) (Stand 07.02.2007).

**Siebold, T. (1995):** Lebensverhältnisse. In: Hauchler, I. (Hrsg.): Globale Trends 1996. Frankfurt a.M.

**Specht, H. (1971):** Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit. In: Müller, C. W.; Nimmermann P. (Hrsg.): Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München, S. 280ff.

**Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.) (2003):** Globale Trends. Fakten, Analysen, Prognosen 2004/2005. Frankfurt.

**Struck, E. (1978):** Persönlichkeitsentwicklung und partnerschaftliches Lernen in Gruppen. Theoretische Überlegungen zu Ergebnissen einer Langzeitstudie. In: Gruppendynamik, Forschung und Praxis, 9. Jg., S. 84-100.

**Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V. (2005):** Online in Internet: <http://www.studienkreis.org>. (Stand 11/2004).

**Süd-Kommission (1991):** Die Herausforderungen des Südens. Nyerere-Bericht. New York.

**Swanepoel, H. (2002):** Community Development. Putting Plans into Action. Johannesburg.

**Sylvester, C. (1991):** Zimbabwe: The Terrain of Contradictory Development. Dartmouth, London.

**Sympathiemagazin (2005):** Online in Internet: <http://www.sympathiemagazin.de>. (Stand 06/2005).

**Tetzlaff, R. (1985):** Nord-Süd-Konflikte und ihre Ursachen – Politische Handlungsperspektiven für eine friedliche Dritte-Welt-Politik. In: Frieden politisch fördern: Richtungsimpulse. Sechs Expertenbeiträge für die Evangelische Kirche in Deutschland. Gütersloh.

**Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (1980):** Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern. Zit. nach: Lexikon der Nachhaltigkeit der Aachener Stiftung Kathy Beys: Online in Internet: <http://www.nachhaltigkeit.info> (Stand 01.08.2005).

**United Nations / General Assembly (1987):** Report of the World Commission on Environment and Development. Our common Future. Drucksache A/42/427.

**United Nations (2005):** MDG. Online in Internet: <http://www.un.org.millenniumgoals.htm>. (Stand 01.08. 2005).

**Wallisch-Langlotz, U. (2000):** Globale Bildung durch lokale, regionale, nationale und transnationale Erziehung: Der Umgang mit dem Eigenen und dem Fremden im Hinblick auf die kulturelle Identität und die zunehmende Internationalisierung des Lebens in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere unter Berücksichtigung weltbürgerlicher Ideen und multikultureller Manifestationen für das interkulturelle Leben heute. München, S. 60f.

**Watzlawick P. u.a. (Hrsg.) (1974):** Menschliche Kommunikation. Bern.

**Watzlawick, P. (1982):** Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. 6. Aufl., Bonn, Stuttgart, Wien.

**Wellard, K.; Copestake, J. G. (1993):** Nongovernmental Organisations and the State in Africa: rethinking Roles in sustainable Agricultural Development. London.

**Wendorff, R. (1984):** Dritte Welt und westliche Zivilisation. Opladen.

**World Bank (Hrsg.) (1990):** Weltentwicklungsbericht 1990. Die Armut. Washington D.C.

**World Bank (Hrsg.) (1994):** Weltentwicklungsbericht 1994. Infrastruktur und Entwicklung. Washington D.C.

**World Bank (Hrsg.) (1997):** Weltentwicklungsbericht 1997. Der Staat in einer sich ändernden Welt. Bonn.

**World Bank (Hrsg.) (2004):** Human Development Report 2004. Cultural Liberty in today's World. New York, Oxford.

**World Bank (Hrsg.) Development Data (2005):** World Development Data. Online in Internet: <http://www.devdata.worldbank.org>. (Stand 02/2005).

**Zimbabwe Workcamps Association (ZWA) (2000):** Informationsbroschüre. Harare (Zimbabwe).

**ZIMFEP (2005):** Online in Internet: <http://www.kubatana.net>.

## Abkürzungsverzeichnis

AHW	Aktion Humane Welt Rheine e.V.
ASW	Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
ATTAC	Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJP	Bundesjugendplan
BSAC	British South Africa Company
CCIVS	Coordinating Committee for International Voluntary Service (der UNESCO)
CVJM	Christlicher Verein Junger Menschen
DFJW	Deutsch-Französisches Jugendwerk
DSG	Deutsch-Simbabwische Gesellschaft e.V.
EU	Europäische Union
FÖJ	Freiwilliges Ökologisches Jahr
FSJ	Freiwilliges Soziales Jahr
FUR	Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V.
GWA	Gemeinwesenarbeit
HDI	Human Development Index
IJGD	Internationale Jugend-Gemeinschaftsdienste
IWF	Internationaler Währungsfonds
KJP	Kinder- und Jugendplan
MDG	Millennium Development Goals
NGO	Non-Governmental Organisation = nichtstaatliche Organisation
OPEC	Organisation of the Petroleum Exporting Countries
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SCI	Service Civil International
SDS	Sustainable Development Strategy (der EU)
UN	United Nations
UNCHE	United Nations Conference on Human Environment
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNESCO	United Nations Education, Science and Culture Organisation
UNEP	United Nations Environment Programm
YMCA	Young Men's Christian Association
ZWA	Zimbabwe Workcamps Association